



# Arbeiterkampf

Jahrg. 4 Nr. 46 2. Juli 1974 Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes 50 Pf.



Protestdemonstration von 200 Arbeitern vor dem Betriebsratbüro des Vereinigten Drahtindustrie am 11.8.74

## Metallindustrie: Die Rationalisierungswelle rollt unvermindert

Konkurrenz, Betriebsstillegungen und Rationalisierungsmaßnahmen gehören in der Metallindustrie mittlerweile zum Alltag (vergl. auch AK 42, 44 und 45). Der kapitalistische Konkurrenzkampf wird auf dem Rücken der Arbeiterklasse ausgetragen. Eine Vielzahl von Klein- und Mittelbetrieben konnte nicht mehr mithalten, also wird einfach dicht gemacht - über einige Fälle berichten wir nachstehend.

Anders die großen Konzerne. Nach der Stahlindustrie, die ihre groß angelegten Rationalisierungs bereits 1971 begann und bereits in diesem Jahr gewaltige Profite ernten wird - dazu auch die nachfolgenden Berichte von Klöckner, Krupp und Mannesmann - ist jetzt besonders die Automobilindustrie betroffen. Die großen Hersteller entlassen (VW, Opel, Ford, Audi), eine Vielzahl von Automobilzulieferbetrieben muß entweder schließen oder ebenfalls rationalisieren.

Der Kampf gegen die kapitalistische Rationalisierungspolitik ist auf Seiten der Arbeiter vor allem durch den starken Einfluß der Sozialdemokratie geprägt. Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer lehnen die Rationalisierungspolitik nicht etwa ab - nein, sie unterstützen sie sogar dort, wo sie „wirtschaftlich vernünftig“ sei - und das ist sie im Interesse der Kapitalisten nahezu immer!

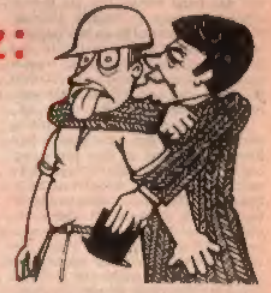
Fortz. Seite 5

## Steueränderungsgesetz: 'Reform' mit Zeitzunder

In 2. und 3. Lesung verabschiedete der Bundestag am 5./6. Juni den Gesetzesentwurf der Regierungskoalition zur Reform der Einkommensteuer und des Familiensteuergesetzes. Die CDU/CSU verteidigte geschlossen gegen die Vorliege der Sozialliberalen und strebt nun Änderungen in der Länderkammer (Bundesrat) an, wo sie über die Mehrheit der Sitze verfügt.

In der Sache sind sich Regierungskoalition und Opposition weitestgehend einig. Einzig nämlich darin, daß die steuerliche Belastung der Arbeiter und Angestellten auch in Zukunft überdurchschnittlich wachsen soll, während die Kapitalisten und andere „Großverdiener“ auch weiterhin geschont und durch zusätzliche Subventionen bei Löhne gehalten werden sollen.

Was bei Antritt der „sozialliberalen“ Koalition 1969 als „Jahrhundertwerk Steuerreform“ (Ex-Finanzminister Möller) großartig angepriesen wurde, entspinnt sich heute als ein Schwindel überalterter Sorte.



Die umgekehrte Logik - wie sogar von den Kapitalistenverbänden in aller Offenheit bekannt wird:

„Der Progressionseffekt, der sich bei den Arbeitnehmerinkommen verstärkt, schwächt sich bei den Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen ab: Zahlreiche Unternehmer, Freiberufler und Besitzer von Vermögenseinkünften werden bereits mit dem höchsten Steuersatz von 53 Prozent belastet - es gibt also keinen Progressionspielraum“ mehr. Für sie gilt: Die Steuerlastquote bleibt konstant (f.).“ („Unternehmerbrief“, 38/16, 23)

Diese Verschiebung in den Relationen des Steueraufkommens hat sich in den letzten Jahren dermaßen verschärft, daß die Lohnsteuer nicht nur in den Zuwachsraten die Gewinn- und Vermögenssteuern bei weitem überflügelt hat, sondern auch absolut. 1973 war die Lohnsteuer um 18,1 Mrd. DM, 1973 um 23,9 Mrd. DM höher als die Steuern aus Unternehmereinkommen. Für 1974 rechnet man mit dem Rekord-Überhang von 35 Mrd. DM.

Alles, was wir bisher in diesem Abschnitt zur „Steuerrechtlichkeit“ in der BRD gesagt haben, bezieht sich nur auf die Entwicklung direkter Steuern - einseitig also noch nicht den Bereich staatlicher Subventionspolitik und den gesamten Komplex in direkter Steuern (also Mineralöl-, Tabak-, Salz-Steuern, um nur

Fortz. Seite 16

### Wie war das Steueraufkommen bisher verteilt?

Während der zwanzigjährigen CDU/CSU-Herrschaft in Westdeutschland stieg der Anteil der Lohnsteuer an den Gesamtsteuern Jahr für Jahr.

Die Steuerschuld bei der Lohnsteuer wuchs von 1950 = 100 bis 1968 auf 1.061, bei der Einkommensteuer nur auf 700, bei der Körperschaftsteuer gar nur auf 400, bei der Umsatzsteuer auf 568.

Jedoch - noch 1968 stand die Lohnsteuer mit 18,7 Mrd. DM an dritter Stelle hinter der Umsatzsteuer (25 Mrd.) und der Einkommensteuer (23,3 Mrd. DM).

In den letzten vier Jahren änderten sich die Verhältnisse bedeutend - zugunsten der werktätigen Massen:

Das Steueraufkommen stieg von 35 Milliarden DM (1970) auf 74 Mrd. DM (1974), die veranlagte Einkommensteuer von 16 auf 28,4 Mrd. DM, die Körperschaftsteuer nur von 8,7 auf 11 Mrd. DM und die Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer) von 26,8 auf 40 Mrd. DM (die Angaben für 1974 sind Schätzwerte des Bundesministeriums für Finanzen).

Die Lohnsteuer wuchs also innerhalb von vier Jahren um 112 Prozent, die Körperschaftsteuer um 27 Prozent, die Umsatzsteuer um 50 Prozent.

Die Relation verschlechtert sich noch weiter zugunsten der Werktätigen, wenn man berücksichtigt, daß die Umsatzsteuer fast vollständig über die Preise an den Konsumenten (also weiter den Arbeiter und Angestellten) weitergegeben wird.

Grundlage für diese massenfeindliche Steuerpolitik des bürgerlichen Staates ist, daß die Bemessungsgrundlage für die jeweilige Steuerschuld seit einem Jahrzehnt nicht geändert wurde, obwohl sich praktisch sämtliche Voraussetzungen geändert haben:

Der Bereich gleichbleibender Steuersätze (Proportionalzone) ist bis heute an den 1965 üblichen Durchschnittsverdiensten orientiert, obwohl die DM seit 1965 um 25% ihres Wertes einbüßte und die Nominallöhne dementsprechend stiegen. D.h. - anders ausgedrückt - seit 1965 sind rund 50 Prozent der Arbeiter und Angestellten aus dem Bereich gleichbleibender Steuersätze herausgewachsen und in die Progressionszone der Steuer geraten, wodurch ein zunehmender Teil von Lohn- und Gehaltszuwächsen vom Fiskus kassiert wird.

Für die Entwicklung der Steuern aus Unternehmerrückgewinn gilt dagegen

## Portugal und seine Kolonien: Ein Volk, das ein anderes Volk unterdrückt, kann niemals frei sein



Kämpfer für FRELIMO

Die portugiesische Militärdiktatur, die am 25. April die 40-jährige Herrschaft des Faschismus in Portugal mit einem unbefugten Staatsstreich zu Fall brachte und vorübergehend alle bürgerlichen Freiheiten (Rede-, Versammlungs-, Vereins-, Pressefreiheit usw.) zuließ, geht nun im Eiltempo daran, diese neuen Rechte und Freiheiten des portugiesischen Volkes wieder zu beschneiden. Die Versprechungen der Junta und die Hoffnungen, die sie bei den Massen auf eine weitgehende „Demokratisierung“ aller Lebensbereiche weckte, stellen sich von Tag zu Tag deutlicher als Lügen und Betrugsmasche heraus.

So wurde z.B. am 22.6. vom Junta-Führer General Spínola wieder eine umfassende Pressezensur erlassen, die jede Parteilichkeit für die Interessen des portugiesischen Volkes unter Strafe stellt. So forderte Spínola streikende Kollegen in den letzten Wochen mehrfach auf, ihren Arbeitskampf einzustellen, weil sonst das „wirtschaftliche Chaos drohe“. Gegen einen Teilstreik (Überstundenverweigerung) der Handelsmarine für höhere Löhne am 24.6. wurde sogar eine Mobilisierung von Teilen des Heeres verfügt, die Streikbrecherarbeit leisten sollen.

Inzwischen wurde bereits mit Straßensperren und baristischer Polizeigeschichte Demonstranten vorgegangen, die die Freilassung eines inhaftierten Genossen forderten, der für die Befreiung Guinea-Bissaus gekämpft hatte.

## Italien: Bourgeoisie inderKrise

Am 10. Juni trat die Regierung Rumor - getragen von Christdemokratie (DC), Sozialistischer Partei (PSI) und Sozialdemokratie (PSDI) zurück.

Es war dies die 5. Regierung Rumor und die 33. Regierung Italiens überhaupt seit Kriegsende. Am längsten von diesen 33 Regierungen hielt sich noch die 3. Regierung Moro, die von 1966-68 immerhin auf zwei Jahre und vier Monate brachte. In diesen häufigen Regierungswechsels widerspiegelt sich die Schärfe der Widersprüche in Italien.

Die zurückgetretene Regierung Rumor wäre mit nur 89 Tagen die kürzlebste aller bisherigen italienischen Regierungen gewesen. Wäre, denn Staatspräsident Leone (DC) lehnte - offenbar im Zusammenhang eines abgekarteten Spiels - den Rücktritt der Regierung Rumor ab.

Der unmittelbare Anlaß für den Rücktritt war ein „Konflikt“ zwischen der DC (unterstützt von der PSDI) und der PSI. Es ging dabei um die Maßnahmen, mit denen Italiens Bourgeoisie aus ihrer schweren wirtschaftlichen Krise kommen will. Die PSI hatte bereits den meisten geplanten arbeitgeberfeindlichen Maßnahmen - Steuererhöhungen, Tarifierhöhungen für Strom, Gas u.a., Preiserhöhungen u.a. - zugestimmt. Sie weigerte sich jedoch, einer Verschärfung der Kreditpolitik zuzustimmen, die darauf abzielt, Kredite vor allem für die kleine und mittlere Industrie noch teurer zu machen, und damit die Existenz vieler kleiner und mittlerer Betriebe gefährdet (und andererseits den Prozeß der kapitalistischen Konzentration und Modernisie-

rung) fördert. Die PSI begründete ihren Widerstand gegen diese Kreditpolitik damit, daß dadurch viele Menschen arbeitslos würden, und das sei den Werktätigen nicht zuzumuten - nachdem die PSI aber vorher einem ganzen Bündel arbeitgeberfeindlicher Maßnahmen schon zugestimmt hatte.

Daraufhin trat die Regierung Rumor zurück, nachdem die DC der PSI vorher ein Ultimatum gestellt hatte, bis zu einem bestimmten Zeitpunkt der Verschärfung der Kreditpolitik zuzustimmen. Es ist also eindeutig, daß die DC diese „Regierungskrise“ wollte, wobei es offensichtlich vorher angekündigt war, daß Staatspräsident Leone den Rücktritt ablehnen würde.

Fortz. Seite 16



## Forts. Portugal

nenpolitische „Wende“ jetzt, hängen auf engste mit dem Kolonialkrieg Portugals in Angola, Guinea-Bissau und Mosambik zusammen. Die Erfolge der Befreiungsbewegungen machten für Portugal den mit Einseitigkeit aller kapitalistischen Mittel geführten Krieg militärisch ausichtslos. Die Kosten des Krieges wegen für Portugal nicht mehr den Profit auf, den es aus den Kolonien zog. Nun wird gegenüber den Kolonien eine „politische Lösung“ angestrebt: die Ziele sind die gleichen, die Taktik hat sich geändert.

## Portugal und „seine“ Kolonien

Portugal selbst ist ein „unterentwickeltes“ Land. Es gehört zu den ärmsten Ländern Europas, 40% der Bevölkerung sind Analphabeten. Seine Kolonien sind über 20mal so groß wie das Land selbst. Um die Befreiungsbewegungen in Angola, Guinea-Bissau und Mosambik zu bekämpfen, wurde zuletzt fast die Hälfte des Staatshaushaltes aufgebaut, wovon auch das Kolonialheer von 170.000 Soldaten (bei nur 9,5 Mill. Einwohnern) unterhalten wurde – und wird.

Als zu Beginn des 19. Jahrhunderts die größten kapitalistischen Staaten die Welt in ihre Einflugsgebiete aufteilten, konnte Portugal nicht mehr mithalten. Es hatte jahrhundertlang nur Raubkolonialismus betrieben und die Rohprodukte der Kolonien gepöndelt, zum Teil selbst verarbeitet oder weiterverkauft. Wegen dieser bequemen und sehr profitablen Zwischenhändlerrolle hatte Portugal keine Veranlassung gehabt, die industrielle Revolution durchzuführen.

Vor dem völligen Verlust der Kolonien retteten Portugal damals nur die Interessen des englischen Imperialismus, der sich auf einfache Art, ohne sich besonders engagieren zu müssen, Häfen für seine imerafrikanischen Bergwerke und Handelsstützpunkte, für die asiatischen und australischen Gebiete sicherte, indem er dafür sorgte, daß sie unter „neutraler“ portugiesischer Herrschaft blieben.

Bis 1961 hatten die portugiesischen Kapitalisten eine Ausbeutung der Kolonien durch ausländisches Kapital nur in beschränktem Maße zugelassen, obwohl natürlich auch schon vorher verschiedene kommerzielle Gesellschaften durch Eintreibung von Steuern und Einschränkung der freien Bauernwirtschaft die Afrikaner mit allen Mitteln zur Lohnarbeit zwangen.

Die ersten Erfolge der Befreiungsbewegung in Angola im Februar 1961 zeigten den portugiesischen Kolonialherren jedoch, daß ihre Kapitalkraft nicht ausreichte, um die zur Erhaltung der Macht nötigen Investitionen und Militärausgaben zu bestreiten. Seit 1961 wird das internationale Kapital zur Pflöschung der Kolonien eingeladen.

Steuerfreiheit, zollfreie Einfuhr und freier Transfer der Gewinne lokalisieren, insbesondere die US-Imperialisten waren im Gegensatz zu weitgehenden „Hilfe“-Leistungen für Portugal bereit (Millionen-Kredite und umfangreiche Waffenlieferungen), wenn sie sich selber die Hände im Kolonialkrieg nicht direkt schmutzig zu machen brauchten. (Über die finanzielle und militärische Unterstützung insbesondere des BRD-Imperialismus für Portugal und seine Kolonien sind ausführliche Angaben in früheren Veröffentlichungen des KB zu finden: KAB-Ad Nr. 3 und 4, ARBEITER-KAMPF Nr. 31 und 33).

Die BRD-Imperialisten verfahren in ihrer Afrika-Politik zweigeteilt. Einerseits liefern sie still und heimlich Waffen, mit denen die afrikanische Bevölkerung abgeschlachtet wird, denn Portugal vertritt ihre Interessen in Afrika. Aber sie wollen auch mit den „unabhängigen“, zum Teil „antimperialistischen“ Staaten Afrikas ins Geschäft kommen, und diese nehmen unter dem Druck der eigenen Bevölkerung eine scharf ablehnende Haltung zum portugiesischen Kolonialkrieg und seinen Helfern ein. So „bedauerte“ denn die Bundesregierung z.B. den belästigenden Mord an dem Führer der Befreiungsbewegung Angolos, Amílcar Cabral, obwohl sie zu dem unmittelbaren Hintermann dieses Mordes gehört. Oder das „linke“ Aushängeschild der SPD, Wischniewski, empfängt eine Delegation der Frelimo und bietet „humanitäre“ Unterstützung an.

Für die NATO, die sich ja gern auf ihre „freiheitliche“ Verfassung beruft, war das faschistische Regime in Portugal und der oftmals weltweit verteilte Kolonialkrieg schon immer „böse“. So schrieb die großbürgerliche Zeitung „Frankfurter Allgemeine“: „Der Griff des Generals Spínola nach der Macht in Lissabon gehörte zu den ganz seltenen politischen Vor-

gängen, die mit einziger Ausnahme des spanischen Nachbarn, auf die allgemeine Zustimmung der Welt rechnen konnten.“ („FAZ“, 24.6.74) Man hört hinter diesen Worten die Imperialisten regelrecht mit den Lippen schmatzen.

## „Und willst du nicht mein Bruder“ sein, dann schlag ich dir den Schädel ein“

Der portugiesische Junta-Chef, General Spínola, hatte in seinem Buch „Portugal und die Zukunft“ (das zuerst sehr viel Staub aufwirbelte) eine klare Linie für eine zukünftige „realistische“ Kolonialpolitik entwickelt. Er nahm von dem „portugiesischen Mythos“ Abschied, daß „einem Krieg dieser Art“, d.h. in einem Krieg, in dem die Befreiungsbewegungen vom Volk unterstützt werden, ein militärischer Sieg möglich sei, wenn man nicht über unbegrenzte Geldmittel verfügt. Er setzte sich für eine sogenannte „politische Lösung“, d.h. eine Staatenföderation, natürlich unter portugiesischer Vorherrschaft. Er jonglierte mit irreführenden Worten: „Selbstbestimmung ist nicht gleichbedeutend mit Unabhängigkeit“. An anderer Stelle sagte er jedoch ganz klar:

„Die Überseegebiete sind eine notwendige Bedingung für unser Überleben als freie und unabhängige Nation. Ohne die afrikanischen Gebiete wird das Land zu einer bedeutungslosen Ecke eines gigantischen Europas und es wird keine Trumpfkarte besitzen, die es ihm ermöglicht, sich im Konzert der Nationen zu behaupten.“

Spínola stellte auch in der Öffentlichkeit nach dem gescheiterten Putsch immer wieder klar, daß seiner Meinung nach die Bevölkerung in den Kolonien „noch nicht in der Lage ist, über ihre eigene Zukunft zu bestimmen“ und eine „Phase der Vorbereitung“ notwendig sei.

Anläßlich einer Auszeichnung von Soldaten für Verdienste im Kampf gegen die Befreiungsbewegungen (!) am 12.6. erläuterte Spínola nochmals sein Konzept: „In der modernen Welt kann man nur dann von einer wahren politischen Unabhängigkeit sprechen, wenn diese aus einer echten Selbstbestimmung (?) hervorgegangen ist. Und Selbstbestimmung kann nur aus einem Klima der Freiheit (die Freiheit, die er meint) und perfekt funktionierenden demokratischen Institutionen erwachsen.“

Die Herstellung solcher „perfekt funktionierenden“ demokratischen Institutionen“ stellt sich Spínola und sein Generalstab, wie sie ebenfalls mehrfach unmißverständlich klar-

machten, so vor: Als erstes sollen sich die Befreiungsbewegungen bereit erklären, die Waffen niederzulegen. Sie sollen aus dem „Untergund“ auftauchen und sich als „legale politische Partei“ konstituieren. Dann dürfen sie später an einer „freien Wahl“ teilnehmen. Solange die Befreiungsbewegungen diese Bedingungen nicht akzeptieren, „geht der Krieg weiter“, erklärte das Junta-Mitglied General Gomes. Und für jeden, der noch Zweifel hatte, machte ein anderes Junta-Mitglied, der in Nampula (Nord-Mosambik) stationierte General Diogo Neto, klar, daß der Coup in Lissabon nicht den Rückzug der portugiesischen Truppen aus den afrikanischen Kolonien zur Folge haben werde: „Jeder, der Spínolas Buch in diese Richtung interpretiert, muß ein Analphabet sein.“

Die portugiesischen Kolonialherren wollen ihr 170.000 Mann-Heer nicht nur in voller Stärke in den Kolonien (zur Vorbereitung „freier Wahlen“) lassen, sondern sie fliegen tausende weitere Soldaten zur Verstärkung ein (Angolos).

Die einhellige Antwort aller Befreiungsbewegungen auf diese unverschämten „Angebote“ der portugiesischen Militärs war die Ankündigung einer Verstärkung ihrer Kämpfe und eines Kampfes bis zur völligen Unabhängigkeit.

Ein rechtes Licht auf die „friedlichen“ Absichten Portugals in den Kolonien wirft auch Spínolas kürzliches Treffen mit dem Völkermörder Nixon am 19.6. auf dem (ebenfalls portugiesischen) Azoren. Die USA haben auf der Azoren-Insel Terceira einen Luftwaffenstützpunkt und 4000 amerikanische Soldaten stationiert. (Hier tankten sie auch ihre Maschinen auf, die im Nahostkrieg zur militärischen „Versorgung“ Israels gegen die arabischen Länder flogen.) Der Völkermörder Nixon erklärte anläßlich dieses Treffens, Amerika sei bereit, mit Spínola zusammen auf die „großen Ziele“ hinzuwirken, die der General sich und seiner Regierung gesetzt habe. Er sicherte Unterstützung „in jeder möglichen Weise“ zu.

Spínola seinerseits betonte, daß er die Beziehungen zu den USA noch enger gestalten wolle. Er erklärte auch bereit, über ein neues Stützpunktabkommen mit den USA

zu verhandeln.

Spínola will fürs portugiesische Kapital und die Imperialisten aller Länder „rauhauen, was rauszuhaben ist“. Das ist seine grundsätzliche Position.

Spínola weiß aber, daß er um die Befreiungsbewegungen nicht „herumkommt“, die insbesondere in Guinea-Bissau und Mosambik einen bedeutenden, bzw. entscheidenden Machtfaktor darstellen. Er möchte die Situation in diesen Ländern „befrieden“, weswegen er einerseits zu gewissen Zugeständnissen bereit ist, um die Reiben der Revolutionäre zu verwirren und zu spalten (z.B. teilweise Entlassung der politischen Gefangenen, Auflösung der DGS (General-Direktorat für Sicherheit) und teilweise Verhaftung dieser Mörder), und weswegen er andererseits den militärischen Druck verschärft. Dabei sind ihm die beiden rassistischen Staaten Rhodesien und Südafrika in wachsendem Maße behilflich. Außerdem muß er die faschistische und

der Portugiesen ging jahrelang von ihrer Luftwaffe aus: französische Alouette-Hubschrauber, aus der Bundesrepublik gelieferte Kampfflugzeuge vom Typ Fiat G-91 und Do-27, Aufklärungs- und Transportmaschinen, T-6 Harvards. Überall, wo die Spuren von organisiertem Leben entdeckten – also in den befreiten Gebieten besonders – warfen sie zentrierende Bomben auf Schulen, Krankenhäuser und Höfen. Seit März 1973 hat die portugiesische Luftwaffe jedoch an Schrecken verloren. Seitdem besitzt die Befreiungsbewegung nämlich sowjetische SAM-7-Raketen (Boden-Luft-Raketen). Die Raketen werden nicht an bestimmten Plätzen stationiert, sondern werden von Soldaten der PAIGC ständig bewegt, so daß die Portugiesen nie wissen, wo die nächste Zündung wird. Allein vom März bis Dezember 1973 wurden 35 Flugzeuge abgeschossen, darunter 24 Fiat G 91, die pro Stück 250.000 Dollar kosten („Frankfurter Rundschau“, 4.6.74). (Wem lacht da nicht

haben die USA einen „geheimen“ Luftwaffenstützpunkt auch auf den Kapverdischen Inseln und Portugal hat dort mehrere Luft- und Seestützpunkte. Auch Flugzeuge der Resistenz Südafrikas durften bisher zwischenlandend und aufstehen. Die revolutionäre Regierung von Guinea-Bissau jedoch will Südafrika durch ein Zwischenlandeabkommen vom europäischen Kontinent trennen. Es scheint, daß die portugiesische Regierung in der Frage der Kapverdischen Inseln zu keiner Konzession bereit ist, was ganz klar Fortsetzung des Krieges bedeuten würde.

Nach einem Bericht der „Frankfurter Rundschau“ vom 6.7.4 ist es in verschiedenen portugiesischen Garnisonen Guinea-Bissaus zu offenen Meutereien gekommen. Der Stützpunkt Jambereim im äußersten Süden wurde „ohne Befehl“ geräumt, ebenso die Garnisonen von Gardamel und Camacode. Die Soldaten sollen wachsenden Druck auf ihre Vorgesetzten ausüben, um einen Rücktransport nach Portugal durchzusetzen. Solche „Truppenmoral“ ist ein Schlag gegen die Junta und eine Hilfe für die PAIGC – und das ist gut!

## Die Lage in Angola

Angola ist flächenmäßig etwa fünfmal so groß wie die Bundesrepublik. Es ist die reichste der portugiesischen Kolonien mit Bodenschätzen wie Diamanten, Erdöl, Eisen, Mangan und seinen Rohprodukten Kaffee, Baumwolle, Zuckerrohr, Kaka, Mais, Hölzer. Es hat im Gegensatz zu den anderen Kolonien eine beschränkte „eigene“ Industrie vor allem für Maschinen, Textilien und Zement. Zum Teil werden auch die Landesprodukte verarbeitet. Die portugiesische Kolonialmacht hat hier seit zehn Jahren 35.000 Mann Truppen stationiert. Von den 5,7 Mill. Einwohnern Angolas sind etwa 350.000 Weiße. Angola weist in seiner jährlichen Zahlungsbilanz 100 Mill. DM „Überschuß“ auf.

In Angola operieren drei Befreiungsorganisationen, nämlich MPLA, FLNA und UNITA. Die MPLA arbeitet mit der FRELIMO Mosambiks zusammen. Nach nicht zu überprüfenden Meldungen der bürgerlichen Presse soll die MPLA 1.000 ausgebildete Kämpfer in Angola und 2.000 in Sambia haben. Sowohl die FLNA wie die MPLA fordern die sofortige Unabhängigkeit für Angola, wobei die FLNA offenbar Verhandlungen mit Portugal ablehnt. (?) Die FLNA steht bei vielen afrikanischen Revolutionären im Verdacht, vom US-Imperialismus „gekauft“ zu sein.

Agostino Neto, der Führer der



Kämpfer der FRELIMO bei der medizinischen Versorgung der Bevölkerung in den befreiten Gebieten

den befreiten Gebieten

rassistisch verhetzten weißen Siedler dazu bewegen, daß sie eine Regierungsbeteiligung der schwarzen Mehrheit akzeptieren. In allen diesen Fragen besteht eine sehr große Unwahrscheinlichkeit, eine „mittlere Lösung“ zu finden.

Das Wort vom „afrikanischen Vietnam“ (Außenminister Soares) ist bereits gefallen und es steht für die portugiesischen Militärs wie ein böses, dunkles Omen über der derzeitigen Entwicklung in den Kolonien.

## Die Lage in Guinea-Bissau

Guinea-Bissau, an der Westküste Afrikas, ist die kleinste der portugiesischen Kolonien (so groß wie Holland etwa). Dort wohnen 520.000 Menschen, davon nur wenige tausend weiße „Herrenmenschen“. Wegen seiner geringen Bodenschätze (es wurde bisher nur Bauxit in der Südküste gefunden) ist hier auch die Imperialistenreligion ausländischer Kapitalisten relativ gering geblieben. Guinea-Bissau ist für Portugal wirtschaftlich vergleichsweise weniger interessant. Der Kolonialkrieg wurde hier zum einen „aus Prinzip“ und wegen der strategisch wichtigen Kapverdischen Inseln geführt. Portugals Truppen kämpfen hier seit 11 Jahren in einer Stärke von 40.000 Mann gegen die Bevölkerung. Trotzdem ist die militärische Lage in dieser Kolonie für Portugal am hoffnungslosesten von allen Kolonien. Die Befreiungsbewegung von Guinea-Bissau PAIGC („Partido Africano da Independência da Guiné e Cabo Verde“) kontrolliert heute mehr als 3/4 des Landes und rief am 24. September vergangenen Jahres die Unabhängigkeit aus. Luis Cabral, der Sohn des ermordeten Amílcar Cabral, ist der Chef der Regierung, die zur Zeit noch im Exil weilen muß. In den befreiten Gebieten Guinea-Bissaus leben etwa 350.000 Menschen, mit denen zusammen die PAIGC ein unter portugiesischer Herrschaft nie gekanntes Schul- und Gesundheitswesen aufgebaut hat.

Die portugiesischen Truppen haben sich überwiegend in Stützpunkten und Städten zurückziehen müssen, von wo sie nur unter größten Vorsichtsmaßnahmen zu „Streifzügen“ aufbrechen. Die größte Gefährlichkeit

nicht das Herz...)

Eine „Anregung“ für General Spínolas Buch „Portugal und die Zukunft“ dürfte auch einer der größten militärischen Einzelerfolge der PAIGC am 12. Februar 1974 gewesen sein. Es gelang hier nach vierwöchiger Belagerung eines der wichtigsten Militärlager der Portugiesen, das Militärlager von Cope, zu überrennen. Dabei wurden 100 portugiesische Soldaten getötet, 14 Lastwagen und größere Mengen an Waffen, Munition und Lebensmittel erbeutet sowie – wiederum – ein Jagdbomber vom Typ G-91 abgeschossen.

Am 25. Mai fanden die ersten Kontakte zwischen dem Generalsekretär der PAIGC, Aristides Pereira, und Portugals Außenminister Soares in London. Später auf Wunsch Pereira in Algerien) statt. Portugal versprach sich von einem Verhandlungsschluss mit der PAIGC positive Wirkung auf die Verhandlungsbereitschaft mit den anderen Befreiungsbewegungen. Viel zu holen gab es in Guinea-Bissau sowieso nicht mehr. Portugal rechnete mit „wenig Schwierigkeiten“. Für die Dauer der Verhandlungen erklärte sich die PAIGC bereit, alle Waffenhandlungen einzustellen, aber drohte mit unverzüglich Aufnahme bewaffneter Aktionen, falls Portugal sie opressen wolle. Über die Verhandlungen selber gibt es nur Spekulationen, weil zu keiner Zeit von irgendeiner Seite öffentliche Stellungnahmen abgegeben wurden. Am 16. Juni wurden die Verhandlungen „überraschend abgebrochen“. Beide Seiten vereinbarten Konsultationen mit ihren Regierungen, bevor an eine Wiederaufnahme der Gespräche zu denken ist. Offenbar ist der „sozialistische“ Minister Soares von „seinem General“ zurückgepfiffen worden. Es bestehen Vermutungen in verschiedenen bürgerlichen Presseorganen, daß bereits ein Teilabkommen in Sicht gewesen war, das einen Waffenstillstand und das Recht auf Unabhängigkeit für Guinea-Bissau ohne weitere Einmischung Portugals in die inneren Angelegenheiten des Landes vorsah.

Anschließend soll sich die PAIGC bereit erklärt haben, über die Kapverdischen Inseln zu einem späteren Zeitpunkt zu verhandeln. Übrigens

Agostino Neto, der Führer der MPLA, habe schon Anfang Mai die ersten Kontakte zu Außenminister Soares. Die MPLA fordert offenbar als alleinige Repräsentantin für das angolische Volk von Portugal anerkannt zu werden. Die UNITA (Nationalunion für die totale Befreiung Angolas), die nur im Osten des Landes operiert, schloß am 16. Juni als einzige einen Waffenstillstand mit Portugal ab und will sich so offenbar ins parlamentarische Geschäft bringen.

Waffenlieferanten und Helfer in finanzieller Hinsicht sind für alle Befreiungsbewegungen vor allem die Sowjetunion und China. Bekanntlich verknüpft die Sowjetunion häufig mit ihrer Hilfe auch bestimmte politische Forderungen gegenüber den Befreiungsorganisationen, und diese müssen oft laviieren und taktieren und auch gewisse Zugeständnisse machen, weil sie in elementarer Hinsicht auf die Waffenlieferanten angewiesen sind. Es scheint, daß auch die Sowjetunion ein Interesse an einer „politischen Lösung“ in den portugiesischen Kolonien hat und die Organisationen, die in enger Beziehung zur SU stehen, in diese Richtung zu drängen versucht.

Die Befreiungsorganisationen haben in Angola militärische Rückschlüsse hinhinnehmen müssen. Spínola gab in der Lissaboner Zeitung „O Seculo“ die Einschätzung ab, daß die „Selbstbestimmung“ in Angola unfehlbar zugunsten Portugals ausfallen werde, wenn es gelänge, den Lebensstandard der Bevölkerung erkennbar zu steigern. Damit meinte er wahrscheinlich Aufbau und „Fütterung“ einer schwarzen „Mittelklasse“, die er auf die Seite der portugiesischen Imperialisten herüberzuziehen hofft.

Zwar gibt es auch solche Organisationen wie die „Demokratische Bewegung“ in Angola, die Anfang Mai 2-3000 Weiße in einem Stadion von Luanda unter Parolen gegen Faschismus, Kolonialismus und Kapitalismus versammeln konnte. Darunter war auch eine geschlossene Abordnung von Matrosen der portugiesischen Kriegsmarine.

Die fortschreitende Bewegung ist jedoch keineswegs typisch für die weißen Siedler der Kolonien. Die große Mehrheit der Weißen, Mulatten, der bestochenen Afrikaner und schwarzen „Mittelständler“ beginnen



**Fortis, Portugal**

sich in der „Mitte“ und rechts zu formieren. Diese Einheitsfront und Sammlungsbewegung dieser Gruppierungen wird vorbereitet. General Gomes mußte mehrmals in Angola auftreten und die weißen Siedler „beruhigen“, diese ließen ihn jedoch nicht einmal zu Wort kommen, er wurde ausgepfiffen. Sie fürchten einen „Auverkauf“ ihrer Interessen durch die neue Kolonialpolitik Portugals.

Die Junta geht in Angola, entsprechend ihrem wirtschaftlichen Interesse mit „Zugeständnissen“ nicht sehr weit. So entließ sie zwar gleich nach dem Putsch 53 politische Gefangene und am 6. Mai nochmals 2.333 politische Häftlinge, davon 400 Frauen. Viele Häftlinge berichteten von schweren Misshandlungen seitens der Mörderbände der DGS vor allem auf der Gefangeneninsel São Nicolau vor der Atlantikküste, bei denen viele Gefangene gestorben sind.

Zwar setzte die Junta auch zahlreiche Kommandeure und Generäle ab und setzte dafür Offiziere der „Bewegung der Streitkräfte“ ein. Doch das Sagen hat ein „neuer“, im Kolonialkrieg „bewährter“ General, Franco Pinheiro. Er war einer der Hauptakteure bei der Niederwerfung des Aufstandes von 1961, durch welche die FLNA in das Bergmassiv Dembos zurückgedrängt wurde und vom Nachschub aus Zaïre abgeschnitten worden war. Dies und seine weitere „Tätigkeit“ im Norden Angolas hat ihn bei den weißen Rassen sehr beliebt gemacht.

Zwar wurden auch die Geheimpolizei, formal aufgestellt und angeblich auch 600 Geheimpolizisten verhaftet. Doch was soll man dazu sagen, wenn deren Chef-Schwein, José Lopez, zur Zeit des Putsches unbehelligt in Lissabon weilen darf und dann ebenso unbehelligt nach Angola zurückkehrt, nachdem ihn sein alter Freund Costa Gomes zu einem Besuch empfangen hat. José Lopez wurde sogar noch mit der Leitung des militärischen Informationsdienstes belohnt und jagt weiter seine „Schwarzen Kommandos“ (schwarze Soldatentruppen) auf die Befreiungsstreitkräfte.

Mitte Mai wurden in Angola mehrere tausend portugiesische Soldaten zur „Verstärkung“ eingeflogen, angeblich weil die Befreiungsstreitkräfte einen Großangriff auf die Kaffeereise vorhaben.

Die Lage in Angola ist z.Z. noch keineswegs hoffnungsvoll für die afrikanische Bevölkerung. Und Portugal betont immer wieder sein besonderes Interesse gerade an diesem wirtschaftlich besonders ergiebigen Gebiet.

**Die Lage in Mosambik**

Mosambik ist etwa dreimal so groß wie die BRD, hat 8,5 Mill. Einwohner, davon 300.000 weiße Siedler. In Mosambik besteht noch überwiegend landwirtschaftliche Produktion: Baumwolle, Sisal, Mais werden auf großen Plantagen weißer Farmer angebaut, die dort schwarze Arbeitskräfte für einen Hungerlohn arbeiten lassen. Daneben gibt es Bergbau und einige Verarbeitungsindustrien. In Mosambik haben die portugiesischen Kapitalisten 60.000 Soldaten im Einsatz.

Die größte und einzig bedeutende Befreiungsorganisation ist die Frelimo. Hinter der Frelimo steht die große Mehrheit der Afrikaner. Die Frelimo kämpft seit 1963 für die Unabhängigkeit Mosambiks. Sie hat z.Z. angeblich etwa 30.000 ausgebildete Kämpfer zur Verfügung.

Besonders bekannt geworden ist das Cabora-Bassa-Projekt in Mosambik. Hier soll ein Staudamm mit einer enormen Elektrizitätserzeugung (für 1,7 Mrd. Mark) gebaut werden, der die Nord-Provinz Tete zum Bergbau- und Industriegebiet machen, sowie Südafrika und Rhodesien mit billigem Strom versorgen soll. Deutsche Firmen, besonders Siemens, sind an diesem Projekt führend beteiligt. Der Staudamm ist einzig und allein aus den Interessen der verschiedenen Imperialisten und der reaktionären Wirtschaftseinheit mit Rhodesien und Südafrika orientiert. Portugiesische, südafrikanische und rhodesische Truppen verteidigen diesen Staudamm gegen die Angriffe der Frelimo, die die Parole ausgegeben hat: „Cabora Bassa muß zerstört werden“.

Die afrikanische Bevölkerung in der Provinz Tete ist von den portugiesischen Kolonialtruppen bisher systematisch ausgerottet worden, um Platz für weiße Siedler zu schaffen, die hierher gebracht werden sollen. Am bekanntesten wurde das Massaker portugiesischer Truppen im Dorf Wiryama, wo allein 400 Bewohner von portugiesischen Kommandos kaltblütig ermordet wurden. Der englische „Guardian“ veröffentlichte ein „Geheimpapier“ portugiesischer Offiziere, die dieses Massaker nicht als Einzelfall darstellen und berich-

ten, daß portugiesisches Militär in Teilen der Tete-Provinz „Entlaubung“ von Urwaldgebieten vorgenommen habe, wo angebliche „Schlafplätze“ der Frelimo vermutet wurden. Auch Napalm wurde abgeworfen, um die Ernten der afrikanischen Bauern zu verbrennen, um weiße Siedler werden beauftragt, um Afrikaner zu ermorden. Sowohl portugiesische als auch rhodesische Kommandos kämpfen, ohne Gefangene zu machen (d.h. sie ermorden die gefangenen Freiheitskämpfer). („FR“, 24.4.74)

Nach einem Bericht von vier Missionaren, der vom niederländischen Missionar veröffentlicht wurde, wurden allein zwischen August 73 und März 74 Tausende (!) afrikanischer Bewohner der Gemeinde Inhamsung und Umgebung von portugiesischen Truppen erschossen. Die

**Die „alte“ Kolonialwirtschaft Lissabons**

Mosambik und Angolas landwirtschaftliche Produkte – wie Baumwolle, Zucker, Kaffee – und Mineralien wurden bisher über Portugal geschleust. Derwinsteninnahmen und -ausgaben jedoch durch die portugiesische Zentralbank kontrolliert, ohne daß dabei den Provinzverwaltungen Prüfungsrechte eingeplant wurden.

Beispielsweise sind die Farmer auf den Zuckerplantagen durch die Gesetzgebung gezwungen, ihre Rohprodukte ausschließlich nach Portugal zu liefern, zu einem Kilogrammpreis, der rund ein Drittel unter dem Weltmarktpreis liegt. Die Besitzer der fünf größten Zuckerplantagen in Mosambik – ausschließlich Banken und Finanzkreise in der portugiesischen Metropole – sind gleichzeitig auch Herren der Zuckerfabriken in Portugal. Sie haben dafür gesorgt, daß der Aufbau einer zuckerverarbeitenden Industrie in Mosambik, die dem Land Devisen durch Verkauf außerhalb Portugals bringen würde, nicht erlaubt ist. Nach inoffiziellen Schätzungen soll Mosambik allein am Zuckergeschäft Einnahmen von jährlich umgerechnet 20 Mill. Mark verlieren.

Den Diamantenminen in Angolas, die Olexporturen in der Enclave Cabinda und den Baumwollplantagen im nördlichen Mosambik geht es ähnlich. Jahrelang gelang es den Lissaboner Geschäftskreisen, Lizenzen für den Aufbau einer Textilindustrie

Maß legten die schwarzen Arbeiter die Arbeit nieder und forderten höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen. Der Kommentar des deutschen (!) Oberbauleiters: „Daß die Portugiesen so schnell nachgegeben haben, als die schwarzen Arbeiter in den Streik traten und plötzlich mehrere Hundert Prozent mehr Lohn haben wollten. Da hätte das Militär, das zu bewacht, einmal aufmarschieren und nur mal demonstrieren durchladen sollen. Denn wäre der ganze Spuk vorbeigewesen.“ („Laut“, 24.4.74)

Die deutschen Oberbauleiter kennen sich in solchen Dingen halt besser aus!

Bei Ende letzten Jahres operierte die Frelimo vor allem im Norden des Landes, Anfang des Jahres startete sie eine Offensive und operiert nun auch in der Tete-Provinz bis hin

urw. zu verhindern. Der Vorteil: Die in Afrika produzierte Ware mußte nach Lissabon verschifft und dort verarbeitet werden. Die Fertigprodukte kehrten nach der 10.000-Kilometer-Reise dann wieder nach Afrika zurück – nur 200% teurer.

Die Lissaboner Banken behinderten zudem die einheimische Geschäftswelt mit Kreditrestriktionen, wickelten bewußt langsame Bankverkehre ab Lissabon dauerte drei Monate (und mehr), während die Kargierung mit Importrestriktionen das Aufbauteempo in den Kolonien bestimmte. Nach einem Gesetz aus dem Jahre 1930 fließen immer noch alle Steuereinnahmen der Kommunen und Städte der Kolonien zum Schatzamt der von Lissabon eingesetzten Provinzverwaltung, die bei der Budgetverteilung selten den Wünschen der Gemeinden entsprach, dafür aber solche überdimensionalen imperialistischen Projekte wie den Cabora-Bassa-Staudamm unterstützte.

Auch sämtliche Rechte für den Schiffsverkehr liegen bei den drei großen portugiesischen Reedereien.

Nach den politischen Veränderungen in Lissabon und den neuen Zielen Lissabons in der Kolonialpolitik wird die Spinoza-Regierung nicht, und kein kommen, einen Teil der alten Vorrechte an die weiße Oberschicht der Kolonien abzutreten.

zur zweitgrößten Hafenstadt Beira und zu einer der wichtigsten Eisenbahnverbindungen Beira – Salazar (Südafrika).

Anfang Mai mußte daher das militärische Hauptquartier der portugiesischen Kolonialtruppen aus Nampula, einer von der Frelimo ebenfalls hart bedrängten Nordprovinz, nach Beira verlegt werden, um der Intensivierung des Guerillakrieges „Rechnung zu tragen“. Schwer zu haltende Urwaldparzissen wurden aufgegeben, die Kompanien in rückwärts gelegene Stellungen zurückgeführt. Der „Stern“ berichtet, daß nach dem Putsch in Portugal die „Kampfmoral“ nachgelassen habe, viele Soldaten sich krank melden, obwohl sie nicht krank sind. „Manche Einheiten patrouillieren nur noch mit aufgesteckten weißen Fahnen (Insignie: „Nieder mit dem Krieg!“, „Es lebe Frelimo!“) an ihren Geländemarken.“ („Stern“, 12.6.74)

Offenbar hatte das portugiesische Oberkommando in Mosambik zunächst Anweisung, nur noch Defensivaktionen zu unternehmen. Allerdings betraf das nicht die speziellen Killertruppen: Fallschirmjäger, Kommandos, Marininfanterie und Fährten-sucher. 60 % der portugiesischen Armee in Mosambik bestehen übrigens aus Afrikanern, was die Unsicherheit mancher Damen und Herren, der besten Gesellschaft! Mosambiks zusätzlich steigern dürfte.

Die Frelimo hat ihre Offensive seit dem Regierungswechsel in Lissabon und den „großen Worten“, die seitdem aus dieser Richtung zu hören waren, nicht eingeschränkt, sondern eine weitere Verstärkung des Kampfes angekündigt, wohl wissend, daß Gewalt die einzige Sprache ist, die Lissabon versteht.

In den letzten Wochen wurde von verschiedenen Aktionen der Frelimo in der bürgerlichen Presse berichtet. So sprengte die Frelimo in Inhamsung einen Güterzug in die Luft und unternahm eine Serie von Minenanschlägen gegen die Eisenbahnlinien Mosambiks, auf denen die Wirtschaftsgüter zwischen den weißen Siedlern und den rhodesischen Rassen hin- und herrollen. Diese Aktionen dienen der Schädigung der wirtschaftlichen Verbindungen und der Schädigung der Profite der weißen Minderheitsregimes. Als bei einer Minenexplosion auf der Eisenbahnstrecke Tete -

Beira zehn Eisenbahner schwer verletzt wurden, distanzierte sich die Frelimo und sagte, daß sie für Verbrechen verantwortlich gemacht werde, die die Portugiesen angezettelt hätten. Das Bestreben der Portugiesen ist es natürlich, die Frelimo wegen ihrer bewaffneten Aktionen als „blutrünstige Killer“ hinzustellen, und deshalb werden bewußt solche Provokationen gemacht, bei denen möglichst viele Menschen sterben oder verletzt werden, was dann der Frelimo zugeschrieben wird.

Die Straßenverbindung mit Beira kann schon lange nur noch unter militärischer Sicherung von den weißen Ausbeutereliten genutzt werden. Am 14.5. mußte der Gouverneur von Beira sogar selbst einen Konvoi von 50 Lastwagen und zwei Bussen nach Lourenco-Marques (900 km) führen, nachdem die Fahrer sich geweigert hatten, ohne militärische Begleitung zu fahren und die weißen Siedler über das „läsche Durchgreifen“ des Gouverneurs gegen die Frelimo schon lautstarke Proteste äußert hatten.

Mitte Mai gab es große Streikbewegungen in Mosambik. Allein 18.000 Hafenarbeiter, nahezu alle Transportarbeiter legten die Arbeit nieder und forderten Lohnerhöhungen bis zu 1000%. Offenbar kam es hier auch zu gemeinsamen Arbeitsniederlegungen mit proletarischen Portugiesen, von denen es wohl auch einen Teil gibt, die den „Weg ins Glück“ nicht geschafft haben und ihre Arbeitskraft genau wie die Afrikaner zu Markte tragen müssen. Die Hafenarbeiter arbeiteten größtenteils als Tagelöhner für rund 8,50 DM am Tag! Sie bekommen nicht jeden Tag Arbeit, weil es sehr viele Arbeitslose gibt.

Auch im Hotelgewerbe kam es zu ausgedehnten Arbeitsniederlegungen. Die service-geübten Europäer mußten sich ihr Frühstück selber machen. Die Kellner usw. sollen Lohnerhöhungen zwischen 50% und 70% erreicht haben. Im vornehmsten Hotel in Lourenco-Marques bekamen sie nach dieser Erhöhung dann ganze 85 DM im Monat, mit Trinkgeldern 120 DM. Ärzte, Krankengeld-Mindesturlaub für Afrikaner sind so gut wie unbekannt.

**Der weiße Mob und die Geheimpolizei in Mosambik**

Ein Zeitungsredakteur in Lourenco-Marques äußerte gegenüber einem westdeutschen Redakteur: „Andershalb von drei Portugiesen arbeiten für die Sicherheitspolizei“!

Die allmächtige Schwadron der Sicherheitspolizei war in Mosambik 1960 (nach 1927) die einzige bewaffnete Vorhut, die die verschiedenen Verbündeten zu den weißen Rassen erreichte sie eine ungemeine Steigerung ihres Wirkungskreises. Die Geheimpolizei hatte z.B. auch über jeden Zeitungsredakteur eine Akte, und jeder Artikel, der von der Zensur gestrichen wurde, kam in die Akte gegen diesen Redakteur. Doch solche Kontrolle war noch das laienhafte.

In Mosambik gibt es eine Reihe berüchtigter Gefängnisse (Machava-Gefängnis in Lourenco-Marques, das Gefängnis in Ibo und Kuirima, die Stadtgefängnisse von Tete, Quelimane und Vila Pery), in denen natürlich fast nur Schwarze, die meisten jahrelang ohne jedes Gerichtsurteil, sitzen. Insgesamt soll es in Mosambik 7.000 politische Gefangene geben, von denen durch Erlaß Lissabons inzwischen knapp 1.000 freigelassen wurden.

In Lourenco-Marques haben fortschrittliche Rechtsanwälte eine „Kommission für Menschenrechte“ gegründet und geben die Ergebnisse bekannt, die sie aus den Berichten hunderter entlassener Häftlinge gewonnen haben. Die Gefangenenerzählungen standen alle unter der Regie der DGS-Mörder. „Wir haben keine Beweise, daß in Machava Leute erschossen wurden, aber man hat die Gefangenen in kleine Zellen gesperrt und ließ sie dort einfach verhungern“, sagte einer dieser Anwälte. Nach den Berichten sind 900 Gefangene von der DGS ermordet worden, eine Zahl die gewiß höher angesetzt werden muß. Unter Caetano galt das Machava-Gefängnis als „Modellhaft“, und wurde öfter ausländischen Journalisten gezeigt. Nach Aussagen ehemaliger Gefangener wurde das Gefängnis für solche Besuche immer jeweils präpariert. Eine der beliebtesten Foltermethoden in diesem Gefängnis war z.B., die Gefangenen oder sie mit brennenden Zigaretten zu quälen.

Noch schlimmer ging es auf der Insel Ibo zu. Überlebende Häftlinge berichteten von einem Mägelangenen, der dem Kopf mit einer Axt abgeschlagen wurde und von einem anderen Fall, bei dem ein Verletzter seine Wunden mit salzigem Meerwasser auswusch und mußte. Viele Über-

lebende berichteten auch, daß mehrfach Häftlingen die Augen ausgegründet worden sind.

Der ehemalige KZ-Überlebende der Machava-Haftanstalt, Unterleutnant Armando Gonçalves, wurde inzwischen selber in das Gefängnis eingeliefert (in eine Zelle mit Dusche und Klimaanlage? !).

Zunächst war die portugiesische Junta nicht gewillt, die DGS-Organisation in den Kolonien aufzulösen, aber offenbar wurde sie durch den Druck der schwarzen Bevölkerung so zu zwingen. So wurden auch in Mosambik am 10. Juni 200 Geheimpolizisten verhaftet. Die meisten sind natürlich noch frei und „im Amt“.

Der weiße Siedler-Mob in Mosambik ist durchdrungen von einer faschistischen und rassistischen Mentalität. So hat jeder seine Kasse zu Hause, um Afrikaner „umzulügen“. Inzwischen tragen sie die Waffen auch ständig mit sich herum und prahlen mit ihren wohlgeordneten Gewehr-schränken im Haus.

Am 13.5. kam es zu Zusammenstößen zwischen Tausenden Weißen, die immer wieder „Waffen, Waffen!“ schrien und „Nieder mit der Frelimo!“ Spruchbänder wurden getragen: „Wir werden unsere Rechte bis zum letzten Mann verteidigen“ – „Mosambik gehört uns“. In Lourenco-Marques gibt es eine faschistische Bürgerwehr, die regelmäßige „Kontrollgänge“ durch die schwarzen Wohnviertel macht.

In den letzten Wochen hat sich eine weitere faschistische Bewegung gesammelt, die sog. „Fico“-Bewegung (Fico = „Wir bleiben“). Ein Fico-Sprecher äußerte gegenüber dem „Stern“: „Wir haben allein von einer einzelnen Person 100/100 Mill. Mark für unsere Zwecke erhalten.“

Es gibt ein altes Arbeiterlied: „Diesen Schindern keine ohhrichen Flinten – den Streik und einen Tritt von hinten!“

Inzwischen ist es zu ersten Gesprächen zwischen einer Abordnung der Junta und der Frelimo mit Samora Machel gekommen. Die Abordnung der Junta wurde sehr geschickt ausgewählt: sechs ehemalige politische Häftlinge, darunter auch der Bruder Samora Machels. So erhofft man sich offensichtlich ein gutes „Verhandlungsklima“. Die Vermittlerrolle zwischen Portugals Behörden und der Frelimo hat eine Organisation schwarzer Kleinbürger übernommen, die Gumo. Joana Simão ist eine ihrer führenden Vertreterinnen, Studienrätin aus Lourenco-Marques und bis Ende 72 führende Mitglied der Partisanenorganisation Coremo.

Auf einer Prekonferenz kurz nach dem Putsch in Lissabon forderte Machel: „Mosambik gehört uns und Mosambik!“ Das Programm der Gumo ist die „Konstituierung einer inneren Front in Mosambik aus allen aufgeschlossenen, besonnenen und kühn denkenden Rassegruppen“, also nichts weiter als eine Abneigung an die portugiesischen Herren.

Frelimo-Präsident Samora Machel sagte in einer Ansprache über Radio Tansania, kurz bevor die ersten Gespräche mit der portugiesischen Abordnung begannen: Zwar könne nicht über die Unabhängigkeit Mosambiks verhandelt werden, wohl aber über die Mittel, diese Unabhängigkeit zu erreichen. Machel versicherte, daß die Frelimo einen Staat schaffen wollen, in dem die Menschen aller Hautfarben in Freiheit zusammenarbeiten können.

Als die Frelimo bei den Verhandlungen Anfang Juni nicht auf die Bedingung der Abordnung einging, eine „Volksbefragung“ (die jederzeit durch Portugal manipulierbar ist) über die Unabhängigkeit durchzuführen, gingen die portugiesischen Truppen sofort zu einer neuen Offensive gegen die Frelimo vor. Es ist klar, daß Portugal auch in Mosambik um jeden Millimeter Boden gegen die Frelimo kämpfen wird und mit abwechselnder Taktik vom „Entgegenkommen“ und hartem Zuschlagen versuchen will, innerhalb der Frelimo (in der es angeblich auch einen mehr rechten und einen linken Flügel geben soll) Spannungen herbeizuführen.

Doch die Frelimo geht aus einer Position der relativen Stärke in die Verhandlungen und verstärkt weiter ihre bewaffneten Aktionen, um den portugiesischen Imperialisten klar zu machen, daß sie zum Zurückweichen in keiner Weise bereit ist.

**FÜR DEN SIEG IM VOLKSKRIEG!!**

(In einem nächsten AK-Artikel wollen wir genauer auf die Komplizenschaft der Regimes in Rhodesien und Südafrika eingehen, die sich zur Zeit verstärkt wappeten, den Freiheitskampf in den Kolonien militärisch zu unterstützen).

Leitung der Bismarck-Betriebsrat  
K.B.-Gruppe Hamburg



HSW:

## Drei Jahre Gewerkschaftsausschluss

Im Gewerkschaftsausschlussverfahren nach § 30.1 der Satzung der IGM Metall gegen drei ehemalige Mitglieder der VK-Leitung der Hamburger Stahlwerke wurde am 10. Juni das Urteil gesprochen.

3 Jahre Funktions- und Versammlungsverbot für die drei.

Das bedeutet faktisch einen befristeten Gewerkschaftsausschluss für drei Jahre. Allerdings kann der IGM-Vorsitz dieses Urteil noch ändern (z.B. schärferes Urteil).

In dem Verfahren hatten der Kläger (der heutige VK-Vorsitzende, Schuchnecht – CDU) und die „Angeschuldigten“ das Recht, je 2 Beisitzer zu stellen. Der Vorsitzende wurde von der Gewerkschaftsführung gestellt; entsprechend waren die Mehrheiten immer 3 : 2 gegen die drei entlassenen Vertrauensleute.

Schon von daher wird das Verfahren zur Farce! Doch wichtiger noch scheint uns, daß bei derartigen Verfahren von folgendem Grundsatz ausgegangen wird:

„Die Betroffenen kommen als „Schuldige“ in das Verfahren und müssen ihre „Unschuld“ beweisen. Die Entscheidung darüber, ob jemand schuldig oder unschuldig ist, haben die Gewerkschaftsführer selber, die den stimmenscheidenden Vorsitzenden einsetzen und das Recht haben, den endgültigen „Urteilsspruch“ zu fällen. Sie sind nicht verpflichtet, derartige Verfahren zu veröffentlichen!“

Insgesamt dauerte das Verfahren mehrere Stunden. Dabei wurden alle abgestandenen Vorwürfe erneuert (vergleiche zu HSW auch zurückliegende AK-Nummern seit Jahresanfang) und durch neue, teilweise falsche, ergänzt. Zur Beweisführung dienten den Gewerkschaftsführern und ihrem Anhang der Hauptvorwurf, den auch die HSW-Kapitalisten in ihrem verlorenen Arbeitsgerichtsprozess erhoben, die drei hätten „den Betriebsfrieden gestört“.

Die Beweise gingen auf Ereignisse bis 1971 zurück, bei denen die Kollegen zu der Zeit entweder noch gar nicht im Betrieb waren oder gar nicht an den Auseinandersetzungen beteiligt waren.

Das Urteil gründet sich auf folgenden zentralen Aussagen:

„Auch als VK ist an die Friedenspflicht des Tarifvertrages gebunden. Er darf in diesem Fall keine andere Meinung als die des Vorstandes zulassen. Vertritt jedoch jemand eine andere Meinung, so muß er sich darüber im Klaren sein, daß er dabei gegen die Satzung verstößt.“ (Begründung für den Vorwurf, die Forderung nach einer Teuerungszulage sei „gewerkschaftsschädigend“).

„Die Kollegen hätten mit ihrer Meinung nicht an die Öffentlichkeit gehen dürfen. Ein IGM-Mitglied, das die öffentliche Politik der IGM öffentlich kritisiert, verhält sich schon gewerkschaftsschädigend... Öffentlich für ihn ist schon, wenn diese Meinung eines Unorganisierten gegenüber geäußert wird.“

Es wird deutlich, daß es in dem Verfahren nicht um die Sache ging, sondern daß nach dem in der IGM bestehenden Grundsatz „der Vorstand hat immer recht“, zu verfahren wurde. Genau diese Art der innergewerkschaftlichen Auseinandersetzung, wie sie im Verfahren wieder deutlich wurde, lebten die drei Vertrauensleute ab. Damit läßt sich praktisch jede kritische Regung innerhalb der Gewerkschaften abwürgen, und verfolgt man die Urteilsbegründung in der Konsequenz, so hätten im letzten Jahr zehntausende IGM-Mitglieder ausgeschlossen werden können, da sie Streiks gegen die Friedenspflicht vertrieben und eine andere Meinung als der Vorstand der IGM vertraten.

Für die IGM-Führer soll dieses Urteil der Schlüsselstein unter die Entwicklung bei HSW sein: Rauschüsse der klassenbewussten Kollegen, Gewerkschaftsausschluss und Grad über wachsen lassen.

Doch die Kollegen haben nicht aufgegeben. Ihre beiden Beisitzer organisierten das Urteil nicht an, sie verweigerten die Unterschrift und gaben eine Erklärung ab:

„Durch diesen Beschluß soll eine oppositionelle, kritische Meinung aus der Gewerkschaft gedrängt werden. Mit solchen Maßnahmen sollen die Mitglieder der Organisation auf den Vorstandswahlen... festgelegt werden. Wir halten dies für zutiefst un-demokratisch, antigerwerkschaftlich und den Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung zuwiderlaufend.“

Betriebszelle HSW  
KB/Gruppe Hamburg

Auf der Sitzung des gewerkschaftlichen Vertrauenskörpers (VK) am 20. Mai beantragte die rechte Clique um den Kommunistenleger und IG-Chemie-Sekretär von Kodolitsch und die Betriebsräte Kuch und Kosidowski den Rauschmitt eines linken Vertrauensmannes aus dem VK Grubbrook (der vierte Rauschmitt innerhalb weniger Monate). Vorausgesetzt waren Auseinandersetzungen über die Vorbereitung der anstehenden Tarifrunde, zu der der schäbste Kollege (P.F.) eine höhere Lohngruppe für das Reinigungspersonal gefordert hatte. Außerdem hatte er schriftlich formulierte Vorschläge zur Tarifrunde mitgebracht, die u. a. eine Mitgliederversammlung und die Zusammenarbeit aller Hamburger Texaco-VKS anregten.

Es kam jedoch zu keiner Diskussion dieser Fragen. Die rechte Clique stellte lakonisch fest, daß „so wie wir eine Show inszeniert wird, um etwas für die KB-Postillen vorzubereiten.“

Einmal beim „Thema“, wurden noch einige Maßnahmen gegen die Linken entwickelt, so z. B. durch gezieltes Pfeifen und Zwischenrufe ins am Reden auf Betriebsversammlungen zu hindern. Auf dem Höhepunkt antikommunistischer Hetze wurde der Ruf nach „sauberen Reihen“ forciert und der Ausschuß der Kollegen mehrheitlich beschlossen, kollegen dieser nicht bereit war, sich zu verpflichten, über alle gelaufenen Diskussionen seinen Kollegen gegenüber zu schweigen.

In einem Schreiben an den Verwaltungsvorstand schrieb der geschädigte Kollege P. F., daß er die Informierung der Kollegen für die elementarsten Grundsatz gewerkschaftlicher Arbeit halte, und fügte ein Kurzprotokoll der VK-Sitzung

Texaco, Hamburg-Grubbrook:

## Antikommunisten greifen zur nackten Lüge

an, das den Versuch schildert, ihm einen Maulkorb zu verpassen. Dieses Schreiben verteilte er auch in seiner Abteilung. Das war Grund genug, die „Schmierblätterexperten“, wieder aktiv werden zu lassen. (Von dieser Clique kamen mehrere Flugblätter gegen linke Kollegen – übrigens die einzige „Öffentlichkeitsarbeit“ dieser Herren Betriebsräte und Vertrauensleute). Sie behaupteten schlichtweg, P. F. habe ein völlig falsches Protokoll erstellt, der wirkliche Ausschlußgrund sei ihm wohlbekannt (obwohl sie diesen Grund auch nicht nannten). Außerdem seien „anonyme Schriften“ zu erwarten (?), für die P. F. verantwortlich sei. Kein inhaltliches Wort, kein konkreter Beweis gegen den Kollegen also, stattdessen brodelnder „Gerüchtebrei“, mit dem die Rechten über mündliche Weiterarbeiten wollten.

P. F. antwortete nun seinerseits mit einem ausführlichen Protokoll der VK-Sitzung für alle Kollegen (s. AK 44). Dies war um so dringender, als ihm bereits mündlich mitgeteilt worden war, daß ihm der Verwaltungsvorstand am 10. Juni sein Mandat als Vertrauensmann entzogen hatte, „ohne ihn auch nur anzuhören!“

Vom Vorgehen der Bürokraten bei seinem Rauschmitt schrieb er: „Ich habe „Einheitsgewerkschaft“ an zu verstehen, daß verschiedene Meinungen in unserer Organisation bestehen können, und daß sich nach ausführlicher Diskussion die Mehrheit der Mehrheit überordnet und die gefaßten Beschlüsse einheitlich

durchgeführt werden. Wer aber dafür sorgen will, daß „Einheitsgewerkschaft“ bedeutet, alle müssen einer Meinung sein“, der schwächt unsere Organisation und spaltet sie zutiefst.“

Offenbar hatten die Rechten diese Veröffentlichung von P. F. vorhergesehen, denn noch am selben Tag in der Mittagspause verteilten sie ein neues dreiseitiges Exemplar ihrer „Serien“. Danach lief die ganze Sitzung nun völlig anders, als P. F. sie geschildert hatte – hier der stärkste Tobak (ohne vollkommen freie Erfindung der rechten Clique): „Dann verlangte P. F., die Hebewerkzeuge müssen heruntergestuft werden (!), da sie zuviel verdienen würden (!). Aus dem Kreis der übrigen Vertrauensleute wurde P. F. widersprochen. Er konnte darauf an, Tarifpolitik nicht mit „Herunterstufen“, sondern mit Neuaufhebung zu betreiben.“

Da soll also P. F. Positionen vertreten haben, die nicht einmal Kapitalisten in der Tarifrunde wagen würden. Nach einer Reihe weiterer Fälschungen, bei denen sich die Bürokraten stets die linken (!) Positionen zuschulden, kommt gleich ein ganzer Pulk von „Ausschlußgründen“ – quasi zum Ausschuss:

„Häufiges Fehlen aus Sitzungen (nicht die Spur von Wahrheit dran), wenig konstruktive Mitarbeit (!), ständige Fälschungen über die Arbeit unseres Gremiums an Kollegen, Politik und Politik in seinen Diskussionen – statt sachlicher Arbeit. Wiederholte unwahre Aus-

gen und schließlich der Eindruck (!), daß viele im Betrieb schon lange hätten, weil gewisse Verbindungen anhängen, der Zeit durch die übliche Hetze im sogenannten „Arbeiterkampf“ nicht gerade weggewiegt wurde...“

Die schon perverse Verdrehung der Tatsachen zeigt, daß die Bürokraten auf die noch im VK verbliebenen Leute keine taktischen Rücksichten mehr nehmen müssen. Die seit einem Jahr betriebene rechte Ausrichtung, und die fast vollständige Abkehr von den Problemen der Kollegen haben ein Wegbleiben zahlreicher Kollegen bewirkt. Der kleine verbliebene Rest (meist unter 10 Teilnehmer an den Sitzungen) ist heute so fast jeder Sauerlei gegen Linke bereit. Das ist die Bastion, die die Gewerkschaftsführung nicht zuletzt für ihr geplantes Vorgehen gegen die Linken der anderen Texaco-Betriebszelle aufgebaut hat!

Auch dieses Schmierblatt – es ist das sechste in 5 Monaten – fand bei den meisten Kollegen kaum Anklang. Zu dick aufgetragen waren die Lügen gegen P. F., den fast alle Kollegen persönlich oder von Betriebsversammlungen kennen. Allerdings meinen nicht wenige, „ein Flöckchen Wahrheit wird wohl dran sein“.

Trotz der für jeden ehrlichen Kollegen heute aussichtslos erscheinenden Situation im VK und in der gewerkschaftlichen Arbeit am Grubbrook, ist es wichtigste Aufgabe der Linken, die spontane Ablehnung der Schmierblätter zu einer aktiven oppositionellen Gewerkschaftsarbeit zu formieren, und auch im VK den Arbeitsverratern das Feld nicht freiwillig zu überlassen.

Betriebszelle Texaco  
KB-Gruppe Hamburg

## Hamburg, IGM-Jugend:

### Das war ein Schuß in' Ofen!

Hugo Schreiber, Hamburgs IGM-Führungsausschuss und Liebhaber der Metall-Lehrjahre, hat mal wieder zugeschlagen.

Hamburg, IGM-Jugend:

### Das war ein Schuß in' Ofen!

Hugo Schreiber, Hamburgs IGM-Führungsausschuss und Liebhaber der Metall-Lehrjahre, hat mal wieder zugeschlagen.

Diesmal hatte er sich besonders sorgfältig vorbereitet, um zu einem großen Schlag gegen die Kommunisten und fortschrittlichen Lehrjahre auszuheilen.

Anlaß hierzu waren folgende Ereignisse: gleich nach Abschluß der Metalltarifrunde hatten Jugendvertreter, Jugendvertrauensleute und gewerkschaftliche Jugendgruppen in Rundschreiben an die Metallbetriebe die Einberufung einer OJA-Mitgliederversammlung gefordert und Vorschläge für Tagesordnungspunkte gemacht.

- **Angewandung der Tarifrunde in Anknüpfung an die erfolgreichen Mitgliederversammlungen während der Tarifrunde;**
- **Diskussion der Gewerkschaftsausschlüsse, speziell bei HDW;**
- **Verbesserung der gewerkschaftlichen Jugendarbeit.**

Nachdem wurden solche Rundschreiben von den Betrieben Hamburger Flugzeugbau, Gutmann Maschinenbau, HDW, Rheinstahl Eggers Kehrhaas und Blohm & Voss verschickt.

Die Gewerkschaftsführer und die Jünger der SDAJ/Jusos im OJA lehnten die Einberufung einer solchen Versammlung ab und reagierten zum größten Teil gar nicht auf die Briefe.

Doch je mehr Briefe kamen, desto mehr wuchs bei Hugo die Einsicht: hier muß etwas geschehen!

Und er handelte! Diesmal hielt er es allerdings nicht einmal für nötig, seine OJA-Jünger vorher zu fragen. Einmal und Planung übernahm er ganz allein. Es wurde ein Einladungs-schreiben für eine Mitgliederversammlung verfaßt, das erst drei bis vier Tage vorher (wo Betriebsräte das Schreiben „aufbewahrten“, erst kurz vorher) an die Lehrjahre und Jugendlichen gelangte. Mit dem Schreiben wurde eine Informationsveranstaltung angekündigt. Die Tagesordnung enthielt alles das, was man vorher versprochen hatte, mit den Mitgliedern zu diskutieren:

1. Bericht von der Jugendkonferenz in Oberhausen,
2. Situation der Berufsbildung,
3. Vortrag zur Tarifrunde, Referent: Hugo Schreiber.

Eine Diskussion war nicht vorgesehen. Daneben hatte Hugo in einem Extra-Schreiben an die Betriebsräte und VK-Leiter der Betriebe HDW, Gutmann und Hamburger Flugzeugbau um ihre Erscheinen gebeten. Wir hatten dies für notwendig, da die Jugendvertreter Eures Betriebes zum Teil offene Briefe an andere Jugendvertreter geschickt hat und zu Aktionen aufrief.“ (Schreiben der IGM-Führer).

Ganz offensichtlich wollte man hier einen gezielten Schlag gegen die Linken führen und sich dabei gleich der Hilfe und Mitarbeit von VK-Leitern und Betriebsräten versichern.

Entscheidend für uns war aber, daß die Herren Gewerkschaftsführer

diesen Schlag unter Ausschluß der Öffentlichkeit planten! Dafür spricht zum einen das kurzfristige Ansetzen des Termins und vor allem das Datum der 13.6. – Eröffnung der Fußballweltmeisterschaft mit dem Spiel Brasilien – Jugoslawien. Außerdem standen in der Woche und am nächsten Tag für die Maschinenschlosser und Elektrikerlehrlinge die Facharbeiterprüfungen an.

Der Kluge Hugo schätzte wohl ein, daß zu so einem Termin nur die treuesten Anhänger und der harte Kern der Linken erscheinen würden. Recht hatte er mit seiner Einschätzung. Nur, er hatte die Rechnung ohne den Wirt gemacht! Denn auch wir schätzten es so ein, und unsere Jugend-Genossen beschloßen, die Herren Gewerkschaftsführer und ihren Anhang im eigenen Saft schwimmen zu lassen. Wir boykottierten die Veranstaltung und diskutierten dies mit den fortschrittlichen Kollegen, den Genossen und Sympathisanten, wobei sich zeigte, daß zu der Zeit nur den Lehrjahre Kollegen kam ein Instinkt an dieser Veranstaltung war.

Auf der Versammlung war dann high life. Aulder Hugo und dem VK-Leiter und Betriebsratsvorsitzenden von Gutmann waren elf jüngere Kollegen anwesend (zum Vergleich: auf der letzten waren es 150!), davon sieben Mitglieder des SDAJ/Jusos-OJA's. Hugo versuchte dann, antkommender Kritik zu begegnen: „Ihr kannte die Fußballspielregeln nicht.“ Und: „Gewerkschaftsarbeit liegt mir mehr an.“ (Herrn (vermutlich auch ein Goldbeutel, die Red.) als Fußball- und ähnliche nette Sprüche, was dann aber bemerkt, die Versammlung schleunigst zu schließen, woran er allerdings hartnäckig durch zwei Kollegen gehindert wurde, die, wo sie nun mal da waren, die Gelegenheit benutzten, ihrer Kritik an der letzten Tarifrunde und der Politik der Gewerkschaftsführer Luft zu machen.

Wir meinen, daß diese Boykott-Aktion zur OJA-Versammlung ebenfalls eine wichtige politische Bedeutung hat: in der Diskussion mit Kollegen können wir zum einen die Absichten und die Politik der Gewerkschaftsführer und ihres heiligen OJA-Anhangs entlarven, andererseits aber auch versätkt Aktivitäten dahinter entwickeln, die überbetriebliche Zusammenarbeit zu fördern und die Notwendigkeit einer Politik, die die Probleme der Arbeiterjugend in den Mittelpunkt der Auseinandersetzung rückt, um sie zu lösen, propagieren.

Deshalb werden wir uns nicht auf unseren leicht verdienten Lorbeeren dieser Negativ-Aktion ausruhen, sondern alle Initiativen aufnehmen und unterstützen, damit nach der Urlaubszeit tatsächlich eine Mitglieder-versammlung stattfindet, die von den jugendlichen Mitgliedern getragen wird. Dort werden wir auch die notwendige Auseinandersetzung um die zunehmenden Angriffe gegen die Linken und die Gewerkschaftsausschlüsse führen.

Jugendkommission Metall  
KB/Gruppe Hamburg

## Norddeutsche Affinerie, Hamburg:

### WAHLSIEG DER LINKEN!

– Zu den Jugendvertreterwahlen –

## Norddeutsche Affinerie, Hamburg:

### WAHLSIEG DER LINKEN!

– Zu den Jugendvertreterwahlen –

Am 19. und 20. Juni 1974 wurde auf der Norddeutschen Affinerie (Afi) eine neue Jugendvertretung gewählt. Von den ca. 150 Auszubildenden waren 99 wahlberechtigt (unter 18 Jahre). Im Wahlkampf profilierte sich eine Gruppe von Kandidaten – u.a. mit einem Jugendprogramm – alternativ zur bisherigen, vor allem unter Einfluß der DKP/SDAJ stehenden Jugendvertretung. Die Kandidaten griffen eine Woche vor dem Wahltag ihrerseits ein: In Übereinstimmung mit der Mehrheit des SPD-Betriebsrates kündigten sie dem Spitzenkandidaten der Linken, Peter T., fristlos! Eine sofortige „Einstweilige Verfügung“ ermöglichte, daß Peter T. weiter kandidieren kann und weiter ausgebildet werden muß.

Die Auszubildenden der Afi bestätigten bei der JV-Wahl mit großem Vorsprung (66 % aller Stimmen) ihr Vertrauen zu Peter und anderen linken Kandidaten. S.B., bisherige Vorsitzende der Jugendvertretung und Mitglied der DKP/SDAJ, landete abgeschlagen auf Platz 5!

Auf der Jugendversammlung drei Wochen vor der Wahl legten drei Jugendvertreter-Kandidaten ein Forderungsprogramm für Auszubildende vor, das sie zur Richtschnur ihrer Arbeit machen wollten. Als Peter T. nach und nach die einzelnen Punkte vortrug, erhielt er die übergroße Zustimmung der Auszubildenden. Je näher dem Wahltag rückt, desto deutlicher polarisierte sich die Meinungen. Hier die alte Jugendvertretung mit S.B. an der Spitze, die eine Gruppe linker Kandidaten mit eigenen Vorstellungen von Jugendvertreterarbeit, mit Peter T. als Spitzenkandidat.

Am Dienstag, dem 11.6., wurde Peter mitgeteilt, daß er am nächsten Tag zur außerbetrieblichen Betriebsratswahl zu erscheinen habe.

Am Mittwoch wurde Peter dann unter fadenscheinigen Vorwänden („arbeitsunfähig“ etc.) mit Zustimmung des SPD-Betriebsrates (!: ?) fristlos gefeuert.

Er mußte sofort den Betrieb verlassen. Am Freitag beantragte Peter T. wegen Wahlbehinderung und Unmöglichkeit der Auszubildendenpflichten beim Arbeitsgericht eine „Einstweilige Verfügung“ gegen die Afi.

Am Dienstag (Montag war frei, 17. Juni) ging Peter T. zur Afi mit der „Einstweiligen Verfügung“. Doch die Afi-Kapitalisten starteten einen neuen Coup gegen Peter T. Sie führen zwar das Ausstellungsverhältnis mit Peter weiter, aber nicht auf der Afi, in Hamburg-Veddel, sondern in der Gewerkeförderungsanstalt (d. Hamburg Handelskammer) in Hamburg-Altona!

Klarer Sieg für die Linken

Am Mittwoch und Donnerstag wurde dann gewählt. Die Auszubildenden

denden zeigten den Afi-Kapitalisten, daß sie sich nicht so schnell einschüchtern lassen.

Von den 99 Wahlberechtigten gaben 81 ihre Stimmen ab, wovon wiederum 66 auf die linken Kandidaten entfielen. Peter T. bekam 74 gültigen Stimmen, Peter T. 49, Gudrun und Ernst jeweils 32 (beide hatten das Forderungsprogramm mit Peter unterzeichnet). Sabine (DKP/SDAJ) erreichte mit 29 Stimmen nur den 5. Platz.

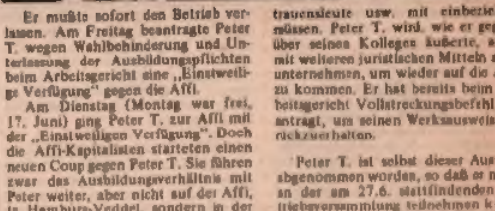
Es wird in den nächsten Tagen und Wochen daran gehen, Peter T. – von den Kollegen gewählter Jugendvertreter – mit allen Mitteln wieder auf die Afi zur Weiterführung seiner Ausbildung und Wahrnehmung seiner Rechte und Pflichten als Jugendvertreter zu bekommen.

Dazu sind unter den Auszubildenden, insbesondere auch von den neuen Jugendvertreter, geeignete Solidaritätsaktionen zu unternehmen, die auch die älteren Kollegen, Ver-

trauensleute usw. mit einbeziehen müssen. Peter T. wird wie er gegenüber seinen Kollegen äußerte, auch mit weiteren juristischen Mitteln alles unternehmen, um wieder auf die Afi zu kommen. Er hat bereits beim Arbeitsgericht Vollstreckungsbefehl beantragt, um seinen Verkaufswert zu rückzuhalten.

Peter T. ist selbst dieser Auswahl abgenommen worden, so daß er nicht an der am 27.6. stattfindenden Betriebsversammlung teilnehmen kann. Am 25.6. mußte die Afi auf Gerichtsbescheid ihm zumindest für die Betriebsversammlung „freien Zugang“ gewähren.

Betriebszelle Norddeutsche Affinerie  
KB/Gruppe Hamburg



Ein Blick in die Lehrwerkstatt der NA



# Kampf der kapitalistischen Rationalisierung!

## Die Rationalisierungswelle rollt unvermindert weiter

Forts. Metallindustrie

Nur in wirklich kranken Fällen kapitalistischer Mißwirtschaft treten die Gewerkschaftsführer als empörte „Ankläger“ auf, um dann ihre Sprache von „mit Mitspracherecht wie das nicht passiert“ unter den Arbeitern zu verbreiten, als ob diese beispielsweise in der Stahlindustrie für die Arbeiter etwas gekündet hätte!

In den Betrieben führen zumeist sozialdemokratische Betriebsräte die Proteste gegen die Rationalisierungen an, sie orientieren den Kampf auf Erzielung von Sozialplänen, Einschaltung bürgerlicher (SPD-)Politiker und die Hilfe der Gewerkschaftsführer.

Stattdessen müssen wir die kapitalistische Rationalisierungspolitik ablehnen. Der Kampf hingegen kann nur als Kampf gegen das kapitalistische System und für die Gewinnung der Arbeiter zum Sturz der Herrschaft des Kapitals geführt werden.

Kampf der kapitalistischen Rationalisierung!

900 Klöckner-Arbeiter

entlassen!  
Die Belegschaft von VDI-Düsseldorf  
wird getötet

Das Düsseldorf-Werk der Vereinigten Drahtindustrie (VDI-Fusion Klöckner und Krupp) soll bis 1975 stillgelegt werden. 960 Arbeiter und Angestellte sind dann mit Dezember 1973 entlassen.

Die großangelegte Rationalisierung, die die großen Stahlgiganten Klöckner, Krupp, Thyssen und Mannesmann schon seit etwa 3 Jahren durchführen, hat jetzt auch die Drahtindustrie erreicht. Nachdem Klöckner mit Hüttenwerken in Bremen, Osnabrück und Hagen-Haase durchdringt, fusionierte die Konzernanfang 1973 mit dem Krupp-Konzern zur VDI mit den Werken Hamm, Kahl, Düsseldorf und einem kleinen Werk in Göttingen. Mit der Fusion war auch klar, daß Rationalisierungen durchgeführt werden.

Bereits Ende 1973, im Dezember, wurde bekannt, daß 400 Arbeiter in Düsseldorf entlassen werden sollen und das Werk vermutlich stillgelegt wird. Ebenfalls das Göttinger Werk mit 68 Beschäftigten. Die Belegschaft reagierte empört: mit Warnstreiks und einer großen Demonstration. Die Proteste hielten bis in den Januar 1974 hinein an. (vgl. zu VDI auch AK 42, „Kapitalistische Rationalisierung“).

Unter dem Druck dieser Proteste wogelten die Konzern-Bosse ab. Sie ließen zunächst einen Sozialplan erstellen und versprachen schließlich im Februar dem Betriebsrat, daß das Werk nicht geschlossen werde. Damit war allerdings der ursprüngliche Plan nicht gestorben, sondern nur aufgeschoben, um ihn zu einem geeigneten Zeitpunkt wieder aufzuwärmen.

Ganz offensichtlich rechneten die

Kapitalisten mit erneuten Protesten der Belegschaft; als setzen dabei aber auf eine Desorientierung, des Kampfes – der Betriebsrat, der noch vor einem halben Jahr entschiedenen Widerstand gegen die Schließung leistete, hat diesen mittlerweile zugunsten einer Politik, die schlimmsten Auswirkungen der Entlassungen zu verhindern, aufgegeben. Die Kapitalisten witzten auch darauf, daß die Urlaubsbüro eine Organisation des Protests behindern wird.

Bei Bekanntgabe des Aufsichtsratsbeschlusses am 11. Juni war die Empörung groß. Mehrere hundert Arbeiter traten in einen Warnstreik.

200 hielten vor dem Betriebsratsbüro eine Protestversammlung ab. Auf einem Transparent stand: „Klöckner und Krupp profitieren, wir die Existenz verlieren.“

Am nächsten Tag wurde in Düsseldorf-Oberbilk eine Demonstration der VDI-Belegschaft durchgeführt. Etwa 1.300 Menschen beteiligten sich daran, darunter viele Arbeiter, die ihre Frauen und Kinder zu dieser Protestaktion mitgebracht hatten, und Kollegen anderer Betriebe.

Die Konzern-Bosse versuchten, die Proteste als „unbegründet“ hinzustellen. Zynisch erklärten sie, die Arbeiter würden alle wieder Arbeit finden, sie könnten ja „wohlfür im Werk Hemm, bei anderen Werken der beiden Gesellschafter und schließlich auch bei anderen Unternehmen des Düsseldorf-Raumes...“ arbeiten („Welt“ 13.6.74).

Proteste bei Olympia

Das Schreibmaschinenwerk Olympia in Kaufbeuren, Teil des AEG-Konzerns, soll geschlossen werden. Bis jetzt sind schon etwa 175 der 1.200 Beschäftigten entlassen; darunter fast 40 Lehrlinge, die ausgebildet haben.



Belegschaftsmitglieder der Olympia-Werke demonstrieren gegen die Stilllegung

Bis Mitte 1975 sollen noch mindestens 700 Beschäftigten entlassen werden, vermutlich wird das Werk Kaufbeuren ganz stillgelegt werden.

Der AEG-Konzern plant die Verlagerung der Produktion in Niederrheinländer: Chile (1), Spanien (1), Mexiko und Nordland. Neben der Auspressung der Arbeiter in diesen Ländern sollen auch die deutschen Arbeiter von Olympia der Profitgier zum Opfer fallen. Es ist zu erwarten, daß auch das Wilhelmshavener Hauptwerk von Olympia in Zukunft von größeren Entlassungen und Rationalisierungen nicht verschont bleibt. Die Kapitalisten ziehen noch zu-



Demonstration gegen die Betriebsstilllegung bei VDI-Düsseldorf im Dezember 1973

sätzlich Profit aus der Verlagerung des Werks ins Ausland, da sie hiermit offiziell „Entwicklungshilfe“ leisten! Als AEG 1968 sein Olympia-Werk im Industriearmen Allgäu, in Kaufbeuren, aufbaute, geschah das vor allem wegen eines ausreichenden Arbeitskräftevorrats und relativ niedriger Löhne. Den Arbeitern wurden

testierten gegen die Stilllegung des Olympia-Werks. Besonders die SPD bemühte sich im CSU-regierten Bayern, die Proteste auf ihre Partei-Mühlen zu lenken. So sagte der SPD-Landtagsabgeordnete Wirth auf der Kundgebung: „Hier wird die Existenz zahlreicher Menschen dadurch bedroht, daß Produktionsstätten im Ausland mit dem Kapital errichtet werden, das nicht zuletzt diejenigen erwirtschaftet haben, denen man jetzt den Arbeitsplatz nehmen will.“ („Welt der Arbeit“, 21.6.74).

Worüber der Herr Sozialdemokrat kein Wort verliert, das ist, daß die Politik der sozialdemokratischen Bundesregierung dieses Vorgehen der Kapitalisten unterstützt und fördert.

Mannesmann-Röhrenwerke,  
Remscheid

In einer Vorstandsveröffentlichung vom 5. Juni werden weitere Rationalisierungen angekündigt, die nichts gutes ahnen lassen. „An eine Stilllegung des Werkes ist nicht gedacht, aber die mittelfristige Planung macht strukturelle Umschichtungen in Teilbereichen möglich.“

Die Arbeiter waren gewarnt, denn schon in den Monaten vorher wurden wiederholt Rationalisierungsentscheidungen durchgeführt.

Am 6. Juni traten spontan 400 Arbeiter in einen einstündigen Warnstreik und protestierten gegen die Planung der Mannesmann-Bosse.

Eisenwerke Kaiserslautern

Das Werk in Ludwigshafen soll, da es „nicht ausgelastet“ ist, stillgelegt werden und die Produktion im Kaiserslauter Werk konzentriert werden. 120 Arbeiter sind von der

Stilllegung betroffen. Für sie ist es nur ein schwacher Trost, daß ihnen Werke außerhalb Ludwigshafens als Arbeitsplatz angeboten wurden.

Schlesinger-Autozubehör,  
Offenbach

Bereits seit zwei Jahren hatte die Firma keine Bilanz mehr veröffentlicht, mittlerweile hat sich ihre hohe Verschuldung herausgestellt. Von der Pleite des Betriebs sind 230 Beschäftigte betroffen. Selbst für einen Sozialplan haben die Firmenchefs angeblich kein Geld mehr, er kann „aus finanziellen Gründen“ nicht erstellt werden.

Alfred Teves GmbH

Aufgrund der „Stagnation des Autombaus“ (so die Firmenleitung) wird der Bremsersteller 400 Arbeiter in Gifhorn, 150 in Rheinböllen und 50 in Frankfurt entlassen.

„Schiffswerft am Mittelrhein“

Anfang Juni stellte die Werft in Oberwinter überraschend den Konkursantrag. 125 Belegschaftsmitglieder wurden entlassen.

Heinrich Koppers, Essen

Die Firma, die im Großanlagenbau tätig ist, wird vom Friedrich-Krupp-Konzern übernommen. Für die 2.850 Beschäftigten bedeutet das, daß nun die Gefahr größerer Rationalisierungen und Entlassungen droht. Darüber kann auch die Übernahmeverpflichtung Krupps, die Arbeitsplätze zu sichern, nicht hinwegtäuschen.

Walther-Büromaschinen,  
Heidenheim

Die Firma hat aufgrund der „angespannten Finanzlage“ den Vergleich angemeldet. Für 1.500 Beschäftigte in den Werken Gerstetten und Niederstotzingen bedeutet das die Entlassung.

Anker-Werke, Bielefeld

Für Anfang Juni hat Ende Juli ist in der Büromaschinenfabrik Kurzarbeit angeordnet. Gleichzeitig wurde bekannt, daß durch den sinkenden Absatz von Registrierkassen Entlassungen „notwendig“ werden. Der Umfang ist noch nicht bekannt.

Audi - NSU

Durch Nicht-Ersetzen von Kinderrädern und von allem durch die Verweigerung von Reparaturen und vor allem durch die Verweigerung, Arbeitsverträge mit ausländischen Arbeitern zu erneuern, sparte die Firma in Neckarsulm 520 Arbeitsplätze im April und Mai.

Gram-Werk, Landau

Die Produktion soll nach Argentinien verlagert werden. Das Landauer Werk wird stillgelegt und 350 Beschäftigte werden arbeitslos.

Elba-Baummaschinen, Ettlingen

Aufgrund der „wirtschaftlich schlechten Lage“ werden 74 Arbeiter und Angestellte entlassen.

Metall-Komitee  
KB/Gruppe Hamburg

## Hamburger IG-Metall-Führer zum Mord an Neset Danis:

### „Der Mord ist nun mal passiert...“

Der Mord an dem türkischen Arbeiter Neset Danis durch türkische Faschisten hat unter den ausländischen Arbeitern große Empörung ausgelöst. Auch im Ausländerrat der Hamburger IGM wollten die ausländischen Kollegen hierüber diskutieren und Solidarität üben. Anwesend auf der Sitzung war auch der zuständige IGM-Sekretär Erhard Fehm, bekannter Kommunistenführer in der IGM (z.B. bei HSW und satutierte Anti-Gewerkschaften). Fehm war auf der Sitzung besessen. Als die ausländischen Gewerkschafter über mögliche Aktionen und ein Solidaritätsflugblatt für Danis Newt diskutierten, versuchte Fehm abzuwiegeln und faselte dummes Zeug. Die Kollegen wollten ohne ihn weiter reden, da er zu besessen war. Daraufhin pöbelte er sie an: „Der Mord ist nun mal passiert, Neset Danis war sowieso ein Linker, und von der Gewerkschaft aus wird nichts passieren.“

Das Widerspruch gegen seine Ausfälle und das Beharren darauf, den Fall zu diskutieren, beantwortete er mit der Drohung, er würde sich mit

der Ausländerbehörde in Verbindung setzen, um den Anwesenden die Aufenthaltsgenehmigung zu entziehen.

Die Kollegen des Ausländerratschusses haben beim Vorstand die Absetzung von Fehm gefordert.

Der geschilderte Fall ist sicher eine krasse Erscheinung, er kennzeichnet aber die Situation der ausländischen Arbeiter in den Gewerkschaften: sie dürfen zwar Mitglied sein und Beiträge zahlen, sie haben aber nur Zeit so gut wie keine Möglichkeit, ihre Probleme in die Gewerkschaften zu tragen und hierfür eine wirksame Interessenvertretung zu erwarten. Stattdessen wird ein Ausländerrat eingesetzt, vergleichbar mit den Angestelltenrätschen, ohne Rechte. Stattdessen wird ihnen so ein Schwein, wie der Sekretär Fehm, vorgesetzt, der ganz offensichtlich im Saft sein will, was, was unserer Genossen aufgrund eigener Erfahrungen bekanntes, Gesicht zeigt.

Metall-Komitee  
KB-Gruppe Hamburg

## Westberlin: Scharfer Kurs im Druckhaus

Die Druckhaus Tempelhof GmbH ist mit ca. 800 Beschäftigten der drittgrößte Druckbetrieb Westberlins. Sie gehört zur Unternehmensgruppe Weitport (Belsor/Stuttgart).

Versärfte Rationalisierung – Entlassungen und betriebliche Lohnkürzungen – kennzeichnen die Politik der Geschäftsleitung im letzten Jahr.

Gegen diese Maßnahmen setzten sich Anfang des Jahres besonders die Kollegen des Tiefdrucks zur Wehr. Als im Zusammenhang mit dem MTV-Abschluß im Druckhaus die Schichtzulagen gekürzt wurden, traten die Tiefdruckkollegen in den indirekten Streik: sie verweigerten das bei uns übliche Arbeiten an unterbezahlten Maschinen, das sogenannte „Ausgleichsfahren“.

Die Geschäftsleitung (GL) versuchte, diesen Kampf zu zerschlagen, indem sie demagogisch den Tiefdruckern vorwarf, für eine mögliche Verschlechterung der Auftragslage verantwortlich zu sein, da die Firma durch den Streik nicht termingerecht liefern könne.

Da die Kollegen jedoch unbeirrt auch weiterhin das „Ausgleichsfahren“ verweigerten, mußte die GL ein Zugeständnis machen: sie bot den Kol-

legen eine wöchentliche Schichtzulage von 4,- DM an.

Die Mehrheit der Tiefdruckkollegen akzeptierte den Kompromiß, der zwar nicht den ursprünglichen Verlust aufhebt, aber dennoch einen relativen Erfolg darstellt, – ohne Kampfmaßnahmen wäre zweifellos nicht ein Pfennig Vergütung rausgesprungen.

Die äußerst wichtige Erfahrung, daß nur durch Kampf Erfolg erzielt wird, werden die Kollegen im Druckhaus sehr nötig gebrauchen können. – Die GL setzte nämlich zum bisher größten Schlag gegen die Kollegen an: zur Einführung eines Dreistufenplans zur Disziplinierung der Kollegen.

Die Kollegen werden nach diesem Plan in drei Stufen eingeteilt:

1. Spitzenkräfte innerhalb einer Gruppe;
2. Mitarbeiter mit einer allgemein zufriedenstellenden Leistung;
3. Mitarbeiter mit einer nicht immer zufriedenstellenden Leistung bzw. Mitarbeiter, die erst mit kurzem im Gewerbe tätig sind.

Was zuerst wie eine reine Leistungsbewertung aussieht, was schon über genügt ist, ist vielmehr auch

eine politische Beurteilung der Kollegen.

Dies und was die GL damit im Einzelnen beabsichtigt, haben wir in zwei Flugblättern entlarvt.

Im Augenblick scheint die GL noch nicht direkt mit ihrem „Vor-schlag“ rauszukommen zu wollen, weil die Kollegen zum Teil erneut recht breit über das Disziplinierungssystem diskutiert haben.

Vermutlich sollen sich die – zweifellos nicht sehr groben – Wogen auch noch glätten, ehe die Sache auf den Tisch gebracht wird.

Unsere Aufgabe ist es daher, und unser zweites Flugblatt zu diesem Thema stößt genau in diese Richtung, jedes noch so scheinbar nebensächliche und vom BR runtergespielte Anzeichen der versuchten Einführung breit publik zu machen, um die Wechselmacht der Kollegen zu erhalten und zu fördern.

Über den weiteren Verlauf der Auseinandersetzungen werden wir in einer der nächsten Nummern berichten.

Druckgruppe  
im KB/Gruppe Westberlin



# ÖTV - Gesundheitswesen, Lübeck

## Kampf um innergewerkschaftliche Demokratie

Seit ca. einem halben Jahr gibt es in der ÖTV Lübeck eine Betriebsgruppe in zwei Krankenhäusern. Schon von Anfang an mußten die Kollegen die Erfahrungen machen, daß die Herren Gewerkschaftsführer durchaus kein Interesse an einer aktiven Gewerkschaftsarbeit haben. Im Gegenteil: Mit allen erdenklichen Mitteln versuchten sie zunächst, die Gründung der Betriebsgruppe zu verhindern, was aber für ÖTV-Spitze und einige rechte Vertreter im Krankenhaus mit einer Niederlage endete: Auf einer Mitgliederversammlung der Abteilung Gesundheitswesen entschied eine überwältigende Mehrheit der Kollegen: Wir wollen eine Betriebsgruppe!

Während der Tarifrunde versuchte die Gewerkschaftsführung die von den Krankenhauskollegen geübte Solidarität mit den Streikenden zu boykottieren: Ein Entwurf für eine Solidaritätsadresse wurde nicht vervielfältigt. Zum 1. Mai allerdings entsarve sich die ÖTV-Spitze Lübeck erst richtig!

### Gewerkschaftsführung belügt Betriebsgruppe

Anfang April hatte die Betriebsgruppe ein ordentliches Treffen. Einige Kollegen fragten den anwesenden Sekretär Winkelmann, was in diesem Jahr von Seiten der Gewerkschaftsführung zum 1. Mai geplant

ist und ob es nicht die Aufgabe der Kollegen aus den Betrieben sei, diesen Tag, den Kampf der Arbeiterklasse, vorzubereiten. Winkelmann behauptete frech, am 1. Mai würde auch in diesem Jahr eine Feier im Saal stattfinden, „Begründung“:

Die Kollegen hätten ja kein Interesse mehr am 1. Mai. Es würde ja so wie so keine Demonstration, und mit einer Demonstration würde sich der DGB

in richtig Mächtig machen. Also die übliche Tour von den „trägen Kollegen“ – kein selbstkritisches Wort über die Inhalte der DGB-Veranstaltungen der letzten Jahre.

Winkelmann behauptung von den „faulen Kollegen“, die am 1. Mai überhaupt in nicht mehr kämpfen wollen, schlug auf diesem Treffen relativ gut ein.

Schon einen Tag später konnten ÖTV-Jugendliche auf einer Mitgliederversammlung (MV) erfahren, daß Herr Winkelmann sie belogen hatte: die IGM-Jugendlichen, die am selben Tag eine Jugendgruppenversammlung hatten, kamen mit der Nachricht: Am 1. Mai findet in diesem Jahr eine DGB-Kundgebung auf dem

Marktplatz statt. Es wurde von den ÖTV-Jugendlichen beschlossen, ein Mai-Komitee zu bilden und gemeinsame Forderungen zum 1. Mai aufzustellen.

In der nächsten Woche wurde ein Resolutionstext für das Mai-Komitee in der Betriebsgruppe (BG) diskutiert, wobei jede Parole (aufgeführt) besprochen wurde und mit vielen Beispielen aus dem Krankenhaus belegt wurde, d.h. es wurde an den praktischen Erfahrungen angeknüpft. So sind die Kollegen im Krankenhaus momentan von einer Rationalisierungswelle nach industriellen Vorbild betroffen, was von der SPD auch noch als fortschrittliche Reform „Krankenhausesfinanzierungsreform“ verkauft wird. (Die zentralen Parolen sollten als Transparenz am 1. Mai getragen werden. Die Resolution sollte vorher als Aufruf verteilt werden.)

An diesem Abend bekam die BG einen ersten Vorgeschmack von dem,

was noch kommen sollte. Als ein Kollege zur Einführung der Parole „Kampf gegen Schlichtungsordnungen“ zwei einander widersprechende Äußerungen Klunker (während der letzten Tarifrunde und später) vorlas, aus denen der Betrug an den ÖTV-Kollegen klar hervor ging, wurde der anwesende Sekretär Winkelmann fuchtelwild, sprang zum Platz des Kollegen mit den Worten „Der Kollege hier hat etwas ganz Klunker gesagt und damit ist er gegen die ÖTV!“ und wollte die Zitatquelle wissen. Er schrieb sich dann alles genauestens auf.

Der weitestgehende Reaktion anderer BG-Mitglieder war es zu verdanken, daß der Sekretär aber sogleich eine Schlappe einstecken mußte. Jemand fragte, wer die Auffassung des bedrohten Kollegen teile und alle Hände der BG-Mitglieder gingen hoch. Es war deutlich, daß das ausführliche Mitschreiben des Sekretärs vielleicht eine spätere Anklageschrift zwecks Ausschluss des betroffenen Kollegen füllen könnte.

Alle Kollegen machten an diesem Abend zum ersten Mal die Erfahrung, mit welcher Doppelzüngigkeit die Gewerkschaftsführung gegen kämpferische Kollegen vorgeht, um daß Kritik daran gleich „gegen die Gewerkschaft“ sein soll. Später hat der DGB-Kreisvorsitz tatsächlich das Tragen der Parolen „Gegen Schlichtungsordnungen“ und die Forderung nach „mehr innergewerkschaftlicher Demokratie“ verboten, hinter der die BG einstimmig stand; denn sie hatte selbst erfahren, daß eine solche Forderung ganz besonders wichtig ist.

### Spontane Kampfbereitschaft in der BG

Einstimmig wurde beschlossen, den Aufruf auf jeden Fall – notfalls selbstfinanziert – unter den Kollegen zu verteilen, um so eine breite Mobilisierung zum 1. Mai unter kläpferischen Parolen zu erreichen. Außerdem entschieden die Kollegen, daß die Forderungen auf Transparenten während der Kundgebung getragen werden sollten.

Der Vorstand der Betriebsgruppe sollte beim DGB die Transparenzen „anmelden“ und die Forderung nach „Rederecht der Betriebskollegen am 1. Mai“ vortragen.

Was für einen spontanen Charakter die Versammlung und ihre Beschlüsse hatte, zeigte sich an zwei Beispielen:

Zum einen, mit welcher Unvorsichtigkeit die Kollegen mutig beschlossen, alles, was für richtig halten, auch zu tun. Obwohl mehrmals darauf hingewiesen wurde, daß der Aufruf von den ÖTV-Führern bestimmt nicht erlaubt werden würde, waren alle der Meinung „Dann sollen die aber mal sehen!“

Auf der anderen Seite zeigte die Diskussion einiger Parolen das fehlende Verständnis für die einzige Möglichkeit, den Kampf erfolgreich zu führen, nämlich als Klassenkampf.

### Einschüchterungsversuche zeigen erste Erfolge

Auf der nächsten Versammlung rief der Bericht des BG-Vorstands die ÖTV-Spitze habe ohne Begründung die Herausgabe der Resolution verboten und nur zwei Parolen erlaubt, bei den Kollegen große Empörung hervor! Dazu wurde von einem Brief berichtet, den Winkelmann einem Kollegen, übrigens demselben, den er auf der letzten Versammlung anzugreifen versucht hatte, persönlich zugesandt hatte. Darin wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Veröffentlichung von Resolutionen, die eine Genehmigung des Kreisvorsitzenden herauszugeben. Deswegen soll sich die Betriebsgruppe bei „staatlichen Ausgaben“ an den Kreisvorsitz wenden.

Das war eine klare vorbeugende Maßnahme mit dem Ziel, die Pläne der Betriebsgruppe zu durchkreuzen. Die spontane Begeisterung der letzten Versammlung war verfliegen. Stattdessen herrschte Ratlosigkeit und Unsicherheit:

• Stimmt es, daß Betriebsgruppen und andere Gewerkschaftsgruppen aufgelöst wurden?

• Kann man denn auch aus dem Betrieb rausfliegen?

Auf der einen Seite waren alle Kollegen der Meinung, man müsse zu dem Aufruf stehen, die Forderungen seien schließlich nicht aus der Luft gegriffen!

Andererseits haben die Kollegen eine große Gefahr darin, daß die Betriebsgruppe aufgelöst wurde, dann könnte man überhaupt nichts mehr machen.

Wie beschlossen einstimmig, mit dem Aufruf und einer zusätzlichen Erklärung, in der die Vorfälle kurz dargestellt werden, eine Unterschriftensammlung im Betrieb durchzuführen.

## Täuschungsmanöver bei der Schering AG/Westberlin

Die Schering-Kapitalisten versuchen im Westberliner Werk bei den 4000 Angestellten ein Arbeitsplatzbewertungssystem einzuführen. Dabei legen sie besonderen Wert darauf, eine möglichst weitgehende Identifizierung der Kollegen mit dem System zu erreichen.

Am 22.3. hat die Geschäftsleitung und der Betriebsrat der Schering AG die Kollegen darüber informiert, daß die Schering-Kapitalisten dabei sind, ein Arbeitsplatzbewertungssystem zu „testen“, um 4000 Arbeitsplätze den noch nicht umgesetzten 8 Tarifgruppen (bisher 5) zuzuordnen. Daß dieser „Test“ vor dem Abschluß des Tarifvertrages durchgeführt wird, zeigt, daß die Kapitalisten wieder einmal besser über die Absichten der Gewerkschaftsführer informiert sind als die Kollegen.

Auf der Betriebsversammlung fielen keine Informationen ab, außer einigen radikalen Sprüchen von Betriebsrat Pattusch: „Wir können dem (der analytischen Arbeitsplatzbewertung) allerdings nicht zustimmen, wenn es dazu dienen sollte, die Lohnkosten zu senken.“ Was der Betriebsrat wirklich meint, zeigte sich schon in seinem Flugblatt „Mitteilungen des Betriebsrates“ 2/74 vom April 1974: da schreibt er: „Der Betriebsrat wird erst nach Vorliegen des Ergebnisses darüber entscheiden, ob dieses Verfahren generell angewendet werden kann.“ Der BR ist also prinzipiell mit der Einführung einverstanden, es geht ihm darum, zu verhindern, daß auf den ersten Blick die flammende Verschlechterung für die Kollegen sichtbar wird. Weder von Seiten des BR noch von der Seite der GL ist bisher zu hören gewesen, was denn letztendlich die „Erstellung von Arbeitsplatzbeschreibungen“ für die 4000 Betroffenen bringt. Diese „Gehaltsaufbaupolitik“ hat allerdings klare Gründe. Man will die Kollegen in Sicherheit wiegen: „Da wird ja nur ein Test durchgeführt.“ Der BR wird, falls die GL etwas für die Kollegen Nachteiliges einführen will, so versucht man ihnen in „Schering informiert“ weismachen, dies „natürlich“ nicht zuzulassen. Sie sollen sich also gefügig rausheulen, bzw. werden rausgehalten. Die Vorbereitung für die Einführung der „Arbeitsplatzbeschreibung“ laufen aber spätestens seit Anfang März auf vollen Touren!

Es wurde eine sogenannte „Projektgruppe“ gebildet, der u.a. auch Rationalisierungsspezialisten der „Plant-Gruppe“ angehören. Diese Rationalisierungsgruppe hat unterdessen angeblich einen Plan, wie die „Arbeitsplatzbeschreibung“ gegen die Kollegen durchzusetzen ist, schon bis ins Detail mit den Abteilungsleitern besprochen. Die Vorgehensweise wird von der „Projektgruppe“ in einem Papier für Bereichs- und Abteilungsleiter dargestellt. Das Papier nennt sich beziehungsweise „Strategie (I) für die Eingruppierung der Tarif-Angestellten“. Die „Strategie“ hat zum Ziel, eine Identifizierung der Kollegen mit ihrer neuen Einstufung zu erreichen. In o.a. Papier liest sich das

so: „Bei großen Diskrepanzen zwischen der Selbst- bzw. Fremdeinstufung (dazu später) des Arbeitsplatzes und der Eingruppierung laut Anstellungsvertrag, wird dem Vorgesetzten angetragen, den Mitarbeiter in die nächste neue Zwischenstufe einzugruppieren. In jedem Fall sollte ein persönliches Gespräch mit dem betroffenen Mitarbeiter stattfinden, in dem gemeinsam mit Einverständnis die neue Tarifgruppe festgelegt wird.“ Diese „persönlichen Gespräche“ werden schon heute durch Einschüchterungskampagnen vorbereitet. In den letzten Wochen wurden alle jene „Mitarbeiter“, die häufiger als erwünscht fehlen, mit Kündigung bedroht, wenn sich das nicht ändern würde.

Demnach gar nicht erst große „Diskrepanzen“ entstehen, wird jeder der 4000 angehalten, sich nach einem von der „Plant-Gruppe“ erstellten Richtbeispiel „selbst einzustufen“. (Selbst-einstufung). Dann erfolgt durch jeden Kollegen die anonyme „Fremdeinstufung“, laut Strategie-Papier, wobei die Kollegen aufgefordert werden, „Personen zu nennen, deren Arbeitsplatz in etwa dem eigenen entspricht und andere Personen zu nennen, die Arbeitsplatzes einnehmen, die etwa eine Stufe unter oder über ihnen einzuordnen wären“. Damit auch in jeder nur so sich selbst denkt, heißt es in den „Anweisungen zur Fremdeinstufung“: „Zum Abschluß bitten wir Sie noch einmal bei dieser Einstufung, sich nicht ihren Kollegen als Menschen mit seinen Fähigkeiten vorzustellen, sondern allein seinen Arbeitsplatz“. Hier zeigt sich deutlich, daß die Kapitalisten nicht, wie sie immer vorgeben, eine „Leistungsrechte“ Bezahlung einführen wollen, bzw. auch gar nicht können.

Die Kollegen sollen davon überzeugt werden, daß die kapitalistischen Arbeitsbedingungen, Rationalisierungen, Lohnsenkungen usw., „natürlich“ seien und nicht etwa von den Profitgebern der Kapitalisten bestimmt werden. Die Unterwerfung durch Identifizierung soll sie vom Kampf gegen die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen abhalten. Ist die Identifizierung mit der „Arbeitsplatzbeschreibung“ einmal gelungen, dann bleibt den Kollegen nur noch die Möglichkeit, durch mehr anklotzen diesen „Naturvorgang“ zu bekämpfen. Die Spielregeln für diesen Kampf werden wiederum von den Kapitalisten vorgelegt, diesmal durch Bewertung von „individuellem Wohlbefinden, Fleiß und Disziplin.“

Daß die Befragung der Kollegen (Selbst- und Fremdeinstufung) den Kollegen zur Einflussmöglichkeit vorzuziehen soll, zeigt folgende Anweisung im „Strategiepapier“: „Der Vorgesetzte stuft alle Arbeitsplätze der ihm unterstellten Mitarbeiter in die Tarifgruppen ein, wobei die Richtbeispiele (der Plant-Gruppe) als Hilfe dabei angesehen werden.“ Wie kommen nun allgemein solche Richtbeispiele zustande? Da bei Schering

noch nicht einmal die Kriterien für die Bewertung der Arbeitsplätze bekannt sind, d.h. der BR es nicht für nötig hielt, diese Unterlagen zu besorgen und bekanntzumachen, stützen wir uns auf die Erfahrungen der Norddeutschen Affinerie in Hamburg:

„Unsere Arbeitsplatzbewertung

solle nun nicht die persönliche Leistung eines Arbeiters erfassen, sondern den objektiven Schwierigkeitsgrad und das Ausmaß der Anforderungen feststellen, die ein bestimmter Arbeitsplatz mit sich bringt (egal wer an diesem Platz arbeitet). Der Arbeitsplatz soll dabei mit den entsprechenden Anforderungen anderer Arbeitsplätze verglichen werden, wobei sich eine Rangordnung von Arbeitsplätzen ergeben soll.“

Weder geschahen, sondern nur durch willkürliche, rein subjektive Schätzungen. Es ist z.B. gar nicht einzusehen, warum die Punktzahl für „Nachdenken“ doppelt so hoch ist, wie die Zahl für Erwerbsarbeit durch Gas und Dämpfe. Die Bewertung könnte genauso umgekehrt sein.

Die REFA-„Wissenschaftler“ mögen selbst zugeben, daß sie schon bei der Umwandlung der einzelnen

Gewichtung der Anforderungsarten nach dem Verfahren von Euler und Stewens

Hauptgruppe	Nr. Anforderungsart	theoretisch höchste Punktzahl	Zwischensumme
I. Wissen und Können	1 Fachkenntnis	7	11
	2 berufliche Geschicklichkeit	4	
II. Verantwortung	3 Betriebsmittel und Erzeugnisse	3	8
	4 Sicherheit anderer	3	
	5 Arbeitsablauf	2	
III. Körper und Geist	6 Muskelarbeit	8	14
	7 Aufmerksamkeit (Sinne und Nerven)	2	
	8 Nachdenken (geistige Beanspruchung)	4	
IV. Umgebungsfaktoren (Einflussnahme der Arbeit)	9 Temperatur	3	40,0
	10 Wasser, Feuchtigkeit, Staub	1,5	
	11 Verschmutzung (Ol, Fett, Schmutz, Staub)	2	
	12 Gase, Dämpfe	1,5	
	13 Lärm, Erschütterung	1,5	
	14 Blendung, Lichtmangel	1,5	
	15 Erleuchtungsgelahr, Arbeiten im Freien	1,5	
	16 Unfallgefahr	3	
	Summe 1-16	40,0	
			40,0

Mit Hilfe dieses Schemas kann man für jeden Arbeitsplatz eine bestimmte Punktzahl errechnen. Dies geschieht jedoch nicht durch einfaches Zusammenzählen der Punkte, sondern jede einzelne der 16 Anforderungsarten muß vorher noch „gewichtet“ werden: Tritt eine Anforderungsart in besonders starkem Maße auf (z.B. Unfallgefahr), so wird die Punktzahl mit einem bestimmten Faktor multipliziert; tritt sie in besonders geringem Maße auf, so gibt es dafür entsprechend weniger Punkte. Diese Gewichtung der einzelnen Anforderungsarten erfolgt in der Regel durch Schätzung.

Das hier dargestellte System der Arbeitsplatzbewertung müht auf den ersten Blick sehr wissenschaftlich und mathematisch exakt an. Jede Wille scheint ausgeschlossen, alles scheint rational und nachprüfbar zu sein, – von Ausbeutung und Klassenkampf scheint keine Spur mehr. Dennoch ist der Willkür der Unter-

Anforderungsarten in Punkte („Arbeitswerte“) mit ihrer Wissenschaft am Ende sind: „Prüft man die Anforderungen daraufhin, ob sie maßgebend sind, so zeigt sich, daß dies nur bei wenigen zutrifft. Insbesondere die Verantwortung, die Geschicklichkeit sowie die Belastung durch Schmutz und Unfallgefahr entstehen sich in der Messung“ (REFA-Buch, S. 31). An die Stelle mathematischer Messungen tritt die Methode des „geübten Schätzers, der traumhaft über den Daumen peilt.“

(Aus „Arbeitszeiten“ von der Betriebskasse des KB der Norddeutschen Affinerie Nr. 13 Juni 73).

Dieser Angriff auf die 4.000 Angestellten bei Schering steht im Zusammenhang mit der Einführung von neuen Lohnsystemen sowohl im Bereich Pharme-Produktion, wie bei den 300 Handwerkern. Darüber soll in einem späteren Artikel berichtet werden.

Chemie-Genosens von Schering/Westberlin



### Offensive gegen die Hetze im Betrieb

Unter diesen Vorzeichen erschien eine Verteilung des Aufrufs zu riskant. Wir wählten deshalb den Weg der Unterschriftensammlung an die Hand. Der Aufruf bei den ÖTV-Kollegen im Betrieb. Dadurch variierten wir auf eine offizielle Veröffentlichung, um der Gewerkschaftsführung keinen Vorwand zur Auflösung der Gruppe zu geben.

Die Unterschriftensammlung schlug zwei Fliegen mit einer Klappe: den ÖTV-Kollegen im Betrieb wurde auf diese Art viel besser als durch einfachen Verteilen die Forderungen, die die Kollegen in der BG aufgestellt hatten, bekannt. Außerdem konnte so durch direkte Gespräche die Politik der Gewerkschaftsführung viel besser aufgedeckt werden.

Durch ihre Unterschrift stellten sich die Kollegen hinter diesen Aufruf und die Parolen und kritisierten die Gewerkschaftsführung, die durch „ein solches Abwürgen der selbständigen Aktivitäten von Mitgliedern die Einheit und Stärke der Gewerkschaft schädigt“. Der geplante und verbotene Aufruf sowie die Unterschriftensammlung sollte an alle Vertrauensleute der ÖTV in Lübeck zur Information und Bekanntheit bei den Kollegen verschickt werden.

Wichtig für die Einschätzung der folgenden Sammlung der Unterschriften im Betrieb ist die Tatsache, daß wir als Betriebsgruppe erst seit 1/2 Jahr arbeiten, ein verhältnismäßig kurze Zeit, in der es uns erst ansatzweise gelungen ist, ein politisches Bewußtsein hineinzutragen. Entsprechend fiel es vielen Kollegen schwer, bei der Sammlung der Unterschriften die richtigen Standpunkte zu vertreten. Am ersten Tag kam die Unterschriftensammlung nur schleppend zu den richtigen Standpunkten zu vertreten. Am ersten Tag kam die Unterschriftensammlung nur schleppend in Gang, so daß wir Schlimmstes befürchteten und manche die Sache am liebsten ungeschehen gemacht hätten. Besonders schwer fiel es, den Abschnitt von den „ohnehin benachteiligten ausländischen Arbeitern“ zu diskutieren; das schlägt die faschistische Verhetzung der „Bild“ usw. bei den Kollegen voll an!

Am zweiten Tag kamen dann jedoch plötzlich sehr viel mehr Unterschriften zusammen. Insgesamt haben in 2 Tagen 56 von insgesamt 400 organisierten Kollegen unterzeichnet. Das erscheint uns als eine beachtliche Zahl, wenn man bedenkt, daß die Gespräche mit den Kollegen sehr zeitraubend waren. Viele Kollegen haben sich deshalb nicht unterzeichnet, weil sie Schwierigkeiten im Betrieb befürchteten, andere der halbe nicht, weil ihnen einzelne Teile nicht richtig erschienen.

Nach unserer Aktion begann eine massive Hetzkampagne durch die „Rechten im Betrieb“. Sie richtete sich gegen „die kommunistisch unterwanderte Betriebsgruppe“ sowie speziell gegen zwei fortschrittliche Kollegen in der Betriebsgruppe.

Gerüchte über die bevorstehende Auflösung der Betriebsgruppe wurden in die Welt gesetzt (durch die Gewerkschaftsführung selbst wie auch durch die Rechten im Betrieb). Besonders taten sich dabei die Personalratsmitglieder Herrmann (PR-Vorsitzender und Leiter der ÖTV – Abt. Gesundheitswesen in Lübeck), Pasch, Briest und Schombardt hervor. (Übrigens sind PR-Mitglieder, die in der ÖTV sind, automatisch, d.h. kraft Amtes, Vertrauensleute!). Ein weiteres Gerücht besagte, daß die BG keinen Raum mehr im Gewerkschaftshaus zur Verfügung gestellt bekommen sollte (angeblich hat Winkelmann das gesagt). Und die DGB-Vorsitzende Hegeborg Sommer soll höchstpersönlich gesagt haben, die BG sei „sozusagen schon vom Fenster“ (nur dort?) sagen, daß zwei Kollegen „nicht in die BG gehören, da sie Kommunisten“ seien und sie bald ausgeschlossen würden (einer von ihnen hatte in der BG Klunker kritisiert, s.o.). Noch schlimmer, die Kommunisten in der BG wären angeblich in einer Abstimmung über den geplanten Aufruf zum ersten Mai mit 6-9 Stimmen unterlegen und wollten jetzt durch die Unterschriftensammlung im Betrieb doch noch die Veröffentlichung des Aufrufs erzwingen. Wahr ist, daß der Aufruf und die Veröffentlichung einstimmig beschlossen worden war! Außerdem wären, so die Rechten, Leute mit DKP-Ansichten in der BG herumgelaufen („Na so was? – damit aber nicht!).

Der vorläufige Gipfel der faschistischen Hetze gegen die BG, von den Rechten gemeinsam als „rote Betriebskampagne“ bezeichnet, bestand darin, daß das Gerücht verbreitet wurde, in der BG würde „die Internationale“ gebläht, „um die Russen beim Einmarsch besser empfangen zu können“; weiter, man müsse

„eine Bombe in die BG schmeißen, damit der ganze Laden hochgeht“ (wörtliches Zitat eines Faschisten im Betrieb).

Bei der Sammlung von Unterschriften machten wir die Erfahrung, daß die Hetze teilweise angeschlagen hatte. Kollegen, die vorher verhetzt worden waren, waren anschließend bereit, sich unsere Argumente anzuhören, manche pöbelten gleich los, viele sprachen zwar mit uns über den Aufruf, doch von diesen Kollegen haben nur wenige unterschrieben.

### Die Gewerkschaftsführung weiß von nichts

Auf einer weiteren BG-Versammlung sollte über das Schicksal der geplanten Transparente diskutiert werden. Parolen wie „Gegen Schlichtungsordnung“ und „Für mehr innergewerkschaftliche Demokratie“ waren verboten worden. Fast alle Kollegen waren dagegen, sie dennoch zu tragen, weil dies das „sichere Ende“ der Betriebsgruppe sei.

Einige Kollegen waren der Meinung, man solle lieber gar keine Parolen tragen als die vom DGB erlaubten. Doch die Mehrzahl der Kollegen ging davon aus, daß wir uns „erlaubten“ Parolen wie z.B. „Gegen Reallohnabbau – für kämpferische Tarifpolitik“ schließlich auch erkaufen könnten und man sie deshalb auch tragen sollte.

Winkelmann war auf der Versammlung anwesend und wurde von den Kollegen heftig angegriffen.

Immer wieder forderten die Kollegen eine Begründung von ihm für das Verbot. Er redete sich raus, das sei Sache des DGB, nicht der ÖTV. Der DGB hatte uns allerdings zur ÖTV geschickt, da das „Angelegenheiten der Einzelgewerkschaften“ seien. – Winkelmann weiter: Dann heißen die Einzelgewerkschaften“ seien. – Winkelmann weiter: Dann sei das Sache des Kreisvorstandes, und der hätte auf der letzten Sitzung die Geschichte nicht behandelt. Nach seiner persönlichen Meinung befragt, gab er keine Antwort.

### Erfahrungen mit der Betriebsgruppe

Der Kampf um die Durchsetzung der Mai-Parolen hat den Kollegen von der Betriebsgruppe viele wichtige Erfahrungen gebracht. Die Gewerkschaftsführung hat gezeigt, daß sie lieber lügt und betriegt, als daß sie einen Fortschritt duldet. Die Kollegen haben auch gemerkt, daß es bei Angriffen der Gewerkschaftsführung gut ist, selber offensiv vorzugehen, anstatt kampflös nachzugeben.

Am 1. Mai selbst, wo etwa 2.500 Menschen teilnahmen, redete die DGB-Kreisvorsitzende viel von „mehr Demokratie (wegen)“, erntete jedoch jedoch wenig Beifall für ihr leeres Geschwätz. Wie sie es damit in den eigenen Reihen hält, wußten die Krankenhaus-Gewerkschafter inzwischen zu genau. Die BG war unter drei (gerade noch „genehmigten“) Transparenten versammelt, weil man nicht nach dem Motto „Alles oder nichts!“ verfahren wollte.

Die Mehrzahl der Kollegen hörte sich auch die Mai-Kundgebung des KB nicht genau an – in der auf die Vorkommnisse in den Gewerkschaften ausführlich eingegangen wurde. Viele hatten inzwischen gelernt, warum der KB das Transparent „Machen wir die Gewerkschaften zu Kampfinstrumenten der Arbeiterklasse“ trug. Es gilt, diese Lernprozesse durch kommunistische Agitation und Propaganda zu vertiefen und zu zeigen, wie der Kampf für dieses Ziel heute geführt werden muß.

Vor den vorläufigen Ergebnissen der rechten Hetze dürfen wir nicht zurückweichen! Gerade auf die Forderung „Das ist mir zu kommunistisch“ müssen wir richtig reagieren: Wenn das z.B. im Zusammenhang mit einer Unterschriftensammlung geäußert wird, kann die Antwort nur sein: „Wenn das kommunistisch ist, z.B. gegen Reallohnabbau und für Solidarität der internationalen Arbeiterklasse zu sein, dann ist kommunistisch nicht schlecht!“

Da die BG-Mitglieder doch infolge der massiven rechten Hetze in eine relative Isolation von der Masse der Kollegen gedrängt worden sind, ist zuletzt eine gewerkschaftliche Mitgliederversammlung gefordert worden, auf der „Fragen an die Betriebsgruppe“ gestellt werden sollen. Dann sollen die Rechten mal aus ihren Mißbüchern kriechen und eine Auseinandersetzung vor der Masse der Kollegen führen. Diese nämlich wird von der BG bewußt gesucht, denn nur mit dem Gesicht zu den Kollegen können Fortschritte erzielt werden.

Krankenhaus-Zelle des KB Lübeck

### HAPAG-LLOYD als „Entwicklungshelfer“

## MS „Hessenstein“ geht unter Ecuador-Flagge

HAPAG-LLOYD, größter deutscher Schiffahrtskonzern mit insgesamt rd. 10.500 Beschäftigten – Linien-schiffahrt, Transportschiffahrt, Tankerfahrt, Luftfahrt, Offshore (Versorgung von Bohrinseln), Werft, Touristik – entdeckt sein Herz für die „Entwicklungsländer“. Das Unternehmen der DEUTSCHEN und DRESDNER BANK, die u.a. die faschistischen Militärdiktaturen in Indonesien und Chile mit an die Macht brachten, teilt in seinem Hausblatt „HAPAG-LLOYD aktuell“ vom Juni 1974 mit, daß die ecuadorianische Staatsreederei Transnave und die HAPAG-LLOYD AG im April ein Abkommen unterzeichnet haben, des den Gemeinschaftsdienst beider Reedereien von und nach der südamerikanischen Westküste vorzieht.

In Verbindung mit diesem Vertrag wird den Seeleuten bei HAPAG-LLOYD die Mitteilung gemacht, daß zur Gewährleistung eines effizienten Dienstes, die MS „HESSENSTEIN“ (Baujahr 1967) an die Transnave „verkauft“ wird. Damit reduziert sich die Flotte von HAPAG-LLOYD unter westdeutscher Flagge von über 110 Schiffen im Jahre 1970 auf nunmehr 58 Einheiten; zu den bisher 3.000 „freigesetzten“ Seeleuten treten neue hinzu.

HAPAG-LLOYD vergißt in der Begründung für diesen Pakt mit der nationalen Bourgeoisie Ecuadors nicht zu betonen, daß das Abkom-

Wir zweifeln nicht daran, daß nach der politischen „Angleichung“ Chiles der Mörderbande um Pinochet selbsten HAPAG-LLOYD diese freundliche „Aufbauhilfe“ ebenfalls gewährt wird. „Wirtschaftliche Angleichung“, das zeigt das Schicksal der südamerikanischen Völker sowie der unterdrückten Völker in aller Welt, das heißt erbarmungslose Auspressung der Völker im Komplott mit den herrschenden Cliquen dieser Länder. Unter der Maske des freundlichen Wohltäters HAPAG-LLOYD grinst nur allzu deutlich die Fratze des imperialistischen Räubers hervor.

Das Abkommen zwischen HAPAG-LLOYD und Ecuador muß im Zusammenhang gesehen werden mit einer kürzlich zu Ende gegangenen Schiffahrtskonferenz im Rahmen der Vereinten Nationen. Das wichtigste Ergebnis dieser Konferenz ist eine Regelung über die Ladungsaufteilung im Seehandel zwischen den verschiedenen schiffahrtstreibenden Ländern. Danach wird das Ladungsaufkommen im Verhältnis 40/40/20 aufgeteilt. Am Beispiel Ecuadors würde das bedeuten: 40 % der Güter gehen an westdeutsche Schiffe (praktisch HAPAG-LLOYD), 40 % an die ecuadorianische Staatsreederei (wo HAPAG-LLOYD jetzt ebenfalls voll die Finger drin hat!) und 20 % bleibt für die Flotten anderer am Seehandel verdienender Staaten, hier u.a. die skandinavischen Reedereien, die gegen diese Ladungsauf-

firmen wie im Falle Panama oder durch Scheinverträge wie im Falle „Hessenstein“ an Ecuador.

Dabei nutzen die Reedereien die „guten Beziehungen“, die das westdeutsche Finanzkapital traditionenmäßig zu den Regimes in Südamerika unterhält. Mit jedem Schiffahrtsvertrag wird das Netz enger, das der wieder aufstrebende westdeutsche Imperialismus über die Länder der Dritten Welt auswirft, dies in schärfster Konkurrenz zu den übrigen imperialistischen Ländern, die der westdeutsche Imperialismus verdrängen muß, um sich an ihre Stelle zu setzen.

Um noch bessere Ausgangsbedingungen für seinen räuberischen Handelskrieg zu erlangen, räumt der BRD-Imperialismus den westdeutschen Reedern, allen voran HAPAG-LLOYD, Subventionen aus dem „großen Topf“ des Bundeshaushaltes ein, was die anderen imperialistischen Nationen ihrerseits zu erhöhten Subventionen veranlaßt.

Angeblieh aus Sorge um die Arbeitsplätze der deutschen Seeleute und zur Stärkung der Konkurrenzfähigkeit der westdeutschen Flotte stimmen die Führungen der Gewerkschaften ÖTV und DAG mit ein in den Reederplan nach mehr Subventionen. Damit unterstützen sie die imperialistische Expansionspolitik des westdeutschen Kapitals. Die ÖTV-Führung verteidigt sich gar zu nationalistischen Tönen, um den Protest der Seeleute gegen die arbei-

nicht zu betonen, daß das Abkom-

men, die gegen diese Ladungsauf-

firmen und anderen gegen den arbei-

### Hapag-Lloyd Frachtdienste



Ein Entwicklungshelfer...

men „der grundsätzlichen Einstellung der Regierungen von Ecuador und der Bundesrepublik Deutschland zu wirtschaftlicher Zusammenarbeit (auf wessen Rücken?) ... dient.“

Die SPD/FDP-Regierung als gegenwärtig geschäftsführender Ausschuss der Kapitalistenklasse hat inzwischen schon Routine im Abschließen von Schiffahrtsverträgen mit südamerikanischen Regimes, legte sie doch bereits zu Beginn des Jahres 1972 durch ein Abkommen mit der Regierung von Panama die juristischen Grundlagen für den unmittelbar bevorstehenden Massenexport von 15 älteren HAPAG-LLOYD-Schiffen nach Panama (s. dazu unseren ausführlichen Artikel im ARBEITERKAMPF Nr. 41).

In der Pose des Wohltäters für die Völker der Dritten Welt nimmt die Konzernleitung für sich in Anspruch, daß durch den „Gemeinschaftsdienst“ mit der ecuadorianischen Staatsreederei „ein wichtiger Beitrag zur wirtschaftlichen Angleichung (!) einzelner im Aufbau befindlicher Länder dieses Kontinents (!) geleistet“ wird.

lung heftig protestiert haben, da sie dadurch weitgehend aus dem Geschäft geworfen werden.

Trotz großen Lamentierens über das Ende der „Freiheit der Meere“, d.h. der Freiheit aller Reedereikapitalisten, unbeschränkt überall mit ihren Flotten einzudringen, vollzieht sich heute deutlich eine verstärkte Bildung von zweiseitigen Flottenkartellen zwischen imperialistischen Ländern und von ihnen abhängigen Entwicklungsländern.

Das Demagogische und Chauvinistische in der Klage der Imperialisten über den Verlust der „Freiheit der Meere“ liegt darin, daß sie die Abschaffung dieser „Freiheit“ den Entwicklungsländern in die Schuhe schieben, denen sie „Flaggenprotektionismus“ und „Erpressung“ vorwerfen, während es die Imperialisten selbst sind, die in verstärktem Maße Kartelle bilden.

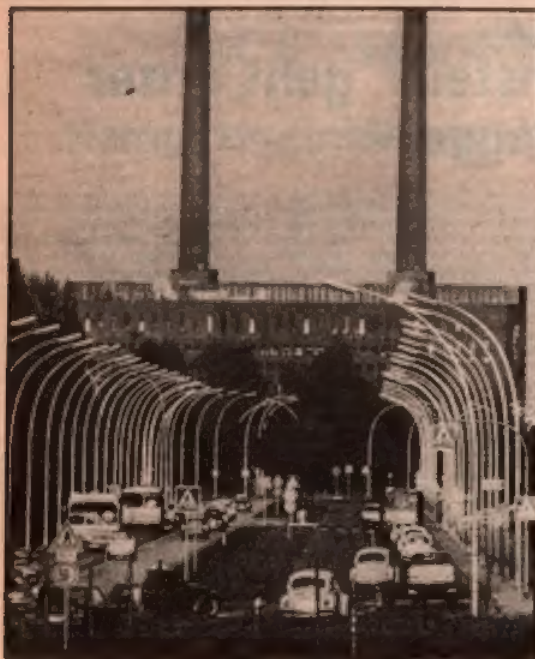
Nachdem die westdeutschen Imperialisten die skandinavische Konkurrenz aus dem Rennen geworfen haben, gehen sie jetzt daran, sich auch noch die 40 % Anteil für die Entwicklungsländer unter den Nagel zu reißen, und zwar durch Tochter-

terfeindlichen Maßnahmen der Reederei zu kanalisieren. „Die Notwendigkeit einer eigenen (westen. Eigentum?) Handelsflotte für die Bundesrepublik Deutschland ist ... begründet in der Abhängigkeit unserer (unserer?) Staaten von der Rohstoffversorgung – also Importe – und dem Export der erstellten Güter.“ (ÖTV-Seefahrt, Mai/Juni 1974)

Ziel einer an den Interessen der Arbeiterklasse ausgerichteten Politik jedoch kann nicht die „Wiederherstellung“ der Konkurrenzfähigkeit der westdeutschen Imperialisten sein, sondern die völlige Aufhebung dieser Konkurrenz durch die Überwindung des Kapitalismus.

Wer diesen Weg abhienet und gleichzeitig über die arbeitfeindlichen Maßnahmen der Reeder wie das Auslagern als „Form brutaler Reederwillkür“ zitiert, der ist im besten Falle ein Tagelöhner, der den Kapitalismus nach wie vor für reformierbar hält. Im schlechtesten Falle ein Schafstall, der seine Klassenzusammenarbeit mit der Bourgeoisie mit wortladischen Sprüchen tarnt.





Volkswagenwerk in Wolfsburg: der größte Teil der Bevölkerung ist von der Arbeit bei VW abhängig. Wer bei VW nicht mehr arbeiten kann, der muß meistens in eine andere Stadt ziehen und Arbeit suchen.

## MASSENENTLASSUNGEN BEI VW

### Mindestens 12 000 Arbeiter weniger in diesem Jahr

Alle Beschäftigten der VW-Konzernleitung und der sozialdemokratischen Betriebsräte vor den niedersächsischen Landtagswahlen, VW plane keine Entlassungen, erwiesen sich kurz nach den Wahlen als reine taktische Manöver. Ganz offensichtlich wollte man die SPD-Kampagne der „sicheren Arbeitsplätze“ nicht mit derartigen Meldungen stören.

Mittlerweile sind ein Großteil Entlassungen schon vollzogen und weitere geplant. VW versucht selbst hieraus noch Profit zu schlagen und verbreitet in der Öffentlichkeit seine „humane“ Methode der Belegschaftsreduzierung.

Durch einen sogenannten „Aufhebungsvertrag“ will der Konzern im Juni die Belegschaft um etwa 3.000 Arbeiter verringern. Mit diesem Vertrag werden jedem Arbeiter, der freiwillig kündigt, zwischen DM 5.000,- und DM 9.000,- einmaliger Zahlung geboten. Dieses ist so großzügig, da das Lohnabgeleitete, das sogenannte „Lohnabgeleitete“, das sogenannte Erfolgsprämie, die jährlich gezahlt wird, und einen 13. Monatslohn; man steht – so weit her ist es mit diesem „großzügigen“ Angebot nicht, denn der größte Teil der Summe fällt nur das zusammen, was den Arbeitern tariflich im Laufe des Jahres sowieso gezahlt werden muß. Die Locksumme gilt allerdings nur für Arbeiter bestimmter Betriebsstellen, besonders in den Werken Kassel und Hannover, hier will man insbesondere wieder die ausländischen Arbeiter entlassen.

Die VW-Bosse gehen bei ihrem Konzept der „humanen“ Entlassungen von folgender Vorstellung aus:

- Viele Arbeiter haben durch die Kurzarbeit in diesem Jahr große Lohneinbußen. Bereits zum fünften Mal in diesem Jahr werden vom 8.-12. Juli 30.000 Arbeiter in den Werken Emden, Kassel, Hannover und Braunschweig auf Kurzarbeit gesetzt (auf der anderen Seite haben die VW-Bosse durch die Kurzarbeit Millionen Mark an Lohngebern gespart).
- Durch den Wegfall von sonst üblichen Nacht-, Spät- und Sonderdiensten treten ebenfalls große Lohneinbußen auf.

Die VW-Bosse wissen genau, daß ein großer Teil der Arbeiter mittlerweile in Schwierigkeiten geraten ist, Raten und Schulden nicht mehr bezahlen kann etc. Diese Notlage machen sie sich bei ihrem „humanen“ Angebot zunutze.

Wovon sie nicht reden, ja, was insgesamt von den Kapitalisten, den bürgerlichen Politikern und der Presse verschwiegen und beschönigt wird, sind folgende Tatsachen:

- die Arbeitslosenquote in Niedersachsen beträgt 3,6 % und steigt. (Der VW-Zulieferer Teves in Gifhorn hat mittlerweile für 400 Beschäftigte Entlassungen beantragt.)
- in den ersten fünf Monaten des Jahres hat VW bereits 3.000 Arbeitsplätze vernichtet, indem die sogenannten natürlichen Abgänge nicht ersetzt

wurden, und plant für den Rest des Jahres, mit derselben Methode 6.000 weitere Arbeitsplätze einzusparen; zusammen mit den 3.000 „freiwilligen“ Kündigungen bedeutet das für 1974: Entlassung von mindestens 12.000 Arbeitern! (Zahlen nach „Bild“ vom 20.6.74)

- in einer Stadt wie Wolfsburg ist der größte Teil der Bevölkerung auf Arbeit bei VW angewiesen; wer bei VW nicht mehr arbeiten kann, der muß meistens in eine neue Stadt ziehen.

Hieran wird deutlich, daß die VW-Bosse die Notlage, in die das kapitalistische System viele Arbeiter und Familien immer wieder hineintreibt, zu ihrer Tugend zu machen versuchen. Das Gewäch von der „humanen“ Belegschaftsreduzierung ist nichts weiter als das Bemühen, tatsächliche Massenentlassungen „sozial“ zu befeuern. Die Automobilkonzerne stehen dabei an vorderster Front, mit Kurzarbeit, Rationalisierungen und Massenentlassungen (vergl. dazu auch AK 45 zu VW, Opel und Ford) die kapitalistischen Profite zu sanieren.

Der Kampf gegen die kapitalistische Rationalisierungspolitik und Massenentlassungen gewinnt zunehmend an Bedeutung und muß von uns verstärkt auch zu einem zentralen Punkt der Auseinandersetzungen in den Gewerkschaften gemacht werden!

Metall-Komitee  
KB/Gruppe Hamburg

## Texaco, Hamburg

### Schlappe für den Mitbestimmungsschwindel

#### — Zu den Aufsichtsratswahlen —



Heute gegen links nicht belohnt:

Kosiedowski und Kuch — BR-Fürsten in Grassbrook, Spitzenkandidaten der IG-Chemie bei den AR-Wahlen im Texaco-Konzern und branchenbekannte Kommunisten-Jäger — wurden von den Hamburger Kollegen abgelehnt. Von fast 2.000 Wahlberechtigten der Hauptverwaltung und aus Wilhelmshagen erhielten sie gerade 74, bzw. 79 Stimmen!

Vom 18. bis zum 20. Juni fanden bei der Deutschen Texaco AG (DTA) und der Vertriebsgesellschaft (DTV) Wahlen zum Aufsichtsrat (AR) statt.

Um die gutkonnomenierten AR-Posten rangelten vier Mitglieder der IG Bergbau und Energie, zwei der IG Chemie, vier der Gewerkschaft HBV und drei der DAG.

Die Wahlbeteiligung im gesamten Konzern stieg durchschnittlich um über 10%, auf fast 80% im (1971: 67,8%).

Außerdem in Hamburg. Sowohl in der DTV-Zentrale als auch in den DTA Betrieben Hauptverwaltung (HV) und Wilhelmshagen konnte der Aufschwung der Mitbestimmungskampagnen gestoppt werden. Ja mehr noch, es gelang den Illusionsverkäufern der SPD- und Gewerkschaftsführung eine beschämte Schlappe zuzufügen. Lag die Wahlbeteiligung 1971 noch bei ca. 70%, so gingen diesmal nur 40 - 50% der Kollegen überhaupt zur Wahl!

Den ist in erster Linie das Ergebnis der Arbeit einer Gruppe linker Betriebsräte und Vertrauensleute, die im Wahlkampf die Lösung ausgaben: Wahlboykott!

Der CHEMIEARBEITER — die Branchenzentrale des KB — unterstützte diese berechtigte Forderung.

In der Hauptverwaltung sind von 1.497 stimmberechtigten Kollegen nur 600 zur Wahl gegangen (40,8% Wahlbeteiligung). In der DTV-Zentrale Hamburg von 473 nur 226 (= 47,8 % Wahlbeteiligung).

In solchen Abteilungen oder Betriebsstellen, in denen linke Gewerkschafter aktiv für „Wahlboykott“ auftraten, gab es teilweise eine extrem niedrige Wahlbeteiligung. So sind z.B. im Wilhelmshager Werk von den etwa 60 Arbeitern nur ganze 8 (acht!) überhaupt zur Wahl gegangen.

Damit haben sich in diesen Hamburger Texaco-Betrieben ca. 40 % weniger Kollegen an dem Mitbestimmungsschwindel beteiligt, als noch 1971, und etwa 50 % weniger als in anderen Konzernbetrieben in der BRD. Im Grassbrooker Texaco-Betrieb (ebenfalls Hamburg), gelang es den SPD- und IG-Chemiefürsten indes, ihre Position weiter auszubauen. Die Wahlbeteiligung liegt hier analog zu Texaco-Betrieben in der übrigen BRD bei etwa 70 - 80 %.

Es wird in der nächsten Zeit darauf ankommen, die HV und Wilhelmshager Erfolge als Hebel zur besseren Aufklärungsarbeit für unsere Grassbrooker Kollegen zu nutzen.

#### Warum Wahlboykott?

Die Erfolge bei den fast 2.000 Hamburger Texaco-Kollegen beruhen zum einen auf dem großen Vertrauensverhältnis der Kollegen zu einigen linken Betriebsräten und Vertrauensleuten, die maßgeblich die Aufklärungskampagne geführt haben. Zum anderen ist es den Linken gelungen, größere Klarheit über

den Mitbestimmungsschwindel, (Die Unternehmer sitzen am Drücker und lassen sich auch durch auswendig „Mitbestimmungsparagrafen“ nichts wegnehmen) mit den für die Kollegen konkret fassbaren Konsequenzen aus einer AR-Kandidatur zu verbinden.

So machten die Linken in vier Flugblättern zur AR-Wahl deutlich, daß AR-Mitglieder: + nicht „führend“ in Streiks eingreifen dürfen (Streikleitung etc.) + im Unternehmensinteresse, zur völligen Geheimhaltung verpflichtet sind (sowohl gegenüber den Kollegen im allgemeinen, als auch gegenüber den Betriebsräten und Vertrauensleuten im besonderen) + gegebenenfalls zu „Schadensersatz“ verurteilt und strafrechtlich verfolgt werden können.

Konsequenz: Im AR gibt es für die Kollegen nichts rauszuholen, darum empfehlen wir, die Wahl zu boykottieren.

Die Mehrheit der Kollegen ist den linken Betriebsräten und Vertrauensleuten in der Argumentation gefolgt und bereitete den Illusionsverkäufern eine beschämte Schlappe.

#### Wie führten die Gewerkschaftsführungen den Wahlkampf?

Die DAG orientierte darauf, im AR wenigstens „Flagge zu zeigen“, auch wenn man zugestandenmaßen derzeit nicht viel tun könne. Den Linken warf sie vor, „kein aktives Interesse an der Durchsetzung der Mitbestimmungsgesetze zu haben... Arbeitstheorien und in Frage stellen... würde der Arbeitgeberseite nur entgegenkommen.“

Dann griffen die McCarthy-Schüler der IG Chemie-Führung in Hamburg ein. Erst die Amateur-Kommunisten-Jäger und AR-Kandidaten Kuch und Kosiedowski (BR-Fürsten in Grassbrook), die gehabt, wurde versucht, die linken Texaco-Kollegen in die „Extremistenecke“ angehechelt. „Alles oder Nichts“ — Forderung (IG Chemie Flugblatt) zu drängen, um dann zu fragen, „was die Flugblatt-Verfasser denn an Stelle der Mitbestimmung eigentlich wollten?“ Kommunisten-Jäger-Prof., von Kosiedowski, wußte dann einige Tage später auf einer Betriebsversammlung die Antwort: „Den Ruf nach Bewaffnung der Arbeiterklasse!“

#### Prestigeschlappe für IG Chemie-Führung

Besonders entmutigend dürfte das Wahlergebnis für die IG Chemie-

mie-Kandidaten Kuch und Kosiedowski aus Grassbrook sein.

Völlig abgedürrt auf dem dristletzten und allerletzten Platz liefen sie beim 12.000-DM-Tantiemenrennen durch's Ziel. Von den 1.497 Arbeitern und Angestellten der HV und Wilhelmshagen waren nur ganze 74 bzw. 79 bereit, die Kosiedowski-Jünger anzukreuzen!!!

Diese Prestigeschlappe der IG Chemieführung wird mit Sicherheit nicht ohne Konsequenzen bleiben.

In der letzten Zeit sind häufiger Gerüchte laut geworden, daß eine Reihe von linken IG Chemie-Betriebsräten und Vertrauensleuten aus der Gewerkschaft ausgeschlossen werden sollen, um zumindest auf gewerkschaftlicher Ebene das Rudel wieder voll in die Hände der Gewerkschaftsführung zu bekommen.

Wenn die Linken auf der Basis des „Massen Erfolges“ bei der AR-Wahl aufbauen, dürfte es den IG Chemie-Kommunisten allernächst schwer fallen, die Linken gänzlich von der Wahrnehmung der Interessen der Masse der Kollegen abzuhalten.

Weil es den Texaco-Linken gelungen ist, diese AR-Kampagne mit einer Reihe neuer detaillierter und überzeugender (!) Argumente zu führen (insbesondere die Analyse der zuständigen Paragraphen des Aktiengesetzes und der entsprechenden Kommentare zum Gesetz), haben wir uns entschlossen, diese Kampagne alsbald zu dokumentieren, und zwar entweder als Sonderheft des „Chemiearbeiter“ oder in der nächsten Ausgabe von „Unser Weg“.

Betriebszelle Texaco  
KB-Gruppe Hamburg

## „Amerikanische Verhältnisse“

### — Vorbild für Bullenterror in der BRD —



Die Entwicklung der westdeutschen Polizei in den letzten Jahren ist

- durch kostspielige technische und militärische Ausrüstung,
- durch zunehmend klarere faschistische Ausrichtung gegen die werktätige Bevölkerung,
- durch weitere „flankierende“ juristische Maßnahmen (Ausbau der sog. „Notwehrsituation“ etc.)
- und durch den Aufbau spezieller Killertruppen, der sog. „Anti-Terroristen“ oder MEK — Mobiler Einsatzkommando, gekennzeichnet.

Die jüngsten Ereignisse in München (Ermordung eines Taxifahrers durch das MEK; siehe AK 45 S. 18) und die öffentliche Hinrichtung des Bankräubers Gonzales durch MEK-Schützen in Hamburg, deuten an, daß die „Investitionen“ der Kapitalistenklasse in die Polizei sich nun zunehmend in der Praxis bewähren soll.

Unverhüllt geben zuständige Minister die Zielvorstellung ihrer Planungen an. So sprach Polizeipräsident Redding (Hamburg) von „anstrengenden Amerikaverhältnissen“ und Genscher bereits beim Falltinnenüberfall während der Olympiade 72 in München, „von der Zen-

tralen Bundespolizei“; Vorbild FBI-USA!

Zwei Meldungen der jüngsten Zeit aus den USA — kaum sichtbar, so klein sind sie in der bürgerlichen Presse gehalten — lassen die für die BRD „anstrengenden Amerikaverhältnisse“ erhellen.

In der „Süddeutschen Zeitung“ vom 4. Juni:

#### Fluch Nichttun

Los Angeles (dtp) Ein Mann, der ein mit einer Pistole bewaffneter Mann, als er eine Polizeistation in Los Angeles betrat, drei Polizisten gegen seine Waffen und erschossen den Eindringling. Als er tot war, stellten sie fest, daß der Mann eine harmlose Luftpistole hatte.

Zehn Tage später berichtet die „Morgenpost“ von dem Freispruch des Bullen Thomas Shea. Shea hatte vor einem Jahr am hellen Tag einen elfjährigen Neugeborenen aus drei Kopfschüssen kahlköpfig ermordet. Der Tatort befindet sich in New York: Shantel Queens — in dem bekanntermaßen nur die obliterten „Pigs“ (Schweine — Bezeichnung für die Bullen — Anm. AK-Red.) eingesetzt werden.

Vor Gericht „rechtfertigte“ sich Pig Shea, „er hätte den elfjährigen (!!) für einen Taxidriver gehalten.“

Außerdem „hatte der Junge eine Waffe auf mich gerichtet.“ („Morgenpost“). Natürlich wurde die Waffe niemals gefunden, und natürlich war der Elfjährige kein Taxidriver.

Das Gericht indes beschneidete Pig Shea, in „Notwehr“ gehandelt zu haben und sprach ihn frei.

Erstens war es ja nur ein „Niggerjunge“ und zweitens hackt eine Krähe (Gericht) der anderen (Pig Shea) niemals ein Auge aus.

Chemie-Komitee  
KB/Gruppe Hamburg



## Der Kampf der DRUPA-Linken in Hamburg – am Beispiel der „ALTERNATIVE“

Im letzten ARBEITERKAMPF berichteten wir darüber, daß sich in der Hamburger DRUPA eine Aktions-einheit linker Gewerkschafter herausgebildet hat, die als eines ihrer ersten Arbeitsergebnisse eine Zeitschrift unter dem Titel „ALTERNATIVE“ herausgebracht hat.

Nun hat dieser Kreis linker Gewerkschafter am Freitag, dem 28.6., seine erste größere Veranstaltung durchgeführt. Der Einladung waren ca. 130 Kollegen und Genossen gefolgt, unter ihnen auch Vertreter aus anderen Gewerkschaften. Insbesondere berichteten Genossen aus den Betrieben HSW, HDW und Reichhold den DRUPA-Gewerkschaften darüber, wie sie den Kampf gegen politische Entlassungen und Gewerkschaftsausschlüsse und für eine Politik im Interesse der Arbeiterklasse in ihren Betrieben führen.

Zur Vorbereitung dieser Veranstaltung hatten die in der „ALTERNATIVE“ arbeitenden Kollegen verschiedene Kommissionen gebildet, die den Auftrag bekommen hatten, mehrere Referate auszuarbeiten, die dann auf der Veranstaltung vorgetragen wurden.

Das erste Referat befaßte sich mit den Rationalisierungsmaßnahmen der Kapitalisten und den Massenentlassungen in der Druckindustrie. Anhand einer Vielzahl konkreter Beispiele aus dem gesamten Bundesgebiet wurde nachgewiesen, welches Ausmaß die Massenentlassungen bereits heute erreicht haben und was auf die in der Druckindustrie tätigen Kollegen in den folgenden Jahren zukommt. So wurde in dem Referat u.a. ausgeführt: „Diese Beispiele ... stehen für eine Entwicklung, die schon seit einigen Jahren angelegt ist. So sank die Zahl der in der Druckindustrie beschäftigten Arbeiter innerhalb von zwei Jahren um ca. 7000, von insgesamt 175000 auf 168000. Gleichzeitig stieg aber der Jahresumsatz um ungefähr 15 %. Die Reallohn dagegen stagnierten. Mindestens seit der letzten Tarifrunde sind sie sogar gesunken. Jedoch handelt es sich hier erst um den Beginn einer Rationalisierungswelle, denn die Druckindustrie, hängt bezüglich des Grades der Rationalisierung den anderen Industrien hinterher. Während insgesamt in der Industrie der Anteil der Löhne und Gehälter am Umsatz im Durchschnitt 24,5 % beträgt, lag dieser Anteil in der Druckindustrie zwischen 34 % und 38 %. Es ist nur logisch, daß die Kapitalisten alles daran setzen werden, durch Konzentration und Rationalisierung zu – für die Kapitalisten – günstigeren

zentration und Rationalisierung zu – für die Kapitalisten – günstigeren Bedingungen zu kommen.

Auf die Verhältnisse in Hamburg eingehend, wurde besonders über die Massenentlassungen bei AUER-Druck – hier sind bereits 170 Entlassungen vom Arbeitsamt „genehmigt“ worden, bei BROSCHEK, wo in der letzten Zeit ca. 120 Kollegen ihren Arbeitsplatz verloren, und eine Reihe weiterer Betriebe eingegangen, die für die Zukunft Rationalisierungen größeren Ausmaßes angekündigt haben. Es wurde berichtet, daß die Zahl der offiziell arbeitslos gemeldeten Arbeiter in der Hamburger Druckindustrie sich in der letzten Zeit verdoppelt hat.

Insbesondere mit den „Perspektiven“, die den Arbeitern – nicht nur in der Druckindustrie – von den Gewerkschaftsführern in ihrem Kampf gegen die Massenentlassungen „gewiesen“ wurden, setzten sich die Kollegen auf der Veranstaltung auseinander. Sie zeigten auf, daß die Propagierung der Mitbestimmung und die Forderung nach besseren Sozialplänen, einer möglichst „problemlosen“ Durchsetzung der Massenentlassungen seitens der Kapitalisten dienen und den wirksamen Kampf der Arbeiter gegen die Auswirkungen der kapitalistischen Rationalisierung in die Irre führen.

Konkret am Beispiel der „Krise“ des Kohlebergbaus, wo die Mitbestimmung seit langem existiert, bewiesen die „ALTERNATIVE“ den verarmten Kollegen, daß die Mitbestimmung als Instrument genutzt wurde, um die Bergarbeiter von einem konsequenten Kampf gegen die ungeheuren Massenentlassungen abzuhalten.

In den weiteren Referaten befaßte sich die „ALTERNATIVE“ besonders mit den in der letzten Zeit verstärkten Angriffen auf die innergewerkschaftliche Demokratie, die mit den 11 Ausschüssen der DRUPA in Hamburg einen vorläufigen Höhepunkt erreicht haben. Betont wurde die Planmäßigkeit im Vorgehen der Gewerkschaftsführer, das unmittelbar die Entwicklung eines konsequenten Kampfes gegen die

kapitalistische Rationalisierung in der Hamburger DRUPA verhindern soll und längerfristig jede Entwicklung einer antikapitalistischen Gewerkschaftspolitik gerichtet ist.

Welches Gewicht die Gewerkschaftsführer bei ihrem „Wirken“ diesem Punkt beimesen – u.a. durch die Gründung sozialdemokratischer Betriebsgruppen – machte die „ALTERNATIVE“ anhand des folgenden Zitates aus einem Bericht des Landesbezirks Nordmark des DGB deutlich: „Im Bericht des DGB Landesbezirks Nordmark sind es aufgrund der gewerkschaftlichen Struktur fast ausschließlich die sozialdemokratischen Betriebsgruppen, die den kommunistischen Einfluß in den Gewerkschaften und den Be-



Die Kollegen sind in das Hotel eingedrungen. Draußen marschiert die Polizei auf.

triebes abgeschwächt und an vielen Stellen ausgeschaltet haben. Ziel der Betriebsgruppenarbeit war es, den Kommunisten in den Betrieben und den Gewerkschaften entgegenzutreten und dafür zu sorgen, daß sie nicht in wichtige Positionen gewählt werden.“

Im weiteren wandte sich die „ALTERNATIVE“ gegen die illusionäre Vorstellung, daß man unter solchen Bedingungen den gesamten Gewerkschaftsapparat in seiner jetzigen Form für eine Klassenpolitik erobern könne.

„Wir haben uns dagegen zur Aufgabe gestellt, innerhalb der Gewerkschaft ein Forum zu schaffen, in dem Interessen der Kollegen vorangetrieben werden können. So soll die Zeitung „ALTERNATIVE“ Kollegen und Kollegengruppen die Möglichkeit geben, sich durch Stellungnahmen und Artikel über Probleme und Aufgaben auszuäußern. Desweiteren soll durch gewerkschaftliche Versammlungen wie die heutige, die Möglichkeit zu Diskussionen und Planung notwendiger Kampfmaßnahmen gegeben werden.“

In der nachfolgenden Diskussion stand die Auseinandersetzung um die Frage, wie der Kampf um die innergewerkschaftliche Demokratie zu führen, und wie die Ausschüsse in diesem Kampf einzubeziehen seien, im Zentrum.

Denn diese Veranstaltung war vor allem zustande gekommen aufgrund der Massenentschlüsse aus der DRUPA und der Weigerung der Gewerkschaftsführer zu diesem Thema und zu den Massenentlassungen noch im Juni eine Delegiertenversammlung einzuberufen, obwohl eine größere Anzahl von Anträgen aus den Reihen der Mitglieder dazu vorlagen.

### Wie kam es zu dem Massen-ausschluß in der Hamburger DRUPA

Was war der unmittelbare Anlaß für diesen bisher in der neueren Geschichte der DRUPA größten Massenentschluß?

Schon seit längerer Zeit deutete sich in der Hamburger DRUPA die Herausbildung eines Kerns linker Gewerkschafter an. Verschiedentlich gelang es, dem Ortsvereinsvorstand aus den gewerkschaftlichen Delegiertenversammlungen Abtönungsmaßnahmen beizubringen. Insbesondere vor Tarifrunden, auch als der Vorstand sich schützend vor den Springer-BB, Jürgen stellte, der von den Delegierten wegen der Denunziation eines linken Gewerkschafters zur Rechenschaft gezogen werden sollte.

Jedoch gelang es der Hamburger DRUPA Linken – obwohl es schon früher verschiedentlich Zusammenkünfte gegeben hatte – bis zur Her-

ausbildung der „ALTERNATIVE“ nicht, über die innerhalb der Linken bestehenden politischen Differenzen hinweg zu einem kontinuierlichen Arbeitszusammenhang zu kommen, der sowohl weitgehend solidarisch die politische Auseinandersetzung und die praktisch-politische Arbeit vorantreibt.

Die letzte „Initialzündung“ für das Zustandekommen der „ALTERNATIVE“ bildeten die Notwendigkeit der Vorbereitungen auf ein Klassenkampferlebnis Auftreten am diesjährigen 1. Mai sowie die politische Entlassung und der Gewerkschaftsausschluß des AUER-Betriebsrates Wittrock.

Die in diesem Zusammenhang herausgegebene Broschüre der „ALTERNATIVE“ (Gegen politische Entlassungen u. Gewerkschaftsausschlüsse) nahmen die Gewerkschaftsführer zum willkommenen Vorwand, den schon länger geplanten Massenentschluß durchzuführen und zu „begründen“.

„Sie haben durch aktive Beteiligung im Kreis oppositioneller Gewerkschafter laufend gegen den Abgrenzungsbeschuß verstoßen. Durch diese Mitwirkung haben sie sich zu den Zielen, wie sie in der „ALTERNATIVE“ der Gruppe oppositioneller Gewerkschafter vertreten werden bekannt. Mitarbeit an diesen Zielvorstellungen ist mit der Mitgliedschaft in der Industriegewerkschaft Druck und Papier nicht vereinbar.“

Die hier zum Ausdruck kommenden Vorstellungen erklären unserer Auffassung nach auch die Tatsache, daß die Gruppe „Arbeiterpolitik“ im Hamburger Druckbereich bislang keine kontinuierliche Agitation und Propaganda betrieben hat.

So sprachen sie sich z.B. gegen die Inhalte der ersten Broschüre aus, mit der Begründung, sie sei „zu politisch“, sie enthalte „zuviel Ideologie“, bringe „zu viele Fakten“ und „überfordere“ deshalb die Kollegen.

Die hier zum Ausdruck kommenden Vorstellungen erklären unserer Auffassung nach auch die Tatsache, daß die Gruppe „Arbeiterpolitik“ im Hamburger Druckbereich bislang keine kontinuierliche Agitation und Propaganda betrieben hat.

und Papier nicht vereinbar.“

tion und Propaganda betrieben hat.



Geschlossener Abmarsch der Kollegen. (Im Hintergrund die Bullen in voller Kriegsausrüstung)

Für das „Anhörungsverfahren“, zu dem die Hamburger DRUPA-Führer die 11 für den Ausschluß vorgesehen „geladen“ hatte, und das für die Betroffenen zu einem Canosa unter Ausschluß der Öffentlichkeit werden sollte, legte die „ALTERNATIVE“ ein gemeinsames Vorgehen fest. In dem dazu herausgegebenen Flugblatt heißt es:

- Wir werden uns nicht der Gewerkschaftsführung ausliefern und uns nicht vor ihr rechtfertigen.
- Wir werden die Gewerkschaftsführer auffordern, das beschlossene Ausschlußverfahren vor der Gewerkschaftsöffentlichkeit auszutragen.
- Wir werden uns nicht auseinanderdividieren lassen, sondern uns das Recht nehmen, auch weiterhin mit dem Arbeitskreis „ALTERNATIVE“ geschlossen aufzutreten und die Mitglieder zu informieren.“

DRUPA-Führer rufen Polizei zu Hilfe

Durch das Flugblatt der „ALTERNATIVE“ mobilisiert, erschienen ca. 100 Kollegen zu diesem „Anhörungsverfahren“.

Die weiteren Ereignisse schildert die „ALTERNATIVE“ in einem tags darauf herausgegebenen Flugblatt: „Sie (die 100 Kollegen) beschlossen gemeinsam in das Hotel einzudringen. Daß die Gewerkschaftsführer zu jedem Mittel greifen, um gegen oppositionelle Kräfte vorzugehen, wurde durch die schnell anrückende Polizei, die über die Ereignisse wohl informiert war, wieder einmal bestätigt.“

„Die Polizei hatte den Auftrag das Hotel zu räumen. Nachdem ... die Aufforderung, das Hotel zu verlassen, die Kollegen nicht beendruckte, ... (frühe) Polizei in voller Kriegsausrüstung an, ... die keinen Zweifel daran ließ, daß sie knüppeln sollte.“

Das ist unseres Wissens in Hamburg seit langem das erste Mal, daß die Gewerkschaftsführer mit Polizeigewalt gegen die Mitglieder vorgegangen sind.

### Zu den politischen Auseinandersetzungen in der „ALTERNATIVE“: Kampf an zwei Fronten

Mit dem schärferen Vorgehen der Gewerkschaftsführer gegen die „ALTERNATIVE“ kamen auch die politischen Differenzen innerhalb dieses Kreises linker Gewerkschafter sichtbar zum Vorschein.

Zuerst wurde bei den Kollegen die der Gruppe „Arbeiterpolitik“ nahestehend, die Neigung sichtbar, sich vor drohenden Gewerkschaftsausschlüssen durch Rückzug aus der Mitarbeit an der „ALTERNATIVE“ zu „schützen“.

Insgesamt standen und stehen die Genossen der Gründung der „ALTERNATIVE“ sowie deren Zielsetzung, u.a. durch politische Entlassungen und Propagandaarbeit die Absichten der Kapitalisten und der Gewerkschaftsführer deutlich zu machen, ablehnend gegenüber.

So sprachen sie sich z.B. gegen die Inhalte der ersten Broschüre aus, mit der Begründung, sie sei „zu politisch“, sie enthalte „zuviel Ideologie“, bringe „zu viele Fakten“ und „überfordere“ deshalb die Kollegen.

Die hier zum Ausdruck kommenden Vorstellungen erklären unserer Auffassung nach auch die Tatsache, daß die Gruppe „Arbeiterpolitik“ im Hamburger Druckbereich bislang keine kontinuierliche Agitation und Propaganda betrieben hat.

tion und Propaganda betrieben hat.

und Propaganda betrieben hat.

tion und Propaganda betrieben hat.

tion und Propaganda betrieben hat.

tion und Propaganda betrieben hat.

tion und Propaganda betrieben hat.

tion und Propaganda betrieben hat.

tion und Propaganda betrieben hat.

tion und Propaganda betrieben hat.

tion und Propaganda betrieben hat.

tion und Propaganda betrieben hat.

tion und Propaganda betrieben hat.

tion und Propaganda betrieben hat.

tion und Propaganda betrieben hat.

tion und Propaganda betrieben hat.

tion und Propaganda betrieben hat.

tion und Propaganda betrieben hat.

tion und Propaganda betrieben hat.

tion und Propaganda betrieben hat.

tion und Propaganda betrieben hat.

tion und Propaganda betrieben hat.

tion und Propaganda betrieben hat.

tion und Propaganda betrieben hat.

tion und Propaganda betrieben hat.

tion und Propaganda betrieben hat.

tion und Propaganda betrieben hat.

tion und Propaganda betrieben hat.

tion und Propaganda betrieben hat.

tion und Propaganda betrieben hat.

tion und Propaganda betrieben hat.

tion und Propaganda betrieben hat.

tion und Propaganda betrieben hat.

tion und Propaganda betrieben hat.

tion und Propaganda betrieben hat.

tion und Propaganda betrieben hat.

tion und Propaganda betrieben hat.

tion und Propaganda betrieben hat.

tion und Propaganda betrieben hat.

tion und Propaganda betrieben hat.

tion und Propaganda betrieben hat.

Gegen die „Unterstellung“, sein Mitglied habe aktiv in der „ALTERNATIVE“ mitgearbeitet, wandle sich der „KBW“ in einem speziellen Artikel in der Hamburger Ortsbeilage der „KZ“:

„Ganz falsch ist es, jetzt eine Gewerkschaftsopposition aufzubauen, wie dies der „KBW“-Nord und die Gruppe Rote Fahne („KPD“) mit der „ALTERNATIVE“ tun. ... gegen diese Pläne tritt der KBW entschieden auf, und auch F.D. („KZ“, die Red.) war auf der Versammlung im „Z“, um die Kollegen von falschen Schritten abzuhalten. Es zeigt die Verlogenheit des Vorstandes, daß er trotz Kenntnis dieser Tatsache die Anwesenheit im „Z“ als Ausschlußgrund angab.“

Kein Wunder, daß die „ALTERNATIVE“ diesen auf Denunziation und anberühnende Rechtfertigung angelegten Artikel zum Anlaß nahm, dem „KBW“-ler den weiteren Besuch ihrer Veranstaltungen zu untersagen.

Desweiteren ist insbesondere bei der Vorbereitung der Veranstaltung, die die „ALTERNATIVE“ am 28.6. abgehalten hat, zutage getreten, daß sie sich in ihren Reihen auch mit Positionen auseinanderzusetzen hat, die darauf hinauslaufen, den vorbeugenden Charakter der jetzt erfolgten Massenentschlüsse aus der DRUPA zu leugnen, und diese Maßnahmen der Gewerkschaftsführer einseitig als eine Reaktion auf die zunehmende Stärke der in Opposition zur Politik der Vorstände stehenden Kollegen zu interpretieren.

In enger Verbindung mit dieser falschen Einschätzung steht auch die Tendenz, bei einigen Kollegen in der „ALTERNATIVE“, eine gründliche Enthüllungs- und Propagandaarbeit zugunsten einer aktionistischen Politik zu vernachlässigen.

So hatte die Mehrheit der „ALTERNATIVE“ einige Mühe, diese Kollegen unmittelbar nach Bekanntwerden der Massenentschlüsse davon abzuhalten, die schon begonnene Arbeit an der Rationalisierungs-broschüre koplos abbrechen. Zu dieser Auseinandersetzung in der „ALTERNATIVE“ schrieb der DRUCKARBEITER:

„Diejenigen, die meinen, man solle jetzt den untergeordneten (?) Punkt der kommenden Rationalisierungen zugunsten des Kampfes gegen die Gewerkschaftsausschlüsse zurückstellen, weil die spontane Empörung über die Ausschüsse ausgenutzt werden müsse und man die Kollegen über die Frage der Massenentlassungen „nur schwer“ mobilisieren könne, die „vergessen“ eben, daß die Mehrheit ...“

... nur schwer mobilisieren könne, die „vergessen“ eben, daß die Mehrheit der Kollegen nur in den Kampf mit einbezogen werden kann, wenn ihnen klar wird, daß Rationalisierungen und Ausschüsse nur verschiedene Teilaspekte des Kampfes sind.“

Eine Unterstützung dieser falschen Position sehen wir auch in einem Flugblatt der „KPD“ vom 28.6. zu den Auseinandersetzungen in der „ALTERNATIVE“, in dem es heißt:

„Wir werden aber noch wie vor alle diejenigen ... die darauf abzielen, den Kampf zu sabotieren (?) und die Gruppe zu einem Aufklärungs-zirkel, der den Kampf außer Acht läßt, werden zu lassen, energisch weiter bekämpfen.“

Diese Position wurde auch auf der Veranstaltung am Freitag vertreten, u. a. durch Vertreter der „KPD“.

Trotz dieser auf der Veranstaltung mehr scharf ausgetragenen Differenzen, sind die Vertreter dieser Positionen in der „ALTERNATIVE“ auch weiterhin bereit, die Mitarbeit in der „ALTERNATIVE“ fortzusetzen. Die Zukunft muß zeigen, wie ernst sie es damit meinen.

Insgesamt muß diese erste größere Veranstaltung – ebenso wie die bisherige Arbeit, die sich vor allem in den Veröffentlichungen niederschlägt – als ein Erfolg der Hamburger DRUPA-Linken gewertet werden. Obwohl unter dem massiven Angriffen – vor allem von Seiten der Gewerkschaftsführer – einige politische Gruppen sich aus der Arbeit zurückgezogen haben, ist es der „ALTERNATIVE“ gelungen, sowohl ihre inhaltliche politische Arbeit fortzuführen und zu festigen als auch gewisse Anfangserfolge bei der Gewinnung weiterer Kollegen zur Mitarbeit zu erzielen.

Die Zukunft wird zeigen, ob die bisher gemeinsam erarbeitete Grundlage soweit weiterentwickelt werden kann, daß sie den abzuwehrenden Angriffen von außen und den Auseinandersetzungen im Inneren längerfristig gewachsen ist.

Druck-Komitee KB / Gruppe Hamburg



## Colgate-Palmolive, Hamburg: Wer gegen die kapitalistische Rationalisierung kämpft, soll gefeuert werden

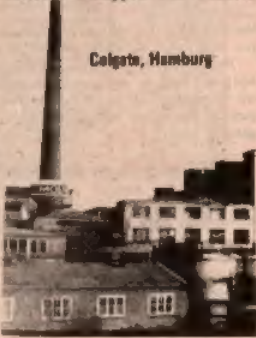
Am 12.6. fand bei Colgate-Palmolive Hamburg die 2. Betriebsversammlung in diesem Jahr statt. Wie üblich war der Rechenschaftsbericht des Betriebsratsvorsitzenden oberflächlich und nichtssagend. Das einzige Bemerkenswerte an seiner Rede war, daß er lobend erwähnte, der oberste Colgate-Boss von Hamburg, Herr von Loe, habe sich freundlichweise bereit erklärt, regelmäßig alle 14 Tage an den Betriebsversammlungen teilzunehmen. Die Zusammenarbeit habe bisher schon gute Erfolge erzielt.

Einen besonders sauberen Erfolg dieser Zusammenarbeit bekamen die Kollegen bereits ein paar Tage später zu spüren. Auf der Betriebsversammlung hatte eine Kollegin, Mitglied des Betriebsrates (BR), einen Beitrag zum Problem der Rationalisierung bei Colgate am Beispiel einer Herstellungsabteilung gehalten. Als Einleitung ihrer Rede war sie gezwungen zu betonen, daß sie jetzt als „einfache Kollegin“ spreche, da die BR-Mehrheit der Meinung ist, der Rechenschaftsbericht des Vorsitzenden genüge vollumfänglich zur Information der Kollegen und einzelne Beiträge von Betriebsräten nicht erwünscht sind.

In ihrem Beitrag machte die Kollegin deutlich, mit welchen Mitteln die kapitalistische Rationalisierung gegen die Kollegen durchgesetzt wird. So wurden in der betreffenden Abteilung allein in einem Zeitraum von zwei Jahren 25% der Kollegen versetzt, durch gezielte Entlassungen (wie vor ca. 1/2 Jahr ein Mitglied der Vertrauensakademie, der schon seit langem versucht hatte, das Problem der Rationalisierung vor allen Kollegen deutlich zu machen) und keine Neueinstellungen, wenn Kollegen wegen der miserablen Arbeitsbedingungen selber gekündigt hatten.

Das hieß also 25% Mehrarbeit für die verbleibenden Kollegen. Hieß es – wenn nicht gleichzeitig das Arbeitsquantum enorm gestiegen wäre! Mit verändertem Herstellungsverfah-

ren, wodurch ein Ansatz nicht mehr in 2 3/4 sondern in 2 Stunden geschafft werden muß. Momentan werden außerdem Problemlöse (1) gefahren, wo ein Ansatz statt wie bisher 2 1/2 nun 3 1/2 l Volumen haben soll. Das heißt also immer mehr und immer mehr Zentnersäcke schleppen und schütten.



Colgate, Hamburg

Doch damit nicht genug: diese Arbeit muß unter teilweise äußerst üblen klimatischen Bedingungen, bei Staub und Lärm, ausgeführt werden. Für eine Klimaanlage ist bisher angeblich noch kein Geld vorgesehen! Dabei ist noch besonders zu bedenken, daß natürlich auch eine ganze Reihe schädlicher und sogar giftiger Stoffe verarbeitet werden müssen, auch wenn hinterher Körperpflege mittel daraus herauskommen sollen. So wurde z.B. lange Zeit in dem Deo-Spray Sprüher der Stoff Hexachlorphen verwendet, von dem bei vielen Kollegen Hautschäden auftraten. Kommentar des Werksarztes und der Geschäftsleitung: bei Colgate werden keine schädlichen Stoffe verarbeitet. Bis dann in Frankreich aufgedeckt wurde, daß eine ganze Reihe Babys an einem Puder gestorben waren, in dem der gleiche Stoff enthalten war. Stillschweigend

verschwand Hexachlorphen aus der Sprü-Formel.

Wie gesagt, das ist nur ein Beispiel. Die Unzumutbarkeit dieser Arbeitsbedingungen ist von den Kollegen bereits mehrfach gegenüber der Geschäftsleitung und dem Betriebsrat zum Ausdruck gebracht worden. Geändert hat sich – natürlich – nichts.

Doch mit den miserablen Arbeitsbedingungen nicht genug. Seit langem kämpfen die Kollegen, gemeinsam mit den „ungelehrten“ Arbeitern anderer Abteilungen, für eine gerechtere Lohn-einstufung. So ist im ganzen Betrieb Colgate kein einziger Chemie-Facharbeiter beschäftigt. Fach-Arbeit wird natürlich trotzdem geleistet – eben von den „Ungelernten“. Das ist natürlich für die Kapitalisten eine ungeheure Lohnersparnis. Die Kollegen werden zum größten Teil noch nach Lohngruppe II, ein paar auch nach LG III bezahlt, keiner aber nach LG IV. Und das, obwohl laut Lohnrahmentarifvertrag diese Gruppe nicht nur für Arbeiter mit einer abgeschlossenen Lehre, sondern auch für Arbeiter ohne Lehre, dafür aber mit entsprechender Berufserfahrung, offensteht. Theorie und Praxis kapitalistischer Lohnpolitik!

### Betriebsrat: Alles nur Einbildung

Die Kollegin erhielt für ihren Beitrag viel Zustimmung. Ein paar Tage später gab der Betriebsrat dann seine Stellungnahme zu den Problemen der Kollegen ab, nachdem er sich bereits auf der Betriebsversammlung von dem Beitrag distanziert hatte. Er hängte ein Schreiben im Betrieb aus, in dem er sich – in z.T. demagogischer Form – von der linken Betriebsräte „distanzierte“ (vergl. nebstehenden Abdruck).

Mal ganz abgesehen von der offensichtlich und dummen Verdrehung mit den Leisetreibern (die Kollegen hatten nämlich gesagt, daß Leisetreibern bei Colgate wohl noch gefördert würde, für den Gesundheitsschutz, weil zwar Geld da war für neue Teppiche im Büro, aber angeblich keine für eine Klimaanlage bei den Mitarbeitern).

Dieser Aushang ist für die Kollegen ein glatter Schlag ins Gesicht! In dem der Betriebsrat versucht, einen einzelnen Kollegen eins zu verpassen, staft er im Grunde die betroffenen Kollegen Lügen, die ja selber ständig auf die Mißstände hingewiesen haben. Es braucht sicher nicht gesondert erwähnt werden, daß sich nach der Be-

**COLGATE-PALMOLIVE**  
**GMBH**  
 Betriebsrat  
 Hamburg, den 18.6.1974

An alle Kolleginnen und Kollegen

Betr.: Äußerungen von Frau M. auf der Betriebsversammlung am 12.6.1974

Vir möchten darauf hinweisen, daß Frau M. auf der heutigen Betriebsversammlung nicht bereit war konkrete Fälle, die der Betriebsrat zu untersuchen hätte, zu nennen. Der Betriebsrat hat deshalb auf der heutigen Sitzung mit Stimmenmehrheit beschlossen, sich von den durch Frau M. erhobenen Vorwürfen, insbesondere

die Mitarbeiter in Pfl können keine Luft mehr holen, die Mitarbeiter sind falsch eingruppiert, die Arbeit für 5 ausgewählte Arbeiter müssen durch unbezahlte Mehrarbeit von den übrigen mitgeliefert werden

zu distanzieren.

Auch distanzieren wir uns vom erhobenen Vorwurf: „Die Teppiche in den Büros sind für „Leisetreiber“ angeschafft worden.“

Vir fordern alle Mitarbeiter auf, alle etwas konkretes zu be-  
stehenden haben, sich beim Betriebsrat zu melden.

Betriebsrat

## Groß- und Außenhandel: TARIFRUNDE OHNE DIE KOLLEGEN

Im Groß- und Außenhandel in Hamburg wurde nach zweimonatigem Tarifloszustand am 7.6. eine Erhöhung des Gehaltstarifs um 13,5% vereinbart. Für die gewerblichen Kollegen endete die Tarifrunde am 7.6. mit einer Erhöhung des Lohnstarifs um 12,5%. Die Gewerkschaft HBV hatte ursprünglich 15% gefordert, während auf der Mitgliederversammlung der Fachgruppe am 22.5. die Kollegen 18% gefordert hatten.

Der Abschlus orientiert sich in der Höhe an den letzten Abschlüssen in der Metallindustrie. Doch wird im Groß- und Außenhandel die Lohnerböhung nicht rückwirkend bezahlt. Da mit diesen Abschlüssen vielfach nicht einmal Löhne und Gehälter tariflich abgesichert werden, ergibt sich für die Kapitalisten eine zusätzliche Möglichkeit, die Tariferrhöhungen zu unterlaufen. Dazu fordert der Kapitalistenverband in seinem AGA-Chefbrief (17/74) vom 9.5.74 ausdrücklich auf: „Für all diese Betriebe“ (wo überörtlich bezahlt wurde) „besteht keine Verpflichtung zur Erhöhung der jetzt gezahlten Monatsbezüge, wenn diese die neuen Tarifrätze nicht unterschreiten.“ Und in der Tat wird etwa bei EDEKA nur 10% mehr bezahlt. Insgesamt hat die Kapitalisten das Ziel einer weiteren Lohnsenkung bei weiterer Preistreibeil erreicht.

### Der Angriff auf die Lebenslage und die Rechte der Arbeiterklasse

Insgesamt standen die Tarifrunden dieses Jahres unter verschärften Angriffen der Kapitalisten und ihres Staates.

Während die SPD-Regierung z.Z. der sogenannten Ökonomie über Brandt die Bevölkerung aufruft, sich in ihren „privaten Bequemlichkeiten einzuschränken“ (Fernsehere von 24.11.73), wurde den Kollegen gleichzeitig bei Lohnkämpfen gedroht: zweiwellige Prozentzahl bei den Lohnabschlüssen beschleunigten die Gefahr einer entsprechenden Entwicklung bei den Preisen. Dort, wo die Arbeiter durch spontane Streiks gegen den Lohnabbau ankämpften, wurde mit Polizei-Gewalt gegen die Arbeiter, insbesondere die ausländischen Kollegen vorgegangen, wie besonders bei FORD in Köln.

Es geht dabei um mehr als die Höhe der Lohnabschlüsse. Das machte F.J. Strauß deutlich, als er in einem „Stern“-Interview (13/74) dummdreist

behauptete: „Hier sollen doch die Wirtschaft und der Staat immer mehr an die Gewerkschaften ausgeliefert werden.“

Nach den Streiks im Öffentlichen Dienst wurde der Ruf nach Aufhebung des Streikrechts und der Koalitionsfreiheit überhaupt laut. Damit wollen sich die Kapitalisten den Rücken freimachen für verstärkte Expansion nach innen und nach außen; das sind ihre Großmacht-Pläne im Rahmen der EG, d.h. verstärkter Aufbau von Industrien im Ausland, wie jetzt ganz besonders in der Autoindustrie deutlich wird, wo einerseits verstärkte neue Produktionsstätten im Ausland aufgebaut werden und andererseits in der BRD verstärkte Arbeitsplätze und Entlassungen vorgenommen werden.

Auch in unserem Arbeitsbereich zeigt sich diese Entwicklung. So erklärte EDEKA-Chef E.H. Diederichs laut „Hamburger Abendblatt“ vom 30.5.74, daß die „genossenschaftlichen Großhandels- und Dienstleistungsunternehmen den Umsatz steigern und die Kosten senken wollen.“ Nach seinen Worten wird es auch „zu Rationalisierungen und Entlassungen“ kommen. Das ist für EDEKA selbst vorgesehen. Dazu wurde auf der Betriebsversammlung der EDEKA-Datenverarbeitung ein internes Rundschreiben verlesen, darin heißt es wörtlich: „... gleichzeitig wollen wir alle Mitarbeiter beauftragen, Löhne Ziel zu setzten, welche Mitarbeiter so leistungsschwach sind, daß wir uns von ihnen bis zum Umzug trennen sollten. Zu prüfen ist auch, in welchen Positionen wir zwei leistungsschwache Mitarbeiter durch einen leistungstärkeren und besser bezahlten Mitarbeiter ersetzen können.“

### Zum Verlauf der Tarifrunde

Wenn auch im Angestellten-Bereich die Angriffe der Kapitalisten auf die Lebenslage ebenso stattfinden, ist hier die Kampfkraft noch wenig entwickelt.

Wenige sind überhaupt gewerkschaftlich organisiert, auch wenn der Organisationsgrad in den letzten Jahren ständig gestiegen ist. Viele Angestellte meinen sich noch individuell „hocharbeiten“ zu können; viele werden überhaupt nicht einmal nach Tarifen bezahlt. Hinzu kommt die besondere Zersplitterung der Kollegen im Bereich des Handels, die dadurch noch remaniert wird, daß in diesem Bereich, anders als etwa im Versicherungsbereich, die Gewerkschaften keine einheitlichen Tarife aushandeln. Es gibt keinen einheitlichen Tarif im Bundesgebiet, sondern Ländertarife. Dieser ist, zumindest in Hamburg, auch noch in den Groß- und Außenhandel, Einzelhandel, Buchhandel, Genossenschaftstarifvertrag usw. aufgespalten. So wundert es wenig, wenn der Tarif im Groß- und Außenhandel der Firmen wie EDEKA und Spar, Betriebe des Groß-Einzel- und Außenhandels einschließlich des Holz-, Schrott-, Eisen-, Röhren-, Metall-, Baustoff-Großhandels, der insgesamt 40 - 50.000 Beschäftigte umfaßt, als einer der schlechtesten bekannt ist.

Den großartigen Verdienst, die Spaltung der Kollegen auf die Spitze getrieben zu haben, kann zweifellos die DAG für sich verbuchen. Die Forderungen der DAG – es gab keine gemeinsame Tarifkommission (TK) von DAG und HBV – lagen rund 50 DM unter denen der HBV und entsprachen damit genau dem Angebot der Kapitalisten! DAG-Sekretär Hinzendorf brach während der TK-Sitzung auf der Kapitalisten-Lohnbesprechung auf und erklärte aus dem das die wiederum den sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern der HBV als Mittel, um über ihre eigene Spaltfertigkeit hinwegzulaufen. Sie lamentierten darüber, daß die DAG mit 2000 Mitgliedern ja stärker als die HBV (1600 Mitglieder) sei. Daß dies faule Ausreden sind, beweist die Lohn-tarifrunde, wo die HBV allein verhandelte.

Am 9.5. wanderte sich der schon zitierte AGA-Chefbrief umbricht einen Monat nach Kündigung der Tarife über das Verhalten der HBV: „Bis heute hat HBV (aber), uns ihre Vorstellungen über Neuverteilung der tariflichen Sätze nicht bekanntgegeben.“ Dadurch konnten ja, wie sich inzwischen zeigte, die Kollegen zwei bis drei weitere Monate ohne Tarifierhöhungen abgespielt werden. Dies Vorgehen „begründet“ Sekretär Klaus auf der Mitgliederversammlung (MV) vom 22.5.74 noch ausdrück-

lich mit einer besonders gewiesenen „Taktik“ der HBV-Führung.

Sicher wäre es wünschenswert, nicht nur gemeinsame Verhandlungen im Außenhandel zu erreichen, was ja die Gewerkschaftsführer unterlaufen, sondern darüber hinaus gemeinsame Tarifkämpfe mit den Kollegen aus anderen Bereichen – wie Versicherungen und Banken – zu organisieren; aber was hat das damit zu tun, auf die Mobilisierung der Kollegen im eigenen gewerkschaftlichen Bereich zu verzichten? Das dient lediglich den Kapitalisten, die in der Tat gemeinsame Verhandlungen bei gleichzeitig gemeinsamer Mobilisierung der Kollegen zu fürchten hätten.

Das, was Klaus von den Forderungen der Kollegen hält, gab er anlässlich der 18% Forderung der Kollegen ebenfalls auf dieser Mitgliederversammlung zum besten: „Es besteht eine Tarifröhheit beim Bundes- oder Hauptverband. Es werden generell 15% gefordert, das ist eine Richtschnur.“ Nun, da die Kollegen nicht damit einverstanden sind, muß diese „Richtschnur“ auch abgesichert werden; dazu hätte Klaus schon früher erklärt: „Wir nehmen uns das Recht heraus, aus interessierten Betrieben Kollegen zur Tarifkommission heranzuziehen.“ Um den Kollegen von vornherein klarzumachen, daß sie in dieser Tarifrunde nichts weiter sind als Statisten, wenn es nach dem Willen der Gewerkschaftsführer ginge, legte Klaus auf der Mitgliederversammlung am 4.6.74 den Standpunkt der Gewerkschaftsführung wie folgt dar: „Die Tarifkommission entscheidet, was gefordert wird und darüber, ob die Mitglieder informiert werden, wenn die Tarifkommission ja sagt, ist die Sache gelöst. Ihr könnt der Tarifkommission viel befahlen, sie verfährt, wie sie es für richtig hält.“ Solche Erlasse von Gottes Gnaden kennen wir beim Papst, in der Gewerkschaft haben solche Leute absolut keinen Platz. Es ist dann auch ein starkes Stück, den Kollegen zehn Tage später in den Tarif-Informationen zu erzählen, daß Tarifverbesserungen nur mit einer starken Gewerkschaft zu erreichen sind.“

Wen wundert es da noch, daß die Kollegen vor ihrer Mitgliederversammlung am 22.5., wo sie ihre Forderungen diskutieren konnten, aus dem AGA-Chefbrief der Kapitalisten (18/74) vom 16.5. erfahren konnten, daß die HBV Forderungen auf Erhöhungen von durchschnittlich 15% gestellt hat. Bezirksleiter Schiel von der HBV hatte den Kapitalisten selbstherrlich seine

Forderung als Forderung der HBV präsentiert. Über diese Dreistigkeit waren die Kollegen so erbost, daß fast einstimmig folgende Resolution verabschiedet wurde:

An den  
Landesbezirksleiter  
Nordmark  
der Gewerkschaft HBV  
Gerhard Schiel

2000 Hamburg I  
Besenbinderhof 57

Die Mitgliederversammlung hat mit Empörung von dem eigenwilligen Vorgehen des Landesbezirksleiters Schiel in der Landesarifrunde der HBV im gewerblichen Bereich Kenntnis erhalten. Kollege Schiel hat im Alleingang, ohne Wissen der anderen Tarifkommissions-Mitglieder, dem AGA die Forderung der HBV mitgeteilt. Diese Forderung – Abschluß soll bei 15% liegen – weicht erheblich von den Vorstellungen der anwesenden Kollegen aus diesem Bereich ab, die hier Forderungen von 18% bis 20% genannt haben. Die Teilnehmer der heutigen Mitgliederversammlung fordern hiermit den Kollegen Schiel auf, auf der nächsten Mitgliederversammlung der Fachgruppe Groß- und Außenhandel zu erscheinen und Rechenschaft über sein Verhalten abzulegen.

Mitgliederversammlung vom 22.5.74 der Fachgruppe Groß- und Außenhandel der Gewerkschaft HBV

an die Tarifkommission der Fachgruppe Groß- und Außenhandel

an den Vorstand der Fachgruppe Groß- und Außenhandel zur Weiterleitung an die Mitgliederversammlung

Dennnoch, nach einer Verhandlungsrunde, an der die Tarifkommission unter Vorsitz von Schiel teilnahm, wurde abgeschlossen. Stolz wurde in den Tarifinformationen vom 14.6.74 von der HBV erklärt: „Auch durch diesen Ta-



## Forts. TR-Außenhandel

rißführung ist wieder ein wesentlicher Schritt zur Tarifverhinderung in dieser Branche auf dem Lohnsektor getan worden". Doch mit der Wahrheit wurde es nicht so genau genommen. Auf Anfrage wurde von Gewerkschaftsführern mitgeteilt, daß 15 % Lohnhöhen erreicht worden seien.

Nach dem Muster der IG-Metall wurde dabei die 40-Stunden-Woche, die erreicht wurde, einfach als eine zusätzliche Lohnhöhen errechnet. Die HDKA-Kollegen erhalten z.B. nicht 15, sondern lediglich 10 % mehr Lohn. Die Tarifverhinderung besteht im weiteren Lohnabbau.

Doch offenbar glauben die Gewerkschaftsführer selbst nicht, daß sie mit solchen Beschönigungen und solchen Tarifverhinderungen auf Dauer bei den Kollegen landen können. Sie täten deshalb noch einiges mehr.

Im letzten Jahr in der Tarifrunde 73, hatte sich ein „Arbeitskreis Betriebsgruppen“ gebildet, um bessere Informationen und stärkere Einbeziehung der Kollegen nach den Erfahrungen des letzten Jahres zu erreichen. Aus diesem Arbeitskreis konnten zum Fachgruppenvorstand kandidierten, denen Neuwahl am 27.1.74, also einen Tag vor Auslaufen des Tarifvertrages, stattfand, wurde Marion Harries-Lukerhand mit Polizeidrohungen entgegen den bestehenden Satzungen standrechtlich ausgeschlossen, wegen Mitgliedschaft in der „KPD/ML“. Es gibt dabei weniger darum, ob die Kollegen mit der Politik der „KPD/ML“ übereinstimmen, sondern darum, in welcher Weise sich die Herren Gewerkschaftsführer die „Auseinandersetzung“ mit Kollegen denken, die nicht mit ihnen übereinstimmen. Denn als aus dem Arbeitskreis gegen dieses Vorgehen protestiert wurde, und man erklärte, es nicht zu dulden, wenn Gewerkschaftsmitglieder mit Hilfe der Polizei aus Mitgliederversammlungen geholt werden, wurde der ganze „Arbeitskreis Betriebsgruppen“ in einem Papier von

Krause zum Ausschluß von M. Harries für „gewalttätig“ erklärt und mit dem Ausschluß bedroht. Die Wahl von Kommunisten in den Fachgruppenvorstand, wobei es besonders den KB im Auge hat, bedeutet für Krause „den Hankern den Strick liefern“. Der „Arbeitskreis Betriebsgruppen“ wurde dann auch kurzfristig während der Tarifrunde aufgelöst. Als dann auf der letzten Mitgliederversammlung 30 von 60 Kollegen einen „Arbeitskreis Tarifrunde“ bildeten, bekam dieser nur den Segen der Gewerkschaftsführung nach ihrem Beschluß, dorthin einen Referenten und somit auch Kontrollen zu schicken.

Nach ihren Vorstellungen sollte dieser Arbeitskreis also erst nach den Sommerferien (also, wenn schon einiges Grauß über die Tarifrunde gewachsen wäre). Die Kollegen ließen sich nicht beirren und konnten durchsetzen, daß die erste Versammlung am 28.6.74 stattfindet.

Hier sollen die Ergebnisse der Tarifrunde diskutiert und eine Mitglieder-vernichtung vorbereitet werden. Doch auch hier wird schon wieder den Gewerkschaftsmitgliedern ein Stein in den Weg geworfen. Auf einmal heißt es, der Etat der Fachgruppe Groß- und Außenhandel sei überzogen. Allerdings: Nach Angaben der Gewerkschaftsführer kostet eine Mitgliederversammlung selbst bei Einladung über die Post um 360,- DM, bei Mitgliederbeiträgen von mindestens 16.000 DM monatlich (das kommt schon zustande, wenn die 1600 Mitglieder durchschnittlich 10 DM Beitrag bezahlen). Mit solchen „Argumentationen“ kann man natürlich immer die gewerkschaftliche Arbeit lähmen, es sei denn, die Kollegen prüfen das nach und lassen sich nicht davon abbringen, ihre Interessen zu vertreten, sondern sich einsetzen zur Verbreiterung der Kampffront für ihre Interessen.

Betriebsräte EDEKA und  
BBV-Komitee  
KB-Gruppe Hamburg

## Facharbeiter- (Gesinnungs)Prüfung

Lehrstuhl

An der Gewerkschaft für Maschinenbau (GfM) in Hamburg war am 14. Juni die 1. Facharbeiterprüfung für Maschinenbau, die in diesem Jahr gegipft war aus mehreren und in der Zeit kaum zu schaffenden Facharbeiten. Ganz offensichtlich sollte hier im Sinne der Stellungnahme der Kapitalisten gesucht werden, was mehr Durchhaltevermögen aus den Kandidaten zu veranlassen könnte.

Doch nicht auf anderem (Leben) war diese Prüfung bemerkt worden, neben der Facharbeit sollten die relevanten Facharbeiter eine Überprüfung ihrer politischen Gesinnung abgeben. Da trafen in der Politikprüfung folgende Fragen auf:

- Nennen Sie einige Prinzipien eines Rechtsstaats. Sind Sie der Ansicht, daß die BRD ein Rechtsstaat ist?
- Nennen Sie mindestens fünf Ziele der Gewerkschaft in der letzten Zeit und von der diesjährigen Tarifrunde. Welche Gewerkschaften glauben, können die soziale Stellung und begünstigen Sie diese Stellungnahme?
- Ist die EWG langfristig nützlich?
- Nennen Sie einige Beispiele für die Misstrauensnahme des Betriebsrates

Nach dem BVE und anderen war die 1. Facharbeiterprüfung für Maschinenbau, die in diesem Jahr gegipft war aus mehreren und in der Zeit kaum zu schaffenden Facharbeiten. Ganz offensichtlich sollte hier im Sinne der Stellungnahme der Kapitalisten gesucht werden, was mehr Durchhaltevermögen aus den Kandidaten zu veranlassen könnte.

Auch hier, wie bei der gleichen Strömung, die in der schulischen und betrieblichen Ausbildung verfolgt wird, so auch die Schulung angeprüfelter und geprüfter Facharbeiter. Schwere Schär:

Es ist sicher nicht zufällig, daß die Prüfungsausschüsse der GfM erst jetzt den hier nach der Aktivierung der Lehrlinge in der vergangenen Monate herausgearbeiteten Lehrlinge der Maschinenbau, sehr viele bei der Prüfung nicht bestanden. Die Prüfungsausschüsse der GfM werden durch die Forderung nach einer stärkeren Facharbeiterprüfung gezwungen, die Prüfungsausschüsse zu überprüfen.

dem KB in der SDAJ durchzusetzen. Dies sah so aus, daß den KB-Gesinnungen unter Androhung gerichtlicher Schritte Hausverbot im DKP-Büro ausgesprochen wurde, und daß den SDAJ-Mitgliedern, die nach wie vor für eine Zusammenarbeit eintraten, organisatorische Konsequenzen angedroht wurden.

Diese Schweinerei der DKP/SDAJ-Führung stieß bei den Mitgliedern auf heftige Empörung und führte schließlich zum Austritt aus der SDAJ. Dieser Schritt der SDAJ-Führung war aber noch nicht Ausdruck politisch-ideologischer Klarheit über den Gesamtcharakter der Politik der DKP. So ist es auch verständlich, wenn in der OJA-Arbeit auch nach Auflösung der SDAJ teilweise nach revolutionärer OJA-Arbeit gesucht wurde. Die SDAJ zeitweilig noch revolutionäre Positionen in den Vordergrund traten. Dies wurde noch durch die Unfähigkeit der Kollegen in gewerkschaftlichen Fragen gefördert.

an der mangelnden Erfahrung. Die Diskussions der Mängel in der ersten Ausgabe des „Hammer“ schlug sich in der zweiten Nummer positiv.

Aufgrund der anstehenden Jugendvertreter-Wahlen zeigten die Kollegen Mängel und Fehler der bisher geleisteten IV-Arbeit auf der Wilhelmshurger Maschinenfabrik und anderen Betrieben auf. Einen überwiegenden Teil der zweiten Ausgabe des „Hammer“ nahm der Artikel zum bevorstehenden 1. Mai 74 ein.

Mit einer Bilanz der gesellschaftlichen Entwicklung, dem Abbau der demokratischen Rechte, der weiteren Einschränkung der Lebensbedingungen der Arbeiterklasse, wiesen die Kollegen auf die sinnvolle Nutzung des Kampfes der Arbeiterklasse hin. Nicht zuletzt führten sie eine eigene Veranstaltung am 30. April durch, während die Geesthachter DGB-Führer einen „Tanz in den Mai“ für besser hielten.

In der eigenen Veranstaltung wurde vor allem der Abbau des innergewerkschaftlichen Demokratismus als weiterer Angriff der westdeutschen Kapitalisten gegen die Arbeiterklasse diskutiert. Der Mangel dieser Veranstaltung bestand darin, daß in die Diskussion nur wenig die konkrete Situation in Geesthacht einbezogen wurde.

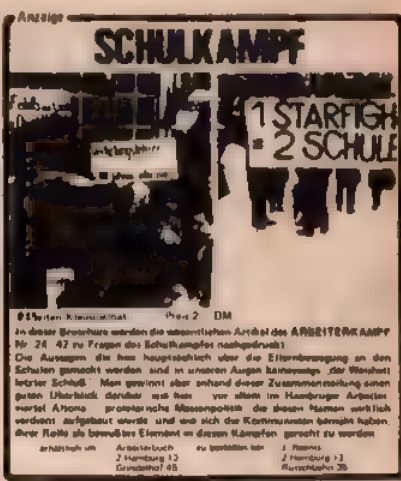
Ein anwesender Redakteur der „Geesthachter Zeitung“, („GZ“/„Springer-Blatt“), verwiegerte den jungen Kollegen eine Stellungnahme zu den üblichen Hetzartikeln, die bisher gegen die AJZ (Aktion Jugendzentrum, dessen Träger freundschaftlich mit den organisierten Gewerkschaften verbunden sind) gefahren worden und wurde daraufhin in die Luft gewetzt. Wie richtig dieses Verhalten war, bewies sich in der Fortführung der faschistischen Hetze, die das Springer-Blatt kurz darauf auch gegen die DGB-Jugend richtete.

## Angriffe gegen die DGB-Jugend

Nach der Mai-Veranstaltung des OJA, wo unter fortwährenden Parolen über den Kampf gegen den Abbau demokratischer Rechte und über die Notwendigkeit, sich in den Gewerkschaften konsequent für die Interessen der Arbeiterklasse einzusetzen, diskutiert wurde, griffen die Gewerkschaftsführer in Geesthacht zum ersten Mal zum Mittel der reaktionären Presse, um die fortschrittlichen Perspektiven des OJA's anzugreifen und zu verunsichern. So erschien ein Artikel, in dem ein führender Gewerkschaftsführer drohte, daß man aufpassen mußte, daß der OJA nicht von Kommunisten „unterwandert“ werde.

Außerdem wurde im selben Artikel die Parole des OJA „Gegen Gewerkschaftsauschlüsse“ (II) umgekehrt. Mit dieser Lüge sollte erreicht werden, daß die Bevölkerung, vor allem die gewerkschaftlichen Kollegen, den OJA als einen Haufen wilder „Chaoten“ sehen und sich von ihm distanzieren. Weiterhin sollten hier mit scharfen Angriffen auf die DGB-Jugend wie z.B. Ausschlüsse einzelner Kollegen von vornherein als legitim abgelehnt werden.

Am 24. Mai 1974 folgte ein zweiter Artikel mit der Überschrift: „Mit Kommunisten ja, mit Chaoten nein“. In diesem Artikel trat der 1. Vorsitzende der Geesthachter Ortsgruppe, Elbermann, in Erscheinung. Er erklärte, daß die Geesthachter Gewerkschaftsführer durchaus dazu „bereit“ seien, „mit Kommunisten zu zusammenarbeiten“, das heißt man auch daran, daß die DKP um Geest-



In dieser Broschüre werden die wesentlichen Artikel des ARBEITERKAMPF Nr. 24-27 zu Fragen des Schulkampfes nachgedruckt. Die Aussagen des Kampfes über die Elternbewegung an den Schulen gemacht werden und in unseren Augen kann man die Broschüre als einen wertvollen Beitrag zur Aufklärung der Elternbewegung an den Schulen ansehen. Die Broschüre ist in der Hamburger Arbeiterbewegung als ein Dokument der Klassenbewegung zu sehen. Die Broschüre ist in der Hamburger Arbeiterbewegung als ein Dokument der Klassenbewegung zu sehen. Die Broschüre ist in der Hamburger Arbeiterbewegung als ein Dokument der Klassenbewegung zu sehen.

OJA mit dem Mittel der formellen Diskussion über Satzungen usw., worin er ein Meister ist, überrollen und einschüchtern, andernfalls sich in gespielter kollektiver und toleranter Art und Weise bei den Kollegen anbiedernd und nicht zuletzt herausbekommend, was die eigentlichen „Unruheherde“ sind.

In den Zwischenzeit haben die Kollegen aufzeigen bekommen, daß die politische Arbeit weiter einschränken sollen Veröffentlichungen des OJA müssen erst durch eine Zensur durch die DGB-Führer zur Genehmigung werden und dürfen nur die Unterschrift von Elbermann oder Meier (DGB-Kreisvorsitzender) tragen. Damit soll die fortwährende Zensurarbeit („Der Hammer“) liquidiert werden.

Insgesamt werden an Elbermann und Co. darauf abgesehen, einige oder alle Kollegen zum Zurückweichen von politischen Positionen zu zwingen, oder wenn das allein nicht ausreicht, werden sie auch vor dem Ausschluss eines oder mehrerer Kollegen nicht zurückschrecken.

## Die nächsten Aufgaben

Welchen Erfolg diese Angriffe der DGB-Führer auf die Gewerkschaften erzielen werden, hängt nicht zuletzt vom derzeitigen Entwicklungsstand des gemittelten OJA ab.

Um diesen Angriffen die breite und feste Entscheidung einer fortschrittlichen Gewerkschaftsarbeit entgegenzusetzen, wird es vor allem wichtig sein, die politische Diskussion und die Verankerung einer fortschrittlichen Arbeit möglichst vielen Kollegen voranzubringen.

Vor allem muß der Schwerpunkt dabei auf die Zeitung als politisches Organ der DGB-Jugend gelegt werden.

Die Verankerung der Zeitung einmal bei den schon aktiven Kollegen und zum anderen auch bei den K.ilegen in den Betrieben macht eine noch stärkere und breitere Arbeit mit der Zeitung notwendig.

Sollte eine politische Zeitungsbereit über den „Hammer“ nicht mehr möglich sein (wegen Zensur und Verhinderung durch die Gewerkschaftsführer), muß nach neuen Wegen gesucht werden, gegebenenfalls in Zusammenarbeit mit der „Aktion Jugendzentrum“, die schon über eine selbständige Zeitung „Der Zönd“ verfügt.

In diesen Rahmen fällt auch die noch weit bessere Diskussion und Organisierung einer betrieblichen Arbeit, der in der DGB-Jugend organisierten Kollegen, die zum einen einen stärkeren Einfluss auf die Zeitung haben muß und zum anderen den breiten Kontakt zu den Kollegen im Betrieb gewährleisten kann.

Herausgeber: Elbermann, Meier, Kreisorganisation Bergedorf - KB-Gruppe Hamburg

## DGB-Jugend Geesthacht unter Beschuß

Seit ca. 1 1/2 Jahren arbeitet in Geesthacht ein Kreis von gewerkschaftlich organisierten Kollegen im Ortsgemeinschafts-Kreis des DGB-Ortskartells. Anfanglich waren sich die Kollegen im klaren, welches Ziel sie mit ihrer Arbeit verfolgen wollten und führten deswegen auch keine ständige Diskussion um Sinn und Zweck ihrer Arbeit. Erreichungsform dieser Politik waren Aktionismus und Handwerkerlei auf der Grundlage breiterer Unzufriedenheit und politisch-ideologischer Schwäche in Fragen der Gewerkschaftsarbeit.

Mit der Zeit entwickelte sich in der DGB-Jugend ein politisch bewußter Kern, der die Diskussion um die Hauptziele der Arbeit aufnahm und mit den Kollegen vorantreibt. Spätere Ergebnisse dieser Entwicklung waren die Herausgabe einer Zeitung („Der Hammer“) und die Durchführung von Veranstaltungen („Rote Zange“, Dez. 73, Mai-Veranstaltung 1974).

Wichtigste Merkmale dieser politischen Entwicklung ist die zunehmende unabhängige Diskussion um die Organisierung der eigenen Arbeit, mit dem Ziel, sie auf einen längeren Zeitraum zurückzuführen und damit eine Abkehr von der zeitlich praktizierten Handwerkerlei und dem Studieren von Gewerkschafts-Satzungen.

Andererseits ist diese Entwicklung der DGB-Jugend nicht spurlos an den Augen der Geesthachter DGB-Vorstände vorbeigegangen, der gerade in der gewerkschaftlichen Arbeit der jungen Kollegen die Gefahr sah, seine Kontrolle über den aktiven Teil in der Geesthachter Gewerkschaftsbewegung zu verlieren. Die Zensur des „Hammer“ durch den Kreisvorsitzenden Fiedersmann, die Teilnahme des DGB-Vorstandes von Geesthacht, Elbermann, an Sitzungen der DGB-Jugend und sogar die Androhung den „Hammer“ ganz und gar als gewerkschaftliche Zeitung einzustellen, waren erste Schritte, die von Seiten der Gewerkschaftsführer unternommen wurden. Nach den letzten Vorkommnissen spricht Elbermann sogar schon von zwei bis drei Unruheherden, die die vermittelten Kollegen „unterwandern“, und droht mit Repressalien, wenn sich die Kollegen nicht den Forderungen der DGB-Führung anpassen.

Wie wir in diesem Artikel näher die Entstehung und Entwicklung der Geesthachter DGB-Jugend darstellen und daran aufzeigen, wie sich ihre Arbeit von der üblichen Bereitwilligkeit zur gewerkschaftlichen Organisierung zum mehr und mehr politisch bewußten Handeln entwickelte. Andererseits werden wir darstellen, wie sich die DGB-Führer, reaktionäre Presse („Geesthachter Zeitung“ - 92 % Springer) und auch die DKP gegenüber solchen fortschrittlichen Minderheiten verhalten.

Entstehung des OJA-Geesthacht

Der Geesthachter OJA ist nicht Ergebnis einer betrieblichen Arbeit, sondern erst nach einem Aufruf der gewerkschaftlichen Führung begründet worden, und zwar unter Regie der selben.

Ziel der Gründung war es, sich entwickelnde Aktivitäten der Jugendlichen in Geesthacht aufzufangen und im Sinne der DGB-Führung auszurichten. Der OJA sollte die informelle Politik der DGB-Führung übernehmen und gleichzeitig mit als Ausgangspunkt der örtlichen Gewerkschaftsarbeit benutzt werden.

Bei der Gründung vermittelten sich zwölf junge Kollegen und Kolleginnen, die bereit waren, ihre Vorstellungen von gewerkschaftlicher Arbeit in die Tat umzusetzen.

und zeitweiligem UZ-Verkauf nachzuschauen. Zum anderen entwickelte sich aus Anlaß der Bundesjugendwahlen 1972 eine Zusammenarbeit zwischen der Bezirksorganisation des KB und der SDAJ in Geesthacht. Diese Ansätze der politischen Zusammenarbeit waren nur durch das ehrliche Bestreben der SDAJ-Mitglieder möglich, gemeinsam mit uns die bürgerlichen Parteien zu entlarven und darüber hinaus durch die politisch-ideologische Auseinandersetzung eine längerfristige Zusammenarbeit anzustreben.

An diesem Punkt griff jedoch die DKP/SDAJ-Führung ein, die alles in Bewegung setzte, um diesen Ansatz einer soliden Zusammenarbeit zu zerschlagen.

Mit bekannten Sprechern wie „Linkskadrierter“, „Studentenverein“, „Feinde der DKP“, Arbeiter- und Gewerkschaftsfeinde“ etc. sollten die Mitglieder antikomunistisch verhetzt und wieder auf DKP-Linie gebracht werden. Die Hetze der DKP-Führer stieß bei den SDAJ-Mitgliedern auf Ablehnung und wurde zurückgewiesen. Man erwartete eher eine Auseinandersetzung mit dem KB, bei gleichzeitiger Zusammenarbeit. Schließlich versuchte die DKP-Führung ein administratives Verbot der Diskussion und Zusammenarbeit mit

einzig in Form von Veranstaltungen



## TRITTAU:

# AUS DEM KAMPF GEBOREN — Jugendbewegung in Trittau

Die AK-Redaktion erreicht folgendes Bericht des JUGENDKOLLEKTIV TRITTAU

Trittau ist eine Kleinstadt mit 6000 Einwohnern vor der Hamburger Landesgrenze. Das Milieu dieses Ortes hat mehr dörflichen als städtischen Charakter.

Der Situation der Trittauer Jugend entsprechend gab es bis 1971/72 neben den Jugendorganisationen der bürgerlichen Parteien, einer Volkstanzgruppe und kirchlichen Arbeitskreisen keine fortschrittliche Kraft, die sich an den wirklichen Interessen der Jugendlichen orientierte.

Ein gewisser Anlauf war dort gegeben, wo es am ehesten möglich war, sich mit den Interessen der Jugendlichen zu beschäftigen, in den kirchlichen Arbeitskreisen. Unter Mitwirkung eines liberalen Pastors wurde immer wieder die Möglichkeit einer Arbeit unter den Trittauer Jugendlichen diskutiert, man kam immer wieder zu dem Schluss, daß man etwas tun müsse, ohne eine konkrete Perspektive zu finden.

Der Vorschlag einer eigenen Jugendzeitung fand die allgemeine und ungeteilte Zustimmung. Nur der Pastor gab zu bedenken, daß man achten müsse, nicht einseitig, für alle Kräfte offen zu sein.

Die betreffende Gruppe bestand zu diesem Zeitpunkt mehrheitlich aus

Haupt- und Realschülern, einigen Lehrlingen und einem Gymnasialisten. Letzterer hatte sich als Sympathisant der DKP bemüht, sozialistisches Gedankengut in allgemeiner Form in die Gruppe zu tragen. Das Ergebnis war, daß einige Jugendliche mit einem gewissen, wenn auch recht unbestimmten sozialistischen Anspruch an die Arbeit gingen.

Die Zeitung sollte

► zum einen die Situation und besonderen Schwierigkeiten an der Trittauer Haupt- und Realschule einer breiteren Öffentlichkeit bekannt machen und

► zum anderen den Zusammenhang von dem derzeitigen Schulsystem und kapitalistischer Gesellschaftsordnung aufzeigen.

Stoff gab es an der Trittauer Schule genug. Seit Jahren plagt sich die Schülerschaft mit dem geradezu skandalösen Verhalten eines faschistoiden Lehrers.

Um die Planung der Zeitung formierte sich eine feste Gruppe, die sich „Jugendkollektiv Trittau“ (JK) nannte.

Die ersten Schritte —

die ersten Angriffe

Die erste Nummer des „Scheibenwischer“ (SW) war im November 1972 im Rahmen des Bundestagswahlkampfes geplant.

Auf diesem Weg sollte die Lücke des Wahlkampfes bestehende allgemein größere politische Aufnahmebereitschaft genutzt werden.

So dachten zumindest die Jugendlichen, anders aber der Kirchenvorstand, für den der Rauschmittelsache war. Als Anlaß diente die Bemerkung einer SW-Redakteurin zu dem Rektor der Trittauer Schule, daß einige der JK-Mitglieder „etwas links“ eingestellt seien.

Auf Intervention des Rektors machte der Kirchenvorstand die Auflage, daß die Zeitung sinngemäß erst nach dem Wahltag erscheinen sollte, wogegen sich das Jugendkollektiv geschlossen widersetzte.

Der Kirchenvorstand „bedauerte“ das und warf das JK aus dem Heim mit der Begründung, daß „durch das Vorhaben des JK der Kirche die Ruhe wie auch Abzugsmaschine verlorengehen könnten, schließlich sei die Kirche ja eine unpolitische Institution (!)“.

Bezeichnenderweise waren die 3 Jugendorganisationen von CDU, SPD und FDP davon ausgeschlossen.

Damit waren das Hausverbot und die Sperrung der Druckmaschine nicht gegen die Politik im allgemeinen gerichtet, sondern gezielt gegen die politischen Absichten des JK.

Das JK läßt sich nicht einschüchtern

Dieser erste Angriff kam für die meisten Mitglieder des JK unerwartet, jedoch ließ man sich nicht vom Zeitungs-Projekt abbringen. Im Gegenteil, nun auf die eigenen Kräfte angewiesen, erhöhten sich Solidarität und Tatifer des JK.

Die Arbeit des JK fand schnell größeres Interesse, so daß sich bald ein Kreis von über 20 Jugendlichen um das Zeitungsvorhaben gefunden hatte.

Die allgemein verbreitete Stimmung „denen werden wir es schon zeigen“ prägte auch unmittelbar die praktische Arbeit. Zur Herausgabe der ersten Nummer mußten ein neuer Raum und eine Abzugsmaschine gefunden werden — es waren noch einige Artikel zu schreiben und die Frage der technischen Erstellung zu klären.

Dagegen geniet die politische Diskussion in den Hintergrund, es wurde verstimmt, schon zu diesem Zeitpunkt die allgemeine Bedeutung des Angriffes der herrschenden Kreise zu diskutieren und über die weitere Entwicklung eine realistische Vorstellung zu entwickeln.

Die erste Nummer des SW erschien und der „Sturm des Interesses“ lagte

sich, die ersten Jugendlichen sogen sich von der aktiven Mitarbeit zurück. Das ist einerseits nicht verwunderlich und wurde berechtigterweise als eine natürliche Entwicklung gewertet. Andererseits begann man das Verstummen, das wichtige Grundprinzip zu vernachlässigen, jede Bereitschaft eines jeden Jugendlichen für die gemeinsame Arbeit nutzbar zu machen, um damit möglichst viele in die aktive Arbeit miteinzubeziehen.

Das hätte über die Arbeit in der Zeitung gewichen müssen. Allerdings sei das von uns, daß von den Jugendlichen die Zeitung als Instrument begriffen worden wäre, in die Trittauer Jugend hineinzuwirken. So wäre die praktische Umsetzung der Zeitungsarbeit von allen zu diskutieren gewesen, nicht aber so sehr die Erstellung und Konzeption eines jeden Artikels vor Erscheinen.

Stattdessen aber wurden Gruppen von 3 bis 4 Jugendlichen gebildet, die jeweils an einem Artikel arbeiteten. Das Ergebnis war zunächst eine recht zählflüssige und langwierige Artikelherstellung. Mit der Zeit übernahm ein immer kleinerer Kreis der politisch bewussten Jugendlichen die gesamte redaktionelle Arbeit. Zwar wurde alle Artikel noch vor dem Erscheinen in der gesamten Gruppe diskutiert, diese Diskussionen allein genügte jedoch nicht, um alle Ju-

## Ein ganz besonderes Lehrstück staatlicher Willkür — Zum „Scheibenwischer“-Prozeß —

Anlaß für den Angriff der Justiz auf den „Scheibenwischer“ (SW) Zeitung des Trittauer Jugendkollektivs (JK) sind die Darstellungen über das Verhalten von Lehrer Henning Böge an der Hauptschule Trittau im SW.

Lehrer Böges Unterrichtsstil ist gekennzeichnet von Willkür und psychologischen Terror. Einige Kostproben dieses Verhaltens (aus dem beschuldigten SW Nr. 3):

„Der Rohrtakt ist verschwunden, die Strichliste kam. Dies ist eine beliebte Methode, unbehagliche Schüler zum Schweigen zu bringen, sie abzuspeisen. Denn bei 18 Strichen bekommt man einen Tadel, bei zwei Tadeln kann man schon für einige Wochen „beurlaubt“ werden und beim dritten Tadel erfolgt der Schulverweis.“

JK Striche — lange hin, denkt man im ersten Moment, aber wenn man weiß, wie willkürlich und ungerechtfertigt Striche verteilt werden, sieht die Sache schon ganz anders aus.

Simple Anklagen, wie Turnschuhe vergessen, einen Moment unachtsam sein, mit dem Nachbarn reden, werden schon sehr oft mit Strichen bestraft.“

Böge handhabt diese Unterdrückung mit besonderem Geschick und Intention. In überlebens- und autoritärer Weise bedient er sich dieses Mittels.

Als die Strichliste dann eines Tages aus bisher ungeklärten Gründen aus Böges Klasse verschwunden, zwang er die Schüler, ihre Taschen auszuwachen. Danach mußte jeder schützen, wieviele Striche er habe und auf Tonband sprechen (Polizei-Methoden!).

Der SW brandmarkt völlig berechtigt diese an Nazimethoden erinnernde Ermittlungspraxis.

Speziell wie... Ihr solltet lieber mehr lernen als laufend in die Heile zu steigen“ (SW Nr. 3) rund um das Bild dieses sauberen Pädagogen ab.

Lehrer Böge, ein offensichtlich sexuell total verkommenen Typ, der in geradezu penetranter Weise kaum eine Möglichkeit ungenutzt läßt in Anspielungen und Bemerkungen bürgerlich-reaktionäre Sexualmoral zu reproduzieren und eine spezielle Befriedigung dabei empfindet, durch seine ungeschulte Art und Weise junge Schüler und Schülerinnen in Verlegenheit zu bringen.

Bürgerliche Psychologen würden dies wohl „eine tendenziell perverse Sexualneigung“ nennen.

Aber „natürlicherweise“ ist seine verkommenste Sexualideologie gepaart mit einem entsprechend allgemein reaktionären Verhalten und Meinungen, so daß man nicht umhinkommt, Böge insgesamt als einen faschistoiden Typen besonderer Prägung zu bezeichnen.

Der Stein des Anstoßes für die Justiz ist u.a. folgender Part: „Besonders abstoßend, feucht und schmierig zieht Lehrer Böge die ersten kleinen Freundschaften in seiner Klasse durch den Dreck. Mit zynischem (fiesem) Lächeln werden Anspielungen einseitiger Art vorgebracht.“

So konnte ein Mädchen das Fremdwort „Konjunktion“ nicht richtig aussprechen (die haspelte Konjunktion... juk... juk... Ann AK) Zitat Böges: Das Jucken er innert Dich wohl an gestern Nacht mittags! — Dem 14-jährigen Mädchen standen die Tränen in den Augen (Böge hatte die harmlose Freundschaft dieses Mädchens mit einem Jungen aus seiner Klasse beobachtet).“ (SW Nr. 3)

Mai '73: erziehen bei Eltern von JK-Mitgliedern überraschend die Kriminalpolizei und wollte Ermittlungen „wegen Unstimmigkeiten beim Impression“ des SW führen.

Bei dem Vernehmungstermin mit dem presserechtlich verantwortlichen Redakteur, Sigmund Z., wurde klar, um was es ging. Die Fragen wurden gestellt nach den Finanzen des JK, der Technik, der Mitgliederzahl des JK usw. gestellt.

Das JK erfährt hier, daß das Landesschulamt wohl Anzeige erstatten würde (Eventuell der SW in Vernehmung was da kommen könnte — bietet Böge die nach bürgerlichem Recht übliche Möglichkeit einer Gegenanstellung in einem Schreiben an, Böge reagiert nicht).

28. Juni '73: Vorladung des Amtsvorgängers Trittau für den Presserechtlich Verantwortlichen, wegen „Beleidigung“ des Pädagogen Böge.

Sigmund Z. kommt zu dem Amtsvorgänger Kubick Kubicks Außen- und Umgebung indes angesprochen werden, wobei Kubick, neben seinem Schutzblick ein die Vernehmung auf

merkmalen verfolgender zähnelter Jägerhund?

Richterweise wird von dem SW-Redakteur die „Ausgabe zur Sache“ verweigert. Das schien dem Richter offenbar nicht zu passen, er schreit er den Vorgela denen an... Sie werden schon sehen, was Sie davon haben... Ich werde die Bereitstellung der Akte für Ihren Rechtswert verzögern... Der Hund beginnt zu knurren.

Überhaupt scheint Richter Kubick sozusagen das Pendant zu Böge zu sein. Ein vorgeründigter, konfus und auf die abschüssigen Gegebenheiten „schwach“ reagierender älterer Herr. Bei genauerem Betrachten muß man jedoch sagen, hier hat man einen Fachso vor sich, der mit dem Widerspruch, nicht mehr ganz so können, wie er gern möchte, nicht so recht fertig wird. Er scheint einer jener Juristen zu sein, die Ausbildung und Praxis bei den Nazis genossen und die jetzt nicht mehr so ganz zurecht kommen mit dem bürgerlichen Recht, das etwas komplizierter ist, als das früher so geliebte vollkommenen sich äußerlich willkürliche Verhalten von Nazi Richtern. Man ist geneigt, das Braunkorn zu rote zu ziehen.

Die weiteren vorgeladenen JK-Mitglieder verweigern ebenfalls die Aussage, einem droht Kubick deswegen Jugendarrest an. 30. Juni '73: Als von den Jugendlichen nichts zu erfahren ist, findet die Justiz eine mysteriöse „Familienrechtliche D.“ (elterliche Gewalt, Bevormundung u.ä.) unter anderem Altenscheinen. Es werden z.T. die gleichen vier JK-Mitglieder vorgeladen.

9. Juli '73: Vorladung wird ohne Begründung zurückgenommen.

24. Juli '73: Unter gleichem Aktenzeichen faucht diese „Familienrechtliche“ jetzt wieder auf, es handelt sich hier offensichtlich um einen „Kunstgriff“ staatlicher Willkür, denn alle Vernehmungen und Fragen beziehen sich weiterhin auf den SW und das JK und keineswegs auf irgendeine „Familienrechtliche“.

Einem Jugendlichen droht Kubick bei der soundvierten Aussageverweigerung — außer sich vor Wut, pöternd und rappend mit einem halben Jahr Jugend

strafe, was als massive Einschüchterung und Nötigung gewertet werden muß.

15. August '73: Der Justiz fehlt es offensichtlich an Mitleid, dieses Spiel fortzusetzen. Dem Lehrling Sigmund Z. wird angeboten eine Verwarnung in Kauf zu nehmen, sich bei Böge zu entschuldigen (!) ... usw., was von ihm aber abgelehnt wird.

1. November '73: nach offenbar monatelanger „Denkpause“ hat der Redakteur des SW eine Anklageschrift der Staatsanwaltschaft Lübeck im Haus. Anklage fahrlässig vernachlässigte pädagogische Sorgfaltspflicht, die zur Verbreitung falscher Tatsachen führte. Hauptzeuge Böge!

10. November '73: Die staatliche „Fürsorge“ wird auf den Plan gerufen und soll offenbar für die richtige Atmosphäre bei den Prozeßbeisitzungen sorgen, es wird versucht, die Eltern des Angeklagten massiv einzuschüchtern.

22. Februar '74: Prozeßtag, das JK war gut vorbereitet, es wurden verschiedene Eltern und Schüler als Zeugen für den Wahrheitscharakter der SW-Ausführungen mitgebracht. Richter Kubick übertrifft alle Erwartungen! Jeder Zuschauer, der den Saal betritt, wird von ihm angesprochen: Was wollen Sie hier... Wie heißen Sie? Als ein (langhaariger) Zuschauer seinen Namen „Dr. C.“ nennt, blüht Kubick ihm kleinst und durch den akademischen Titel eingeschüchtert, sich zu setzen.

Als die Zeugen der Verteidigung den Saal betreten, schreit Kubick außer sich „Zeugen?“ Das gibt es gar nicht, Sie sind ja gar nicht vorgeladen — raus! Als die Verteidigung dieses begründet hat, zieht sich Kubick zur Beratung zurück und verkündet nach einiger Zeit, daß genau die beiden der drei Anklagepunkte, zu denen gerade die Zeugen geladen waren, erledigt seien! Man führe sich das vor Augen: die Staatsanwaltschaft ermittelt acht Monate, verfaßt eine Anklageschrift, die vom vorherigen Ermittlungs- und jetzigen Verhandlungsrichter vorbehandelt (untergelesen) werden, weil die Verteidigung Zeugen zur Widerlegung benannt hat — ohne daß sie überhaupt schon ein Wort gesagt haben!

Aber: Dieser Punkt bleiben jetzt die drei ehrenverletzenden Worte schweigend abwarten und

feucht“ bescheiden!

Als der Verteidiger in die nächste Argumentation eintritt und auf „Konjunktion“ und „Jucken“ zu sprechen kommt, flücht Kubick ihn an.

„Seien Sie ruhig, im Gerichtssaal wird so nicht geredet.“ Als der Verteidiger ihn fragt, ob er vielleicht den Filmtitel „Laß jucken Kumpel!“ kennt, um damit zu erklären, warum es hier geht, schreit Kubick: „Nein, nein, das gehört nicht hier her.“

Da der Richter in die nächste Sachherleitung sich weigert einzutreten, stellt die Verteidigung ihren ersten Antrag auf Befangenheit — über den, gemäß britisches deutscher Rechtspraxis der Richter selbst entscheidet und natürlich ablehnt.

Zum Vorwurf des Verstoßes gegen das Landespressgesetz sagt Kubick, daß er das JK gar nicht ernst nehmen kann, daher hier wohl auch das Landespressgesetz nicht zum Zuge kommen könnte, darauf stellt der Verteidiger den zweiten Antrag auf Befangenheit, da diese Frage schließlich der Kernpunkt des Verfahrens ist.

So prompt wie die zweite Ablehnung dieses Antrags folgt, kommt auch das Urteil selbst.

Wenn man sich dieses Verfahren in seinem Verlauf vor Augen führt, muß man dem JK erhebliches Stolzvermögen und kühlen Kopf bescheinigen. In diesem Verlauf, voller — selbst nach herrschender Rechtspraxis — gewaltigen Widerstand gegen die staatlichen Gewalt, mit seinen ungeklärten Betrugsmethoden, den Freimaurern und massiven Einschüchterungsversuchen, — zeigt sich ein Stück faschistischer Staatspraxis, die nicht einfach mit dem kleinstädtischen Charakter von Trittau zu erklären ist. Allerdings muß man wohl sagen, daß solche Vorgehensweisen in Trittau auch in größeren Städten kaum halten können (Übrigens war Kubick vor seiner „Vernehmung“ Richter in West Berlin).

Den Jugendlichen kann man nur den Rücken stärken und raten, diesen Kampf zu Ende zu führen, was durch solidarische Zusammenstehen möglich sein dürfte.

Bezirksrat Bergedorf des KB, Gruppe Hamburg



## Forti. Trittau

gendlichen an der weiteren Arbeit zu motivieren.

Da aber der zweite, jedoch wesentlich Teil der Zeitungsarbeit unklar war: nämlich den SW zur Entwicklung einer politischen Praxis in Trittau einzusetzen, fehlte dem JK zu diesem Zeitpunkt die politische Perspektive in der Arbeit mit breiten Teilen der Jugendlichen. So verringerte sich auch die an den Redaktionsumsetzungen teilnehmende Zahl der Jugendlichen.

## Die zweite Angriffswelle: Der Staatsapparat schaltet sich ein

Die Zeitungsartikel bezogen sich wesentlich auf Probleme der Trittauer Jugend. Dieses trat sowohl bei den Jugendlichen als auch einigen Eltern auf Interesse und auch auf Unterstützung.

Das JK erhielt bessere schulinterne Informationen, sozusagen bisher „gut behütete Geheimnisse“ der Schulbürokratie.

Hauptangriffsziel war die Person eines von den Jugendlichen allgemein gehaltenen Lehrers, der sich immer wieder durch eine besondere Art der Unterdrückung hervor tat. Der SW prangerte das Vorgehen dieses Typen in zahlreichen Beispielen an. Auf der anderen Seite entwickelte der SW sich zu einer sozialistischen Schüler- und Lehrerzeitung, die neben der ortsbegrenzenden Situation der Jugendlichen auch allgemein politische Themen zum Inhalt hatte, u. a. Abbau der demokratischen Rechte, SPD-Politik, antirassistischer Kampf in der Dritten Welt etc.

Im Mai 1973 schaltete sich nach der 3. Nummer des SW der Staatsapparat ein. Besuch durch die Kripo bei Eltern von drei JK-Mitgliedern, Ermittlungsverfahren wegen Verstößen gegen Landespressgesetz (später wurde auch „Beleidigung“ eines Paktors hinzugezogen) Vorladungen, Vernehmungen, monatelanges Hinhalten der „amtlichen Ermittlungen“, der Versuch, die geschlossene Haltung des JK aufzubrechen. (Vergl. dazu nebenstehenden Kasten zur Prozess-Entwicklung)

In dieser Situation ist das JK aus politischer Unfahrenheit so ungefähr das Falscheste, was überhaupt möglich war. Statt in dieser Situation die Zeitung SW für die Entwicklung einer breiten Solidarität mit den angegriffenen Redakteuren einzusetzen (und darüber hinaus überhaupt zur praktischen politischen Aktion fortschrittlicher Jugendarbeit in Trittau)

fortschrittlicher Jugendarbeit in Trittau), stellte das JK die Zeitungsarbeit vorerst ein mit der Pseudo-Begründung einer allgemeinen Arbeitsbelastung und weil man zukünftig seine Kraft direkter der Abwehr staatlicher und juristischer Maßnahmen, sowie der Verbreitung der politischen Basis unter den Trittauer Jugendlichen (mehr Diskussionen etc.) widmen wollte, wozu die Zeitungsarbeit angeblich in Widerspruch stünde. Es wurde damals leider nicht erkannt, daß bei richtigem Verständnis für eine politische Zeitungsarbeit all dies gerade mit der Zeitung am besten möglich wäre.

Andererseits mußte die Aufgabe der Zeitungsarbeit nach außen hin sowohl bei Sympathisanten, als auch bei den Gegnern jeder selbständigen Jugendarbeit als politisches Zurückweichen, Aufgabe und Resignation des JK verstanden werden. Daß diese Haltung die reaktionäre Stadtverwaltung, Justiz etc. nur zu weiteren politischen Schlägen gegen das JK animierten wurde, wurde zu diesem Zeitpunkt leider nicht erkannt.

Die Auseinandersetzung um das JK blieb dennoch nicht ohne Wirkung für breitere Teile der Jugendlichen. Das Vorgehen des Kirchenvorstandes als Hauptort des kirchlichen Jugenhegemonies bewirkte unter den Jugendlichen die Diskussion um ein eigenes Jugendzentrum.

Ein weiterer Kern der Jugendlichen beschloß, die Bemühungen um ein Jugendzentrum durch einen eingetragenen Verein zu unterstützen und gründete den „Ring Bündischer Jugend“.

Mit der Unterstützung einer Gruppe des „Ring Bündischer Jugend“

(RBJ) aus Ahrensburg wurden monatliche Film Diskussionsveranstaltungen durchgeführt (u. a. „Sacco und Vanzetti“), die in der Regel von zwei Dutzend Jugendlichen besucht wurden.

Im Rahmen einer Theater-Arbeitsgruppe (AG) beschäftigten sich die Jugendlichen zur Vorbereitung eines Agitprop-Stückes mit den faschistischen Staaten am konkreten Beispiel Griechenlands wurde die Frage entwickelt, „Warum wir keinen Urlaub in faschistischen Ländern machen“.

Neben dieser Arbeitsgruppe arbeiteten die knapp 50 Vereinsmitglieder in weiteren fünf AG's Politik (Diskussion der Tagesereignisse und anderer wichtiger politischer Fragen), Kommunales, Musik, Sport und Literatur.

Forum der allgemeinen Diskussion ist die Vollversammlung, die kontinuierlich von ca. 30 Jugendlichen besucht wird, der der vier-köpfige Vorstand sachverständigsteht.

Im Februar dieses Jahres stellte sich der Verein in der Öffentlichkeit vor, seine Veranstaltung wurde von 150 Jugendlichen aus Trittau und Umgebung besucht. Damit hat die Jugendinitiative politisch Fuß gefaßt.

## Das JK gewinnt an politischer Bedeutung

Das JK hat trotz intensiver Arbeit in der Jugendzentrenbewegung seine politische und organisatorische Eigenständigkeit nicht aufgegeben.

Ankündung des 1. Mai 1973 führte das JK mit Unterstützung des „Hamburger Straßentheaters“ eine 1. Mai-Veranstaltung durch und stellt die eigene Arbeit und politischen Vorstellungen zur Diskussion, an der 50 Jugendliche teilnahmen.

Das JK begann, eine gezielte politische Diskussions- und Schulungsarbeit in den eigenen Reihen zu entwickeln. Ergebnis waren zwei weitere politische Veranstaltungen zum faschistischen Umsturz in Chile und den Novemberkämpfen in Griechenland, auch diese Veranstaltungen werden von jeweils etwa 30 Jugendlichen besucht.

Diese Arbeit des JK nimmt ihren weiteren Aufschwung schließlich des 1. Mai 1974 und mobilisiert (u. a. mit einer Veranstaltung) zur Demonstration des KJA unter sozialistischen Parolen in Hamburg.

Nach acht-monatiger und z.T. gewaltig rechtswidriger „Ermittlungstätigkeit“ der Justiz fand im Februar dieses Jahres der Prozess gegen den „sozialistischen Jugendkult“ statt.

dieses Jahres der Prozess gegen den promerchialisierungsverantwortlichen Redakteur des SW, Symund Z., vor dem örtlichen Amtsgericht statt. Ein Lehrer führte sich durch öffentliche Darstellung seiner Praktiken im Klassenzimmer „beleidigt“. Das JK trug diesen Prozess und dessen Hintergründe in der Öffentlichkeit in zwei Flugblättern wurde das willkürliche Vorgehen der staatlichen Organe gebrandmarkt. Am Prozeßtag selbst führte das JK eine Informationsveranstaltung vor zahlreichen Jugendlichen durch, auf der die Angriffe gegen das JK im allgemeinen Zusammenhang der Faschisierung von Staat und Gesellschaft diskutiert wurden. Die Arbeit des JK unter den Jugendlichen führt zu unmittelbaren Ergebnissen. Die Jugendlichen gewinnen Klarheit darüber, daß die Repressionen gegen das JK gegen jede an den Interessen der Jugendlichen orientierte Politik gerichtet sind.

Der „Förderverein Jugendzentrum Trittau“, die Jungdemokraten und die SDJ (1) bekunden öffentlich ihre Solidarität mit dem JK. Der Versuch der Bourgeoisie, das JK und die anderen Jugendlichen in Trittau auseinanderzudividieren, ist gescheitert!

Der SW-Redakteur war am gleichen Tag vom Amtsgericht zu zwei Tagen Zwangsarbeit wegen „Verletzung des presserechtlichen Sorgfaltspflichten“ unter Aufkündigung sämtlicher Gerichtskosten (ca. 500 DM) verurteilt worden. Gestärkt durch die solidarische Unterstützung in der Trittauer Jugend hat der Verurteilte vor dem Landgericht Lübeck Revision eingelegt.

Es muß in jedem Fall das Ziel sein, dem allgemeinen Zusammenschluß von Landeshulani, Klerus, Polizei, Fürsorge und Justiz eine Niederlage zu bereiten!

Jugendkollektiv Trittau

## 5. Deutscher Jugendhilfetag abgeblasen! — „Angst vor den Radikalen“

Vom 8. bis 11. September 1974 sollte im Hamburger Kongresszentrum der 5. Deutsche Jugendhilfetag (DJHT) durchgeführt werden. Veranstalter des DJHT ist die Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe (AGJ). Etwa 60 Organisationen aus dem gesamten Bundesgebiet haben sich an dieser Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen. Dazu zählen u. a. die Landesjugendämter, die Gewerkschaft ÖTV und DAG, Aktion Jugendstrafe, sowie Spitzenverbände der Wohlfahrtsverbände.

Die AGJ hat für die Vorbereitung zum diesjährigen Kongreß bislang 250.000 Mark ausgegeben (hauptsächlich Steuergeelder!). Andererseits hatten sich schon mehrere tausend Sozialarbeiter, Sozialpädagogen, Erzieher etc. angemeldet. Die Vorbereitung von Seiten der AGJ laufen bereits seit 1 1/2 Jahren (1).

Diese Tatsachen beeindruckten die Veranstalter jedoch wenig, denn der 5. DJHT wurde abgeblasen. „Furcht vor Zusammenstoßen mit links-orientierten und kommunistischen Gruppen“ heißt die offizielle Begründung. Springer Zeitung „Hamburger Abendblatt“ bringt am 6.6.74 gar die Schlagzeile: „Radikalfurcht stoppt Kongreß!“

## Die wahren Gründe dieser Absage?

Vom 10. - 13. Mai 1970 fand in Nürnberg der 4. Deutsche Jugendhilfetag statt. Das Thema war „Kindheit und Jugend in der Gesellschaft“. 2500 Teilnehmer diskutierten damals über die Situation von Kindern und Jugendlichen in Fürsorgeerziehung, Betrieben, Schule usw. Weitere Themen waren u. a. die Vorschulreizebung, Berufssituation von Sozialarbeitern etc.

Ganz im Gegensatz zu den Erwartungen der Veranstalter war der Ablauf des Kongresses geprägt von offener Kritik an dieser kapitalistischen Gesellschaft, im Konkreten an der staatlichen und kirchlichen Arbeit in der Jugendhilfe. Obwohl z.B. reaktionäre Kirchenvertreter in Mäusen herangekarrt wurden, gelang es ihnen nicht, ihre antirassistischen Vorstellungen vom Jugendhilfearbeit durchzusetzen. Eine Abstimmungserklärung (bei Resolutionen) folgte der nächsten. Lauten wie Käthe Strobel vom damaligen Bundesfamilienministerium oder D. Rollmann von der Hamburger CDU wurden entscheidende Absagen erteilt.

Organisiert wurde das ganze vor vier Jahren von der „Sozialistischen Aktion Jugendhilfetag“ (SAJH). Enthalten waren darin u. a. des „Sozialistische Büro Offenbach“ (SB) als

führende Gruppe, die „Sozialpädagogische Korrespondenz“ (SPK) aus Westberlin (heute „KPD“) und die „Sozialistische Arbeitsgruppe Hamburg“ (SAG), welche teilweise integriert ist in die „Initiative Sozialistischer Erzieher“ (Hamburg) und den KOMMUNISTISCHEN BUND.

Die SAJH stellte 1970 Forderungen auf wie z.B.

- Geistliche Sicherstellung der Ausbildungschancen und Möglichkeit der Wahrnehmung für proletarische Jugendliche
- sechs Wochen Urlaub für jeden Arbeiter und jede Arbeiterin
- 250 DM Kindergeld für jedes Kind
- elterliche Bezahle Erhaltung aller Mütter und Väter vom Beruf, nach der Geburt ihres Kindes.

Diese Forderungen wurden von der Mehrheit der Kongreßteilnehmer unterstützt!

Angesichts dieser Vorfälle vor vier Jahren machten sich die Veranstalter nun Gedanken, wie man eine solche politische Platte zukünftig vermeiden könnte. Erste Reaktionen waren z.B. überhaupt keinen Jugendhilfetag mehr durchführen. 1 1/2 Jahre brachten sie, um sich für einen fünften Kongreß in Hamburg durchzusetzen.

Bilanz wurde der Jugendhilfetag alle zwei Jahre durchgeführt. Zwischen dem vierten und fünften liegt jedoch ein Zeitraum von vier Jahren! Im Stillen hatte man sich wohl erhofft, daß die zweijährige Verzögerung ein Abflauen der oppositionellen Bewegung zur Folge haben würde. Diese Spekulation erwies sich als falsch. Auch zum diesjährigen Jugendhilfetag war bzw. ist eine „Sozialistische Aktion Jugendhilfetag“ geplant. Angeführt wurde diese Initiative wiederum vom „Sozialistischen Büro Offenbach“.

Bisher arbeiten folgende Gruppen in der Sozialistischen Aktion zusammen: AG-Karolinenviertel Hamburg, AKS-Düsseldorf, AKS-Ffm, Aktiv R 16 Köln, AK-Jugendhilferecht-Jungdemokraten, BDR AG-Sozialarbeit Ffm, Redaktionskollektiv „Erziehung und Klassenkampf“, KKS-Bielefeld, SSK-Köln, Verein sozialer Jugendarbeit Bochum, ESG/HIS Hamburg. Als Aufgabe formuliert die SAJH in ihrem Aufruf:

- den scheindemokratischen Charakter des Jugendhilfetages zu entlarven,
- die „fachlichen“ Fragestellungen der AGJ in ihrem politischen Zusammenhang zu diskutieren,
- den Jugendhilfetag zu benutzen, um sozialistische Jugendpolitik darzustellen und dem Organisationsprozeß der im Sozialbereich Tätigen voranzutreiben,
- auf dem Jugendhilfetag den aktuellen Kampf sozialistischer Jugendlicher zu unterstützen.

• auf dem Jugendhilfetag den aktuellen Kampf sozialistischer Jugendlicher in Hamburg zu unterstützen.

Auf Grund der Erfahrungen mit fortschrittlichen und sozialistischen Menschen aus der Jugendhilfearbeit 1970 in Nürnberg sowie den Vorbereitungen der Linken zum diesjährigen

Kongreß, zogen es die Veranstalter nun doch lieber vor, ihn ausfallen zu lassen.

Ursprünglich war von der AGJ geplant, „Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen in dieser Gesellschaft“ in den Mittelpunkt des Kongresses zu stellen. Daß diesen Leuten die Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen, besonders der Arbeiterjugend, völlig egal sind, beweist nicht zuletzt diese kältnachlässige Absage.

Ebenfalls sollte auf diesem fünften DJHT das neue Jugendhilfegesetz als die große, unwirkliche Reform eingepreist und verkauft werden. Dazu waren speziell die sozialdemokratischen Ministerin Karsten Focke (Bund) und Minister für Familie und Gesundheit) und der in Hamburg durch eine zutiefst absterbende Schulpolitik bekannt gewordene Schulsenator Apel (SPD) eingeladen.

## In aller Stille...

Die AGJ als Veranstalter hat jetzt vor, im nächsten Jahr zum gleichen Thema an einem anderen Ort eine Veranstaltung durchzuführen - dann allerdings als geschlossene Veranstaltung (d.h. wollen die Gäste wohl in aller Stille Richtlinien und Gesetze vorbereiten, die den Interessen der Arbeiterjugend in Fürsorgeheimen, Schulen und Betrieben erfahrungsgemäß völlig widersprechen).

Aufgabe der „Sozialistischen Aktion“ und anderer fortschrittlicher und kommunistischer Kräfte muß es sein, diese üblen Absichten zu entlarven und zu überlegen, welche Alternativen dagegen entwickelt werden können. Wenn jedoch z.B. die AG-Karolinenviertel Hamburg (eine Vertreterin der Politik des SB) es ablehnt hat, zu anderen fortschrittlichen und kommunistischen Organisationen in Hamburg (so auch zum KB) Kontakt aufzunehmen, so muß an der Glaubwürdigkeit der Aktion („Aufgabe der Sozialistischen Aktion ist es, auf dem DJHT den aktuellen Kampf sozialistischer Jugendlicher in Hamburg zu unterstützen“) dieser Organisation stark gezweifelt werden. Oder will der SB vielleicht die Behauptung aufstellen, daß der KB mit sozialistischer Jugendpolitik in Hamburg nichts zu tun hat? Die Begründung: Mit dem KB z.B. lohnt es sich nicht zu diskutieren, da wir sowieso nur rumtheoretisiert und keine praktische Arbeit geleistet, kann nur als blanker Hohn und schickster Witz verstanden werden. So etwas hat mit sozialistischer Politik nichts mehr zu tun!

Wir wollen uns in einer der nächsten Ausgaben des ARBEITERKAMPF mit der Politik des SB und anderer Gruppen in dieser Initiative auseinandersetzen. Ebenfalls haben wir die Absicht das noch gültige Jugendwohlfahrtsgesetz mit dem geplanten Jugendhilfegesetz zu vergleichen, um festzustellen, ob das neue Gesetz (tatsächlich einen Fortschritt bedeutet oder ob mit dem

neuen Gesetz tatsächlich einen Fortschritt bedeutet oder ob mit dem neuen Gesetz auch in diesem gesellschaftlichen Bereich ein weiterer Schritt in Richtung auf eine beschleunigte Faschisierung von Staat und Gesellschaft getan werden soll.

Bezirkskette Wandbühl/Bildhoft KB-Gruppe Hamburg

## Neuer Trick der Justiz?

Die Veröffentlichungen des „Jugendkollektivs“ (JK) zum Verlauf des Ermittlungsverfahrens hatten u. a. die „Vernehmungsmethoden von Amtsrichter Kubik“ öffentlich angeprangert. Dies wiederum hat die Justiz erneut auf den Plan gerufen.

Im Juni erhielt der verurteilte (und inzwischen Revision einlegenden) „verantwortliche Redakteur“ des „Scheibenschwischer“ eine politische Verladung. Hier erfährt er, daß bereits am 20.3.74 von der Staatsanwaltschaft Lübeck ein Ermittlungsverfahren gegen Richter Kubik wegen „Auslagepressung“ (§ 343 StGB) eingeleitet wurde, wozu jetzt der jugendliche Redakteur als Zeuge vernommen werden sollte.

Es ist nicht auszuschließen, daß die Staatsanwaltschaft politisch daran interessiert ist, den Richter Kubik aus dem Verkehr zu ziehen, weil dieser inzwischen die bürgerliche Klassenjustiz als „nicht kreditiert hat“, d.h. als einen allzu dämlichen Vertreter seiner Klasse aufgetreten ist (ähnliche Erwägungen dürften auch schon bei seiner „Vernehmung“ von Westberlin nach Trittau eine Rolle gespielt haben).

Wahrscheinlicher ist jedoch und darauf muß sich das JK vor bereiten und einrichten, daß hinter dem Ermittlungsverfahren in Wirklichkeit ein Entlastungsmanöver steht, um die Richter Kubik als „Extrakt haftenweise“ Beispiele, in denen Beamte solche Verfahren gegen sich selbst einleiten bzw. indirekt veranlassen, um sich flugs „Unschuld“ durch einen bloßförmlichen

## Kämpfende Jugend

ANTIFASCHISTISCHE JUGENDLIGEN  
FÜR DEN AUFRUF DES BUNDES DEMOKRATISCHER JUGENDLIGEN

Die Festschrift zum 10. Jahrestag der Sozialistischen Aktion Jugendhilfetag (SAJH) ist ein Dokument der politischen Auseinandersetzung mit der kapitalistischen Gesellschaft und der nationalen Solidarität der arbeitenden und lernenden Jugend. Die nicht bloß auf Seiten der Demokratie, sondern in der Bestimmung und der Unterdrückung der Linken.

Aus dem Inhalt der Festschrift: „Jugendzentrenbewegung“ (Wohnzentrums) (1) (2) (3) (4) (5) (6) (7) (8) (9) (10) (11) (12) (13) (14) (15) (16) (17) (18) (19) (20) (21) (22) (23) (24) (25) (26) (27) (28) (29) (30) (31) (32) (33) (34) (35) (36) (37) (38) (39) (40) (41) (42) (43) (44) (45) (46) (47) (48) (49) (50) (51) (52) (53) (54) (55) (56) (57) (58) (59) (60) (61) (62) (63) (64) (65) (66) (67) (68) (69) (70) (71) (72) (73) (74) (75) (76) (77) (78) (79) (80) (81) (82) (83) (84) (85) (86) (87) (88) (89) (90) (91) (92) (93) (94) (95) (96) (97) (98) (99) (100) (101) (102) (103) (104) (105) (106) (107) (108) (109) (110) (111) (112) (113) (114) (115) (116) (117) (118) (119) (120) (121) (122) (123) (124) (125) (126) (127) (128) (129) (130) (131) (132) (133) (134) (135) (136) (137) (138) (139) (140) (141) (142) (143) (144) (145) (146) (147) (148) (149) (150) (151) (152) (153) (154) (155) (156) (157) (158) (159) (160) (161) (162) (163) (164) (165) (166) (167) (168) (169) (170) (171) (172) (173) (174) (175) (176) (177) (178) (179) (180) (181) (182) (183) (184) (185) (186) (187) (188) (189) (190) (191) (192) (193) (194) (195) (196) (197) (198) (199) (200) (201) (202) (203) (204) (205) (206) (207) (208) (209) (210) (211) (212) (213) (214) (215) (216) (217) (218) (219) (220) (221) (222) (223) (224) (225) (226) (227) (228) (229) (230) (231) (232) (233) (234) (235) (236) (237) (238) (239) (240) (241) (242) (243) (244) (245) (246) (247) (248) (249) (250) (251) (252) (253) (254) (255) (256) (257) (258) (259) (260) (261) (262) (263) (264) (265) (266) (267) (268) (269) (270) (271) (272) (273) (274) (275) (276) (277) (278) (279) (280) (281) (282) (283) (284) (285) (286) (287) (288) (289) (290) (291) (292) (293) (294) (295) (296) (297) (298) (299) (300) (301) (302) (303) (304) (305) (306) (307) (308) (309) (310) (311) (312) (313) (314) (315) (316) (317) (318) (319) (320) (321) (322) (323) (324) (325) (326) (327) (328) (329) (330) (331) (332) (333) (334) (335) (336) (337) (338) (339) (340) (341) (342) (343) (344) (345) (346) (347) (348) (349) (350) (351) (352) (353) (354) (355) (356) (357) (358) (359) (360) (361) (362) (363) (364) (365) (366) (367) (368) (369) (370) (371) (372) (373) (374) (375) (376) (377) (378) (379) (380) (381) (382) (383) (384) (385) (386) (387) (388) (389) (390) (391) (392) (393) (394) (395) (396) (397) (398) (399) (400) (401) (402) (403) (404) (405) (406) (407) (408) (409) (410) (411) (412) (413) (414) (415) (416) (417) (418) (419) (420) (421) (422) (423) (424) (425) (426) (427) (428) (429) (430) (431) (432) (433) (434) (435) (436) (437) (438) (439) (440) (441) (442) (443) (444) (445) (446) (447) (448) (449) (450) (451) (452) (453) (454) (455) (456) (457) (458) (459) (460) (461) (462) (463) (464) (465) (466) (467) (468) (469) (470) (471) (472) (473) (474) (475) (476) (477) (478) (479) (480) (481) (482) (483) (484) (485) (486) (487) (488) (489) (490) (491) (492) (493) (494) (495) (496) (497) (498) (499) (500) (501) (502) (503) (504) (505) (506) (507) (508) (509) (510) (511) (512) (513) (514) (515) (516) (517) (518) (519) (520) (521) (522) (523) (524) (525) (526) (527) (528) (529) (530) (531) (532) (533) (534) (535) (536) (537) (538) (539) (540) (541) (542) (543) (544) (545) (546) (547) (548) (549) (550) (551) (552) (553) (554) (555) (556) (557) (558) (559) (560) (561) (562) (563) (564) (565) (566) (567) (568) (569) (570) (571) (572) (573) (574) (575) (576) (577) (578) (579) (580) (581) (582) (583) (584) (585) (586) (587) (588) (589) (590) (591) (592) (593) (594) (595) (596) (597) (598) (599) (600) (601) (602) (603) (604) (605) (606) (607) (608) (609) (610) (611) (612) (613) (614) (615) (616) (617) (618) (619) (620) (621) (622) (623) (624) (625) (626) (627) (628) (629) (630) (631) (632) (633) (634) (635) (636) (637) (638) (639) (640) (641) (642) (643) (644) (645) (646) (647) (648) (649) (650) (651) (652) (653) (654) (655) (656) (657) (658) (659) (660) (661) (662) (663) (664) (665) (666) (667) (668) (669) (670) (671) (672) (673) (674) (675) (676) (677) (678) (679) (680) (681) (682) (683) (684) (685) (686) (687) (688) (689) (690) (691) (692) (693) (694) (695) (696) (697) (698) (699) (700) (701) (702) (703) (704) (705) (706) (707) (708) (709) (710) (711) (712) (713) (714) (715) (716) (717) (718) (719) (720) (721) (722) (723) (724) (725) (726) (727) (728) (729) (730) (731) (732) (733) (734) (735) (736) (737) (738) (739) (740) (741) (742) (743) (744) (745) (746) (747) (748) (749) (750) (751) (752) (753) (754) (755) (756) (757) (758) (759) (760) (761) (762) (763) (764) (765) (766) (767) (768) (769) (770) (771) (772) (773) (774) (775) (776) (777) (778) (779) (780) (781) (782) (783) (784) (785) (786) (787) (788) (789) (790) (791) (792) (793) (794) (795) (796) (797) (798) (799) (800) (801) (802) (803) (804) (805) (806) (807) (808) (809) (810) (811) (812) (813) (814) (815) (816) (817) (818) (819) (820) (821) (822) (823) (824) (825) (826) (827) (828) (829) (830) (831) (832) (833) (834) (835) (836) (837) (838) (839) (840) (841) (842) (843) (844) (845) (846) (847) (848) (849) (850) (851) (852) (853) (854) (855) (856) (857) (858) (859) (860) (861) (862) (863) (864) (865) (866) (867) (868) (869) (870) (871) (872) (873) (874) (875) (876) (877) (878) (879) (880) (881) (882) (883) (884) (885) (886) (887) (888) (889) (890) (891) (892) (893) (894) (895) (896) (897) (898) (899) (900) (901) (902) (903) (904) (905) (906) (907) (908) (909) (910) (911) (912) (913) (914) (915) (916) (917) (918) (919) (920) (921) (922) (923) (924) (925) (926) (927) (928) (929) (930) (931) (932) (933) (934) (935) (936) (937) (938) (939) (940) (941) (942) (943) (944) (945) (946) (947) (948) (949) (950) (951) (952) (953) (954) (955) (956) (957) (958) (959) (960) (961) (962) (963) (964) (965) (966) (967) (968) (969) (970) (971) (972) (973) (974) (975) (976) (977) (978) (979) (980) (981) (982) (983) (984) (985) (986) (987) (988) (989) (990) (991) (992) (993) (994) (995) (996) (997) (998) (999) (1000) (1001) (1002) (1003) (1004) (1005) (1006) (1007) (1008) (1009) (1010) (1011) (1012) (1013) (1014) (1015) (1016) (1017) (1018) (1019) (1020) (1021) (1022) (1023) (1024) (1025) (1026) (1027) (1028) (1029) (1030) (1031) (1032) (1033) (1034) (1035) (1036) (1037) (1038) (1039) (1040) (1041) (1042) (1043) (1044) (1045) (1046) (1047) (1048) (1049) (1050) (1051) (1052) (1053) (1054) (1055) (1056) (1057) (1058) (1059) (1060) (1061) (1062) (1063) (1064) (1065) (1066) (1067) (1068) (1069) (1070) (1071) (1072) (1073) (1074) (1075) (1076) (1077) (1078) (1079) (1080) (1081) (1082) (1083) (1084) (1085) (1086) (1087) (1088) (1089) (1090) (1091) (1092) (1093) (1094) (1095) (1096) (1097) (1098) (1099) (1100) (1101) (1102) (1103) (1104) (1105) (1106) (1107) (1108) (1109) (1110) (1111) (1112) (1113) (1114) (1115) (1116) (1117) (1118) (1119) (1120) (1121) (1122) (1123) (1124) (1125) (1126) (1127) (1128) (1129) (1130) (1131) (1132) (1133) (1134) (1135) (1136) (1137) (1138) (1139) (1140) (1141) (1142) (1143) (1144) (1145) (1146) (1147) (1148) (1149) (1150) (1151) (1152) (1153) (1154) (1155) (1156) (1157) (1158) (1159) (1160) (1161) (1162) (1163) (1164) (1165) (1166) (1167) (1168) (1169) (1170) (1171) (1172) (1173) (1174) (1175) (1176) (1177) (1178) (1179)



# Für ein selbstverwertetes Jugendzentrum Geesthacht: Jugendliche im Kampf um ein Jugendzentrum

In der 33 000 Einwohner zählenden Stadt Geesthacht, in der Nähe Hamburgs, besteht seit ca. zwei Jahren eine „Aktion Jugendzentrum“ (AJZ), ein Zusammenschluß Geesthachter Jungarbeiter, Lehrlinge und Schüler, die ein selbstverwertetes Jugendzentrum erkämpfen wollen, d.h. sie verlangen von der Stadt Bürokratie entsprechende Räumlichkeiten. Die Stadt, unter Führung der SPD, reagiert darauf, indem sie die Jugendlichen durch eine geschickte Kombination von Auflagen, verschiedenen mehr oder weniger verbindlichen Magistrats- und Ausschussgesprächen, sowie Verhandlungen in Ratsversammlungen auf der einen Seite und scheinbare, vorläufige Zustimmung auf der anderen Seite hinführt. Die Aktion sollte sich auflösen.

Für die Jugendlichen stellt sich die Aufgabe, aus ihren Erfahrungen zu lernen, nachdem die unter Führung einiger SPD und FDP Jugendpolizisten, sowie schließlich der Juso, auf den Bauch gefallen waren. Über längere Zeit entwickelten sich in ständiger Auseinandersetzung Anstrengungen eines kontinuierlichen Kampfes gegen die Stadtregierung. Es gelang die Masse der Jugendlichen für die Forderung nach einem selbstverwerteten Jugendzentrum zu gewinnen. Die Gründung einer eigenen Zeitung, sowie der enge Erfahrungsaustausch mit verschiedenen politischen Organisationen, sowie der Gewerkschaftsjugend, gehörten zu den ersten Schritten, über die rein jugendpolitischen Forderungen hinaus, politisch in Geesthacht einzugreifen. In dieser Situation änderte sich die Taktik der Stadt-Bürokratie. In Zusammenarbeit mit dem örtlichen Springer-Pressen begann eine Hetzkampagne gegen die AJZ. Mit dem Schlagwort der „kommunistischen Unterwanderung“ sollte die Aktion isoliert und gespalten werden. Dieser Hetze schlossen sich schließlich auch die Jusos an, nachdem die AJZ verstärkt in Wahlveranstaltungen auftrat und die Politik der bürgerlichen Parteien – einschließlich der SPD – entlarvte.

## Entstehung der AJZ

Die AJZ Geesthacht gründete sich vor zwei Jahren. In ihr schlossen sich

Jugendliche (anfangs im wesentlichen Schüler) zusammen, die sich die Bekämpfung eines Jugendzentrums zum Ziel gesetzt hatten.

Diese Initiative entstand aufgrund nicht vorhandener Freizeitmöglichkeiten der Jugendlichen in Geesthacht. Sowohl die Stadt Geesthacht als auch die bürgerlichen Parteien unternahmen nichts zur Verbesserung der Lage der Jugendlichen. In dieser Situation beschränkten sich die Forderungen der AJZ zunächst ausschließlich auf den ökonomischen Bereich, d.h., „das JZ soll ein Ort sein, an dem sich einfach jeder nur aufhalten und Freunde treffen kann, auch wenn er mal kein Geld für eine Bräuse oder ein Bier hat.“

Demgegenüber wurde gefordert: Einrichtung von Tanz- und Diskotheken, eine Teestube mit Imbiss, Möglichkeiten zum Malen, zum Basteln etc.

Die gesellschaftspolitische Situation der Jugendlichen und die „Jugendpolitik“ der bürgerlichen Parteien blieben in den Diskussionen der AJZ zunächst vollkommen ausgeklammert, d.h., sie wurden von niemand richtig erkannt.

Auf dieser Grundlage konnten sich für lange Zeit Vertreter der bürgerlichen Parteien (Jusos, Jusos) an die Spitze der Bewegung setzen und auf eine „partnerschaftliche Zusammenar-

beit“ der AJZ mit der Stadt-Bürokratie orientieren.

## Die Taktik der Stadt und die Antwort der AJZ

Die Stadt machte der AJZ Auflagen (u.a. „ordentliche Vereinsgründung“) als Voraussetzung für das Zurverfügungstellen eines geeigneten Hauses und bot gleichzeitig Gespräche mit städtischen Ausschüssen an. Es sollte offensichtlich erreicht werden, daß sich die Bewegung unter den Jugendlichen durch Beschäftigungstherapie tollkühn, den Jugendlichen langsam die Initiative aus den Händen gleite.

Dieses Manöver wurde von der AJZ nicht erkannt. Im Gegenteil, man fiel voll auf die Taktik der Stadt herein und richtete seine Politik auf Erfüllung dieser Auflagen und auf die Gespräche mit der Stadt-Verwaltung aus.

Als die Stadt nach der geforderten offiziellen Vereinsgründung jedoch immer noch nichts unternahm, kam es aus Empörung der Jugendlichen

zu einer Reihe spontaner Reaktionen die aber alle ihr Ziel nicht erreichten, da nach wie vor im AJZ die Klarheit über die realen Möglichkeiten und über das Vorgehen der Stadt fehlte.

So konnte die Empörung von den Jusos und Jusos aufgefangen werden, die auch hier wieder Illusionen über den politischen Charakter der Stadt-Verwaltung und über das bestehende Kräfteverhältnis zwischen AJZ und bürgerlicher Administration schürten.

1. So wurde vom AJZ eine Raterversammlung mit ca. 80 Jugendlichen besucht. Als sich die Versammlung weigerte, den Jugendlichen Rederecht zu geben bzw. über ihre Probleme überhaupt zu diskutieren, reagierten die Jugendlichen darauf nicht mit Kampfkraften (z.B. das Redeschutz durch das vorhandene Kräfteverhältnis zu erzwingen).

2. Ein Ultimatum an die Stadt, in dem mit Demonstrationen und möglichen Hausbesetzungen gedroht wurde ließ man später unbeachtet.

3. Hierauf kam es zu einer Demonstration und einer Kundgebung mit jeweils ca. 200 Teilnehmern. Die Illusionen, die man in diese Aktionen setz-

## REINBEK:

# LIQUIDIERUNG FORTSCHRITTLICHER JUGENDPOLITIK GEPLANT!

In der Kleinstadt Reinbek im Hamburger Randgebiet existiert seit 2 1/2 Jahren ein selbstverwertetes Jugendzentrum (JZR). Die verschiedenen Entwicklungsabschnitte der JZ-Politik sind wesentlich geprägt durch die jeweiligen Organisationen, die sich an der Arbeit beteiligten. Im letzten Jahr hat sich das JZR zunehmend zu einem politischen Faktor im Reinbek entwickelt, der über das JZ hinaus aktiv in die kommunale Politik eingreift, u.a. durch antifaschistische Aktionen gegen FN und JU/SU, politische Flugblätter u.a.m. In dieser Situation soll das JZ von der Stadt-Bürokratie liquidiert werden. Die Räume wurden zum 31.12.74 gekündigt. Dies geschieht zur Zeit von der Stadt-Verwaltung nicht offen; von den Plänen durchzusetzen, bedient sie sich einer Spekulation, der Bestehen der Räume das JZR sei. Die nebenherlaufenden politischen Angriffe der Stadt-Verwaltung und der örtlichen Presse machen aber den wahren Hintergrund deutlich.

## 1 1/2 Jahre sozialdemokratische Perspektivlosigkeit

Das Jugendzentrum wurde vor 2 1/2 Jahren nachdem es von der SPD zu den Landtagswahlen '71 als Wahlkreis gewählt worden war, der JZ-Initiative übergeben wurde. Die Initiative übernahm die minoritäre Seite in der Hand der Jusos war. Die SPD versuchte, sich hierdurch als reform- und jugendfreundlich zu profilieren, während sie gleichzeitig mit einer Lebendigkeit der Selbstverwaltung von höchstens einem Dreivierteljahr rechnete.

Das Konzept und die Politik der Jusos schienen diesen Erwartungen zu entsprechen. Die Juso sahen die Aufgabe des JZ wesentlich in der „individuellen Entfaltung“ (zu einem kritischen und kreativen Individuum) der Lehrlinge und Schüler, losgelöst von der gesellschaftlichen Realität sollte dies im JZ möglich sein. Hier sollte man Dampf ablassen, darüber sich austoben.

Das Scheitern dieser Politik zeigt sich u.a. in der perpektivlosen Lehrplangpolitik. Mangelnder Praxisbezug und die Bevormundung der Lehrlinge durch sozialdemokratische „Studien-theoretiker“ zerstörten die ersten Ansätze von Lehrlingspolitik in Reinbek. Die Folgen dieser Politik sind bis heute zu spüren; sie schlagen sich nieder in einer Ablehnung des JZ gerade durch einen Teil der Arbeiterjugend.

Politische Veranstaltungen im JZ wurden von den Jusos ohne kläres Konzept, das auf kontinuierliche Entwicklung des politischen Bewußtseins der Jugendlichen ausgerichtet wäre, durchgeführt. Positive Ansätze in Zusammenarbeit mit dem Verband der Kriegsdienstverweigerer in Verbindung mit einer Flugblattaktion vor Kaserne wurden nach den ersten Angriffen von Seiten der Presse und der bürgerlichen Politiker sofort wieder aufgegeben.

Die sozialdemokratischen „Gremienpolitiker“, die verglichen auf die breite Aktivität der Jugendlichen bis heute warteten ohne selbst kontinuierlich daran zu arbeiten, entwickelten zuweilen aus ihrer Reue heraus ein massenfeindliches Verhalten. Isoliert von der Basis (soweit überhaupt noch vorhanden) richtete der Vorstand des JZ die Arbeit immer mehr nach seinen persönlichen Interessen aus.

Wurde die Bewegung Anfangs von ca. 100 Jugendlichen getragen, so wackelte diese Politik immer größer Teile ab. Die Resignation vieler Jugendlichen schlug sich in einer emotionalen Ablehnung des JZ Reinbek

nieder, die bis heute noch fort dauert.

## Die DKP „steigt ein“

nieder, die bis heute noch fort dauert.

## Die DKP „steigt ein“

In einer Situation, in der im JZ kaum noch Aktivitäten vorhanden waren, begann die DKP ihre Arbeit im JZ und löste damit den bestimmenden Einfluß der Jusos ab. Die DKP bestimmte zu dieser Zeit das JZ als ihr Hauptarbeitsfeld. Ihre „politischen“ Aktivitäten erschöpften sich wesentlich in der „Anleitung“ zweier „Marxismus-Arbeits-Gruppen“, die losgelöst von jeglicher Praxis und den unmittelbaren Interessen der Reinbecker Jugend stattfanden. Die Praxisform dieser AG's ließ sie schnell auf einen kleinen Teilnehmerkreis schrumpfen. Es blieb bei isolierten Studierzirkeln. Die Notwendigkeit, ihr Wissen in die Praxis umzusetzen, sahen die Teilnehmer nicht. So wurde hier eher der Wissensdurst einiger Kleinbürger gestillt, als daß politisch bewußte Menschen herangefordert worden wären (Ergebnis: von den Teilnehmern ist heute nur noch ein minimaler Teil aktiv).

Die Situation des JZ wurde nicht verbessert, der Schritt zur Entwicklung fortschrittlicher Jugendpolitik nicht gemacht. Nach 1 1/2 Jahren sozialdemokratischer und DKP-Politik war vom JZ nur noch ein Trümmerhaufen vorhanden.

## Die neue Konzeption

Aus der Kritik an den „Marxismus-AG's“ und der Aufarbeitung der bisherigen Praxis sowie der Erfahrungen mit den Jusos, wurde unter der Beteiligung von Sympathisanten des KB ein Konzept zur weiteren Arbeit des JZ Reinbek entwickelt.

Ausgehend von der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung in der BRD wurde die Aufgabe des JZ bestimmt, als ein Zentrum im Kampf gegen den Abbau der demokratischen Rechte der Jugendlichen. Hier sind die politischen Aufgaben des JZ notwendig mit dem berechtigten Entspannungsbedürfnis der Jugendlichen zu verknüpfen. Das JZ selbst sollte durch schillernde Gestaltung werden, die Kontrolle des Vorstands durch die Basis gewährleistet werden (durch Entlohnung sämtlicher Arbeitsprozesse).

Das Konzept einer schrittweisen Entwicklung des politischen Bewußtseins der Jugendlichen und der Einbeziehung des JZ in den demokratischen Kampf trübte gerade bei den Jusos auf Kritik, die meinten, „durch zu viel Politik eine Schließung und damit eine Zerstörung des JZ zu bewirken.“ Die Interessenvertretung der

Jugendlichen ist aber eine politische Frage, und es ist die Aufgabe fortschrittlicher Jugendpolitik, den Lehrlingen und Schülern zu helfen, den Kampf um ihre Interessen politisch zu führen.

Allerdings wurde damals noch nicht über die notwendige folgende Aufgabe des Staatsapparats ausreichende Klarheit geschaffen. Illusionen in diese Richtung wurden bei den Jugendlichen gerade durch die besondere Reinbecker Situation gestützt, die sich auszeichnet durch Mangel an politischer Auseinandersetzung mit dem bürgerlichen Staatsapparat, da das JZ nicht im aktiven Kampf der Jugendlichen durchgesetzt wurde, sondern als Wahlgewinn von der SPD eingefangen wurde.

Die Unfähigkeit in der Gremienarbeit (Vorstand, Hausverwaltung etc.) führte Anfangs dazu, daß auf technisch-organisatorische Aufgaben zu viel Gewicht gelegt wurde, das ging auf Kosten der politischen Diskussion.

Die politischen Veranstaltungen wurden mit dem aktiven Kern um JZ (ca. 20) nicht weiter diskutiert, um so grundlegende Klarheit über die verschiedenen Fragen zu gewinnen. Dies führte dazu, daß die Jugendlichen über das JZ hinaus nicht politisch aktiv wurden, d.h. die „politische Aktivität“ spielte sich noch immer ausschließlich in den Räumen des JZ ab.

Die Aufgabe eines demokratischen Zentrums macht es aber notwendig, über das JZ hinaus politisch zu arbeiten. Erst diese Arbeit gibt den Jugendlichen die Fähigkeiten zur eigenständigen politischen Arbeit. Dies wurde erstmalig mit der Sprengung einer Veranstaltung der Jungfaschisten in Reinbek durchgeführt (siehe auch AK Nr. 37) Hier, in der praktischen Auseinandersetzung mit der bürgerlichen Jugendpolitik, verbunden mit vorbereitender und auswertender politischer Diskussion, konnte sich erst politische Klarheit entwickeln.

Diese Politik führte zu einer stärkeren Beteiligung aktiver Teile des JZ an Veranstaltungen und Demonstrationen innerhalb und außerhalb Reinbecks.

Eine weitere Folge der nach außen gerichteten demokratischen Aktivitäten ist die Gründung eines fortschrittlichen Schülerkollektivs als Antwort auf die Gründung der SU (Schülerorganisation der CDU) am örtlichen Gymnasium. Arbeit und Erfahrungen dieses Kollektivs werden im JZ diskutiert und so breiteten Teile von Jugendlichen zugezogen gemacht, die dann in die Auseinandersetzung mit der SU/UV einbezogen werden können.

Über den Aufbau, Unterstützung und Koordinierung solcher Blaupunkte in allen Bereichen der Jugendarbeit kann sich das JZ zu einem echten Zentrum des demokratischen Kampfes in Reinbek entwickeln.

## Von den ersten Angriffen ...

Mittels nach den ersten politischen Veranstaltungen, die nicht mehr im Rahmen der Juso- und DKP-Politik

durchgeführt wurden, war das JZ Zielscheibe der Regionalpresse. Es wurde vom „Rockzentrum“ gesprochen und nicht so offen von „kommunistischer Unterwanderung“. Dies waren die ersten Vorläufer, die eine endgültige Liquidierung des JZ einleiten sollten.

Eine Politik im Interesse der Jugendlichen und ausschließlich ihnen verantwortlich, muß notwendig zur Konfrontation mit dem bürgerlichen Staatsapparat führen. Denn gerade er trägt entscheidend zur jetzigen Situation der Jugendlichen bei (Schulmeisterei, beschlossene Lehrlingsausbildung) und seine Aufgabe ist es, die Forderungen und die Bewegung der Jugendlichen in für die Bourgeoisie erträgliche Bahnen zu lenken.

Die Jugendlichen gingen auf diese Angriffe vorüber, sie haben verstanden, was. Jetzt wurde ihnen erstmals die Notwendigkeit der breiteren Öffentlichkeitsarbeit und damit der Darstellung der Ziele und Aufgaben des JZ vor Augen geführt.

Die ersten eingeleiteten Schritte in diese Richtung sind die Herausgabe von Flugblättern und der Ausbau der Kontakte zu Eltern über Elternabende und Kinderfeste.

## ... zur Kündigung des Zentrums

Gerade auf diese breitere politische Entfaltung reagiert die Stadt-Verwaltung (inzwischen CDU-regiert), ohne zur Zeit schon selbst offen gegen das JZ aufzutreten.

● Vorgeschoben wird der Vermieter der Räumlichkeiten, er kündige die Räume bis zum 31.12.74. Drei Wochen später wurde im Stadtparlament ein Beschluß gefaßt, der es ihm ermöglicht, das Gebäude schreibweise zu benutzen.

● Gleichzeitig wird der Vertreter der Stadt-Jugendring (erstmalig ein JZ-Mitglied) von der Beteiligung an den Sitzungen des Parlaments-Ausschusses für Jugend und Sport ausgeschlossen.

● Die „Junge Union“ der CDU schleicht sich ins JZ, während es geschlossen ist, um die Texte von Wandzeitungen abzuschreiben, d.h. sie wird von der Stadtverwaltung zu offenen Spitzel- und Demagogien-Diensten gegen das JZ eingesetzt.

● Auf einer Veranstaltung mit dem Bürgermeister im JZ (die öffentlich war, nachdem der „Herr Volksvertreter“ eigentlich nur mit dem Vorstand sprechen wollte), versuchte dieser die Jugendlichen durch völlig unverbindliche Aussagen hinzuhalten.

Der Versuch einer Liquidierung des JZ ist offensichtlich für die Stadt beschlossene Sache. Ihre Pläne sind, die Jugendlichen auf ein „Kulturzentrum“ zu verdrängen, dessen Bau frühestens 1977 beginnen kann.

Als Träger der Jugendarbeit in diesem Zentrum wird der Stadt-Jugendring (in den SJR entfallende JZ-Jugendgruppe einen Vertreter) aufgebaut, indem bereits jetzt planmäßig 100 bis 150 Vertreter sportlicher bzw. kultureller Gruppen eingeschleust werden. So wird bereits heute die reaktionäre Ausrichtung späterer Ju-

gendpolitik vorbereitet.

In dieser Auseinandersetzung macht sich die SPD jetzt wieder großspornig. Sie ist für das JZ, nachdem ihre Jusos es schon einmal praktisch voll auf den Hund brachten! Um hier keinen „falschen Frieden“ auf den Leim zu legen, wird es notwendig sein, die Forderungen des JZR an ein selbstverwertetes JZ unmissverständlich klar zu formulieren, d.h. die freie politische Betätigung der Jugendlichen – ohne jede Reglementierung von Stadtverwaltung, bürgerlichen Parteien und ihrer Jusos, Stadt-Jugendring etc. – als Kernforderung in den Mittelpunkt der Öffentlichkeitsarbeit zu rücken und mit dem praktischen demokratischen Kampf in Reinbek zu beginnen, bzw. ihn zu intensivieren.

## Die weitere Arbeit

Im Rahmen der laufenden reaktionären Ausweitung der bürgerlichen Jugendpolitik ist es illusorisch zu glauben, derzeit den Jugendlichen Staat zu weichen. Die Jugendlichen „wringen“ zu können. Ein selbstverwertetes JZ ist erstmalig für Reinbek gelungen.

Es wird wesentlich darauf ankommen, die Inhalte der bisherigen JZ-Arbeit zu verteidigen und in der Auseinandersetzung mit der Stadtverwaltung die Voraussetzungen und konkreten Formen zu entwickeln, mit denen sich diese Politik fortsetzen, die personelle Basis weiter verbreiten und das politische Niveau der Jugendlichen heben läßt.

Die Erfahrungen mit der Stadt-Bürokratie sind zu nutzen, um über das JZ hinaus in breiteren Teilen der Jugendlichen ein Bewußtsein über den Charakter dieses Kleinraums zu schaffen. Hier wird die geplante Herausgabe einer Zeitung eine besondere Rolle spielen. Sie ist einmal dazu notwendig, um einen festen Kern zu sammeln, ihn politisch weiter zu entwickeln, um anderen um die Ziele und Möglichkeiten der JZ-Bewegung sowie die Angriffe auf die Jugendbewegung im Rahmen der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung breiter zu diskutieren.

In diesem Zusammenhang kommt auch den Koordinationsrunden (z.B. der 151 JZ's bzw. JZ-Initiativen aus Hamburg und Umgebung eine besondere Bedeutung zu. Einmal wurde der Erfahrungsaustausch verstärkt zum anderen wurden hier Möglichkeiten des geschlossenen Vorgehens gegen die zunehmenden Angriffe von Seiten der Staatsentwicklung und diskutiert. Diese Delegierten treffen sich weitergeführt, die Basis noch verbreitert werden.

Außerdem wird sich das JZ Reinbek verstärkt in die Reinbecker Politik einschalten müssen, um durch seine Arbeit in den verschiedenen Bereichen den Zusammenhang zwischen seinen Forderungen und den Interessen breiter Teile der Werktätigen aufzuzeigen, bei der gemeinsamen Interessen herausstellen und somit zur Fraktionierung einer einheitlichen demokratischen Kampfrichtung beizutragen.

Ortsstelle Reinbek der Bezirksorganisation Borsdorf, K.B.-Gruppe Hamburg







## Forts. Steueränderungsgesetz

einige zu nennen, die dazu nebenstehende Grafik!)

Die Begünstigung der Bourgeoisie und die unglaubliche Ausplünderung der werktätigen Massen durch die Finanzpolitik des BRD-Staates wird aber nur in ihrem ganzen Ausmaß deutlich, wenn diese Bereiche in die Bewertung einbezogen werden. Darum seien hier noch einige Anmerkungen zur Subventionspolitik und zur pro-kapitalistischen Gesetzgebung (die den Konzernherren die Lohnerschlagung und 'Kuchel' mit Steuern erlaubt) gemacht.

Die 'sozialliberalen' Bundesregierung hat in einem sogenannten 'Subventionsbericht' dargelegt, daß allein im Jahr 1973 50 Mrd DM an Finanzhilfen ausgeteilt wurden. Für das laufende Jahr wurde ein noch höherer Betrag veranschlagt! Von dieser Summe fließt der größte Teil in die 'Wirtschaft', um diese zum 'florieren' zu bringen (wie man das nennt).

Der neue Bundeskanzler hat in seiner Regierungserklärung die Verschwendung abgelehnt, daß sich an dieser Liste unter dem Kabinett Schmidt/Genscher nichts ändern wird - und er hat dazu sogar noch eine 'theoretische' Begründung mitgeteilt:

"Angemessene Erträge (Profite) sind Voraussetzung für die erforderlichen Investitionen. Mit zinkenden Investitionen wäre weder unsere Wirtschaft insgesamt, noch dem einzelnen Arbeitnehmer gedient. Nur die fortwährende Modernisierung unserer Volkswirtschaft sichert und verbessert unseren Lebensstandard. ... Dazu bedarf es ausreichender Investitionen, allerdings nicht nur privater, sondern auch öffentlicher."

Ob 'Wirtschaftskriminalität' ist selbst in bürgerlichen Zeitungen und gelegentlich auch von Regierungsseite bemerkt worden. In der Regel wird die Hinterziehung von Steuern gelehrt, aber als Ausnahme und nicht als glatte Praxis der Kapitalisten dargestellt.

Immerhin nannte sogar im letzten Jahr der Bundesgesundheitsminister die beachtliche Summe von 20 Milliarden DM (!), die dem Staatshaushalt durch Steuerhinterziehung und -flucht entzogen wurden. Tatsächlich dürfte die Steuermindererzielung um einen halben bis zwei Milliarden DM weniger ausfallen. Tatsächlich dürfte die Summe mindestens doppelt so hoch sein (selbst bürgerliche Wirtschaftsleute sprechen von 50 Mrd DM, die der öffentlichen Hand 'verloren' gehen).

Wie dem auch sei, in beiden Fällen sind noch nicht einmal jene Betragsmengen der internationalen Großkapitalisten erlaubt, dessen Muttergesellschaften im Ausland ihre 'Töchter' in der BRD mit Materialen zu derart überhöhten Preisen beliefern, daß es hierzulande dann angeblich nichts mehr zu versetzen gibt!

## Die Auswirkungen dieses Steuersystems für den einzelnen Arbeiter und Angestellten

"Bleiben wir bei den Fakten, dann sehen wir, wie weit das größte Teil unserer Volks (1) geht es wirtschaftlich gut, das ist eine Tatsache", sagte H. Schmidt in seiner Regierungserklärung vor dem Bundestag.

Man merkt, daß bei diesem Mann nicht nur die Theorie schwach entwickelt (so!) sondern auch der Umgang mit der Wahrheit erbärmlich ist. Einer durchschnittlich verdienenden 'Arbeitsnehmerfamilie' (mit zwei Kindern) wurden 1973 von einer zwölfprozentigen Lohnerhöhung abgezogen:

- 2,4 Prozentpunkte für zusätzliche Steuern,
- 2,5 Prozentpunkte für zusätzliche Sozialabgaben,
- 5,4 Prozentpunkte für Inflationsverlustrate und
- 2 Prozentpunkte zum Ausgleich von Kürzungen beim Kindergeld und zum Ausgleich der Kaufkraftverluste beim Kindergeld und beim Wohnung.

Diese Rechnung hat nicht der KB aufgemacht, sondern wir zitieren nur die Untersuchung über die Reallohnentwicklung der bundesdeutschen Arbeitnehmer aus dem Institut für Soziales in Rheinland Pfalz.

Wörtlich: "Tatsächlich ist das Ministerium am Schluß seiner Studie zusammengefaßt:

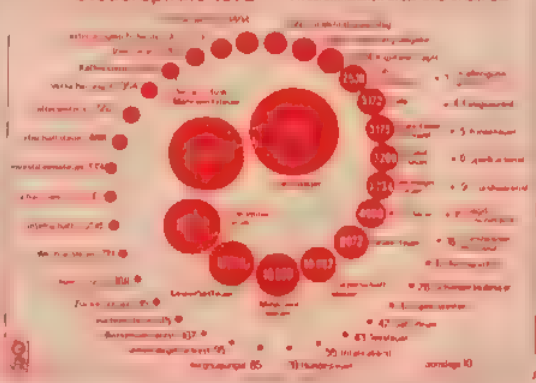
Ergebnis: Trotz 16,6 DM mehr Lohn, 6,47 DM weniger Kaufkraft."

Wie wunderbar, daß die (1) diese Entlohnungen zu demagogischen Zwecken im Privatdienst ihrer Partei genüßlich zitiert! (UPD 22 Mai 74)

In bedeutender Form ist die Lohnerhöhung von der Steuerprogression erfaßt und weggezogen. Auch das soll an einem Beispiel erläutert werden:

Ein vereinfachter Lohnempfänger mit zwei Kindern und monatlich 1.000 DM brutto zahlt im Jahr 548 DM Lohnsteuer. Bei einer Lohnsteigerung auf 1.100 DM monatlich brutto muß er zusätzlich jährlich 424 DM Lohnsteuer abführen. Progressionsverlust: Für den um 10 Prozent höheren Brutto-Lohn entfällt eine um fast 100

## Steuerspirale 1973



Prozent gestiegene Lohnsteuerbelastung "Nachrichten zur Wirtschafts- und Sozialpolitik", 4/74)

Das ständige Ifo-Institut hat errechnet, daß "jedes Prozent Lohnsteigerung ... demnach einen verdoppelten (!) Lohnsteuereinzug in den Kassen des Fiskus (bedeutet)". ("Ifo-Schnelldienst", 6/74)

Dasselbe Institut hat vorgerechnet, daß 1973 von jeder erkrankten und erarbeiteten Mark den arbeitenden Massen nur 57 Pfennig übrigblieben - und daß 1974 eine Mark sogar auf einen Wert von 53 Pfennig zusammenschrumpfen wird (wehe dazu auch nebenstehende Grafik!)

Die jetzt von der Regierung Schmidt/Genscher für das kommende Jahr angekündigte 'Steuerreform', die angeblich eine Entlastung von rund 11 Mrd DM für die 'Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen' bringen soll, ist also längst von den werktätigen Massen 'vorgeschossen' worden. Denn: addiert man die progressionsbedingt überhöhten Lohnsteuern von 1973 (zusätzlich 5,3 Mrd DM) und von 1974 (zusätzlich 6,8 Mrd DM) so übersteigt diese Summe bereits erheblich jene (bisher nur versprochenen!) 'Erläuterungen'!

von der Regierung

## Auch für die 'Steuerreform' gilt: Aufgeschoben ist aufgehoben!

Es hat in der Geschichte der BRD (25 Jahre) noch keine Bundesregierung gegeben, die nicht zu Beginn ihrer Amtsperiode eine grundlegende Reform des Steuersystems versprochen hätte.

Es hat aber auch noch kein anderes Reformversprechen gegeben, das so oft gebrochen wurde.

Übriggeblieben sind von den vorliegenden Ankündigungen allenfalls Korrekturen in Einzelfragen, die den Begriff 'Reform' nicht verdienen.

Auch die Bonner 'Sozial-Liberalen' und seit Beginn ihrer Koalition eifrig bemüht, das 1969 versprochene Jahrbuchwerk 'Steuerreform' nach und nach zu liquidieren.

Zuletzt schafften der Brandt/Scheidt Regierung äußere Widrigkeiten ein willkommenes Alibi, um zu erklären, warum der schon zig Mal versprochene Termin nun doch nicht eingehalten werden könne. Das erste Mal 1972, war es das Mißtrauensvotum mit anschließender Parlamentsauflösung, die die Durchführung der 'Reform' verteilte.

Sodann mußten, wie für viele andere Dinge auch, die 'Bücherei' herhalten. Man müsse mit den Staatsfinanzen vorsichtig operieren, heißt es, weil man ja noch nicht wisse, was da noch alles durch die Überknappung auf einen zukäme (so scheinbar Staatssekretär Pörrner).

Hatte Kanzler Brandt sich bereits redlich bemüht, von seinen ursprünglichen Versprechen auf eine umfassende soziale Steuergesetzgebung abzurücken und die 'große Reform' in mehrere kleine Steueränderungsgesetze aufzuteilen, Brandt's Nachfolger Schmidt trachte schließlich eine Gesetzesvorlage auf, die nichts weiter bringt, als die ohnehin notwendige Anpassung der Steuerrechts an den Geldverfall und "So urteilt, in diesem Fall äußert treffend, der BDI in 'Unternehmerbrief', Nr. 4/3 (24)

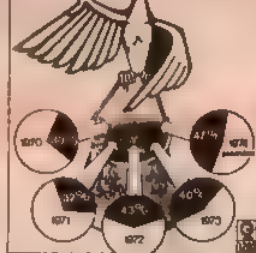
## Was bringt die Vorlage von SPD/FDP zum Steueränderungsgesetz Neues?

In der Regierungserklärung von Kanzler Schmidt wird die 'Steuerreform' an erster Stelle des Programms genannt. Es heißt da:

"Jetzt geht es um das Hauptstück der Reform: die Umgestaltung der Lohn- und Einkommensteuer und die damit verbundene Neuordnung des Familienlastenausgleichs mit dem neuen Kindergeld. Wir wollen damit den elementaren Anspruch auf ein sozial gerechtes und soweit möglich ein einfacheres Einkommensteuergesetz erfüllen."

## Lohnplus - die Hälfte kassiert der Staat

Steuern und Abgaben auf jede zusätzlich verdiente Mark (Arbeitnehmer)



DER STAAT KASST ERT IMMER MEHR, auch ohne den Steuersatz zu ändern. Die Normenprogression führt immer tiefer in eine 50-prozentige Lohnverhinderung, die ursprünglich nur für Großverdiener gedacht war. Beispiel: Ein Arbeiter verdient 1000 DM. Er erhält 500 DM Netto. Der Staat kassiert 500 DM. Wenn der Arbeiter 1100 DM verdient, erhält er nur 550 DM Netto. Der Staat kassiert 550 DM. Die Progression führt zu einer Verringerung der Kaufkraft.

1973

1974

1975

1976

1977

1978

1979

1980

1981

1982

1983

1984

1985

1986

1987

1988

1989

1990

1991

1992

1993

1994

1995

1996

1997

1998

1999

2000

2001

2002

2003

2004

2005

2006

2007

2008

2009

2010

2011

2012

2013

2014

2015

2016

2017

2018

2019

2020

2021

2022

2023

2024

2025

2026

2027

2028

2029

2030

2031

2032

2033

2034

2035

Von Sprechern der Bundesregierung wurde mehrfach behauptet und vorgerechnet, daß 'Arbeitnehmerhaushalte' durch die geplanten Gesetzesänderungen Lohn- und Gehaltsaufbesserungen von vier Prozent bekämen.

Die Angabe über die Höhe der steuerlichen Entlastung sei zunächst nicht diskutiert. Wesentlich sind jedoch folgende Punkte:

1. Wenn überhaupt, so wird die steuerliche Entlastung für die werktätigen Massen nur für sehr kurze Zeit kommen, durch die fluchtbedingte Nominallohnerhöhungen kommt ein großer Teil der Werktätigen in den Würgegriff der Progression (von 30,8 Prozent aufwärts).

2. Die Regierung Schmidt/Genscher hat sich die Erhöhung der Mehrwertsteuer um einen Prozentpunkt vorbehalten (bisher elf Prozent), falls Einmaligkeiten größeren Ausmaßes im Staatshaushalt entstehen. Die Mehrwertsteuer aber geht direkt an den Konsumenten weiter, d.h. den Arbeitern und Angestellten würde aus der Tasche gezogen, was man ihnen oben in die Hand gegeben hat.

3. Die minimalen und kurzfristigen 'Vergünstigungen' durch die neue Steuergesetzgebung werden von der SPD/FDP Regierung zum Vorwand für eine noch schärfere kapitalistische Tarifpolitik genommen. Der neue Regierungschef H. Schmidt sagte dazu im Bundestag:

"Die Verwirklichung der Steuer- und Kindergeldreform wird die öffentlichen Haushalte in einem Ausmaß belasten, das 1975 den Leistungsmöglichkeiten des Staates ... enge Grenzen setzt ... Bei der Aufgabengestaltung der öffentlichen Haushalte 1975 müssen wir deshalb alle überbrücken (!) Forderungen ablehnen. Dies gilt für alle Bereiche, auch für den öffentlichen Dienst." ("FAZ", 18 Mai)

Da Schmidt nicht nur die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes stärker in die Verantwortung nehmen will, sondern die gesamte werktätige Bevölkerung und die DGB-Gewerkschaften, macht er in der gleichen Rede unmissverständlich klar: "Die Bundesregierung wird bei ihren Stabilitätsbemühungen die gesellschaftlichen Gruppen

heim Ilau von Schulen, Universitäten, Krankenhäusern, Kindergärten etc.) versetzt sich (fast) von selbst und wurde auch in brutaler Offenheit zugegeben.

## CDU/CSU - Demagogen in Sorge um 'den kleinen Mann'?

Die Fraktion der CDU/CSU im Bundestag hat die Gesetzesvorlage der Regierung zum Steueränderungsgesetz abgelehnt und strebt über ihre Mehrheit im Bundestag Änderungen nach ihren Vorstellungen an.

Bereits während des zurückliegenden Jahres waren die Sprecher der Unionsparteien immer wieder mit der Forderung nach steuerlicher Entlastung der kleinen und mittleren Einkommen (in Form eines 'Inflationsausgleichs') aufgetreten, womit sie in demagogischer Absicht Forderungen der Arbeiterschaft und der 'Gewerkschaften' unterstützen."

Es ist gewiss kein Zufall, daß die CDU/CSU-Führer (u.a. Strauß) die Forderung nach einem 'Inflationsausgleich' ausgesprochen während der Streikwelle im letzten Sommer und unmittelbar vor den Tarifkämpfen dieses Frühjahr im lautenst propagierten - und der SPD/FDP vorwarfen - und versichert durch ihre Unkritik in dieser Frage den 'Verteilungskampf' und vergiftete das soziale Klima.

Entgegen anderslautenden Erklärungen verleiht die Opposition im Bundestag kein soziales oder gerechteres Steuerrecht.

Im Gegenteil! In Wahrheit und diese Leute überhaupt dagegen, daß die Masse der Arbeiter und Angestellten wenigstens etwas von der drückenden Steuerlast befreit werden. So erklärte einer der 'Wirtschaftsexperten' der Union, Dr. Hans J. Häfele, in Mitteilung des Pressereferats der CDU/CSU-Fraktion am 24.7.74: "Die CDU/CSU ist nie (!) davon ausgegangen, daß eine wirklich helfende Steuerreform 1975 (!) zu verketten ist (!)!"

Das ist wohl deutlich genug! Und entlarvt die bisweilen 'radikal' und

## Einnahmen aus Vermögenswerten 1973/74

1973

1974

1975

1976

1977

1978

1979

1980

1981

1982

1983

1984

1985

1986

1987

1988

1989

1990

1991

1992

1993

1994

1995

1996

1997

1998

1999

2000

2001

2002

2003

2004

2005

2006

2007

2008

2009

2010

2011

2012

2013

2014

2015

2016

2017

2018

2019

2020

2021

2022

2023

2024

2025

2026

2027

2028

2029

2030

2031

2032

2033

2034

2035

2036

2037

2038

2039

2040

2041

2042

2043

2044

2045

2046

2047

2048

2049

2050

2051

2052

2053

2054

2055

2056

2057

2058

2059

2060

2061

2062

2063

2064

2065

2066

2067

2068

2069

2070

2071

2072

2073

2074

2075

2076

2077

2078

2079

2080

2081

208



# Hungerstreik in englischen Gefängnissen



Zwangsernährung - Folter  
Marion Price Dolours Price

Von November 73 bis Anfang Juni dieses Jahres (insgesamt 206 Tage) wurden im Englischen Gefängnis Brixton zwei junge Frauen, Marion und Dolours Price, brutal gefoltert, da sie seit ihrer Einlieferung in den Hungerstreik getreten waren.

Die beiden Mädchen werden von Wärtern und einem Arzt auf einem Stuhl gefesselt. Dann wird ihr Mund zwangsweise mit Zangen und Holzkeilen geöffnet. Danach wird gewaltsam ein eingefetteter Plastikschlauch in die Speiseröhre geschoben, der durch die gewaltsame Aktion häufig in die Luftröhre gerät. Durch einen Trichter wird nun eine Nahrungslösung eingefüllt, wobei die Mädchen ständig durch akute Erstickengefahr bedroht sind. Ihre Lippen springen auf, die Kehle wird wund, Schleimhäute in Rachen und Magen reissen auf und entzünden sich. Anhaltende schwere innere Verletzungen und furchtbare psychische Schäden sind die Folgen dieser Folter. Wenn die Mädchen die Nahrungslösung er-

brechen, wird diese erneut in den Trichter getan. Der anwesende Arzt kommentiert dies mit den Worten: „Denkt immer daran, es ist für eine gute Sache“ (nach einem Bericht des „Spiegel“).

Seit November müssen D und M Price, sowie zwei weitere Gefangene, Hugh Feeney und Gerald Kelly, diese Brutalität erdulden, seitdem sie wegen ihres Widerstandes gegen die Besetzung Irlands durch den britischen Imperialismus zu lebenslänglich plus 20 Jahren verurteilt wurden.

Alle vier, Dolours, Marion, Hugh und Gerald haben bisher über 25 kg Gewicht verloren. Die beiden Männer liegen seit mehreren Monaten nackt in ihren Zellen, da sie sich - als politische Gefangene - weigern, die übliche Sträflingskleidung zu tragen. Alles, was sie mit ihrem Streik verlangen, ist die Überführung in ein Nordirisches Gefängnis und die Anerkennung des Status als politischer Gefangener. Sie gelten jedoch offiziell als



„Kriminelle“. Obwohl zwischen 1971 und 1973 sechs in England verurteilte Iren in ein nordirisches Gefängnis verlegt wurden, wird diese Forderung der Price-Schwester und der beiden anderen Genossen ignoriert.

Die britischen Imperialisten schrecken auch vor Mord an den beiden Schwestern nicht zurück. Der britische Innenminister R. Jenkins erklärte noch im April dieses Jahres, „daß er nicht gewillt sei, sich der Erpressung durch den Hungerstreik zu beugen. Jenkins räumt ein, daß die beiden Schwestern offensichtlich entschlossen sind, in den Tod zu gehen. Ich bin jedoch nicht bereit, die Schwestern Price im Gefängnis zu besuchen“ („Welt“, 1.6.74).

Der Zustand der Schwestern ist durch die Zwangsernährung „erbärmlich“, Bernadette Devlin, der IRA(o) nahestehende irische Sozialistin, sagte nach einem Besuch der Schwestern Anfang des Jahres: „Sie sind nicht wiederzuerkennen. Dolours hat fast 30 Pfund verloren, ihr dunkles Haar

ist stumpf geworden, an den Wurzeln sogar weiß. Die Haut ist aschfahl.“

In der BRD ist die Zwangsernährung für Tiere verboten (Tierschutzgesetz § 3 Ziffer 7) - was natürlich keine Gewähr dafür bietet, daß sie nicht an politischen Gefangenen angewendet wird.

## M. Gaughan im britischen Gefängnis ermordet

Der Hungerstreik gehört zu einem Mittel das in der Geschichte wie auch in der Gegenwart immer wieder von irischen Freiheitskämpfern, die in britischen Gefängnissen eingekerkert wurden, benutzt wird, um ihre Forderungen durchzusetzen. Er ist die einzige Möglichkeit der Gefangenen, den jeglichen Kontakt zu ihrer Umwelt und ihren Mitgefangenen genommen wurde (Hugh Feeney und G. Kelly) z.B. der tägliche Rundgang durch den Gefängnishof verboten) ihren Forderungen Gehör zu verschaffen.

So verweigerten gleichzeitig mit den Price-Schwestern vier weitere irische Gefangene die Nahrungsaufnahme. Sie alle wurden zwangsweise ernährt.

Einer dieser vier Kämpfer war der 24-jährige Michael Gaughan. Er saß seit 1971 im Gefängnis Parkhurst auf der Isle of Wight eine siebenjährige Freiheitsstrafe ab, zu der er wegen eines angeblich von ihm durchgeführten Banküberfalls verurteilt wurde, dessen Beute er der IRA gespendet haben soll.

Er starb am Montag den 3.6.74 an einer Lungenentzündung, die er durch die Zwangsernährung bekommen hatte. Der Schlauch geriet bei der „Fütterung“ in die Luftröhre und verletzte dabei die Lunge.

Obwohl eine Lungenentzündung bei sorgfältiger Pflege und unter ärztlicher Aufsicht relativ leicht zu heilen ist, starb M. Gaughan nach einer Woche Krankheit.

Er kämpfte wie die Price-Schwester für die Anerkennung als politischer Gefangener und für die Verlegung in ein nordirisches Gefängnis. M. Gaughan fiel einem Mord zum Opfer, der von den britischen Imperialisten durchaus eingeplant war. Die Art der Zwangsernährung und die „ärztliche Behandlung“ lassen darauf schließen, daß die Imperialisten diesen Mord beabsichtigt hatten. Sprecher

der republikanischen Bewegung wie Malachy Fooks sprachen von „nach dem Mord durch R. Jenkins. Wir in Irland sehen diesen Tod so, als sei M. Gaughan von einer Kugel der britischen Armee ermordet worden.“ M. Gaughan ist aber nicht der einzige irische Freiheitskämpfer, der in einem Gefängnis ermordet wurde. 1917 starb der IRA-Revolutionär Thomas Ashe an den Folgen der Zwangsernährung und kurz darauf, im Jahre 1920 der Bürgermeister von Cork, Terence Mac Swiney, nach einem Hungerstreik.

## Hungerstreik führte zum Erfolg

Der Tod von M. Gaughan und der immer bedrohlicher werdende Zustand von Marion und Dolours Price lösten in England und Irland eine Welle des Protests aus. In London demonstrierten mehrmals Tausende für die Erfüllung der Forderungen der Freiheitskämpfer. Als ein Trauerzug mit dem Sarg von M. Zehntausende die Straßen nach Trauerfahnen in weiteren englischen Städten wurde der Sarg nach Irland gebracht, wo er mit militärischen Ehren der IRA beigesetzt wurde.

Sogar Fürsten und 40 Ärzte, darunter einige Gefängnisärzte, forderten aufgrund des bedrohlichen Gesundheitszustandes der Schwestern die Überführung nach Nordirland. Diese Bewegung, Ausdruck der allgemeinen Unzufriedenheit mit der britischen Nordirlandpolitik (die Stimmen für einen Abzug der Truppen aus Nordirland werden in der britischen Arbeiterklasse immer lauter) führten dazu, daß die Londoner Regierung der Forderung nach Verlegung der Price-Schwester bis Ende des Jahres nachkommen will. Aber noch ist der Kampf nicht beendet, denn immer noch sind unzählige irische Freiheitskämpfer in britischen Gefängnissen und noch sind die Forderungen der Price-Schwester nicht erfüllt, denn sie sitzen bis jetzt immer noch in einem englischen Gefängnis. Das Versprechen der Imperialisten, die beiden in ein nordirisches Gefängnis zu verlegen, ist noch nicht erfüllt und wird von den Imperialisten auch nicht freiwillig erfüllt werden, falls der Kampf für diese Forderungen nicht weitergeführt wird.

Wenn die Mädchen die Nahrungslösung erbrechen, wird diese erneut in den Trichter getan. Sie gelten jedoch offiziell als 30 Pfund verloren, ihr dunkles Haar

## Holländische Soldaten streikten



Am 2. Februar dieses Jahres demonstrierten 800 holländische Soldaten

Am 8. Mai streikten viele hundert Soldaten in verschiedenen Kasernen in Holland, um ihre Forderungen zu bekräftigen.

Jeder holländische Soldat darf am Wochenende nach Hause. Aber wenn man in der Kaserne bleiben muß, z.B. auf Woche oder wegen einer Übung, dann hat man das Wochenende verloren und bekommt keinen Ersatz. Die holländischen Soldaten fordern freie Tage, man will das Wochenende zurück.

Der Minister und besonders die Generale wollen das nicht zugestehen. In der Kaserne haben sie natürlich mehr Einfluß auf die Soldaten. Man kann nur Soldaten gebrauchen, die nicht kritisch und lästig und, nicht immer fragen „Warum“, sondern gehorchen tun, was die Generale wollen. Deshalb hält man sie soviel wie möglich in der Kaserne, weit weg von der Gesellschaft und dort soviel dumme Arbeit tun, falls keine Fragen mehr stellen, sondern gleich das tun, was verlangt wird. Das ist die Ursache, warum Minister und Generale sich weigern die Forderung der Soldaten anzuerkennen.

Der Kampf wurde organisiert von der „Vereinigung von Dienstpflichtigen Militäre“ (VVDM) eine Gewerkschaft, die jeden Monat mit dem Minister spricht, und in der 30.000 von 40.000 Soldaten Mitglied sind.

Im August 73 wurden 25.000 Unterschriften dem Minister übergeben. Wenige Wochen später wurde eine Kampfwoche organisiert, mit Demonstrationen u.a. in Zwolle (5.000 Soldaten), Den Bosch, Ede, Eindhoven und Garderen.

Im Dezember streikten Soldaten in Havelte, Amsterdam, 't Harde, Ede und Breda.

Am 21. Januar demonstrierten in Westdeutschland stationierte holländische Soldaten erst in Zwolle (Holland), dann zwei Wochen später 800 Soldaten in Bremen. Der Minister bekam Angst vor der Kraft der Soldaten und ließ im März drei VVDM-Vorsteher verhaften. Er hoffte, so den Soldatenkampf zu brechen.

Aber das gelang nicht! Die Soldaten machten weiter, jetzt mit noch mehr Kampfkraft.

In Den Haag demonstrierte man gegen die drei Strafvernetzungen, und 7.000 Unterschriften wurden dem Minister überreicht.

Der Kampf verschärfte sich mit einer Demonstration von 10.000 (!) Soldaten in Utrecht als Höhepunkt. Dort wurde zum ersten Mal der Ruf gehört „Streiken Streiken“ und das aus 10.000 S. Jatenkreben.

Der Beginn war eine Demonstration in der Flus-Beemman-Kaserne in die 4. nur hundert Soldaten demonstrierten am 24. April in der Kaserne.

Die Kasernenführung ließ die Tore schließen und alle Telefone blockieren. Zwei VVDM-Vorsteher, die mit den Soldaten sprechen wollten, durften in die Kasernen nicht betreten.

Am 8. Mai war der große Streik geplant. Schon vorher hatte der VVDM-Hauptvorstand ein Schreiben des Ministers bekommen, in dem er „warnte“, daß er jeden Soldaten streng bestrafen würde, der mitmacht. Jeder Kasernenkommandant bekam ein Schreiben, den Streik so weit wie möglich im Keim zu ersticken, und der Kasernenkommandant mußte die Soldaten „warnen“, daß es strenge Strafen geben würde.

Aber die Soldaten ließen sich nicht einschüchtern.

Am 8. Mai wurden überall die Kasernen Tore geschlossen. Fotografen und Presse durften nicht hinein. Die Wachen waren nicht wie sonst Soldaten, sondern hohe Offiziere. In der Bernardskaserne in Amersfoort streikten und demonstrierten die Soldaten. Aber bald kamen einige dutzend Offiziere, die versuchten, die Soldaten aufzuhalten und Spruchbänder kaputt zu machen. Aber die Soldaten gingen weiter. Einige Soldaten wurden festgenommen, viele Militärpässe wurden beschlagnahmt.

Ungefähr dasselbe geschah in anderen Kasernen - Den Haag, Ermelo, Wierp, Arnhem, 't Harde.

30 Stunden nach dem Streik begann die Gegenoffensive des Ministers und der rechten Presse.

Durch Radio und Zeitungen ließ der Minister wissen, daß der VVDM sich selbst kaputt mache und daß der Streik von „Extremisten“ geleitet worden sei. Die rechte Presse machte mit und schrieb, daß der VVDM jetzt „amotisch“ sei, und Streik in einer Armee sei unmöglich, das könne nur das Werk von „Extremisten“ sein.

Der VVDM bekam durch den Streik mehr Mitglieder (!), und nicht der VVDM-Hauptvorstand, sondern die Soldaten hatten den Streik organisiert.

Aber was der Minister, die Generale und die rechte Presse auch versuchten, der Kampf ging weiter.

Am 14. Mai streikten Soldaten in Oranien, am 17. Mai in Schaarsbergen und am 17. Juni in Havelte.

Es ist deutlich die holländischen Soldaten nehmen es nicht länger hin. Nicht der Minister und die NATO-Generale bestimmen, was geschieht, sondern die Soldaten selbst! Ein holländischer Genosse



Dieser Band enthält zwei neue Arbeiten über eine der wichtigsten Perioden der Klassenkämpfe in Deutschland. Damit legt der KOMMUNISTISCHE BUND erstmals eine ausführliche Analyse der Klassenkampfe dieser Zeit vor, die auch über seine Einschätzung dieser Kämpfe Aufschluß gibt.

Besonderes Gewicht wird auf die Untersuchung der Rolle der Sozialdemokratie sowie auf eine korrekte Darstellung der Politik der KPD gelegt. Insbesondere was das Jahr 1923 angeht.

Das hat sich als um so notwendiger erwiesen, als die Z.T. recht ausführlich erschienen. Die von hundertlichen und kleinhundertlichen Autoren geschrieben wurden - einschließlich der in der DDR veröffentlichten - erhebliche politische Mängel und Fehleinschätzungen enthalten.

Was bisher fehlte: Arbeiten der jungen kommunistischen Bewegung der BRD, die sich nicht über die konkreten Entwicklungen der Klassenkämpfe in Deutschland auseinandersetzen und stattdessen klare Einschätzungen dieser Kämpfe geben.

Vor allem sind die in diesem Band erstmals veröffentlichten Arbeiten mit dem Blick auf die Lehren geschrieben, die für die kommenden Klassenkämpfe aus den Erfahrungen der Niederlagen zu ziehen sind. In die deutsche proletarische Nachkriegs- und zu Beginn der 20er Jahre hat hineinzuweisen müssen.

So tragen die beiden großen Abschnitte am Ende des Bandes die Überschriften:

### DIE LEHREN DES HAMBURGER AUFSANDS

UND DIE ARBEITERBEWEGUNG MUSS IHRE VERLORENEN SCHLACHTEN ANALYSIEREN UND NICHT WEITER ZU ERLEIDEN.

Dieser letzte Abschnitt setzt sich besonders mit den Lehren von kritisch auseinander, die andere linke Gruppen zu diesen Klassenkämpfen von 1918 bis 1923 abgeben haben. Durch die gesamte Darstellung des Themas durch die Einschätzungen und durch die Kritik der Positionen anderer Organisationen zu diesen Kämpfen setzt der Band auch einen Beitrag zur politisch-theologischen Auseinandersetzung innerhalb der kommunistischen Bewegung der BRD dar.



In der Nacht zum 10. Juni wurde in Südafrika ein Streik von einigen hundert schwarzen Arbeitern von der faschistischen Polizei blutig niedergemetzelt.

● Mindestens zwei (die DKP Zeitung „UZ“ spricht von vier) Arbeiter wurden erschossen.

● Sechs Arbeiter wurden verletzt. Dieser Mord steht in einer Reihe mit den Morden an 12 Arbeitern der Goldmine „Western Deep Levels“ im August letzten Jahres, mit den neuen Gesetzen, mit denen das faschistische

## Südafrika: Wieder Mord an streikenden Arbeitern

Vorster-Regime seine Rassenstrategie und Unterdrückungspolitik fortsetzt und vielen anderen Maßnahmen (AK 45).

Hier wurde deutlich, was es heißt, wenn Premier Vorster nach den letzten Wahlen von sich gab: „Die weiße

Bevölkerung (ca. 17 % der Gesamtbevölkerung) – die Red.) hat mir den Auftrag erteilt, härter durchzugreifen.“ (1)

In der bürgerlichen Presse war über die jüngsten Vorgänge nur zu lesen: ● Die Bergarbeiter „testeten ihre Un-

terkünfte in Brand, rissen Mauern nieder“, „Lohnforderungen sollen der Angst gewesen sein“ (FAZ 11.6.74).

Was die bürgerliche Presse verschweigt, sind die jammervollen Arbeitsbedingungen, unter denen die Schwarzen ausgebeutet werden.

● Sie haben Arbeitsverträge, die sie von sich aus nicht kündigen können.

● Das Verhältnis der Löhne zwischen schwarzen und weißen Arbeitern in den Bergwerken ist 1 : 16!

● Zu einer der „Unterkünfte“ schwärzte Arbeiter schwebte das „Spiegel“. Am Eingang flüchteten bewaffnete Polizisten alle Bewohner und besetzten die Arbeiter drängen sich in 16-Mann-Schlafkammern. Das Bett ist ein etwa 90 Zentimeter breiter Metallvorsprung.

Diesen KZ-Bedingungen sowie der faschistischen Unterdrückung durch das Vorster-Regime, hat ein großer Teil der einheimischen, schwarzen Bevölkerung den Kampf erklärt!



Demonstration schwarzer Arbeiter in Südafrika

## Faschistische Wut über den Gefängnis in den Gefängnissen Südafrikas

Aus neuesten Veröffentlichungen der faschistischen Vorster-Regierung ergibt sich, daß zwischen Juni 1972 und Juni 1973 exakt 321 Gefangene in den Gefängnissen des Apartheidregimes gestorben sind.

55 Menschen wurden gehängt, 24 wurden „bei Unfällen getötet“, vier wurden bei „Fluchtversuchen“ erschossen und vier weitere sollen „Selbstmord“ gemacht haben. Die restlichen 237 (1) sollen angeblich einen „natürlichen Todes“ gestorben sein.

Der gleichen Veröffentlichung zufolge sollen in diesem Zeitraum 3.239 Häftlinge „körperlich gequält“ worden sein – d.h. sie wurden geschlagen und ausgepeitscht. (Angaben nach Berliner „Extra-Dienst“ vom 21.6.74.)

HSW-Betriebszellen  
KB/Gruppe Hamburg

## Paris: Antifaschisten stürmen Polizeikommissariat – Aktion gegen faschistische Foltermethoden der Polizei

Am 8. Juni stürmten 60 Antifaschisten das Polizeikommissariat in der rue Scrive in Paris. Sie setzten zwei Polizeiwagen in Brand und verprügelten drei Polizisten. Allen 60 gelang es anschließend, nachdem sie von der Polizei durch die U-Bahn-Tunnel der Chaussee d'Antin verfolgt worden waren, ohne Verhaftung zu entkommen.

Am 8. Juni stürmten 60 Antifaschisten das Polizeikommissariat in der rue Scrive in Paris. Sie setzten zwei Polizeiwagen in Brand und verprügelten drei Polizisten. Allen 60 gelang es anschließend, nachdem sie von der Polizei durch die U-Bahn-Tunnel der Chaussee d'Antin verfolgt worden waren, ohne Verhaftung zu entkommen.

Diese Aktion war die Antwort auf den brutalen Terrorakt der Polizei im gleichen Kommissariat. Am 22. Mai wurden 54 vorwiegend ausländische Arbeiter festgenommen, die ein bestehendes Haus in der rue Servan besetzt hatten. Die 54 Arbeiter wurden auf das Polizeikommissariat geschleppt und dort mit Gas gefoltert. Sechs der Arbeiter verloren bei dieser Tortur ihr Bewußtsein, aber dennoch erhielten sie keine ärztliche Hilfe. Der zuständige Präfekt der Pariser Region hatte die Enthüllung dieser faschistischen Polizeimethoden einfach als „gruselig“ bezeichnet – und die bürgerliche Presse sah ihre Aufgabe darin, diesen Terrorakt ebenfalls zu verschweigen.

Für den 8. Juni hatten mehrere Organisationen daraufhin zu einer Protestdemonstration aufgerufen. Im Anschluß an diese Demonstration wurde der Sturm auf das Polizeikommissariat durchgeführt. Die 60 Antifaschisten gaben danach eine Erklärung dazu ab, die in der linken Tageszeitung „Libération“ (10. Juni 74) veröffentlicht wurde, und in der es unter anderem heißt:

„Wenn die Polizei heute ungehindert 34 Arbeiter foltern kann, obwohl ihre Verhaftung breit bekannt ist und die Presse und die Anwälte wissen, in welchem Kommissariat sie

festgehalten werden – was kann dann ein einzelner isolierter Ausländer widerfahren? –; wenn die Polizei das Risiko eingehen kann, daß einige von ihnen dabei sterben können, wenn die Prefektur die Zeugnisaussage von 54 Personen einfach der Lüge bezichtigen kann, wenn die Presse entschlossen ist, diese Taten durch ihr Schweigen zu decken, dann ist es Zeit für die diejenigen, die um ihre Rechte kämpfen, daß sie das Mittel der Drohung ergreifen, um Druck auf diese auszuüben. Wir, Antifaschisten, haben begriffen, daß man nicht verhindern kann, daß morgen andere Arbeiter, Franzosen oder ausländische, die Opfer der gleichen rohen Behandlung werden, wenn man es heute geschehen läßt. Wir, die diejenigen Ausländer gefoltert werden, die für ihre Rechte als Arbeiter kämpfen.“

Der bloße Protest genügt nicht mehr seit Jahren sterben ausländische Arbeiter in den Kommissariaten oder unter den Kugeln der Razzisten, ohne daß die Verantwortlichen entlarvt oder zur Rechenschaft gezogen werden.

Wir sind entschlossen, die Angriffe auf die Würde und auf die Rechte der ausländischen Arbeiter, die die Polizei sich erlaubt, nicht länger hinzunehmen, sondern demut Schlag auf Schlag zu antworten.“

## England: Ganze Chemiefabrik explodierte: Bisher 28 Tote!

## Ganze Chemiefabrik explodierte: Bisher 28 Tote!

Am 3. Juni 74 flog in der Nähe der englischen Stadt Fluxborough ein ganzes Chemiewerk durch eine gewaltige Explosion in die Luft. Außer den unmittelbar betroffenen Arbeitern der Wochenendschicht, von denen mindestens 28 in Stücke zerlegt wurden und verbrannten, wurden weitere 100 Menschen ernstlich verletzt, darunter auch einige Bewohner nahegelegener Häuser.

Die Detonation war in einem Umkreis von 45 Kilometern zu hören. Eine unvorstellbare Druckwelle hatte die umliegenden Getreidefelder niedergemäht. Sechzehn rund 600 Meter von der Fabrik entfernt liegende Wohnhäuser wurden völlig zerstört. Noch Kilometer weiter zerbarsten Fensterscheiben und knickten Dächer ein. Zwei Tage lang gab es Giftalarm, weil riesige schwarze Rauchwolken über die relativ dicht besiedelte Gegend trieben. 3000 Menschen wurden vorübergehend evakuiert.

Daß es nicht noch weit mehr Tote gab, ist nur zufälligen Umständen zu verdanken. In dem Werk der Firma Nypro wurde ein Caprolactam genannter Chemiefaserkunststoff erzeugt (Grundelement für die Produktion von Nylon). Bei der Herstellung entstehen flüchtige Gase, die – mit Luft vermischt – bei Entzündung sofort explodieren. Die Firmenleitung beteuerte, daß „wiederholte Untersuchungen niemals Anlaß zu Beanstandungen ergeben hätten.“ („Frankfurter Rundschau“, 4.6.74)

Was auf die Qualität der Untersuchungen schließen läßt:

Das Unglück war vorhersehbar! Wenige Tage zuvor hatte es schon einmal Alarm gegeben und die Feuerwehr war eingegriffen, weil die Anlage offenbar nicht in Ordnung war. Aber zur Sicherung des Lebens Hunderte von Menschen wurde auch dann weiter nichts unternommen.

In der Presse wird von jetzt fälligen Versicherungssummen von 40-70 Millionen Mark gesprochen. Es

nicht ganz danach aus, als würden sich die Kapitalisten an der totalen Zerstörung des Werkes auch noch gesundstoßen. Es wäre nicht das erste Mal. Abgeordnete des britischen Unterhauses „erwidern schon, ob die Produktion von Caprolactam in Zukunft nicht verboten werden soll.“ („MoPo“, 4.6.74), da zu gefährlich. Spätere Einricht? Oder etwa Konzentrierte Aktion? Hatte die Firmenleitung vielleicht sowieso vor, die Produktion einzustellen, so daß ihr die Katastrophe so unlegentlich gar nicht kam?

Fest steht, daß hier in zynischem Leichtsinne das Leben hunderter Menschen riskiert wurde, weil die Firmenleitung Investitionssicher nicht billige – scheute, um diesen hochgefährlichen Stoff vor Entzündung zu sichern.

Angeblieh soll die Explosion vom Kontrollraum ausgegangen sein, dem einzigen Raum, „in dem kein Rauchverbot bestand.“ Auch hier grenzenloser Leichtsinne oder nur Abblendung von dem wirklichen Schuldigen? Für das fehlende Rauchverbot kann sicher ein kleinerer Schuldiger gefunden werden, oder vielleicht hatten gar die „dämlichen Arbeiter“ selber schuld, die sich mal wieder eine anstehen mußten?

In der Regel können sich die Kapitalisten bei „Betriebsunfällen“ herausreden. Schuld bekommen dann z.B. Sicherheitsbeauftragte oder der einzelne Kollege, der irgendwelche Vorschriften angeblich nicht beachtet hat.

Die Sicherheit der Kollegen muß jedoch gewährleistet sein – selbst wenn

bestimmte „Unachtsamkeiten“ passieren, die nie auszuschließen sind. (Meistens ist es nach gerade die von den Kapitalisten selbst betriebene Arbeitshetze der Grund für die Missetzung von Sicherheitsvorschriften).

Die Gesetzgebung und Rechtsprechung kommt den Firmeneigenümern in diesen Fragen immer entgegen. Uns ist kein Fall bekannt, wo ein Kapitalist wegen „fahrlässiger Tötung“ oder gar wegen Mordes an seinen Arbeitern sich hätte verantworten müssen.

Im Grunde genommen hat hier der bürgerliche Staat dieselbe „Einstellung“, wie sie Millionen von Autofahrern zur Genüge bekannt ist. Unübersichtlicher Straßenverkehr, z.T. katastrophale Straßenverhältnisse, werden nicht etwa dadurch behoben, daß der Vielzahl von Autos und der Dichte des Verkehrs angepaßte Straßen, Brücken, Tunnel etc. gebaut werden (das kostet Geld!), sondern indem ein Haufen z.T. wirrer Verkehrsregeln geschaffen werden, ein Wald von Verkehrschildern aufgestellt wird, die allesamt das Autofahren zwar nicht sicherer machen, aber nachher (nach den letztlich unvermeidlichen Unfällen!) die „Schuldfrage“ besser klären helfen und zwar in dem Sinn, daß nicht der bürgerliche Staat zur Rechenschaft gezogen wird (der für die schlechten Verhältnisse verantwortlich ist), sondern der einzelne Autofahrer, der dieses Signal oder jene Vorschrift nicht beachtet hat.

Leitung der Betriebszelle Beierdorf, KB/Gruppe Hamburg

## KONTAKTADRESSEN

Bremenhaven:  
F. Köpelt  
285 Bremenhaven 1  
Postlagerkarte 00 31 60

Eutin:  
H. Lankau  
242 Eutin-Großmainsdorf

Flensburg:  
Peter Petersen  
239 Flensburg  
Postlagerkarte A 02 25 83

Frankfurt:  
K. Scholz  
623 Frankfurt/M. 80  
Postfach 80 07 47

Hamburg:  
J. Roents  
2 Hamburg 13  
Rustschbahn 35

Kiel:  
W. D. Schmel  
23 Kiel 1  
Postlagerkarte 098 831 A

Oldenburg:  
Th. Piepgras  
29 Oldenburg  
Postfach

Kontaktadressen weiterer Vertriebsgruppen des ARBEITERKAMPF

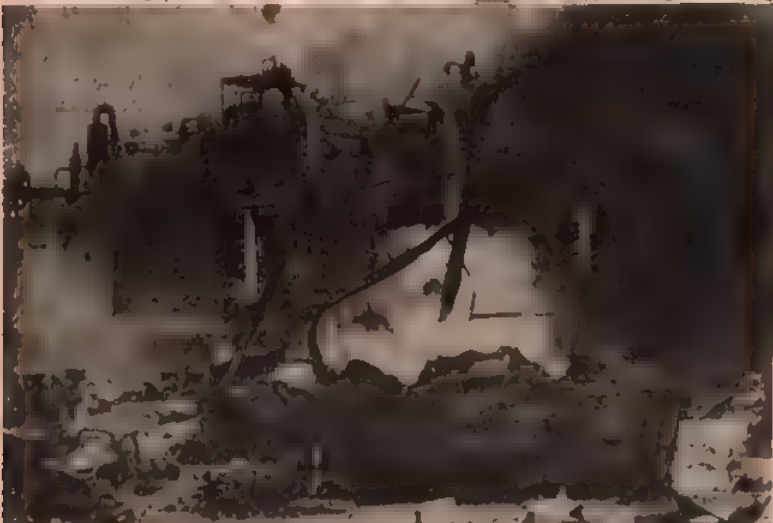
Göttingen:  
KAG im Buchladen „Rote Straße“  
34 Göttingen  
Rote Straße 10  
Di. 17 - 19 Uhr

Hannover:  
Alexander Rudnick  
1 Hannover-Linden 1  
Postlagerkarte

Lübeck:  
c/o Arbeiterbuch  
24 Lübeck 1

Florian Geyer  
über Sozialistisches Zentrum  
1 Berlin 21  
Stephaner 60

Weitere Vertriebsgruppen:



In dieser Flammenhöhle starben 28 Menschen – an den Folgen kapitalistischer Sicherheitsvorkehrungen



## Forti, Italien

So wurden die Verhandlungen erneut aufgenommen, und am 20. Mai konnte ein „Kompromiß“ gemeldet werden. Hinsichtlich der Kreditpolitik hat die DC einige „Zugeständnisse“ gemacht. Dafür ist eine Erhöhung der PPSI z.B. nach einer Vermögenssteuer und schärferer Erbschaftsteuer nicht mehr die Rede. Durch verschiedene Maßnahmen sollen zusätzlich mindestens 3.000 Mrd. Lire (etwa 12 Mrd. Mark) aus den italienischen Werkstätten herausgepreßt werden. Davon sollen 400 Mrd. Lire (1,6 Mrd. Mark) durch eine Erhöhung des Benzinpreises aufgebracht werden. Weitere 400 Mrd. Lire sollen aus der Erhöhung des Gaspreises (für die Privathaushalte) kommen. 770 Mrd. Lire soll die Erhöhung des Strompreises bringen. Dazu kommen Erhöhung der Kfz-Gebühren, Erhöhung der Rundfunk- und Fernsehgebühren, der Post, der öffentlichen Verkehrsmittel, der Krankenhausbeträge u.a.m.

Die Arbeiterklasse, die ohnehin mit allen Folgen der Krise zu kämpfen hat – Preiserhöhungen, Entlassungen, Arbeitslosigkeit, Vorknappung von Lebensmitteln – wird so mit weiteren Angriffen konfrontiert, und es ist jetzt schon klar, daß es Widerstand geben wird.

## Am Rande des Bankrotts

Die italienische „Wirtschaft“ ist in einer sehr schwierigen Lage. Dies allerdings nicht, wie gern in der bürgerlichen Presse behauptet wird, durch die Strüß der Werkstätten, sondern durch eine reaktionäre Wirtschaftspolitik, durch eine bauernfeindliche Politik, die die weitgehende Ruinierung der Landwirtschaft zur Folge hatte, so daß Italien viele Lebensmittel, vor allem Getreide (50% seines Bedarfs), einführen muß, wodurch die ohnehin passive Handelsbilanz noch weiter belastet wird, vor allem aber durch die scharfe Konkurrenz auf dem imperialistischen Weltmarkt. Besonders schwer trafen Italien die Maßnahmen der US-Ölkonzerne Ende letzten Jahres.

Italien „exportiert“ zudem schon seit Jahrzehnten Millionen von Arbeitern und Arbeiterinnen. 7 Millionen zwischen 1946 und 1970 (nach Angaben der Tageszeitung der PCI, „l'Unità“, vom 16.4.72), davon 5 Mio. in europäische Länder.

Der Schaden für Italien dadurch (bzw. umgekehrt der Nutzen für die imperialistischen „Gastländer“) ist ungeheuer. Die „Gastländer“ bekommen fertige Arbeitskräfte geliefert, sparen also die hohen Kosten, die damit verbunden sind, aus einem Baby eine Arbeitskraft zu machen; diese Kosten werden den italienischen Werkstätten aufgebürdet.

Die italienischen Kapitalisten schaffen Milliarden-Beträge außer Landes („Kapitalflucht“), um sie im Ausland zu investieren. Gleichzeitig verschärfen auch die Unterschiede in der industriellen Entwicklung zwischen Nord und Süd immer mehr 19 Süditalien, Sizilien und Sardinien (Mezzogiorno) haben nur etwa 30% der Einwohnerarbeit. Nur 12% der italienischen Industriearbeiter und im Mezzogiorno beschäftigt, aber 25% der Arbeitslosen sind hier zu finden. Eine Folge davon ist die Massen-Emigration. Eine andere Folge ist, daß die Arbeitskraft im Mezzogiorno um rund 25% billiger ist als im Rest Italiens (Angaben aus „l'Unità“ vom 16.4.72).

Ein Vergleich der Pro-Kopf-Einkommen innerhalb der EG veranschaulicht die Situation. Am besten schneiden noch die Region Lombar (Norditalien) ab, die unter den 119 Regionen der EG immerhin den 46. Platz hält, also etwas über dem Durchschnitt liegt. Darunter die nächste Region, Ligurien (Norditalien) liegt unterhalb des EG-Durchschnitts – 62. Platz. Die Toscana (Mittelitalien) liegt auf dem 80. Platz, und im Mezzogiorno ist es natürlich noch weit schlechter bestellt: Sardinien 104., Apulien 106., Calabrien 115., um einige Beispiele zu nennen (nach „Corriere della Sera“, 13.6.74).

Die Gesamtsumme lag 1973 bei 5,7% (steig 1974 auf 6,8%) und lag im März 1974 schon bei 13,5%.

Die italienische Zahlungsbilanz (Austausch von Waren, Geld und Dienstleistungen mit dem Ausland) ist seit einigen Jahren passiv, und zwar wird das Defizit für 1974 auf rund 4.600 Mrd. Lire (etwa 19,2 Mrd. Mark) geschätzt, wovon allein 2.000 Mrd. Lire (etwa 8 Mrd. Mark) auf die Erhöhung der Erdölpreise gehen soll (nach „Spiegel“, 19/74). Die Schulden Ita-

liens mußten auf 6.500 Mrd. Lire (26 Mrd. Mark) und 450 Mrd. Lire (1,8 Mrd. Mark) jährliche Zinszahlungen berechnet („Corriere della Sera“, 13. Juni).

Leidtragende sind die werktätigen Massen. Außer den Preiserhöhungen und anderen Angriffen auf dieser Ebene muß daneben vor allem die katastrophale Lage im italienischen Gesundheitswesen genannt werden. In Italien fehlen mehr als 300.000 Krankenhausbetten, um das von der Weltgesundheitsorganisation empfohlene

Mangel an Verbandstoff und Medikamenten besteht und die Patienten auch mit Lebensmitteln nur noch mangelhaft versorgt werden (nach „Corriere della Sera“ vom 13. Juni 74).

Ähnlich ist es in der staatlichen Verwaltung. Die italienische Hauptstadt Rom z.B. „steht kurz vor dem Bankrott“ („Frankfurter Rundschau“, 24. Juni). „Wir stehen kurz vor dem Zusammenbruch“, sagte der Hausbesitzkonzern der Stadt. Ob und wie im nächsten Monat die Gehälter an

Kredite einen Zins von 16-17%, mit Spitzen bei 18-20%. Unter solchen Bedingungen ist ganz klar, daß z.B. die Krankenhäuser von ihren Zulieferern keinen Kredit mehr einkassieren können, und daß viele kleine und mittlere Betriebe vor großen Schwierigkeiten stehen.

Als Folge dieser Kreditpolitik wird allein in der Bauwirtschaft mit 3.400.000 Arbeitslosen gerechnet, wovon eine noch größere Zahl, indirekt Arbeitsloser (Lieferbetriebe der Bauwirtschaft u.ä.). Allein in Rom

gen in Grenzen Bereitschaft, der italienischen Bourgeoisie zu „helfen“, um die Situation in diesem „strategisch wichtigen“ Land wieder einigermaßen zu stabilisieren. Diese „Hilfe“ wird aber von klaren politischen Bedingungen abhängig gemacht, die darauf hinauslaufen, „Italien“ müsse „sich vor allem selber helfen“. Hierunter wird insbesondere verstanden, daß die Bourgeoisie die Arbeiterkämpfe unter Kontrolle bringen müsse, daß die durch Steuererhöhungen und Kreditrestriktion (Einschränkung der Kredite durch Steigerung des Zinsfußes) „Maßnahmen zur Bekämpfung der Inflation“ treffen müsse.

Die Politik der Kreditrestriktion, die zum Hauptpunkt der Auseinandersetzung zwischen DC und PSI gemacht wurde, ist eindeutig eine vom Ausland, d.h. von den Imperialisten der USA und der übrigen EG-Länder diktierte Politik, die nur bei Teilen der italienischen Großbourgeoisie volle Unterstützung findet, und die von den kleinen und mittleren Bourgeoisie abgelehnt wird. Die Haltung der PSI zur Frage der Kreditrestriktion drückt genau eine Anlehnung an diese Interessen aus, und nicht etwa – wie demagogisch vorgebracht wurde – die Interessen der Arbeiterklasse (wie wenig auf diese Rücksicht genommen wird, beweisen die oben genannten übrigen arbeitgeberfeindlichen Maßnahmen, denen die PSI ja zugestimmt hat).

Über den Zusammenhang von „Hilfe“ und politischer Erpressung schreibt die „New York Times“ mit brutaler Offenheit: „Nachdem Italien Widerstand gegen weitere Anleihen aus dem Euromarkt entwarf, mußte es sich wegen der Kredite an den Internationalen Währungsfond und den gemeinsamen Markt und auch an einzelne Verbände wie die Vereinigten Staaten wenden. Und diese haben Bedingungen niedergelegt, die zweimal in wenigen Monaten die italienische Koalitionsregierung zu Fall brachten.“ (nämlich die vierte Regierung Rumor am 2. März 74 durch den Austritt der Republikanischen Partei aus der Regierung, und die fünfte Regierung Ru-



„Opium“ von zwölf Betten auf 1.000 Einwohner zu erreichen, noch kramen ist die Situation im Mezzogiorno, wo etwa in der Region Calabria nur 3,3 Betten auf 1.000 Einwohner zur Verfügung stehen. Zudem aber sind Italiens Krankenhäuser heute mit einer Schuldlast von rund 3.000 Mrd. Lire (etwa zwölf Mrd. Mark) beladen. Viele Zulieferer haben die Lieferungen eingestellt, sodaß vielfach

Arbeiter und Angestellte der Stadtverwaltung ausgezahlt werden können, ist ungewiß. Das Defizit Roms beträgt 336 Mrd. Lire (1,3 Mrd. Mark).

Die staatliche Kreditpolitik verschärft diese Situation noch. Die „prime rate“ – also der Zinssatz, zu dem Geldinstitute Kredite an ihre Kunden schenken – abgeben liegt in Italien bei 14,5%. Für die Masse der kleinen und mittleren Betriebe kosten

würden, so wird geschätzt, etwa 10.000 der 15.000 Bauarbeiter arbeitslos werden („manifesto“, 16. Juni und „Corriere della Sera“, 12. Juni 74).

## Im Würgegriff ausländischer „Hilfe“

Die Imperialisten der übrigen EG-Länder und der US-Imperialismus ze-

## Überblick über einige internationale Maßnahmen zur „Rettung“ der italienischen Wirtschaft

### Das „Bardepot“

Im Frühjahr 74 beschloß die italienische Regierung die Einführung des sogenannten „Bardepots“ (deposito canonico vincolato) für eine große Zahl von vom Import-Produkten Betroffenen waren etwa 40% der italienischen Einfuhren, u.a. Lebensmittel (Fleisch, Milch und Milchprodukte), Haushaltsgeräte, Autos und Kleidung.

Die Bestimmung sah vor, daß für die genannten Import-Produkte eine Art Kautions in Höhe von 50% des Warenwertes zu zahlen war, die unverzinst für ein halbes Jahr bei der Staatsbank „eingefroren“ werden sollte.

Diese Maßnahme zielte auf eine Senkung der Importe und damit auf eine Aufbesserung der italienischen Handelsbilanz.

Diese Maßnahmen widersprachen formal den Statuten der EG, die „Ausfuhrzölle und Abgaben gleicher Wirkung zwischen Mitgliedstaaten untersagen. In der bürgerlichen Presse der anderen EG-Länder wurde das italienische Vorgehen als „Handelskrieg“, „Agrarkrieg“, „Erstickung der EG, um ungegriffen Staatssekretär Apell (SPD) versorgte sich zu der Behauptung: „Das ist sehr viel dramatischer und gefährlicher als das, was wir bisher erlebt haben“ (II „Spiegel“ 19/74).

Tatsächlich war den Imperialisten der EG offenbar das Vorgehen der italienischen Regierung nicht recht – und zumal dem BRD-Imperialismus, der mit 20,8% den größten Anteil am italienischen Import hält (Frankreich 14,0%, USA 8,5%).

Vor allem aber trafen diese Maßnahmen die italienischen Werkstätten, für die dadurch wichtige importierte Lebensmittel (besonders Fleisch) nicht mehr so teuer wurden (weil das Bardepot natürlich auf die Preise umgelegt wurde) bzw. überhaupt vom Markt verschwanden. Die Importe Italiens gingen innerhalb eines Monats um etwa 25% zurück.

Auf der anderen Seite waren die italienischen Banken bereit, für bestimmte Produkte den Importeuren das Bardepot als Kredit vorzuschießen – zu

einem Zinssatz von 16%. Da das Bardepot 50% des Warenwertes betrug und über ein halbes Jahr lauft, ergibt sich umgerechnet eine Belastung der Importe um 4% ihres Wertes.

So war einerseits dafür gesorgt, das kleine Importeure ausgeschaltet wurden (die nicht in der Lage sind, 50% ihres Einfuhrwertes einzufrieren) und daß der Massenkonsum spürbar getroffen wurde, während andererseits bestimmte Importeure (und deren ausländische Geschäftspartner) mit Schonung behandelt wurden und für das Bürger- und den „gehobenen Mittelstand“ der eingebrachte Zufluß von Luxusimporten garantiert war.

Am 4. Juni wurde im Rahmen der EG ein Abkommen geschlossen, das die schrittweise Aufhebung der „Bardepot“-Pflicht vorsieht, zunächst vor allem für Rindfleisch (20% des westdeutschen Agrarimportes nach Italien). Stattdessen sollen andere Maßnahmen dafür sorgen, daß die Preise in Italien unverändert hoch bleiben. Dies u.a. durch eine Manipulation des sogenannten „Grenzgleiches“ (ein Ausgleich, der Importeuren nach Italien für die Abwertung der Lira gezahlt wird und eine Quelle von Spekulationen und „unsauberen Geschäften“ ist; seine Senkung bzw. Aussetzung verzerrt praktisch die Importe) und des sogenannten Interventionspreises (ein Zahlung aus dem Fond der EG, wenn der Preis bestimmter landwirtschaftlicher Produkte unter einen festgesetzten Interventionspreis fällt).

### Aufwertung der Goldreserven

Die Gruppe der 10 (wichtigsten imperialistischen Staaten, nämlich: USA, Großbritannien, Canada, BRD, Frankreich, Italien, Niederlande, Belgien, Schweden und Japan) beschloßen am 11. Juni eine „Aufwertung“ der Goldreserven als Garantie für eventuelle Kredite.

Das ist ein finanzielles Manöver, das durch die Tatsache ermöglicht wird, daß zwei völlig verschiedene Goldpreise existie-

ren, nämlich ein „offizieller“ (zu dem bisher die Goldreserven besteuert wurden) von 42,22 Dollar (je Unze Feingold) und ein tatsächlicher Preis auf dem freien Markt, der fast viermal so hoch ist, nämlich z.Zt. um 160 Dollar.

Der Beschluß der Gruppe der 10 gestattete es Italien, seine Goldreserven zum Preis des freien Marktes als Garantie für eventuelle Kredite einzusetzen. Das bedeutet eine „Aufwertung“ der italienischen Goldreserven von 3,5 Mrd. Dollar auf etwa 14 Mrd. Dollar.

Die Bedeutung dieser Maßnahme ist jedoch bewußt dadurch begrenzt, daß die Entscheidung darüber ob ein anderes imperialistisches Land oder ein Finanzkonzern die italienischen Goldreserven zum freien Marktpreis als Garantie akzeptiert, natürlich stets beim potentiellen Kreditgeber liegt. Und die italienische Bourgeoisie kann ja niemanden zwingen, ihr Kredite zu geben, sondern muß im Gegenteil selbst damit rechnen, daß jeder Kredit von bestimmten Auflagen abhängig gemacht wird.

Der Gouverneur der italienischen Staatsbank, Guido Carli, Inspirator der wirtschaftlichen Maßnahmen der Rumor Regierung (Kreditrestriktionen, Steuererhöhungen), nutzte seine Anwesenheit in den USA zur Konferenz der „10er Gruppe“ um neue Kredite locker zu machen.

In lauges Gespräch hatte er dort vor allem mit David Rockefeller, Präsident der Chase Manhattan Bank, „der heute als Person mit dem größten Gewicht auf der finanziellen Szene der USA gilt“ („Corriere della Sera“ 15.6.74).

Letzter sprach Carli mit den Vertretern der wichtigsten Banken der Wall Street, speziell der Investment Banker.

Über 100-kte Vereinbarungen wurde bisher nicht bekannt. Jedenfalls macht das US-imperialistische Finanzkapital schon heute der BRD-Imperialismus jede größere Kredit-Vergabe von wirtschaftlichen und mehr noch von politischen Garantien abhängig. Unausgesprochen scheint dabei hinter dem schemenhaften Strahl in Italien der Ruf nach dem Finanzkapital zu stehen.

Die BRD-Importation steht dabei in vorderster Front, um wieder einmal getreu der Devise „Am deutschen Wesen soll die Welt gewinnen“ seinen wirtschaftlichen und politischen Einfluß auszuweiten. Ein großer Kredit ist offenbar im Gespräch, wird aber von politischen Bedingungen abhängig gemacht.

Die zynische Äußerung von Bundeskanzler Schmidt in einem Interview mit dem „Stern“ (12.6.74) wurde von der bürgerlichen Presse Italiens prompt und sicher mit Recht auch auf Italien bezogen. „Wir sind mit viel Geld und Tag eine Gesellschaft, die mehr produziert, als sie verbraucht. Es gibt andere Staaten, die viel mehr verbrauchen, als sie selbst produzieren. Es kann auf Dauer nicht der Sinn sein, daß wir Deutschen dafür arbeiten, daß andere mehr verbrauchen, als sie selbst erzeugen.“

Dem italienischen Volk wird in der bürgerlichen Presse der BRD ohnehin vorgeworfen, „über seine Verhältnisse zu leben“ („FAZ“, 10.6.74). Also muß man den Werkstätten Italiens „Opfer auferlegen. Aber dagegen stimmen sich die Kommunisten und die von ihnen beherrschte größte Gewerkschaft des Landes.“ „Denn vermindern angeblich so „die im Volk ohnehin geringe Bereitschaft zum Konsumverzicht“ („FAZ“, 6.6.).

Tatsächlich wohnt in einem Land, dessen „reichste“ Region hinsichtlich des Pro-Kopf-Einkommens gerade die Ld. Deutschland erreicht und wo der größte Teil der Bevölkerung „den Konsumverzicht“ auf natürliche Grenzen.

Die westdeutsche Bourgeoisie aber verbreitet in chauvinistischer Manier das Märchen von den Italienern, die offenbar in Saft und Fleisch leben, und nur zu bequem sind, um auf paar entbehrliche Dinge zu verzichten. Mit einer solchen Einstellung anderen Völkern gegenüber sind zwei imperialistische Raubriege ideologisch vorbereitet worden, wird heute die tatsächliche Ausplünderung anderer Völker durch den BRD Imperialismus ideologisch abgewischt und werden zukünftige Raubzüge, Interventionen und faschistische Putz-



## Forts. Italien

ideologisch vorbereitet. (Man vergleiche, wie dem Putsch in Chile auch in der westdeutschen Presse die Lüge voranging, Allende habe „Chile in ein Chaos gestürzt“ usw.).

Selbst die großbürgerliche italienische Tageszeitung „Corriere della Sera“ scheint vor soviel geradezu schon faschistischer Arroganz (und deren praktischen Konsequenzen) als wenig zurückzuschrecken, wenn es dort heißt: „In den Deutschen ist die Arroganz des Geldes am Erwachen, die ihnen nicht nur das Recht geben soll, aus inneren Maßnahmen wirtschaftlicher Art aufzuwachen (wie es schon geschehen ist), sondern auch von politischer Natur.“ (C.D.S., 12 Juni).

An anderer Stelle schreibt der „Corriere“ ... unter der Überschrift „Bona fides, daß man Rom nicht mehr helfen kann.“ „Für ganz Deutschland, von den Christdemokraten bis zu den Sozialdemokraten, ist die italienische Gewerkschaftsbewegung die Gefahr Nr. 1 in Europa geworden.“ (C.D.S., 13 Juni) Zu vorerster der „Corriere“ die zeitweise „Zeit“, die das „Chaos südlich der Alpen“ auf die sogenannten „Bösen Sieben“ zurückführt, nämlich auf die sieben höchsten Führer der stabilen Gewerkschaften, und speziell auf den Führer der größten Gewerkschaft CGIL, Luciano Lama.

Es liegt auf der Hand, daß die Hetze gegen „Italien, das über seine Verhältnisse lebt“, gegen die italienischen Gewerkschaften, die mit ihren „maßlosen Forderungen“ an allem schuld seien usw. auf eine radikale „Lösung“, z.B. die autoritäre und rasch sein muß, „da Italien sonst nicht mehr zu retten ist.“ Da die italienische Arbeiterklasse in den letzten fünf Jahren allen Versuchen widerstanden hat, eine derartige autoritäre „Lösung“ auf „freiwillige“ Zustimmung einer Mehrheit des Volkes aufzubauen, liegt ein Schlägerputsch als „Lösung“ nahe, wie ihn die Imperialisten auch Griechenland und Chile aufzuzwingen haben.

Außerdem aber zwingen die Imperialisten der EG und der USA heute schon Italien Maßnahmen wie die Kreditrestriktion auf, die den Zusammenbruch von großen Teilen der italienischen kleinen und mittleren Industrie beschleunigen soll, und damit auch die Chancen der ausländischen Imperialisten vergrößert, selbst in Italien wirtschaftlich Fuß zu fassen (Kapitalexport).

## Politischer Hintergrund der „Regierungskrise“

## Politischer Hintergrund der „Regierungskrise“

Die „Krise“ der fünften Regierung Rumor wurde, wie oben geschildert, durch den Streit zwischen DC (und PSDI) einerseits und PSI andererseits um die Frage der Kreditpolitik angestoßen. Unmittelbar ist die Haltung der PSI-Führer sicher als ein Versuch zu verstehen, sich gegenüber dem kleinen und mittleren Kapital (und selbst gegenüber Teilen der Großbourgeoisie) als bessere Interessenvertretung zu profilieren.

Darüberhinaus ist der Streit um die Kreditpolitik aber nur auslaufendes Moment für ein Kräftemessen zwischen DC und PSI gewesen, wobei es darum geht, die Verhältnisse im Regierungslager insgesamt neu abzuzeichnen, die Gewichte zwischen den Parteien der Regierungskoalition neu zu verteilen.

In einem Interview mit dem „Corriere“ ... sagte Finanzminister Ciriaco De Mita: „Im Mittelpunkt der Verhandlungsführung muß eine neue Art stehen: die Regierungsverantwortung kollektiv zu führen. Bisher waren die Sozialisten immer von heiklen Sektoren ausgeschlossen, wurden darüber im Unklaren gehalten, was gemacht wurde, selbst auf der Ebene der nationalen Information.“ Als Beispiel dafür nannte Ciriaco De Mita die „Immunitäten“ (bzw. oben nicht Ermittlungen) gegen faschistische Kriminalität und Verschwörungen. (C.D.S., 12 Juni).

Ciriaco De Mita verlangte weiter, daß in Zukunft kein Ministerium für die PSI „(also) von heute mit anderen Worten, die PSI-Führer drängen nach einer stärkeren Beteiligung an den „heiklen“ Zentren der Staatsmacht und schicken sich damit an, zum mindesten teilweise Funktionen für die Bourgeoisie zu übernehmen, die bisher von der DC als „Privilegien“ behandelt wurden.“ Dann ähnlich wie in Frankreich der Gaullismus - steckt in Italien die Christdemokratie in der Kritik.

Das Scheitern der Verhandlung vom 12. Mai hat das ranghöchste Mitglied der veränderten Kräfteverhältnisse auch auf der parlamentarischen Ebene deutlich

gezeigt. Für die PSI-Führung ist es in dieser Situation auch eine Frage der Kontrolle über ihre eigene Basis, sich von diesem offensichtlich angeschlagenen Partner rasch und demonstrativ „abzugrenzen“. Auch hinsichtlich der Verfolgung der faschistischen Umtriebe muß die PSI-Führung Maßnahmen fordern, um der Stimmung ihrer Basis nach dem Mauerwerk von Brescia (faschistischer Bombenanschlag am 28. Mai mit acht Toten) Rechnung zu tragen.

Zwischen dem Rücktritt der Regierung Rumor und der Beilegung der „Regierungskrise“ durch den Kompromiß zwischen DC und PSI lagen am 16. Juni die Regionalwahlen auf Sardinien, die die Verschiebung des Kräfteverhältnisses zugunsten der DC bestätigten. Die DC verlor 6,3% der Stimmen und vier Sitze gegenüber den Regionalwahlen 1969, während PCI und PSI jeweils vier Sitze dazu gewannen. (vgl. Kasten mit den Ergebnissen)

	1969		1974
	Stimmenanteil in %	Sitze	Stimmenanteil in %
DC	44,6	36	38,3
PCI	19,7	15	24,8
PSI	11,8	(5)	11,7
MSI	3,6	2	7,8
PSDI	exp. mit PCI	(4)	5,9
PC(mil)	—	—	1,0

Die Tabelle stellt die Ergebnisse der Regionalwahlen auf Sardinien vom 16.6.74 denen von 1969 gegenüber.

PSI und PSDI traten zu den Wahlen 1969 noch einheitlich an. Die in ( ) genannten Sitzzahlen gelten für die Situation nach der Abspaltung der PSDI.

Die MSI hatte vor den Wahlen vom 16.6.74 vier Sitze im Regionalparlament, das inzwischen die PSDI (Monarchisten), die 1969 zwei Sitze (3,1 %) gewann, mit der MSI verschmolzen ist.

Die PCI hatte vor den Wahlen 18 Sitze, nachdem die PSIUP, die

len zusammen. Es wurde eine Erklärung verabschiedet, wobei auf eine Stellungnahme gegen die DC verzichtet wurde und sogar ausdrücklich der Wunsch der Gewerkschaftsführer nach einer „raschen Lösung“ der „Regierungskrise“ bekundet wurde. Es heißt dort weiter: „Die Gewerkschaftsbewegung“ sei sich „bewußt, daß der Ernst der Situation von allen Opfern erfordert, und sie ist bereit, in dieser Hinsicht ihre Verantwortung zu übernehmen.“ Die „Opfer“ müßten aber „mit Gleichheit und Gerechtigkeit zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Schichten verteilt“ werden, und müßten „als sichere und unmittelbare Gegenleistung“ wirtschaftliche Entscheidungen zur Folge haben wie Kampf gegen die „Kapitalflucht“, „strukturelle Prempolitik“ (was immer das sein mag), unmittelbare Überwindung der Kreditrestriktion mit dem Ziel, Investitionen im Mezzogiorno, in der Landwirtschaft, auf dem Energie-Sektor

1969 drei Sitze (4,4 %) gewann, weitgehend in die PCI eingetreten ist und sich aufgelöst hat.

Die PC(mil) entspricht der „KPD“ in der Bundesrepublik. Sie hatte bei den nationalen Wahlen 1972 auf Sardinien 0,4 % erhalten. Manifesto hatte 1972 auf Sardinien 0,9 % erhalten. Zu den Wahlen vom 16. Juni hatten Manifesto, Lotta Continua u. a. aufgerufen, die PCI zu wählen.

In der Übersicht sind einige Parteien nicht enthalten. Zahlen nach „Corriere della Sera“ vom 18. und 19.6.74.

und zugunsten der kleinen und mittleren Betriebe zu fördern, steuerliche und tarifliche Erleichterungen für die schwächsten Schichten.

Diese Resolution wurde mit 56 Stimmen gegen 5 Enthaltungen (vom rechten Flügel der CISL) angenommen. Die übrigen 21 Mitglieder des „direttivo“ brachten ihre Ablehnung der Resolution dadurch zum Ausdruck, daß sie während der Abstimmung „vorübergehend abwesend“ waren (Teile der CISL und UIL).

Allerdings wurde diese Resolution im „direttivo“ auch von „linken“ kritisiert, so von einem Vertreter der „Anarchisten“ (dieser „linken“ Kritik im „direttivo“ auch von „linken“ kritisiert, so von einem Vertreter der Textilarbeiter in der CGIL, von einem Vertreter der Landarbeiter in der CGIL, von einem Vertreter der Bauarbeiter in der CGIL und sogar von einigen Vertretern der UIL und der CISL).

In der UIL wurde die Auseinandersetzung zwischen „Sozialisten“ und „Republikanern“ inzwischen so scharf, daß Luciano Rufino (PSI) seinen Rücktritt aus dem Vorstand der UIL androhte.

So widerspiegeln sich selbst in den Gewerkschaftsführungen, wenn auch in verzerrter Form die Klassenkämpfe zwischen Bourgeoisie und Proletariat, und macht sich ein zunehmender „Druck von unten“ bemerkbar.

Am 24. September streikten die Landarbeiter um 27. Juni angesetzter, um deren Worderungen wie Mindestlohn von 4.000 Lire (16 Mark) täglich und Mindestkassenkassen zu befriedigen. Dieser Streik soll von der gesamten Industrie-Arbeiterchaft durch einen 40stündigen Streik am 27. Juni unterstützt werden.

Vorbereitet wird außerdem ein nationaler Streik der Bauarbeiter, die von den Folgen der Krise besonders stark getroffen werden (Rückgang der Baufähigkeit, Arbeitslosigkeit), sowie Komplikationen der Metall.

Die Forderung nach einem neuen Generalstreik wird aber durch diese Teilkämpfe sicher nicht geschwächt, sondern gestärkt werden.

Regierung der „nationalen Einheit“?

Außerungen von Kapitalisten und Gewerkschaftsführern Italiens lassen einheitlich eine „nostalgische“ Erinnerung an die Politik der Jahre 1943-47 anklingen, als die Klassenwidersprüche mit der Partei der nationalen Einheit, des „Pakt“, gegen den Faschismus verdeckt wurden.

So sagte Agnelli, Fiat Bo und mit kurzem Präsident des zentralen italienischen Kapitalisten Verbandes Confindustria, vor der Hauptversammlung dieses Verbandes Ende Mai alle Komponenten der „Führungsriege“ (d.h. Kapitalisten-Politik,

Gewerkschaftsführer) mößten „die Basis eines neuen Pakt“ suchen, „der 30 Jahre nach dem April 1943 erneut die nationalen Ziele des italienischen Volkes mit Blick auf die 80er und 90er Jahre definiert (ist nach „Lotta Continua“ vom 1.6.74).

Und der Generalsekretär der größten italienischen Gewerkschaft CGIL - die eng mit der revisionistischen Partei PCI verbunden ist - „Lama“, sagte fast zur selben Zeit: „Italien hat andere Momente des Notstandes erlebt und hat es verstanden, damit fertig zu werden.“ Ein „Comitato di Liberazione Nazionale aus wirtschaftlichen Motiven“ würde keine „dramatischen Umwälzungen“ hervorufen und würde „ein positives Echo im Land“ haben (all. nach „Lotta Continua“ vom 25.5.74).

Zum besseren Verständnis dieser Aussage (die „Comitati di Liberazione Nazionale“ (Komitees der Nationalen Befreiung - CLN) waren während des antifaschistischen Krieges des Einheitskomitees aller Parteien, von den Christdemokraten bis zu den Kommunisten).

Solche Aussagen sind weder Ausnahme noch die neue. So schwärmte z.B. die PCI-Zeitung „Unità“ vom 6.6.73 (während der Krise der damaligen „Mitte-Rechts“-Regierung unter Andreotti), davon, daß die italienische Staat entstanden sei aus den Beiträgen der drei „Volkkräfte“ - Kommunisten, Sozialisten und Katholiken, daß dies heute erneut notwendig sei, daß eine „Rückkehr zum Geist der Jahre der Verfassung“ erforderlich sei.

Zum Verständnis solcher Aussagen, vor allem der nach dem faschistischen Putsch in Chile von der PCI vorgebrachten Perspektive des „Historischen Kompromiß“, wollen wir einen kurzen Rückblick auf die „Jahre der Verfassung“ und der „nationalen Einheit“ werfen.

Die PCI verfolgte im antifaschistischen Krieg die Linie, alle „zweckrationalen“ Meinungsverschiedenheiten „zurückzustellen“ hinter das eine Ziel des bewaffneten Kampfes gegen den deutschen und italienischen Faschismus. In diesem Sinn strebte die PCI die „Einheit aller antifaschistischen Kräfte“ an. In den 1942/43 entstandenen Einheitskomitees, vor allem den CLN, arbeiteten PCI, Sozialdemokraten, Christdemokraten zusammen, wobei die Hauptlast des bewaffneten Kampfes allerdings von den Kommunisten getragen wurde.

Unter dem Eindruck des anwachsenden Partisanenkampfes, des Vormarsches der Alliierten in Südtalien

Unter dem Eindruck des anwachsenden Partisanenkampfes, des Vormarsches der Alliierten in Südtalien und einer gewaltigen Streikbewegung im Frühjahr 1943 wurde die Mussolini-Diktatur am 25. Juli 1943 von Kräften gestürzt, die ihr bis zuletzt zur Seite gestanden hatten - von Sektoren der Bourgeoisie, die durch die Monarchisten und Teile der faschistischen Partei selbst repräsentiert wurden. Während die deutschen Faschisten jetzt offen die Macht im noch nicht befreiten Teil Italiens übernehmen und dort die Mussolini-Diktatur erneut aufzurichten, wurde in Südtalien die reaktionäre Regierung Badoglio gebildet, die vor allem vom britischen Imperialismus unterstützt wurde, mit dem Ziel, dem italienischen Volk die Früchte seines antifaschistischen Kampfes zu raubten.

Die CLN im von Faschismus besetzten Teil Italiens lehnten unter dem Einfluß der PCI und der Sozialisten entsprechend der Badoglio-Regierung ab. Es war die PCI-Führung, die hier eine Wende herbeiführte. Dies unter dem Namen „Proletariat des Salerno“ (Wendung von Salerno) als ein unheimliches Blatt in die Geschichte eingegangen. Der PCI-Generalsekretär Togliatti kam Ende März 1944 aus seinem sowjetischen „Exil“ in Südtalien, in Salerno (nahe Neapel) an. Einige Tage vorher, am 13. März 1944, war die Badoglio-Regierung von der Sowjetunion offiziell anerkannt worden. Diese Linie wurde nun auch in der PCI durchgesetzt. So wurde noch im April 1944 die zweite Regierung Badoglio gebildet, diesmal unterstützt von den CLN. Am 18. Juni 1944 wurde die erste „Allparteiengovernment“ (unter Bonomi) gegründet, der Minister der DC, der PCI, der Sozialistischen Partei und anderer kleinerer Parteien angehört. Die Periode dieser „Regierung der nationalen Einheit“ reichte genau bis zum 31. Mai 1947, denn von da an regierte ohne PCI und Sozialisten gebildet.

Die PCI hatte die Unterstützung der Regierung Badoglio an die Bedingungen geknüpft, daß nach Kriegsende eine Volksabstimmung über die zukünftige Staatsform Italiens Monarchie vs. bürgerliche oder Republik - stattfinden sollte. Dieses Referendum fand am 2. Juni 1946 statt und ergab eine Mehrheit von 54% für die Abschaffung der Monarchie.

Dieser formale „Sieg“ verdeckte aber die Tatsache, daß durch die Zusammenarbeit mit der Regierung Badoglio und den hinter ihr stehenden Kräften innerhalb der „antifaschistischen Einheitsfront“ des Kräfteverhältnisses entscheidend zugunsten derjenigen Elemente verschoben wurde, die weder mit dem Faschismus noch gar mit dem Kapitalismus überhaupt einen vollständigen Bruch wollten. Außerdem wurde es durch die Ausdehnung der „nationalen Einheit“ auf die um Badoglio gruppierten extrem reaktionären Klassenkräfte (den Christdemokraten erleichtert, sich selbst als „Kraft der Mitte“ darzustellen und so die scharfe Rechtswende der folgenden Jahre durchzusetzen).

Die Wahlen 1946 brachten 18,9% für die PCI, 20,7% für die Sozialistische Partei und 33,1% für die DC. Die Regierungsabteilung der Kommunisten und Sozialisten wurde von der Bourgeoisie aber nur für einen kurzen Zeitraum gewährt, um mit Parolen der „reconstruction nazionale“ (nationaler Wiederaufbau), des „sacrificio nazionale“ (nationales Opfer), der „regime sociale“ (sozialer Waffenstillstand) u.B. die antifaschistische Kampfkraft der Arbeiterklasse zu entziehen (des zunächst einmal natürlich im allerwichtigsten Sinn die Enttarnung der Partisanen) und zu paralysieren, um die kapitalistische Produktionsmaschine wieder in Gang zu bringen und um eine scharfe Rechtswendung einzuleiten. Derselbe Vorgang spielte sich damals in Frankreich ab und spielt sich heute in ähnlicher Form in Portugal ab.

Anfang Januar 1947 reiste der damalige italienische Regierungschef De Gasperi in die USA, um dort über „Hilfe“ zu verhandeln. Die US-Imperialisten machten diese „Hilfe“ von einer scharfen antikommunistischen Wende der italienischen Politik abhängig, und die italienische Bourgeoisie machte von dieser „Bedingung“ einen intensiven propagandistischen Gebrauch: man müßte die Kommunisten und Sozialisten aus der Regierung drängen, dann würde der Geldstrom aus den USA fließen und alle Not der Volksmassen hätte ein Ende etc.

Strom aus den USA fließen und alle Not der Volksmassen hätte ein Ende etc.

Am 10. Januar 1947 wurde, unter direktem Einfluß des US-Kapitals, die Sozialistische Partei PSI gespalten. Es entstand neben den Sozialisten, die den Namen PSI weiterführten, die Sozialdemokratische Partei PSDI, die einen scharf antikommunistischen Kurs steuerte.

Am 12. März 1947 verkündeten die US-Imperialisten die „Truman-Doktrin“, die u.a. besagte, daß der US-Imperialismus jeden „kommunistischen Aufstand“ in seinem Einflußbereich militärisch niederschlagen würde. Die „Truman-Doktrin“ sollte vor allem das offene Eingreifen des US-Imperialismus in den griechischen Bürgerkrieg begründen, richtete sich aber zugleich als Drohung auch an die italienische Arbeiterklasse.

Die so entstandene Atmosphäre wurde von der italienischen Bourgeoisie zunächst benutzt, um der PCI und PSI weitere Zugeständnisse abzuverlangen, vor allem bei der Ausarbeitung der Verfassung. So stimmte die PCI zu, daß die 1929 zwischen Vatikan und Vatikan abgeschlossenen „Lateran-Verträge“ (die die starke Stellung der katholischen Kirche im italienischen Staat garantieren) zum Bestandteil der italienischen Verfassung gemacht wurden.

Nachdem die Bourgeoisie die PCI und PSI so wie eine Zitrone bis zum letzten Tropfen ausgepresst hatte, wurden die „weggeworfen“. Am 31. Mai 1947 bildete De Gasperi eine neue Regierung, ohne PCI und PSI.

Am 18. April 1948 fanden Neuwahlen statt. Durch eine wilde antikommunistische Kampagne vorbereitet mit drohenden Aufmärschen des Militärs, mit riesigen Summen von Bestechungsgeldern, mit äußerem Einsatz der katholischen Kirche und (im Süden des Landes) der Mafia, wurde der 18. April 1948 ein großer Sieg der DC. Die DC bekam 48,9% der Stimmen (was ihr die absolute Mehrheit der Parlamentssitze einbrachte) gewonnen, was 33,4% gegen-



Über 1946 dazu Die antikommunistische PSI Saragat bekam 7,1% PCI und PSI hatten zu den Wahlen eine Aktionsfront unter dem Namen „Fronte Popolare“ (Volksfront) gebildet, die 31% der Stimmen bekam - 1946 hatten die PCI und die noch nicht gespaltene PSI zusammen 39,6% gehabt.

Die politische Repression und die weitere Verschärfung der Lebenslage der Werktätigen marschierten Ein politisches Lied erinnert an diese Niederlage: „Denkt an den 18. April - als ihr christdemokratisch stimmte - ohne an den nächsten Tag zu denken - als ihr die Jugend zugrunde richtete“.

Es bleibt zu ergänzen, daß 1948/49 die Einheitsgewerkschaft der italienischen Werktätigen gespalten wurde, wobei wieder der US-Imperialismus mit großen Geldbeträgen zur Stelle war, daß Italien im Frühjahr 1949 der NATO beitrug, daß am 1. Juli 1949 durch ein Dekret des „Heiligen Offiziums“ des vatikanischen Katholiken verboten wurde, Mitglied der PCI zu sein, für diese zu stimmen oder auch nur ihre Flugblätter zu lesen (vgl. dazu den Kasten).

Dieser kurze Rückblick mag ein Licht werfen auf die „nostalgischen“, idyllischen Verklärungen des „Jahrs

ordnet“, sie mit anderen Worten auf ungerechten späteren Zeitpunkt, nach dem Sieg über den Faschismus verschoben. Weiterhin ist zu sagen, daß der italienische Staat in einem Land entstand, das vom US-amerikanischen und britischen Imperialismus besetzt war, eine Tatsache, die die Revisionisten sonst gern einführen und anföhren, um zu erklären, warum die Arbeiterklasse damals „nicht zu weit gehen“ durfte, warum die Partisanen ihre Waffen niederlegen mußten usw. Schließlich erinnern man sich an den Druck, den der US-Imperialismus gerade in der Periode der Verfassungs-Erarbeitung auf die italienische Innenpolitik ausübte.

Die Staatsmacht stützt sich auf Militär und Polizei. Die italienischen Revisionisten behaupten freilich, daß auch ihre Streitkräfte etwas Besonderes seien, daß sie „aus dem Widerstand geboren“ seien, und daß auch ihre Polizei anders sei als in „gewöhnlichen“ bürgerlichen Staaten. So brachte die „Unità“ am 4.11.73 zum „Tag der Streitkräfte“ eine versierte Sonderbeilage, geschmückt mit einem Foto, auf dem Kinder auf einem Panzer spielen. Der Text schwelgte in Lob auf die „Freude der Streitkräfte zur demokratischen Republik“ auf die „Bande gegenseitigen Vertrauens zwischen dem italie-

Imperialisten auf diese Vorgänge. Secchia schreibt weiter, die Ausarbeitung der Verfassung habe „nicht wenige Mängel“ gehabt, „aber der schwerwiegendste war sicher, daß man sich nicht befaßte, oder nur höchst oberflächlich, mit den Strukturen, die den Streitkräften, der Polizei und den anderen besonderen Staatsorganen zu geben war.“ Alles, was Secchia, habe in zwei Verfassungsartikeln bestanden, deren Höhepunkt der Satz war, daß sich die Streitkräfte im „demokratischen Geist der Republik“ zu orientieren hätten. Secchia schreibt dazu: „In diesem letzten Paragraphen von absoluter Allgemeinheit hat man den ganzen Geist der Erneuerung zusammengefaßt. Alle Projekte einer „Demokratisierung der Streitkräfte“ gingen so ins Leere, was blieb, war eine Phrase.“

Schließlich noch folgende Äußerung Secchias: „Das italienische Parlament hat keine Macht, in Fragen einzugreifen, die die Streitkräfte betreffen.“ (Zitate aus Pietro Secchia. Die bewaffneten Organe, im oben erwähnten Sammelband der PCI von 1972, S. 178, 187, 182/183 und 189).

Der italienische Staat und sein Unterdrückungsapparat sind das Instrument der Bourgeoisie zur Durch-

errichtung muß (Lenin, Staat und Revolution, 1917).

Die Revisionisten gehen stattdessen davon aus, daß der italienische Staat demokratisch sei (ohne den Klassencharakter dieses Staates zu kennzeichnen), daß es die Aufgabe der Arbeiterklasse sein müßte, diesen „demokratischen Staat“ und seine „demokratischen Institutionen“ nicht etwa in einer gewaltsamen Revolution zu zerschlagen, sondern sie zu verteidigen und allenfalls zu „demokratisieren“.

Die besondere Liebe der Revisionisten gilt der Verfassung, über deren Zustandekommen wir schon etwas gesagt haben. So erklärte der jetzige PCI-Generalsekretär Berlinguer auf einer Arbeiterversammlung in diesem Jahr: „Demokratie in Italien bedeutet Respektierung und Durchführung der republikanischen Verfassung ... Das wahre Problem besteht darin, den aus demantifaschistischen Widerstand geborenen Staat ... wieder auf die Geleise der Verfassung zu bringen, um diesem Staat Repräsentativität, Autorität und Stärke zu geben ...“ (zit. nach „Unità“ vom 11.2.74).

Natürlich sind für die Revisionisten auch Armee und Polizei keine Unterdrückungsapparate der Bourgeoisie, sondern eine Ansammlung von Menschen, von denen die meisten „Söhne des Volkes“ sind, die treu zum „demokratischen Staat“ stehen usw., während eine kleine Zahl von bösen Menschen „Versuche der reaktionären und faschistischen Infiltration“ in diese „Institutionen des demokratischen Staates“ unternimmt (so etwa in der Erklärung der PCI-Direktion zum „Tag der Streitkräfte“ 1973 - „Unità“ vom 4.11.73). So konnte die PCI 1972 in einer Wahlzettel mit geradezu widerlicher Naivität schreiben: „Begeht ein Verstoß (!) vor sich, das Haar zu verwenden (!!) in ein von den republikanischen Institutionen logelöstes und dem Volk entgegengesetztes Instrument“, wobei natürlich die Versicherung nicht fehlen durfte, daß „die überwältigende Mehrheit“ der Soldaten und Offiziere „mit Eifer ihre Pflicht erfüllt“ und treu zum Eid „auf die aus dem Widerstand hervorgegangene demokratische Republik“ steht (zit. aus einer Anzeige der PCI in „Unità“ vom 22.3.72).

Wie sehr in Wahrheit die italienischen Streitkräfte von Anfang an nicht nur dem Volk entgegengesetzt waren, sondern sogar von den bürgerlich-demokratischen Institutionen „logelöst“ sind, geht aus der oben zitierten Aussage Secchias hervor, der „unmöglich, also, ganz aus der oben zitierten Aussage Secchias hervor, der immerhin ehrlich zugibt, daß das italienische Parlament keine Macht hat, in Angelegenheiten der Streitkräfte einzugreifen, und zwar noch krasser als in den USA, England oder der BRD.

Bei der demonstrativen „Staatstreue“ der PCI-Führer, die auch von Lächerlichkeit nicht zurückgeschreckt, ist es wohl verständlich, wenn die Revisionisten sehr gekränkt sind, weil sie seit 1947 trotz ihres guten Willens, dem „demokratischen Staat“ zu dienen, von diesem weitgehend ausgeschlossen sind.

### Der „historische Kompromiß“

Mit ihrer Theorie vom „demokratischen Staat, der aus dem Widerstand geboren wurde“ und von der „republikanischen Verfassung“ hatten die Revisionisten der PCI Führer ihre Theorie begründet, die italienische Arbeiterklasse könne den Kapitalismus durch „Strukturreformen“ überwinden, und so auf „friedlichem demokratischem Weg“ zum Sozialismus gelangen.

Inzwischen gehören auch die „Strukturreformen“ schon der Vergangenheit an, denn die Revisionisten sind auf dem Weg der „Realpolitik“ noch einige Schritte weitergegangen.

Während der Krise des „Mittelrechts“-Regierung Andreotti (DC, PSDI und die stark rechtgerichtete Liberale Partei PLI) im Juni 1973 kündigte PCI-Generalsekretär Berlinguer an: „Unsere Funktion als Oppositionspartei, die mit den wirklichen Massen und ihren Kämpfen verbunden ist, könnte sich auf andere Art (in modi diversi) ausdrücken als jene, mit der wir gegen die Regierung Andreotti-Malagodi gekämpft haben.“ (zit. nach „Unità“ vom 19.6.73).

Am 8. Juli 73 trat die Regierung Andreotti tatsächlich zurück und wurde ersetzt durch die „Mitte-Links“-Regierung Rumor (DC, PSI, PSDI

und „Republikanische Partei“ PRI). Gegenüber dieser Regierung wählten die PCI-Führer eine Politik der „opposizione diversa“ (andere Opposition) ein, was faktisch auf eine Unterstützung dieser Politik hinauslief. Das galt vor allem, nachdem die Rumor-Regierung in demagogischer Weise einen Preistop für eine Reihe von Grundnahrungsmitteln ausgesprochen hatte. In AK 41 haben wir geschiedet, wie der so zustande gekommene soziale Waffenstillstand zwischen Kapitalisten und Gewerkschaftsführern in den ersten Monaten dieses Jahres an den sich verärfendenden Kompfaktionen der Arbeiterklasse veranschaulicht. Der Generalsekretär vom 27. Februar dieses Jahres war der deutliche Ausdruck dieser Tatsache. Am 28. Februar trat der Schatzminister La Malfa (PRI) zurück und versprach damit eine neue „Regierungskrise“ unter heftigen Angriffen gegen die PSI und die Gewerkschaften, die ihn angeblich bei seinem Kampf gegen die Inflation nicht genügend unterstützt hätten.

Am 2. März wurde eine „neue“ Regierung Rumor gebildet, ohne die PRI. Die PCI erklärte daraufhin das Ende der „opposizione diversa“ und kündigte eine „opposizione attiva e intransigente“ (deutliche und unversöhnliche Opposition) gegenüber der „neuen“ Regierung Rumor an.

Diese taktische Reaktion auf die verstärkten Klammkämpfe bedeutet indes durchaus nicht das Ende der Suche nach dem „historischen Kompromiß“.

Die Formel des „historischen Kompromiß“ wurde von der PCI-Führung als Antwort auf die Lehren des faschistischen Putsches in Chile entwickelt in drei Artikeln in der theoretischen Wochenzeitschrift der PCI, „Rinascita“ (Nr. 38, 39 und 40/1973) wurde die zugehörige „Theorie“ von PCI-Generalsekretär Berlinguer entwickelt (eine Übersetzung der beiden wichtigsten Artikel dieser Folge bringen wir demnächst in einer Broschüre zu den Lehren der chilenischen Ereignisse heraus).

Berlinguer bekräftigt dort die These, daß „der demokratische Weg zum Sozialismus“ eine „schrittweise Umgestaltung“ sei, „die sich in Italien im Rahmen der antifaschistischen Verfassung verwirklichen läßt“. Dies sei nur in der Zusammenarbeit zwischen „allen demokratischen Volkskräften“ - speziell zwischen PCI und DC - möglich. Denn „die Gegenüberstellung und der frontale Zusammenstoß zwischen den Parteien, die eine Basis im Volk haben und zusammenzuwachsen am Fortschritt, die eine Basis im Volk haben und von denen bedeutende Massen des Volkes sich vertreten fühlen“ würden „zu einer Spaltung führen, zu einer wirklichen Zersplitterung des Landes, die für die Demokratie verhängnisvoll wäre und würde sogar die Grundlagen für das Überleben des demokratischen Staates im Mitleidenschaft ziehen“.

Aus der Tatsache, daß es der DC bisher gelingt, kleinbürgerliche Massen an sich zu binden, würde ein Kommunist vernünftigerweise die Schlussfolgerung ziehen, daß man einen scharfen politisch-ideologischen Kampf gegen die DC um diese Massen führen muß. Berlinguer jedoch erklärt den frontalen Zusammenstoß für schädlich und fordert die Zusammenarbeit mit dieser Partei.

So wie für die Revisionisten der Staatsapparat in eine Anzahl von Menschen zerfällt, von denen der eine dies will und der andere das (wobei die Mehrheit des „Volkskräften“ zugerechnet wird), so wird auch die DC nicht als Hauptpartei der Bourgeoisie behandelt, als ein besonders wichtiges Instrument der Bourgeoisie sondern als ein Gemeinzel von Menschen, die verschiedenen sozialen Schichten angehören. Zu meist zum Volk gehören Mal haben die Volkskräfte das Übergewicht so bis zur antimilitaristischen Wende im Mai 1947 und ein anderer Mal die reaktionären Kräfte. Was in Wahrheit taktische Wendungen bürgerlicher Politik sind, wird so für den Revisionisten zum Ausdruck eines Tauziehens zwischen „Volkskräften“ und „reaktionären Kräften“ innerhalb der DC.

Weisen wir einen kurzen Blick auf die soziale Zusammensetzung der DC? Ansehnend ist sie in erster Linie eine Frauen Partei. Denn die Hausfrauen stellen mit 25% die stärkste Gruppe der Mitglieder. Als folgen Industrie Arbeiter mit 13,6%. Öffentlicher Dienst mit 12,7% und

### CURIA VESCOVILE DI PIACENZA

#### DOPO IL SEGRETO DEL SANTO UFFIZIO

#### AVVISO

#### E' peccato grave!

1. Iscriverti al Partito Comunista.
2. Favorirlo in qualsiasi modo, specie col voto.
3. Leggere la stampa comunista.
4. Propagare la stampa comunista.

Quando non si può ricevere l'assoluzione, se non si è pentiti o formalmente disposti a non commetterla più.

Chi, iscritto o no al Partito Comunista, ne ammette la dottrina marxista, etica ed antichristiana o ne fa propaganda, è

#### IPSOSTATI DALLA PERE E SCOMUNICATO

e non può essere assolto che dalla Santa Sede.

Quando si è detto per il Partito Comunista dove sono i peccati, si è detto che fanno come nessuno.

Il peccato di omicidio o secondo ai cattolici in morte sono gravi. Il peccato rivoluzionario, perché è in pericolo la stessa salvezza dell'umanità.

Mit Plakaten wie dem hier wiedergegebenen wurde das Antikommunismus-Dekret des Vatikans vom 1. Juli 1949 in den italienischen Kirchen bekannt gemacht.

#### Der Text lautet:

Was für die Kommunistische Partei gesagt ist, gilt auch für andere Parteien, die gemeinsame Sache mit ihr machen.

„Es ist eine schwere Sünde: 1. Mitglied der Kommunistischen Partei zu sein. 2. Sie irgendwie zu begünstigen, besonders durch die Stimmabgabe; 3. Die kommunistische Presse zu lesen, 4. Die kommunistische Presse zu verbreiten.“

Davon kann man keine Absolution erhalten, falls man nicht bereit und fest entschlossen ist, diese Sünde nicht mehr zu begehen. Wer, Mitglied der Kommunistischen Partei oder nicht, die marxistische, atheistische und antichristliche Lehre annimmt und für sie Propaganda macht, ist EIN ABTRÜNNIGER VON GLAUBEN UND EKKOMUNIZIERT und man kann nicht anders Absolution erhalten als durch den heiligen Stuhl (den Papi). Ann. AK).

Der Herr erkläre die betroffenen Sünder und gewähre ihnen volle Reue, da sonst das ewige Heil in Gefahr ist.“ (Wiedergabe des Plakats aus „avanguardia operaia“ 12/74).

der Verfassung“, wie sie heute von den italienischen Revisionisten mit Vorliebe betrieben wird.

### Ein ganz besonderer Staat

Die italienischen Revisionisten behaupten, daß der italienische Staat kein „gewöhnlicher“ bürgerlicher Staat, sondern etwas ganz Besonderes sei.

So sagte der damalige PCI-Generalsekretär Luigi Longo auf dem XII. Parteitag der PCI (Februar 1969): „Ausgang- und Bezugspunkt unseres ganzen Kampfes bleibt die republikanische Verfassung. Die italienische Republik entstand aus einem bewaffneten Kampf der Arbeiterklasse und des Volkes, wurde geboren aus einer nationalen und demokratischen Revolution, in deren Splitis die Arbeiterklasse stand und die kommunistische Partei. Diese unsere Republik ist keine bürgerlich-demokratische parlamentarische Republik von neuem Typ. Sie ist das durch ihren Geburtsakt. Sie ist es durch das Programm der Erneuerung, von dem die Verfassung inspiriert ist“ (zit. nach „L'Avvenire“ 14.12.1969). „Reformen und politische Führung“, in einem Buch, das die PCI Anfang 1972 zum 30. Jahrestag der Partei herausbrachte).

Außerungen, daß der italienische Staat aus dem Widerstand geboren sei und dadurch irgendeine besondere Wehr habe sind von den PCI-Führern ständig zu hören.

Dazu ist zu sagen, daß zwar tatsächlich die bürgerliche Arbeiterklasse die Hauptlast der bewaffneten Kämpfe trug, aber daß die PCI-Führung ausdrücklich darauf verzichtet hatte im Rahmen der nationalen Einheit eine politische Führung und die besonderen Interessen der Arbeiterklasse und Kleinbauern durchzusetzen, sondern diese Fragen dem Kampf gegen den Faschismus „unter-

ordnen“, wie sie heute von den italienischen Revisionisten mit Vorliebe betrieben wird. „Als große Partei des Volkes und wegen der Rolle, die sie bei der Gründung des demokratischen Staates hatte, betrachtet die PCI die Verteidigung und Entwicklung seiner Institutionen als Teil ihrer eigenen historischen Aufgabe“ (aus einer Erklärung der „Direktion“ der PCI zum „Tag der Streitkräfte“, in „Unità“ vom 4.11.73).

Vergleichen wir die idyllische Geschichte vom bürgerlichen Staat, der angeblich keiner mehr ist, und von den „aus dem Widerstand geborenen“ italienischen Streitkräften mit der historischen Realität, wie sie sogar in manchen ehrlichen revisionistischen Darstellungen durchscheint.

Der zur „alten Garde“ gehörende PCI-Führer Pietro Secchia (u.a. zusammen mit Luigi Longo Herausgeber einer Geschichte des antifaschistischen Kampfes) schrieb 1972 über die Entstehung der italienischen Streitkräfte: „Es heißt dort u.a. „Tatsächlich wurden einige Tausend Partisanen, mit größter Zurückhaltung, in die Kräfte der Polizei und des Heeres eingegliedert (1945, als „Gegenspieler“ für die Entwaffnung der Partisaneneinheiten - Ann. AK), aber sie schlugen dort keine Wurzeln, mit dem Bruch der antifaschistischen Einheit wurden sie von den folgenden Regierungen der Gaesperi fast alle hinausgeworfen ...“ „Die wenigen Tausend antifaschistischer Kämpfer und ehemaliger Partisanen, die als Offiziere in die Streitkräfte und Polizeikräfte aufgenommen worden waren, wurden alle ausgeschlossen, wegen „An ihrer Stelle sollten, mit voller Autorität, ausgesprochen von jedem Prozess oder ständiger Unterwerfung, Männer stehen, die 20 Jahre lang dem Regime der Diktatur gedient hatten“.

Secchia erwähnt in diesem Zusammenhang den besonderen Einfluß der britischen und US-amerikanischen

weizung ihrer Klasseninteressen, zur Ausplünderung und Niederhaltung der werktätigen Klassen, wie jeder bürgerliche Staat.

Der faschistische Staatsapparat wurde nie zerschlagen, sondern nur auf den Erfordernisse einer bürgerlichen Demokratie umgestellt, wobei in Italien in besonders hohem Maße faschistische Kräfte im Staatsapparat erhalten blieben (vgl. dazu den Artikel im AK 45). Faschistische konterrevolutionäre Gesetze, die vor allem zur Unterdrückung der politischen Meinungsfreiheit und speziell zur Unterdrückung der revolutionären kommunistischen Propaganda dienen, wurden niemals aufgehoben, sondern werden immer noch angewendet - Secchia erwähnt daß 1955 ein Antifaschist wegen „Verleumdung der Streitkräfte“ verurteilt wurde, weil er die Kriegführung des Faschismus kritisiert hatte. Er erwähnt weiter, daß nach der antikommunistischen Wende 1947 Partisanen wegen ihres Einsatzes im antifaschistischen Kampf verurteilt wurden.

Man darf noch hinzufügen, daß die italienische Polizei noch immer nach einem faschistischen Reglement aus dem Jahr 1931 arbeitet.

Das ist also „der aus dem Widerstand geborene Staat“!

Die Idylle vom „aus dem Widerstand geborenen Staat“ bedeutet die völlige Abkehr von der marxistisch-leninistischen Lehre von Staat und Revolution, daß der Staat ein Produkt der Unversöhnlichkeit der klassengegenständlichen ist das zur Unterdrückung der einen Klasse durch die andere“ dient, daß also dieser Staat „als allgemeine Regel, nur durch eine bewaffnete Revolution“ abgeworfen werden kann, daß das Proletariat die bürgerliche Staatmaschine zerschlagen muß, daß es zur Sicherung der Revolution seine Diktatur über die niedergelegenen Ausbeuterklassen







Mehr Meer", „Treffpunkt Ibiza“, „Promenaden für Urlaubskünstler“, „Mallorca wie noch nie“, „Costa Nova 66“ mit solchen und ähnlichen Sprüchen sind die kapitalistischen Urlaubskonzerne von Neckermann bis Dr. Tigges wieder rechtzeitig vom Sommerurlaub angetrieben, um ihr Urlaubsangebot, ihre Pauschalreisen an den Mann zu bringen. Schreie bunte Kataloge sollen Erholungsbedürfnisse ködern, ihren Urlaub als Hummel oder Iwan-Touropas oder Scharnow zu verbringen. Tourismusmanager, Hotelbesitzer, Anfahrtschleuse, Sonnenöffner und wer sonst noch alles zur kapitalistischen Urlaubsbüro gehört, stürzen sich auf den Urlaubser und versprechen ihm das Meer, Sonne, Mühsal.

Der Club Mediterranean ist ein Angebot des kapitalistischen Urlaubsmarktes, das mit seiner eigenen Ferienphilosophie von Freizeit und Toleranz die Menschen auf den Fein locken will. Der Gründer dieses Clubs charakterisierte sein Ferienangebot folgendermaßen: „Die Formel des Club Mediterranean basiert auf einem ganz einfachen Prinzip: Um wirklich Ferien zu haben, muß man sich in eine Gesellschaft begeben, die der in unserem Alltag vorkommenden entgegengesetzt ist, in eine Gesellschaft ohne psychologische Belästigungen, ohne Verpflichtungen, ohne Autoritäten und ohne soziale Unterschiede.“ (L. Spiegel, 17.7.72)

Mit diesen Worten hat der zitierte Herr den Kern der bürgerlichen Ferienideologie getroffen. Den erschöpften Menschen, die sich im Urlaub erholen wollen, soll an ihren Ferienorten vorgespielt werden, daß es möglich ist, frei zu sein, daß es ein glückliches Leben ohne Zwang gibt, es soll die Illusion geweckt werden, daß der Kapitalismus den Menschen was zu bieten hat – und wenn es nur drei Wochen Ferien im Jahr sind, die als Ferien vom Kapitalismus propagiert werden.

Im Neckermann Reisekatalog werden die angebotenen Ferienziele als Orte bezeichnet: „wo der Mensch wieder Mensch wird.“ Der Urlaub mit Neckermann wird als Erlösung vom Alltag angeboten. Drei Wochen „Mensch sein“ – das soll die Urlauber mit den immer menschenunwürdigeren Verhältnissen zu Hause, im Betrieb, auf der Straße und in allen Lebensbereichen versöhnen.

Entsprechend sind die Reise Prospekt aufgemacht. Sie ergeben sich in lyrischer Landschaftsbeschreibung (Scharnow „Sie blicken auf das Meer, dessen Farbe von Hellblau

# URLAUB IM KAPITALISMUS: URLAUB VOM KAPITALISMUS?

über Grün bis Violett wechselt“), der „herrlichweiße Sand“, der die Erfüllung aller Urlaubswünsche angeboten wird, wird den Menschen schon bei der Urlaubswahl in die Augen gestreut. Information wird in den Prospekten mehr klein geschrieben. Im Vordergrund der Prospektfotos rikaia sich meistens kaffeebraune Meeres, die die Sicht auf den Badeort verdecken. Die menschenleeren Strände in den Prospekten sind meistens frühmorgens fotografiert worden, wo noch kein Mensch am Strand ist. (s. die langen Schatten auf den Bildern!) Heißt es im Prospekt etwa: „wie Perlen aufgereiht die modernen Hotels.“ dann ist das nur die positive Umschreibung eines Urlaub-Manhattans, verheißt der Prospekt: „quicklebendige Atmosphäre“, dann kann man einen ziemlich verlärmten Urlaub erwarten, ist die Rede von „rustikal eingerichteten Zimmern“, kann man sich in der Regel auf eine Bude mit gehobenen Stallkomfort vorbereiten.

Außer Hotels, Strand und Sonne bieten die Kataloge noch „Glück“ und „Zufriedenheit“ an! „alles, was ein Urlaubser sich wünscht“ hat Scharnow auf der Planie Laut Scharnow beschränkt sich dann das Urlaubsglück auf „Unterhaltung, Sonne, Strand und Folklore.“ Zur Unterhaltung gibt es in jedem Urlaubsort Diskotheken, wo man sich für viel Geld für den Unterhalt der Kapitalisten unterhalten kann. Sonne ist umsonst, dafür ist der Strand aber meistens bis auf den letzten Platz belegt, mitunter kostet das Sonnen am Strand noch Korkaxe. Für die Folklore sorgen meistens engagierte Jodelprofis oder – in Spanien – engagierte Flamenco-Gitaristen. So raubt die Urlaubsindustrie eine heile Welt für die Urlauber aus dem Hut. Allerdings – nicht umsonst – zwei Wochen Costa Blanca für 500,- DM wollen erst mal aufgebracht sein, und wer mit Familie fährt kann schon bis zu zwei Monatslöhne ausgeben.

Es wird aber noch mehr geboten: „High life“ und „Teilnahme am Leben des Jet-Set“, Teilnahme am Leben der Kapitalisten also, das Leben solcher parasitärer Elemente wie

Gunter Sachs soll für drei Wochen auch für die Urlauber möglich sein. Natürlich wird Sachs sich böten, sich „unter Volk“ zu mischen, und natürlich wird kein „Pauschalreiseurlauber“ irgendwo kapitalistisches „High life“ finden (wofür ihm sowieso schon das Geld fehlt), man speist ihn mit einem möden Jet-Set-Aufgang ab. Aber das wesentliche ist, daß die Illusion geweckt wird, man könne auch mal so leben wie die Kapitalisten. Diese Illusion soll eine Pseudo-Zufriedenheit erzeugen, sie soll mit den Ausbeutern und Unterdrückten verschönlicht stimmen. Drei Wochen „High life“ – das soll für den Rest des Jahres Klassenfrieden erzeugen.

etwas. Vormittags Braunwerden, Mittagessen, nachmittags Braunwerden, Abendessen, dann Tanz in immer den gleichen zwei drei vollen leeren Bars bis in die Puppen. Ein paar Männerbekanntschaften, die – wenn man's genau nahm – auch nichts hergeben, zwei hatten einmal eine Nacht bei ihnen geschlafen, na ja, bei dem Alkoholkonsum... Sie war plötzlich ziemlich resigniert, die hübsche Lia. „Wenn ich es recht betrachte, war der Urlaub eigentlich ganz große Scheiße!“ (s. nach Antoch u. a. Von Urlaubsern und Urlaubnehmern, Jugenddienst-Verlag.) Die „Besuche dieses Mädchens“ sacher eine typische Erfahrung, zeugt, daß hinter den Versprechungen in den

drückung deutlich. Das Prinzip der rückwärtigen Cleverness der Kapitalisten zum Zwecke des Geld- und Machtgewinns paßt sich hier „wunderbar“ mit dem Prinzip der systematischen politisch-ideologischen Ausrichtung der Menschen zum Zwecke der Erhaltung der Abhängigkeit.

Die kapitalistische Ferien- und Freizeitideologie ruht auf dem West des organisierten Tourismus seit 1972 verteilten 69,5 % aller Urlauber, ohne Hilfe von Reisebüros und Urlaubsfürern. Aber dieser „unorganisierte“ Urlaub wird genauso von den kapitalistischen „Urlaubsrichtlinien“ geprägt. Vorstellungen von „frei und ungebunden“ sein, Hoffnungen auf den großen „Urlaubsfuß“ usw. sind nur Illusionen.

Die mit einem riesigen Werbeaufwand verbreitete kapitalistische Ferien- und Freizeitideologie, die die menschliche Existenz ein äußerlich in zwei Hälften, in Arbeitszeit und Freizeit teilt, soll die unterdrückten Menschen mit ihrem „Schicksal“ versöhnen. Was Alltag und Arbeitszeit auch für Ärger bringen mögen – Urlaub und Freizeit sollen Ausgleich

## Evros Espagna ???

Die kapitalistische Urlaubsbüroindustrie frägt zu einem großen Teil zur Verneuerung der Arbeiterklassen der klassischen Urlaubs- und Beispiel Spanien. Die Kanarischen Inseln (Teneriffa etc.) brauchen „sehr Jahren mehr Schulen – die lokale Alphabetisierungsrate liegt mit offiziell 8 bis 12 Prozent drei bis viermal so hoch wie auf dem spanischen Festland. Die Geburtenrate bei 28 bis 30 pro 1000 (Festland 19,5 pro 1000). Doch statt Schulen bauen der Magistrat von Santa Cruz und der „Cabildo Insular“, der oberste Gemeinderat für alle Inseln, umfängt den künstlichen Sandstrand „La Teresita“. Mit einem Kostenaufwand von rund 200 Millionen Peseten (8,6 Millionen Mark) wurde eine Bucht durch Schutzdeiche abgeteilt und mit 200 000 Kubikmeter Sand aus der Sahara angefüllt. Gelbem Sand, der den Touristen besser gefällt als der einheimische dunkelgraue.“ (L. Spiegel, 27.8.73)

In den Touristenzentren steigen die Lebenshaltungskosten schneller als im spanischen Land. Die spanischen Familien die das Pech haben, in Touristenzentren zu wohnen, noch teurer Bodenspekulanten treiben die Grundstückspreise in astronomische Höhen. In einigen Gebieten sind die Preise innerhalb von zehn Jahren um tausend Prozent gestiegen. Die Urlauber welle kommt in den Touristen zentren einer Besatzung Spaniens.

Bodenspekulanten treiben die Grundstückspreise in astronomische Höhen. In einigen Gebieten sind die Preise innerhalb von zehn Jahren um tausend Prozent gestiegen. Die Urlauber welle kommt in den Touristen zentren einer Besatzung Spaniens.

ens durch ausländische Mächte gleich. Wo besonders viele BRD-Bürger Urlaub machen, schließen Lokale wie „zum blauen Bock“, „Bei Willy“, „Beim dicken Otto“ wie Pilze aus dem

lichkeit unter dem faschistischen Regime wird von den Urlaubern ferngehalten. Die Deutschen, die die Urlauber nach Spanien bringen, fliegen in die Taschen der spani-

Sollen Sie unser Gast in Spanien sein?

Ca. 300% Steigerung auf die Einzahlung in 1973

ASAS TRACT-CLUB ASAS, COSTA BLANCA

Apartmentoteles Melia

MENORCA

San Juan

teneriffa

Immobilien Anzeigen in Tageszeitungen. Spanien wird an die BRD Kapitalisten verkauft

Boden, auf der Straße wird angekündigt, daß man in dem und dem Lokal „Deutschen Filterkaffee“, „Frankfurter Würstchen“ oder „Erbsen mit Sauerkraut“ bekommen kann. Kein Wunder, wenn sich viele Spanier wie Fremde im eigenen Land vorkommen.

An der Lage des unterdrückten spanischen Volkes ändert der Touristenboom gar nichts. Der Touristenboom ändert der Touristenboom gar nichts. Der Touristenboom ändert der Touristenboom gar nichts.

schon und u. a. westdeutschen Bourgeoisie. Ein Viertel aller Spanier wird wie bisher mit einem monatlichen Familien-einkommen von ca. 250 Mark auskommen müssen.

Anfang 73 versprach die Urlaubsindustrie des Herbstkaufhauskonzerns in zahlreichen Annoncen in Tageszeitungen: „Herbst lädt Spaniens Sonne für sie scheitern.“ Für Spaniens Arbeiterklasse und für die ganze unterdrückte Bevölkerung knippen die Urlaubskonzerne dagegen das Licht aus.



Messentourismus. Wo der Mensch wieder Mensch wird

„Aktiver Flirt“ oder „aktive Geiligkeit“, das bieten hauptsächlich die auf Jugendtourismus spezialisierten Unternehmen. Der „Club 28“ in Bonn (Neckermann) organisierte vor zwei Jahren den „Urlaubsflirt 73 per Computer. Die reiselustigen Jugendlichen mußten vor der Reise Fragebogen ausfüllen. Fragen wie: „Man mag, es käme unter südlicher Sonne leichter zu intimen Beziehungen. Wie stehen Sie dazu?“ wurden gestellt, wobei es die meisten Punkte für die Antwort: „Man sollte nicht soviel darüber reden. Es gehört einfach dazu.“ gab. Die Berliner „Artu Remen“ und noch direkter: „Mädchen zupfen. Vergewaltigen. Verführen... Lustig sein. Lust haben... Pummeln.“ Die Erfüllung des Bedürfnisses der Menschen nach betriebligen Beziehungen zu anderen Menschen wird durch die kapitalistischen Produktionsverhältnisse durch die Isolierung und Verunsicherung der Menschen immer wieder unmöglich gemacht. Aber was im Alltag nicht klappt, soll plötzlich im Urlaub klappen. Neckermann macht mich denken! Keiner kann im Urlaub seine anergischen Verhältnisse weissen über Bord werfen. Keiner hat im Urlaub ein anderes Bewußtsein als im Alltag. So stellt sich denn auch in den Urlaubsbüroedits das Leben nicht anders dar als zu Hause.

„Sie schwärmt, wie so oft in den letzten Tagen von dem herrlichen Urlaub, den sie hier verbracht haben. Dismal fragte ich nach. Sie wollte erzählen, aber da war eigentlich kaum

allen Dingen soll im Urlaub nicht über den Alltag, über die alltäglichen Schikanen im Betrieb und über die bunten Kataloge ein ziemlich humores „Freizeitverbrüderung“ steck. Sie hat es seinen Grund, wenn die Kapitalisten den Menschen im Urlaub „selbes Nichtstun“ verordnen. Verschlechterung der „Lebensqualität“ nachgedacht werden.

Für diejenigen die mit ihrem „Pauschalurlaub“ nicht zufrieden waren halten die Kapitalisten schon die Südhöcke bereit. „Bummelnde“ Fluglotsen müssen dann z. B. herhalten auf die sich die Wut über einen verkorkten Urlaub entladen kann. So schlagzeitle die sozialdemokratische Hamburger „Morgenpost“ zu Anfang dieses Jahres: „Vermaßen uns die Fluglotsen wieder den Urlaub?“ Touropro hat noch andere Sündenböcke im petto. „Wir tun alles Expertenmäßige für Ihren Urlaub. An Ihrem Urlaub arbeiten Menschen. Viele Menschen. Auch Menschen mit fremdlandischer Mentalität. Daher kann man immer etwas verbessern.“ heißt es im Sommerkatalog 73. Das ist ein altes Mittel der Kapitalisten um von ihrem Mist abzulenken: Nationalismus und Rassenismus. Die entlassenen Urlauber werden in auf ausländische Arbeiter gehetzt, die sich in der Sommersaison in der Ferienindustrie ein paar Pfennig dazu verdienen.

Gründe an den Praktiken der kapitalistischen Ferienindustrie zeigt sich das System kapitalistischer Unter

schaffen, hier soll die Illusion geweckt werden, daß der Kapitalismus gute Seiten hat. Urlaub, in dem der Mensch wieder Mensch wird? Urlaub vom Kapitalismus? Das wird von den Kapitalisten und ihren Ideologen gepredigt, um die unterdrückten Menschen an das kapitalistische System zu ketten, das soll das Zuckerbrot sein, daß über die alltägliche Wirklichkeit hinwegtäuschen soll.

Übrigens 16 % aller Arbeiter haben noch nie in ihrem Leben einen Urlaub gemacht.

Scheue dich nicht zu fragen, Genosse! Lass dich nicht von den Sachverständigen was du nicht selber weißt weiseln. Prüfe die Rechnung. Du mußt sie bezahlen. Lasse den Finger auf jeden Pfennig. Frage: wie kommt es hierher? Du mußt die Führung übernehmen. (aus: Lob des Elements v. H. Br. H.)



# Kampf der Faschisierung von Staat und Gesellschaft

**Frankfurt: SPD-Magistrat hat mit der Illegalisierung der kommunistischen Bewegung schon begonnen**

Nachfolgend berichten wir in einem zusammenhängenden Komplex über das Verbot einer Demonstration gegen das faschistische Blutbad von Brescia in Frankfurt am Main und den Polizeieinsatz gegen eine antifaschistische Aktion aus Anlaß des „Deutschlandtreffens“ der NPD in Frankfurt.

Diese drei Artikel zeigen beispielhaft, wie weit die Faschisierung auf einem bestimmten Sektor in unserem Land schon vorangeschritten ist. Konkret handelt es sich darum, daß in Frankfurt mittlerweile eine Situation erreicht ist, wo die Illegalisierung der kommunistischen Bewegung schon begonnen hat. Durch die inzwischen wochenlange Praktizierung eines generellen Demonstrationsverbotes gegen die linken Organisationen, ist in Frankfurt ein ganzer Abschnitt der öffentlichen politischen Arbeit der gesamten revolutionären Linken außerhalb des „demokratischen Rechts“ gestillt worden.

Die linken Organisationen in Frankfurt sind durch diese Entwicklung gezwungen, sich in einem bestimmten Bereich ihrer politischen Tätigkeit unmittelbar an der Kampfformen zu überlegen, als die bislang möglichen legalen Demonstrationen. Vorerst zeigt sich, daß die revolutionäre Linke in Frankfurt darauf weitgehend verzichtet hat und es bislang nicht geschafft hat, auf diese Entwicklung in einer geeigneten und erfolgreichen Weise zu reagieren. Die Versuche, das Demonstrationsverbot einfach zu ignorieren und sich dennoch am geplanten Platz der verbotenen Demonstration zu versammeln, sind bislang zumeist fehlgeschlagen, da die Polizei in keinem Fall zögerte, das Demonstrationsverbot mit allen Mitteln durchzusetzen.

Es zeigte sich dabei auch, daß der SPD-Magistrat bereits mit der bloßen Verhängung des Demonstrationsverbotes seine Auswirkungen in die Reihen der Linken hinein erzielt. In Sonderheit ist dies bei der antifaschistischen Aktion gegen das „Deutschlandtreffen“ der NPD festzustellen, wo sich am Versammlungsort (der verbotenen Demonstration) nur rund 300 Genossen einfanden; obwohl die Mehrzahl der revolutionären Organisationen, und darunter auch die einflussreichsten (die sind in Frankfurt gegenwärtig der „Revolutionäre Kampf“ (RK) und der KBW), trotz Verbots weiterhin dazugelassen wurden. Das „Potential“, das diese Organisationen in der Vergangenheit (in „normalen“ Zeiten) mobilisieren konnten, hat demgegenüber bereits bei mehreren Tausend gelegen.

Aktuell ist in Frankfurt eine Demobilisierung auf Seiten der Linken festzustellen, und das ist auch die Folge verschiedener Niederlagen in den bisherigen Kämpfen (gegen die Wohnraumzerstörung und gegen die Fahrpreiserhöhung), die in Frankfurt gleichzeitig am weitesten fortgeschritten sind. Einerseits sind solche Niederlagen natürlich vom gegenwärtigen Stand des gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses insgesamt abhängig, andererseits handelt es sich um unsere Errichtung aber auch um Niederlagen einer falschen Politik (siehe dazu den Artikel über die KBW-Politik in den Kämpfen gegen die Fahrpreiserhöhung). Es hilft dabei nichts, sich mit „aufmunternden“ Sprüchen über die „stärker gewordene Rebellion“ in Frankfurt darüber hinwegzusetzen und sich selbst und der gesamten Linken in die eigene Tasche zu legen. Sicher ist die „Rebellion“ in Frankfurt an manchen Kampfabschnitten schon stärker als andernorts in unserem Land – aber ebenso sicher steht diese „Rebellion“ hier auch gegenwärtig vor den größten Schwierigkeiten, die nicht durch die bloße Beschwörung der „Willenskraft“ der Kommunisten überwunden werden können.

Was uns betrifft, so hat der KB in Frankfurt erst eine sehr schwach entfaltete Arbeit, und wir meinen auch nicht, daß wir hier den „Stein der Weisen“ im Rucksack hätten. Aber wir meinen, daß es das erste und dringendste für den weiteren Aufbau einer kommunistischen Arbeit in Frankfurt sein muß, sich politische Klarheit über den hier erreichten Stand der gesellschaftlichen Kämpfe zu verschaffen, von dort aus eine kritische Analyse der bisherigen Politik der verschiedenen Organisationen vorzunehmen und darüber und über den weiter einschlagenden Weg eine solidarische Diskussion innerhalb der revolutionären Organisationen vorzunehmen und darüber und über die weiter einschlagenden Weg eine solidarische Diskussion innerhalb der revolutionären Linken zu eröffnen. Diese notwendige Auseinandersetzung hat ihre Bedeutung und ihren Erfahrungswert auch keineswegs nur für Frankfurt; denn Frankfurt ist, was die Illegalisierungsmaßnahmen gegen die kommunistische Bewegung betrifft, gegenwärtig nur Vorreiter für die Absichten der Bourgeoisie und ihres Staates im ganzen Land.

KB/Gruppe Frankfurt

## KBW zum antifaschistischen Kampf

Auch auf der gemeinsamen antifaschistischen Veranstaltung am 14. Juni, die der Vorbereitung einer gemeinsamen Aktion gegen das NPD-„Deutschlandtreffen“ dienen sollte, gab der KBW wieder einige Kostproben seines politischen Ignoranztums zum besten. Die Forderung nach Verbot aller faschistischen Organisationen verurteilte er als „opportunistisch“, weil sie sich „an den Staat und nicht an die Massen richtet“. Weder konnte ihn dabei der Hinweis eines Genossen umstimmen, daß in Italien gegenwärtig Tausende und Millionen die Forderung „MSI fuori legge“ (Verbot der neofaschistischen MSI) erhoben, noch konnte er den Unterschied erklären, weshalb der KBW beispielsweise die Forderung nach Abschaffung des § 218 unterstützt, was ja auch an den Staat gerichtet ist. Bewundern Heterkeit unter den Teilnehmern dieser Veranstaltung verdiente sich der KBW-Ordnungswächter dann aber mit seinem denkwürdigen Ausspruch:

„In Frankfurt schlagen die Wellen des Klassenkampfes hoch.“

Vielehi muß man hier den Grund suchen, weshalb so viele KBW-Genossen sowohl dieser Veranstaltung als auch der (verbotenen) antifaschistischen Demonstration zwei Tage später fernblieben. Vielleicht nur so, daß die Mehrheit der KBW-Genossen von ihrer Ortstellung gerade

an anderen Stellen dringend zum politischen Wellenreiten eingesetzt waren.

Die gemeinsame Veranstaltung bot jedenfalls mit einer Teilnehmerzahl von nur rund 300 Leuten ein ungewöhnlich jämmerliches Bild – und das obwohl die Mehrzahl der sich revolutionär nennenden Frankfurter Linken dazu aufgerufen hatte (zum Vergleich: der KBW behauptet in seinem letzten Rechenschaftsbericht von sich selbst, daß es in Frankfurt „400 auf unserer Linie organisierten Kommunisten“ gibt).

Tatsache ist wohl, daß besonders der KBW überhaupt kein ernsthaftes Interesse daran hat, seine eigenen Genossen zu antifaschistischen Versammlungen und Demonstrationen zu mobilisieren, da er ja die Existenz einer faschistischen Gefahr in unserem Land und damit auch die Notwendigkeit des antifaschistischen Kampfes prinzipiell leugnet. Tatsache ist auch, daß diese Veranstaltung für die gesamte revolutionäre Linke in Frankfurt ein Warnungssignal sein muß, wie es um das politische Niveau in unserem Land bestellt ist. Darüber eine solidarische Diskussion zu führen und hier den Hebel der Verbesserung unserer Arbeit anzusetzen, halten wir für eine der wichtigsten Erfahrungen dieser Veranstaltung.

KB/Gruppe Frankfurt

## SPD-Magistrat schützt Zusammenrottung von 2.000 Faschisten – mit Gas und Schlagstock gegen die Antifaschisten

Für den 16. Juni, den Vorabend des sogenannten „Tag der deutschen Einheit“, an dem seit 21 Jahren großdeutscher Chauvinismus gefeiert wird, hatte die NPD ihr „Deutschlandtreffen“ nach Frankfurt gerufen. Frankfurt hatte in den vorangegangenen Wochen, in den Kämpfen gegen die Wohnraumzerstörung und gegen die Fahrpreiserhöhung, einen brutalen Polizeiterror und Demonstrationsverbote gegen die Organisationen der Linken erlebt. Umso mehr mußte es eine Provokation für alle Klassenbewußten Arbeiter sein, wenn nun die Faschisten als erste wieder die Straße für sich beanspruchen durften. Der SPD-Magistrat hatte, wie noch in der „Frankfurter Rundschau“ vom 11. Juni bekanntgegeben wurde, erklärt, daß er „keine Veranlassung“ sehe, die Zusammenrottung der Faschisten zu verbieten.



Kein Bild vom Nürnberger Parteitag der NSDAP 1934 – sondern vom „Deutschlandtreffen“ der NPD am 16. Juni 1974 in Frankfurt



Frankfurter Bullen schützen den faschistischen Aufmarsch



Faschistische Zusammenrottung der Faschisten in der Frankfurter

Bereits kurz nach Bekanntwerden der beabsichtigten Nazi-Versammlung wurde mit der Bildung einer antifaschistischen Aktionseinheit begonnen, für die eine große Zahl linker Organisationen gewonnen werden konnte. Außer uns und dem Darmstädter KB, die gemeinsam zum ersten Treffen der AE eingeladen hatten, beteiligten sich im weiteren noch „KPD“, KBV, Liga gegen den Imperialismus, Rote Hilfe e.V., Revolutionärer Kampf, Lotta Continua, KBW, KSB, KOV, GIM, Iranische Studentenvereinigung, Movimento Comunista de España (Kommunistische Bewegung Spaniens), Comité de Solidaridad y Lucha (spanisches Solidaritäts- und Kampfkomitee) und die Frankfurter Bürgeraktion gegen Neonazismus. Die Darmstädter RBJ Gruppe hatte darüber hinaus noch in Darmstadt (ca. 30 km von Frankfurt entfernt) zu einer antifaschistischen Aktionseinheit aufgerufen. Auf der Grundlage der großen Anzahl von beteiligten Organisationen setzte die Aktionseinheit sich das Ziel, die faschistische Zusammenrottung zu verhindern. Es wurde eine Demonstration vom Friedberger Platz (im Arbeiterviertel Bornheim) zum Opernplatz (dem Kundgebungsort der Faschisten) vereinbart, und als Vorbereitung eine gemeinsame Diskussionsveranstaltung am 14. Juni in der Uni.

Die Führung der Jungsozialisten, die zunächst auch eine eigene Pro-

testdemonstration gegen das Nazi-Treffen beabsichtigt hatte, zog ihre Anmeldung nach diesem Gerichtsbescheid wieder zurück – und machte ein weiteres Mal klar, daß ihr die Loyalität zu „Recht und Ordnung“ dieses Staates auch dann zuplatzt, wenn dieser Staat in einer so offensichtlichen Weise den alten und neuen Massenmördern unseres Volkes den Steigbügel hält. Die antifaschistische Aktionseinheit der linken Organisationen hielt andererseits an ihrem Vorhaben für eine Gegendemonstration fest. Sie befand sich, wie schon in den vergangenen Wochen bei den Fahrpreis-Demonstrationen und bei der Demonstration gegen das faschistische Blutbad im italienischen Brescia, erneut in der Situation, daß ihr Kampf illegalisiert war. Noch am Vortag des Faschisten-Treffens wurden mindestens zwei Genossen des KBW beim Flugblattverteilten für die Gegendemonstration festgenommen, und einer davon von den uniformierten Polizei zusammen-geschlagen.

### Polizei setzt Demonstrationsverbot gegen die Linken mit allen Mitteln durch

Das „Deutschlandtreffen“ der NPD in Frankfurt wurde zur größten Zusammenrottung von Faschisten in unserem Land seit einigen Jahren – an die 2.000 Faschisten waren in Frankfurt zusammengeströmt und angekratzt worden, aus dem ganzen Bundesgebiet, teilweise in militärischer Nazi-Uniform, teilweise in „heimatverbundener“ Trachten- und Lederhosen-Uniform, teilweise im „Modem Look“ mit Blue Jeans und langen Haaren. Am Ratsweg, wo sie sich zu ihrem Aufmarsch Richtung Opernplatz versammelten, begrüßten sie sich untereinander freimütig mit „Rufen wie: „Na, ihr Hamburger Faschisten“. Auch daß einige Fahnenmesser (und sicher noch andere Waffen) bei sich trugen, störte die auf „Sicherheit und Ordnung“ bedachte Polizei natürlich wenig.

Sicherheit und Ordnung bedachte Polizei natürlich wenig.

Dagegen hatte die Polizei ihr „demokratisches Abwehrkräfte“ auf den Friedberger Platz konzentriert, wo die (verbotene) antifaschistische Kundgebung stattfinden sollte. Hier machte die Polizei von Anfang an klar, daß sie dieses Verbot mit allen Mitteln durchsetzen wollte. Sie hatte ein riesiges Aufgebot aufgeföhrt, mit mehreren Wasserwerfern, vergifteten Gefängniswagen und Munitionswagen – gegen nur rund 300 Antifaschisten, die trotz Verbot zum Friedberger Platz gekommen waren. Schon als die ersten Antifaschisten auf dem Platz eintrafen, unternahm die Polizei erste Strafgriffe, nahm drei Genossen fest und führte Taschenkontrollen durch. Per Lautsprecher forderte sie dann zur Auflösung auf diesem Platz auf. Da sie erwiderte, daß die Durchführung der geplanten antifaschistischen Kundgebung auf diesem Platz unmöglich war, rief ein Genosse per Megaphon dazu auf, sich am Opernplatz wieder zusammenzufinden. Unter Rufen wie „Nieder mit der braunen Pest! Faschisten raus aus Frankfurt!“ zogen die Antifaschisten daraufhin in kleineren Gruppen vom Friedberger Platz ab.

Das Polizeiaufgebot am Opernplatz war auch massiver als am Friedberger Platz. Während der ersten Zug nach vom Ratsweg aus am Opernplatz kamen, sammelten sich an mehreren Stellen rund um den Opernplatz herum die ersten GegenDemonstranten. Die Polizei unternahm auch hier sofort erste Übergriffe, konzentrierte sich dann aber zunächst auf die Absperrung des gesamten Platzes. Über Polizeifunk wurden dann die Faschisten auf den Park gesteuert. Schließlich vor den an einigen Sträßen entlang stehenden Antifaschisten deren Zahl hier auf rund 500 wuchs, getrennt



## CN-Kampfsgas: „Tödliche Fälle sind selten, kommen aber vor.“

Die „KZ“ hat in ihrer Ausgabe vom 12. Juni zwei medizinische Bücher über die Gefährlichkeit des in Frankfurt von der Polizei eingesetzten CN-Kampfsgases veröffentlicht, was wir hier nachdrucken wollen.

Chloracetophenon (CN) gehört zu der Gruppe der chemischen Kampfstoffe. Bereits in kleinsten Konzentrationen löst es heftige Augenschmerzen und Tränenfluss aus. In stärkeren Konzentrationen wirkt es wie Chlorgas. Die Therapie entspricht der einer Chlorvergiftung (aus Mutschler: Arzneimittelwirkungen, ein Standardwerk der Pharmakologie).

„CN ruft schon in kleinsten Spurenmengen starke Reizerscheinungen hervor, so daß die betreffenden Leute handlungsunfähig sind. In stärkeren Konzentrationen wirkt es als Lungenreizstoff. Tödliche Fälle sind selten, kommen aber vor (aus Mutschler: Klinik und Therapie der Vergiftungen).“

## Die Ratten kriechen aus ihren Löchern

Vor einigen Tagen fuhr ich mit der U-Bahn. Mir gegenüber saßen zwei junge Männer. Sie unterhielten sich über eine Demonstration, die gerade stattgefunden hatte und bei der sie wieder Jagd auf Nickelbrillen gemacht hatten. Als sie merkten, daß ich sehr interessiert zuhörte, sprachen sie noch lauter davon, daß sie es denn schon austreiben würden. Ich wußte vor lauter Wut nicht, was ich machen sollte. Da grinst mich einer an, schlug seinen Mantel zurück und zeigte einen Gürtel, mit einem faschistischen Runenzeichen darauf. Beide warteten offensichtlich darauf, daß ich auf ihre Provokation anspringen würde. Als ich ausstieg, verfolgten die beiden mich noch lange auf Schritt und Tritt. Sie trauten sich offenbar noch nicht, mich offen anzugreifen, für die Zukunft jedoch müssen wir überlegen, wie wir auf derartige Provokationen eingehen können. Ein Sympathisant aus St. Pauli.

## Frankfurt: Demonstration gegen faschistisches Blutbad verboten!

Für Sonnabend, den 8. Juni, hatten mehrere Organisationen in Frankfurt zu einer Protestdemonstration gegen das faschistische Blutbad Brescia (Italien) aufgerufen. Diese Demonstration wurde vom Frankfurter SPD-Magistrat kurzerhand verboten.

Die Polizeibehörde teilte dem „Bündnis antifaschistischer Komitees“, das als Veranstalter aufgetreten war, und sich aus mehreren italienischen Gruppen in der BRD zusammensetzt, mit, daß die Demonstration deshalb verboten werden müsse, weil sie befürchten sei, daß die Demonstration von einer Reihe von italienischen faschistischen Gruppen in der BRD für möglich hält – aber ihre „Gegenmaßnahme“ besteht nicht etwa darin, diese „Befürchtungen“ faschistischen Umtriebe zu unterbinden, sondern dem Kampf gegen sie zu unterbinden. Da diese dem antifaschistischen

Komitee gegenüber ausgesprochene Verbotsbegründung war, also ein Verbot ist, hat die Polizei öffentlich eine andere „Begründung“ vorgebracht. In einem an die Bevölkerung verteilten Flugblatt versucht sie das Verbot mit der „Begründung“ zu rechtfertigen, „daß es auch im Rahmen dieser Demonstration zu gewalttätigen Ausschreitungen und Angriffen auf Personen und Sachen kommen wird.“ (Das Verbot erteilt auch gleichzeitig gegen andere Demonstrationen, mit denen am Sonnabend der Kampf gegen die Fahrpreiserhöhung und den Polizeiterror weitergeführt werden sollte). Nachdem die Polizei bereits in der Vorwoche verschiedene Demonstrationen gegen die Fahrpreiserhöhung verboten hatte, deutet sich hier jetzt an, daß zukünftig ein allgemeines Verbot für linke und antifaschistische Demonstrationen praktiziert werden soll. Trotz des Verbots versammelten sich jedoch rund 300 Antifaschisten auf dem Mainplatz. Nach den ersten

kämpferischen Parolen und Liedern wurde der Platz von den in der Seitenstraße bereitstehenden Polizeitruppen umstellt und geräumt. Dabei kam es zu vereinzelt „Rangeläufen“. Einen Flugblattverteiler konnten die Demonstranten gerade noch vor der Verhaftung bewahren. Zudem sei ein italienischer Paar Zwißbullen abdrückend. In kleinen Gruppen gelang es dann der Mehrheit der Demonstranten, das italienische Konsulat zu erreichen. Dort hielt ein italienischer Genosse eine kurze Ansprache, während andere Genossen in das Konsulat einzogen. Es wurde übergehend symbolisch für besetzt erklärt und mit den dortigen Angestellten diskutiert. Es wurden Transparente in italienischer und deutscher Sprache entrollt und um Konsultagebäude befestigt, auf denen zu lesen war: „Das Konsulat ist besetzt“, „Verbot der MSI Faschisten“, „Antifaschisten die Faust geballt, gegen Faschismus hilft nur Gewalt!“

KB/Gruppe Frankfurt

### Bücher und Broschüren

- ☐ **Palästina**  
Interviews und Gespräche mit Kämpfern der PLO, Fatah, PFLP und PFLP Allgemeine Führung  
120 Seiten  
DM 6,-
- ☐ **Die chinesische Kulturrevolution**  
in Dokumenten. Nachdrucke von ausgewählten Artikeln der „Peking Rundschau“ aus den Jahren 1966 und 1967  
134 Seiten  
DM 8,-
- ☐ **UNSER WEG**  
160 Seiten  
DM 4,50
- ☐ **Die politische Macht kommt aus den Gewerkschaften!**  
Nachdrucke von Texten zu Fragen des brennenden Kampfes  
250 Seiten  
DM 6,-
- ☐ **Gegen die schrittweise Faschisierung von Staat und Gesellschaft**  
Nachdrucke von Artikeln unserer Zeitung ARBEITERKAMPF zur Frage der schrittweisen Faschisierung von Staat und Gesellschaft  
DM 4,50
- ☐ **Kampf dem Faschismus**  
Nachdrucke von Texten der Kommunisten aus den Zwanziger und Dreißiger Jahren zum Thema Faschismus  
260 Seiten  
DM 8,50

Weiter vertreiben wir folgende Bücher, die vom Arbeiterbuch herausgegeben sind:

- ☐ **Weiter vertreiben wir folgende Bücher, die vom Arbeiterbuch herausgegeben sind:**
- ☐ **Eine Zeit sich in zwei**  
Originaltexte der chinesischen Kulturrevolution  
209 Seiten  
DM 6,50
- ☐ **Iwan Popow – Als die Nacht verging**  
Der Roman umfaßt einen kurzen Zeitraum gegen Ende der „Stolypinschen Reaktion“, dieser schwersten und finsternen Zeit für das russische Proletariat, die auf die Revolution von 1905 folgte
- ☐ **Ernst Thälmann – Über Gewerkschaften**  
100 Seiten  
DM 3
- ☐ **Hermann Rammela – Schritt halten!**  
Warum muß der Kampf gegen zwei Fronten gerichtet werden?  
100 Seiten  
DM 3

Preise zuzüglich Portokosten

### ARBEITERKAMPF

Zeitung des kommunistischen Bundes

- ☐ für 6 Ausgaben  
für 12 Ausgaben  
Förderabo für 6 Ausgaben  
Förderabo für 12 Ausgaben

DM 4,80  
DM 9,60  
DM 6,-  
DM 12,-

Die INTERNATIONALE Zeitung des kommunistischen Bundes für den proletarischen Internationalismus

- ☐ für 6 Ausgaben  
für 12 Ausgaben  
Förderabo für 6 Ausgaben  
Förderabo für 12 Ausgaben

DM 4,80  
DM 9,60  
DM 6,-  
DM 12,-

UNSER WEG Zeitung des kommunistischen Bundes zu Fragen der Arbeiterbewegung

- ☐ für 6 Ausgaben

DM 6,-

### Anschrift

(Datum) (Unterschrift)

### Verlagskatalog

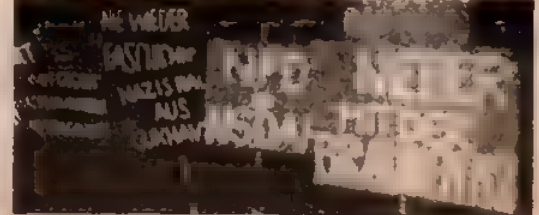
In diesem Katalog sind unsere herausgegebenen Broschüren und Bücher aufgelistet. Der Katalog hilft Ihnen, auch eine gute Entscheidung für die Arbeit mit interessierten Kollegen und Freunden.

## Cuxhaven: Regierungspräsident unterstützt NPD-Nazis

Im ARBEITERKAMPF Nr. 44 berichteten wir über die erfolgreiche Verhinderung einer NPD-Veranstaltung durch Cuxhavener Antifaschisten. Der stellvertretende Kreisverbandsvorsitzende und Landtagskandidat der NPD, Manfred Kuras, bezeichnet diese Aktion als „eklatanten Angriff auf die Grundrechte interessierter Bürger“. Die Polizei griff damals nicht ein, um den Faschisten Zugang zum Saal zu verschaffen. Nach Kuras' Begründung sei ver-

urteilt, dass die festgestellten Rechtsverletzungen der Demonstranten nur die öffentliche Sicherheit und Ordnung zweifellos gefährdet und eine rettungswürdige Abwehr ihrer Verarmung nicht gewährleistet. Es ist Aufgabe der Polizei, in solchen Fällen den ordnungsgemäßen Zustand wieder herzustellen.

Ich bin sicher, daß auch künftig die Polizei, nicht nur in Cuxhaven – mit angemessenen Mitteln in der Lage



wörtliche Hauptkommission seine Entscheidung, nichts zu tun, damit, „daß nach dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit der Mittel ein Schaden entstanden wäre, der erkennbar nicht zum dringlichsten Erfolg gefanden hätte“. Deshalb habe die Polizei „über rechtsmäßig üblich gehandelt und vor dem Terror kapituliert“ (Zitat dem 1. Brief der NPD-Kasseler „Cuxhavener Presse“ vom 7.6.74). Außerdem „empfindet“ über dieses Verhalten der Polizei richtete der NPD-Kreisverband eine Dienstaufsichtsschwerde gegen den Cuxhavener Polizeihauptkommissioner Modell an den Stadter Regierungspräsidenten. In zwei Briefen äußerte Kuras in seinem Leserbrief dessen Antwort:

„PHK Modell hat unzweifelhaft wichtige und für die Beurteilung der Lage, insbesondere auch der Rechtslage, bedeutungsvolle Einzelheiten falsch bewertet und ist damit zu fehlerhaften Entscheidungen gekommen, die die

ist, dem Bürger und den Institutionen der Staats- und politischen Lebens den Schutz zu gewähren, den ihnen die Rechtsordnung garantiert und daß die von ihnen mit Recht beantragte Untätigkeit der Polizei Ausnahme nicht.

Durch den Dispositionsvorgang und überdies Maßnahmen der Dienstaufsicht gegen den Beamten getroffen worden, da sein Verhalten nicht gebilligt werden kann.“ (Cuxhavener „Presse“ vom 7.6., zitiert nach Kuras' Brief).

NPD-Kuras seines Zeichens Regierungsspektor (!), konnte hier zu Recht feststellen: „Der Regierungspräsident hat in dankenswerter Weise reagiert und sich voll und ganz hinter die Rechtsauffassung der NPD gestellt.“

In aller Offenheit werden die Faschisten vom Staatsapparat nicht nur geduldet, sondern auch unterstützt. Man kann nicht sagen, der Staat sei

inzwischen hat sich auch die sozialdemokratische „Cuxhavener Presse“ in faschistischer Hetze geübt, nachdem sie früher noch eher liberal-antifaschistischen Aktionen gegenüberstand. Am 18.5. heißt es zum Abschluß des fast gänzlich und rechtsengagierten Berichts über den „Großen Zapfenstreich“:

„An dieser Stelle sei noch eine Bemerkung erlaubt. Wie im vergangenen Jahr versuchte auch gestern eine Handvoll politischer Wühlpöbel bei der mit hundert Eiern die Veranstaltung zu stören. In Ermangelung von Argumenten versuchte man sich unter dem Motto „Einigkeit macht stark“ mit den üblichen Sprüchen im Chor. Haben extrem nach links ausgerichtete Elemente immer noch nicht gemerkt, daß sie in der Bundesrepublik nicht gefragt sind?“

KB-Sympathisant aus Cuxhaven

- hatte es doch nur wenig Vorbereitung gegeben,
- nur der KAB (!) hatte sich kurzfristig entschlossen, seine Genossen und Sympathisanten zu mobilisieren, Parolen zu überlegen usw.
- Abrechnung unter den linken Gruppen hat es nicht gegeben,
- dem an der Uni Karlsruhe stark (zahlenmäßig) aufgeblühten KBW war es nicht eingefallen, daß man gegen die NPD kämpfen müsse oder konnte,
- während der Aktion wurden keine Flugblätter zur Information der vorbeigehenden Demonstranten verteilt, sondern nur Broschüren, die in der Hand der Demonstranten verblieben, was die Aktion im wesentlichen auf Jugendliche beschränkte.

Auch wenn wir ein gewisses Maß an Verständnis für die Situation der Demonstranten haben, so bleibt doch die Tatsache bestehen, daß die NPD eine gefährliche Organisation ist, die sich auf die Mobilisierung von Jugendlichen spezialisiert hat.

Eine Modellmauer („Mahnmal“) wurde einfach überlagert. So ein Ding kann man sehr gut als Mahnmal gegen den Faschismus einsetzen. Bei antifa-schistischen Aktionen der Antifaschistischen Aktion (A.A.) sollte die NPD nicht nur auf, sondern auch gegen den Faschismus

## 17. Juni – Karlsruhe: NPD-Kundgebung gesprengt

Kommunisten und Antifaschisten störten erfolgreich eine „Gegenkundgebung“ der NPD zum 17. Juni in Karlsruhe. Die faschistische NPD wollte einen neuen Anlauf nehmen, in Karlsruhe an Boden zu gewinnen. Mit einer Schwemme von Plakaten und Flugblättern hatte die NPD schon Wochen vorher die antikomunistische Weisheit eingebracht.

Die meisten linken Organisationen hatten nichts gegen die NPD Kundgebung auf dem Karlsruher Marktplatz.

Nur die Genossen des KAB D! (Kommunistischer Arbeiterbund)

- Demokraten, Kommunisten, Genossen gegen die Faschisten
- Neonazis rufen fleißig ihr neues JJ
- Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg
- Faschismus bedeutet Krieg
- Faschisten raus aus Karlsruhe
- Millionen für unsere Wehr den Anfängen
- Nieder mit der braunen Pest
- 180 Jugendliche (außer den „KAB D!“-Genossen) Genossen und deren Sympathisanten waren bei der Kundgebung. Antifaschisten

spontan dazugestoßen) erteilten der NPD eine Abfuhr, die diese nicht erwartete. Denn die „Ordnung“ war keineswegs auf eine Kundgebung gerichtet. Im Gegensatz zu anderen Städten (z.B. Hamburg und Frankfurt) war dieses Mal außer drei Uniformierten und einer Hand voll Spitzeln kein Bullen auf der Straße.

Die NPD, die in Nordbaden von Anfang an keine guten Karten hatte, hatte einen Bus mit alten Faschisten zum Jubeln angekratzt. Zusammen mit den „Ordnern“ waren sie nicht ganz so viele wie die antifaschistischen Demonstranten. Die NPD wurde in der Kundgebung durch die Antifaschisten von Anfang an, die Faschisten mundtot zu machen. Wegen der Sprechblasen, Plakate und Buhrufe kamen nur unverständliche Fetzen aus dem Lautsprecher der Faschisten. Das „Deutschlandlied“ wurde durch das Singen der Internationale eindrucksvoll unterbrochen. Die NPD wurde durch die Antifaschisten daran gehindert, sich zu organisieren. Die Demonstranten konnten die Demonstration nicht verhindern, bis hin zu den Reden der NPD. Nach einer Stunde gegen die Faschisten auf der Kundgebung waren selbst übertracht über den Erfolg ihrer Aktion.



# JUGENDZENTRUM – TUMMELPLATZ DER FASCHISTEN?

## Nordhorner Faschisten offenbaren Menschenechlechter-Mentalität

In Nr. 44 und 45 des ARBEITERKAMPF wurde ausführlich über die zunehmende Tätigkeit der Faschisten in Nordhorn berichtet, wo sie wieder in zunehmender Zahl und in verschiedenen Gewändern auftraten. Vor allem im Jugendzentrum gehen sie weitgehend ungehindert ein und aus und können so relativ unbehelligt mit ihren Rattenfänger-Methoden Jugendliche einsackern (15 in den letzten 12 Monaten). Dabei machen sie sich die Naivität mancher Jugendlicher und auch ihre „persönlichen Probleme“ zunutze: ihre Kontaktschwierigkeiten, mangelnde Kameradschaft und Solidarität, aufgestaute Aggressionen ... Und zwei Beispiele dafür bekannt, wie die Jungfaschisten genau diese Widersprüche und Probleme schamlos ausnutzen:

1. Ein Jugendlicher wurde auf sein „Nationalgefühl“ angesprochen; er jubelte doch auch bei jedem deutschen Tor, da wäre er doch bei den JN genau richtig.
2. Ein anderer Jugendlicher wurde damit bloßgestellt, daß die JN ein ungeheuer kameradschaftlicher Haufen sei,

in dem alle zusammenhalten, usw. Beide Fellen schnappten zu, die Jugendlichen, nun dabei und gestärkt in ihrem Gefühl, einer kameradschaftlichen Clique anzugehören (die Faschisten treten immer nur in Rotten auf), übernahmen dann schnell Elemente faschistischer Ideologie (wenn gleich sie das oft auch nicht in der offenen Auseinandersetzung vertreten können) und kriegten dort die antikomunistische Orientierung ihrer Aggressionen verpaßt.

### Veranstaltung der antifaschistischen „Initiative Demokratische Jugend“

Inzwischen hat sich im Zuge der Vorbereitung einer antifaschistischen Veranstaltung in Nordhorn eine Gruppe demokratischer, antifaschistischer Jugendlicher zur „Initiative Demokratische Jugend“ zusammengeschlossen. Die Veranstaltung fand am 21.6. mit Unterstützung der Oldenburger KB-Gruppe im Jugendzentrum statt.

Von den ca. 60 Teilnehmern waren etwa ein Viertel junge Faschisten, die die Veranstaltung erheblich stör-

ten. Neben andauernden Zwischenrufen beschlachten sie jeden Bericht über faschistische Schweinereien, wie sie in den Referaten des KB zu Italien und zum Mord an einem türkischen Arbeiter in Nordhorn sowie im Referat der Nordhorner Freunde über das Treiben der Faschisten dort enthielt. Jeder faschistische Mord, jede faschistische Drohung gegen Nordhorner Demokraten wurde von den Faschos mit zynischen Bemerkungen, Beifall usw. bedacht. Ein Nordhorner Genosse wurde von dem JN-Faschisten Knappert als „Jude“ und „Bettelstauer“ bezeichnet. Es gab weitere faschistische Drohungen. Die üblichen „Geg“ solcher JN-Schweine wie Knappert und Siekhard bekamen nicht nur den Beifall der zusammengetrottelten Faschisten, sondern auch des Jugendzentrum-Heimleins (positiv besetzten Gruppen) und eines CDU-Typen (Mockern gegen die Veranstalter).

### Viele Widersprüche und Probleme bei der Organisation des antifaschistischen Kampfes in Nordhorn

Wir können noch nicht genau beurteilen, was auf der Veranstaltung vom 21.6. erreicht wurde. Ein KB-Genosse stellte auf der Veranstaltung heraus, daß es offensichtlich auch das Ziel der Faschisten sei, die Diskussion in den Augen der Teilnehmer zu einem „Hickhack zwischen den Extremisten“ zu machen und den eigentlichen

Zweck der Veranstaltung – die Diskussion über die Frage, wer sind die Faschisten, was wollen sie und wie müssen wir sie bekämpfen? – zu verfehlen (was ihnen schließlich auch gelungen ist). Die Faschisten pochten auf „demokratische Spielregeln“, die KB-Genossen versuchten das faschistische Gesabbel einzuklinken und hielten dem Pochen der Faschisten auf „demokratische Rechte“ deren zynische, menschenverachtende Kommentare zu den faschistischen Blutbildern in Italien usw. entgegen. Wir erhielten aber gerade auch in diesem Punkt (wie auf der ganzen Veranstaltung) keine nennenswerte Unterstützung aus dem Publikum. Viele Freunde der „Initiative Demokratische Jugend Nordhorn“ waren und sind der Auffassung, man hätte die Faschisten gemäß demokratischen Spielregeln zum Zuge kommen lassen sollen, um sie anhand ihrer Argumentation vor den (teilweise politisch recht unbewußten) Jugendlichen zu entlarven. Diese Frage bestimmte auch einen großen Teil einer kurzen Diskussion im Anschluß an die Veranstaltung in einem anderen Raum, an der insgesamt 20 Leute teilnahmen.

Diskutiert wurde auch ein Standpunkt innerhalb der „Initiative“, sich mit den Faschisten nur friedlich auseinanderzusetzen. Unter anderem wurde hierfür auch das Argument angeführt, daß es zur Zeit in der Frage der militänten Auseinandersetzung noch ein recht günstiges Kräfteverhältnis für die Faschisten gebe, der Kreis jener Antifaschisten die über-

haupt bereit sind, „Jugendwas“ gegen die Faschisten aktiv zu tun, zählte gerade zwei Hände voll.

Wir stellten uns auch die Frage: Reicht die politische Aufklärung, „abzeln“ aus, um die Faschisten zu isolieren? Mühen die demokratischen Jugendlichen nicht mit einem brüderlichen, konkreten (aber durchaus nicht unpolitischen) Angebot an die Interessen und Bedürfnisse der Jugendlichen anknüpfen? Kann nicht eine Alternative nicht nur von einer demokratischen Jugendorganisation entwickelt werden?

Die antifaschistischen Jugendlichen in Nordhorn (und wir) stehen hier vor einer Reihe von Problemen und Widersprüchen, deren Lösung für die erfolgreiche Entfaltung des antifaschistischen Kampfes in Nordhorn sehr wichtig sind. Es ist wichtig, daß die Auseinandersetzung um all diese Fragen der Entwicklung und Stärkung eines Kerns demokratisch-antifaschistischer Jugendlicher in Nordhorn dient, die „Initiative Demokratische Jugend“ ist in diesem Sinne noch kein fest organisierter Zusammenschluß.

Als nächsten Schritt wollen die Freunde und Genossen der „Initiative im Jugendzentrum und an den Schulen Wandzettelungen aufhängen (und eventuell Flugblätter verteilen), in denen die Menschenechlechter-Mentalität der Nordhorner Faschisten eingetragert werden soll, wie sie sich gerade auf der Veranstaltung am 21.6. offenbart hat.

Ein KB-Genosse aus Oldenburg

# Hamburg, St. Pauli: Polizeiüberfall am Pinnaßberg

Am Mittwoch, den 12.6., stürmten am späten Nachmittag 60 Polizisten der Schutzpolizei, der Kripo und des Mordkommandos MEK in kugelsicheren Westen und mit entschulten Revolvern das Haus Nr. 43 am Pinnaßberg. Die Umgegend war abgesperrt.

„Bei einem Bewohner rissen sie die Tür auf, drei Polizisten (in Zivil) hielten dabei Pistolen auf ihn gerichtet und meinten, „nicht bewegen“ und „ganz stillhalten“. Darauf drangen sie in die Wohnung ein, verteilten sich auf die Räume, und ein Beamter tastete ihn nach Waffen ab. Dann erst zeigte einer der Beamten seine Dienstmarke. Nachdem der Bewohner den ersten Schock über diesen Überfall überwunden hatte, fragte er

Die Wohnung wurde währenddessen dreimal von oben bis unten durchsucht, Matratzen wurden umgeschmissen, Schränke durchwühlt, Koffer ausgemischt.

In einer anderen Wohnung mußten sich die Bewohner gleich mit erhobenen Händen an die Wand stellen lassen. Sonst verlief die Durchsuchung glimpflich.

Brutaler ging die Polizei in einer Wohnung afrikanischer Studenten vor. Sie brachen eine Tür auf, nahmen alle Anwesenden fest, obwohl vier von ihnen sich zur Wehr setzten und ein gültiges Visum vorzeigen konnten. Diese vier mußten nach drei Stunden Haft von der Polizei entlassen werden. Ein Fünftler, der im Haus zu Besuch war,

in der Regel nach Mittelnacht statt mit afrikanischen Studenten, darunter auch Familien, aus den Nachbarhäusern wurde in ähnlicher Weise verfahren. Einige nahmen die Bullen zunächst einmal mit zur Wache, um sie zu kontrollieren.

Der Sturm auf das Haus Nr. 43 stellt den bisherigen Höhepunkt dar in dieser Kette von Übergriffen von Seiten der Polizei.

Diese Übergriffe fügen sich ein in eine großangelegte Offensive der Bourgeoisie in den letzten Wochen, hauptsächlich gegen Ausländer.

- So war Anfang Juni eine griechische Kneipe am Schulterblatt in St. Pauli das Ziel eines Polizeigrößenraus. Alle Gäste wurden kontrolliert, drei ausländische Kollegen und eine westdeutsche Kollegin, die sich nicht ausweisen konnten, auf der Stelle festgenommen. An dieser Aktion waren wohl uniformierte, zumeist schwarze, deutsche Uniformträger beteiligt.
- So nahmen Zivilfahnder, ebenfalls in Hamburg, zwei Araber fest. Einer hatte angeblich einen Ausweis der „Terroristengruppe El Fatah“ bei sich.
- Weitere Verhaftungen von Arabern und Palästinensern in West-Berlin, Frankfurt und München. Aus West-Berlin schoben die Behörden zwei Palästinenser ab.

Zeitungsüberschriften wie „Drei Tage vor der WM Terroristen raus aus Deutschland!“ („Mopo“, 11.6.) machen Anlaß und Stütze dieser Kampagne des Bourgeoisie deutlich.

Unter dem Vorwand der Vorbereitung auf die Fußballweltmeisterschaft und mit der Begründung der „Sicherung der Spiele und der Zuschauer“ halten Polizei, militärische und Elite-Truppen großangelegte Übungen in aller Öffentlichkeit ab.

Die ideologische Hetzkampagne zur Kriminalisierung der Ausländer als „Terroristen“, „langgeschnittenes und bewaffnet“, und die Verbindung Fußballweltmeisterschaft und Terroristen, soll die Zustimmung breiter Teile der Bevölkerung – auch der Arbeiter – zum Ausbau des gesamten Staatsapparates und der beschleunigten Faschisierung erreichen.

Dieser Entwicklung kann und muß entgegengetreten werden.

Als erste Ansätze dazu sehen wir das Flugblatt von Hausbewohnern aus dem Haus Pinnaßberg 43 zur Information der Bevölkerung, zudem die Information der afrikanischen Studenten über ihre rechtliche Situation bei Polizei-Überfällen mit dem Ziel eines bewußten Zusammenschlusses gegen weiter zu erwartende Überfälle.

**Beträufelte St. Pauli KB/Gruppe Hamburg**

# Duisburg: Kommunist von der Polizei zu Tode geprügelt

Am 18. Juni starb in der Essener Universitätsklinik der 45-jährige Genosse Günther Routhier, Sympathisant der „KPD/ML“, an den Folgen von Verletzungen, die er am 5. Juni während eines Polizeieinsatzes erlitten hatte, als er an einem Arbeitsgerichtsprozess als Zuschauer teilnahm.

Wir geben hier eine Pressemitteilung der „KPD/ML“ wieder, in der die Vorstöße schildert und umgekehrt wird. Die Mitleid und Empörung werden. Die Mitteilung stammt vom 17. Juni, also einem Tag vor dem Tod des Genossen.

stunde ist morgen.“

Der Gefängnisarzt klatschte dem immer noch halb bewußtlosen lediglich ins Gesicht und fuhr ihn an, er solle sich nicht so anstellen. Günther Routhier trug einen Bluterpaß mit sich. Als Günther Routhier wieder zu Bewußtsein kam, wurde er aus dem Gefängnis entlassen. Noch am Abend des gleichen Tages begann eine zusehends Verschlechterung seines Allgemeinzustandes, begleitet von

Kopfschmerzen, Lichtscheu und Bewußtseinsstörungen u.a. Zur Zeit liegt er in der Essener Universitätsklinik, wird künstlich beatmet, es können kaum Gehirnströme festgestellt werden, keine Pupillenreflexe. Im klinischen Sinne ist Günther Routhier praktisch tot.

Die KPD/ML erklärt dazu, daß Günther Routhier weder einem „Un-



Günther Routhier

glück“, noch einer „Fahrlässigkeit“, noch einem „bedauerlichen polizeilichen Übergriff“ zum Opfer fiel. Wie beispielsweise die jüngsten Polizeieinsätze in Frankfurt war auch der Duisburger Polizeieinsatz auf die „Physische Vernichtung des Gegners“ ausgerichtet. Wenn Günther Routhier stirbt, wird er von der Polizei ermordet worden sein. Und dieser Mordanschlag der Polizei ist kein Einzelfall!

Günther Jendran, Münchener Taxifahrer, wird in seiner Wohnung nachts überfallen und abgeknallt. Thomas Hyttel, Frankfurter Schloß, wird von einem Wasserwerfer, der mit Absicht in eine Menge von Demonstranten und Passanten trat, halb tot gefahren. Der deutsche Jungarbeiter Sascha Huchem, Mitglied der Ritten Garde, soll an das Henkersgarn des Schicksals ausgeliefert und auf diese Weise erlegt werden. Niels Danis, baltischer Arbeiter, und Antifaschist wird in Hamburg von türkischen Faschisten er- schlagen. Und die Polizei schüttet die Mörder, verlegt die Freunde des Ermordeten. Das sind Fälle allein aus den letzten Wochen. Sie stehen in einer Reihe mit den Folterungen und Mordversuchen mit den Genossen der RAK in bundesdeutschen und westberliner Gefängnissen.



nach Grund des Überfalls, nach Hausdurchsuchungsbefehl und nach der Begründung des Vorgehens der Polizei. Die Antworten auf alle diese Fragen werden ihm verweigert. Die Polizisten meinen: Das müssen wir nicht sagen, dazu sind wir berechtigt, das müssen Sie nicht wissen. Sie hielten sich ca. eine Stunde in der Wohnung auf und bewachten den Bewohner

und ein seit vierzehn Tagen abgeklaffenes Touristenvisum hatte, befindet sich wahrscheinlich noch in Haft“ (aus einem Flugblatt „Zum MTK Pinnaßberg am Pinnaßberg 43, Aus der Sicht der Hausbewohner“).

Bereits in den ersten vierzehn Tagen im Juni kontrollierte die Polizei geteilt die afrikanischen Hausbewohner viermal. Diese Kontrollen fanden

## Forts. Karlsruhe

„In der Partei oder die Faschisierung des Staates, werden die Herrschenden sowieso viel schmerzlichere Gesetze auf fassen

## Rattenfänger am Werk

Außer den NPD-Leuten meldete sich noch ein anderer faschistisches Gruppen zu Wort, die sogenannte „Gruppe Morgenstern“. Diese Gruppe stellt nicht auf den alten rassenbiologischen Parolen des NPD, sondern macht auf „fortschrittlich“ sei ver-

Antifaschisten zum Handgemein kam, manden die Rattenfänger der „Gruppe Morgenstern“ natürlich auf Seiten der NPD.

Verneine wie die „Gruppe Morgenstern“ schoben überall unter verschiedenen Namen und Partien aus dem Boden. Sie haben die Funktion, politisch interessierte Menschen, die sich bisher nicht organisiert haben für die faschistische Bewegung aufzuwecken. Sie sind Zuträger für NPD & Co.

Die raffinierte Doppelmoral solcher Rattenfänger zu entlarven, ist ein wichtiger Bestandteil des antifaschistischen Kampfes.

**Chemiegenossen KB/Gruppe Hamburg**



## „Tolle Idee“ des KBW Leserbrief

Schon jahrelang versuchen Zivilistenleutende (ZDL), an ihrem Arbeitsplatz mit ihren Kollegen zusammen Verbündeten des katastrophalen Gesundheitswesens zu erreichen.

Dabei hat die SPD/FDP-Regierung 1973 mit der Verschärfung des neuen ZDG (Zivilistenleutende) etliche neue bzw. ausgebaut Behinderungen und verschärfte Disziplinarverfahren (bis zu 3 Jahren Knast) den ZDL in den Weg gelegt.

Inwiefern hat die sozialdemokratische Gewerkschaftsführung nachgezogen?

In einem Brief des Hauptvorstandes an alle Bezirks- und Kreisverbände der ÖTV vom 31.7.73, ordnet er an, daß ZDL's grundsätzlich nicht mehr in die ÖTV aufgenommen werden.

Bei der Vorbereitung der diesjährigen 1. Mai-Kampagne diskutierten wir (Mitglieder der Selbstorganisation der ZDL's in Hamburg) u.a. die Möglichkeiten, in die Gewerkschaft zu kommen, um mit unseren ÖTV-Kollegen zusammenzuarbeiten. Dabei legte ein ZDL nebenstehenden Brief an die Ortsverwaltung der ÖTV vor. Ein anwesender KBWler wertete sofort gegen „dieses inkonsequente Vorgehen“. „Wenn ihr diesen Brief verschleßt, werdet ihr nie in die Gewerkschaft kommen. Wir müssen auf Schleichwegen, einzeln von den Dienststellen her rein.“

In der Diskussion wurde die „Schleichweg“-Taktik des KBW als

unpolitisch und opportunistisch zurückgewiesen. Die Mehrheit trat dafür ein, das ÖTV-Führungsverbot auf Mitgliedschaft für ZDL's und Soldaten breit bekannt zu machen und zwar, indem wir öffentlich auf Aufnahme drängen, und auf diese Weise dafür sorgen, daß die ÖTV-Kollegen selber diese Spaltungswelt auf Mitgliederermäßigungen in Krankenhäusern etc. aufgreifen können.

Zweitens wurde ein kollektiver Aufnahmearbeit beschlossen, in dem wir deutlich machen wollen, daß wir zum einen natürlich mit unseren Kollegen in den Dienststellen arbeiten werden, andererseits aber auch als „Gruppe von Zivilistenleutenden“ eigene, besondere Probleme haben, die auch innerhalb der gewerkschaftlichen Organisation zusammengefaßt (d.h. im Rahmen der ÖTV auch besonders berücksichtigt) werden müssen.

Von den anwesenden 17 Kollegen (zwei nicht stimmberechtigt) da kein ZDL's mehr, entschieden sich 13 für den Brief an die ÖTV-Ortsverwaltung f.w. „Alles klar“ für den Schleichweg des KBW. Nun gut. Unser Schleichwüchsigkeit wurde wochenlang nicht mehr gesehen.

Mitte Juni kreuzte er dann wieder auf Versammlung glänzend frage er nach unserer Gewerkschaftsmittelschaft. Natürlich haben wir bis heute keine Antwort des Ortsvorstandes bekommen – und müssen weiter, wie die Soldaten und ZDL's in der

gesamten BRD, elementarste Verbindungen, Unterstützungen etc. selber organisieren. „No, seht ihr hab' ich das nicht gleich gesagt? Ich bin drin!!!“, triumphierte unser KBW-Freund. Das beweist mal wieder die Richtigkeit seiner (gemeint war wohl KBW insgesamt) Taktik.

Erfolgreiche ZDL's konnten sich dies nicht so recht vorstellen und bohrten weiter. Nach einigem Hin und Her rückte der KBWler dann mit genaueren Informationen über „Ja, er hatte schon eine tolle Idee gehabt. Es hatte einfach eine falsche Berufszuweisung bei der ÖTV angegeben und verschwiegen, daß er ein ZDL ist) und war so natürlich anstandslos erst einmal aufgenommen worden. Er wurde dann darauf hingewiesen, daß er sich doch damit selbst die Hände völlig gebunden hat, denn bei dem geringsten Mucks werden die ÖTV-Führer fragen: „Wie heißt denn der?“ – „Was macht denn der?“ – und feststellen, daß die Berufszuweisung falsch ist – bessere leichere und unpolitischere Auslassungsgründe kann man dem ÖTV-Vorstand doch gar nicht liefern. Aber das war unsere KBWler doch im Augenblick völlig egal. Denn

„Die Hauptsache, erst einmal in der Gewerkschaft“, wie er abschließend meinte.

Ja, unser KBWler ist wahrscheinlich nicht einmal ein Frucht- oder gar Einzelbaum, eher wohl Durchschnittswert der revisionistischen Versumpfung dieses Vereins.

### 2 Zivilistenleutende aus Hamburg

Fassung 1973 von der „sozialliberalen“ (!) Regierung verabschiedet wurde. Danach können wir jederzeit auch im Bereich der Bundesbahn und Bundespost ein Lokdrückel eingesetzt werden und gegebenenfalls z.B. bei Tarifauseinandersetzungen als Streikbrecher!

Wir meinen, daß wir nur an der Seite unserer Kollegen in der ÖTV Verbesserungen erreichen können.

Wir meinen, daß die Spaltung zwischen den ZDL und unseren Kollegen nur in der Gewerkschaft aufgehoben werden kann, und wir aktiv für den gewerkschaftlichen Gedanken werben und arbeiten werden.

Mit solidarischen Grüßen

Die Unterzeichner

(13 Unterschriften/abgeschickt am 26.4.74)

die verschiedenen Organisationen der Kriegsgeistesverweigerer immer wieder fordern, leisten, noch eine „arbeitsmarktpolitisch neue Rolle“ spielen, wie der DGB sagt.

Die ZDL sind nichts anderes als Lückenbisse im Gesundheits- und Pflegebereich der BRD. Wir sollen helfen, den katastrophalen Personalbestand, die schlechten Arbeitsbedingungen und die miserablen Bezahlung im „sozialen“ Bereich zu füllen und zu verschleiern.

Damit arbeiten wir direkt unseren Kollegen, den Krankenschwestern, Pflegeern, Ärzten usw. in ihrem gewerkschaftlichen Streben nach besserer Bezahlung und günstigeren Arbeitsbedingungen, entgegen und den Interessen vom Gesundheitsministerium in die Arme. Insbesondere drängen wir auf die gewerkschaftliche Mitgliedschaft, seit das Zivilistenleutende in neuer

schäftliche Mitgliedschaft, seit das Zivilistenleutende in neuer

(13 Unterschriften/abgeschickt am 26.4.74)

terend in der BRD weder einen „Friedensdienst“ wie ihn

## „Undogmatische“ Solidarität mit dem chilenischen Volk Bericht aus Westberlin

Am 14. Juni fand im Audimax der Westberliner TU eine Chile-Veranstaltung aus Anlaß des WM-Spiels zwischen Chile und der BRD statt. Veranstalter war das Chile-Komitee, das sich in Westberlin vor allen Dingen zusammenschloß aus Spontis, SB, Jungs, Betriebsgruppen usw. Unterstützt wurde die Veranstaltung von den „KPD“ und dem KBW, GIM und Spartacus. Der KBW/Westberlin hatte sich auch entschlossen, auf der Veranstaltung eine Rede zu halten.

Wir nahen unsere Aufgabe vor allen Dingen darin, einer rein „humanitären“ Solidaritätsbewegung, wie sie vom Chile-Komitee propagiert wird, kommunistische Propaganda, die Lehren der Niederlage des chilenischen Volkes und die für uns daraus resultierenden Aufgaben entgegenzusetzen.

Wir konnten jedoch unsere Rede auf der Veranstaltung nicht zu Ende halten. Sozialdemokraten aller Schattierungen unterbrachen unseren Redner mit Pfiffen und Zwischenrufen. Er sollte „zum Thema“ reden und nicht die Veranstaltung „ausnutzen“, um die politische Linie unserer Organisation zu propagieren. Dadurch war unser Genosse gezwungen, seine Rede mehrmals zu unterbrechen und zu erklären, warum wir es nicht richtig finden, über den Faschismus in Chile zu reden und über die Passivierung der BRD zu schweigen. Schließlich wurde durch Abstimmung erzwungen, daß er seine Rede abbrechen mußte.

Eine besonders obble Rolle spielte der KBW auf der Veranstaltung. In wechselweiser Art biederer er sich in seiner Rede bei den Spontis an seine Rednerin wurde nicht mehr

zu betonen, daß der KBW alle Aktivitäten des Chile-Komitees „solidarisch“ unterstützt. Eine darüber hinausweisende politische Alternative zeigte sie nicht auf. Dafür handelte der KBW sich auch als sehr peinliches Lob der Veranstaltungslinie. Der Veranstaltungslinie kritisierte die „KPD“, weil sie ihre Chile-Solidarität nicht von der speziellen kommunistischen Propaganda trennt und zur Chile-Agitation umher in der Zeitung „Internationale Solidarität“ bringt. Dadurch würde die Leute nur verschrecken. Die „KPD“ sollte sich mal ein Beispiel am KBW nehmen, der erkannt habe, daß das die Leute nicht wollen und darum bei der Chile-Agitation auf kommunistische Propaganda verzichtet. Dazu hat kein Vertreter des KBW Stellung genommen, aber wahrscheinlich waren diese abgewrackten Typen auch noch stolz auf das Lob der Spontis und Sozialdemokraten. Der KBW macht sich beliebt. Die Frage ist nur bei wem?

Wie lange müssen wir noch darauf warten, bis der KBW versteht, daß er auf dem Boden der bürgerlich-demokratischen Grundordnung steht? Aber wenn der KBW meint, daß er durch diese Politik Mitglieder an Spontis-Kreisen rekrutieren kann, hat er sich schwer geschneidet. Die Spontis reden immer von den „K-Gruppen“, die ihnen allesamt auspeitelt und (K = Kommunistisch), und zu diesen „K-Gruppen“ zählen wir auch den KBW, da kann er ihnen noch so sehr hinterherhinken.

Kann erfreulich war die Rolle der „KPD“ auf der Veranstaltung. Der Redebeitrag hielt sich völlig in dem vom Chile-Komitee gesteckten Rahmen. Besonders hervorgehoben ha-

ben sich viele ihrer Mitglieder und Sympathisanten im Ausplätschen unserer Genossen.

Gegen Ende der Veranstaltung stand noch einmal eine Genossin von uns auf der Rednerliste. Als sie noch einmal auf die Bühne ging, um sich zu erkundigen, wann sie dran sei, stellte sie fest, daß sie einfach von der Liste gestrichen worden war. Der Veranstaltungslinie erklärte, „ein Genosse“ habe erklärt, sie wolle gestrichen werden (wer das wohl war?), außerdem wollten die Leute den KB sowieso nicht mehr hören. Wenn sie auf ihren Redebeitrag beharrte, würde er darüber abstimmen lassen. Dann beantragte er, die Veranstaltung möge beschließen, daß der KB nicht mehr reden darf, da die „K-Gruppen“ speziell der KB schon genug geredet hätten und die Undogmatischen“ sonst nicht mehr zum Reden kommen würden. In ihrer Gegenrede legte unsere Genossin noch einmal die Position des KB zur Chile-Solidarität dar.

In der darauf folgenden Abstimmung stimmten fast nur noch unsere eigenen Genossen, einige Spontis und einige Sympathisanten der „KPD“ für unsere Rednerin. Auch die meisten Mitglieder und Sympathisanten der „K-Gruppen“ wollten offenbar lieber die „Undogmatischen“ hören.

Wir betrachten es nicht als Schande, auf dieser Veranstaltung aufgegriffen worden zu sein. Wenn wir uns die Politik der anderen kommunistischen Organisationen ansehen, dann können wir sagen, daß wir wenigstens versucht haben, kommunistische Propaganda in die Chile-Solidaritätsbewegung zu tragen. Nach der Veranstaltung sprach uns eine Genossin aus dem Chile-Komitee an und forderte uns auf, uns am Chile-Komitee zu beteiligen. Sie sah die Perspektivlosigkeit des Komitees und habe ständig versucht, die Diskussion über die Entwicklung in Europa in das Komitee zu tragen. Sie bat uns, sie dabei zu unterstützen.

KB / Gruppe Westberlin

## KB Unser Weg

Zeitschrift des Kommunistischen Bundes zur aktuellen Fragen der Arbeiterbewegung

### Zusammenarbeit und Auseinandersetzung mit der KPD

Verlag Arbeiterkampf



zu bestellen bei: J. Reents  
2 Hamburg 13  
Rutschbahn 35

### INHALT

„Betriebsrat“ Marke KBW

Einige Anmerkungen zum Aktionismus des KBW/Hamburg anlässlich des 26. Jahrestages der BRD-Vertreibung

und jetzt ist der KBW völlig übergeschneit

Propaganda der Faschisten

Arbeitsordnung bei Blohm & Voß

Berufsausbildung in Italien

Zur Westeuropäischen Chile Konferenz in Frankfurt

Preis DM 2,80  
zusätzlich Porto

## Um eine Illusion ärmer...

Anmerkung zu UNSER WEG 23

Inzwischen ist die Nr. 23 von UNSER WEG, Zeitschrift des Kommunistischen Bundes zu aktuellen Fragen der Arbeiterbewegung, erschienen.

Sie enthält u.a. einen längeren Artikel zur „Zusammenarbeit und Auseinandersetzung mit der KPD“. Dieser Artikel wird sicher viele Leser durch seine recht optimistische Sicht der Dinge, was die ehrliche Bereitschaft der „KPD“-Führer zur Aktionseinheit angeht, verblüffen. Das liegt daran, daß dieser Artikel bereits Mitte Mai geschrieben wurde.

Inzwischen hat uns die „KPD“ unmissverständlich eines Besseren belehrt. In einem internen Mitglieder-

die im UW-Artikel zum Ausdruck gebrachte Zuversicht unbegründet war, es möge sich bei den Verleumdungen der „KPD“-Führer gegen den KB viel leicht um Mißverständnisse, individuelle Dummheit oder einzelne „Einschlüpfungen“ handeln. Tatsache ist dagegen offenbar, daß die „KPD“-Führer nicht weniger gezielt und systematisch mit gefälschten und verzerrt wiedergegebenen Zitate und mit Falschmeldungen arbeiten als dies bisher von KBW schon allgemein bekannt war. Beide Organisationen gehen anscheinend davon aus, daß ihre Politik einer sachlichen Auseinandersetzung nicht standhalten würde.

Redaktionskollektiv des KB

## IMPRESSUM

## IMPRESSUM Arbeiterkampf

Herausgeber: J. Reents, Verlag ARBEITERKAMPF, 2 Hamburg 13, Rutschbahn 35, veranm. Redakteur: Kai Ehlers, Auflage 13.500. Erscheinungsweise: dreiwöchentlich. Verkaufspreis: 80 Pfb., Verlagskonten: Dresdner Bank, Kto Nr. 461 8378. J. Reents, und Postcheckkonto Hamburg Nr. 240 586. J. Reents.

## KB Unser Weg

KOMMUNISTISCHER BUND SONDERPUBLIKATION

Verlag Arbeiterkampf

### Aktionseinheit oder „Partei“-laden-Politik?

1. Internes Papier des Regionalkomitees Wasserhülle der KPD gegen den KB

2. Brief der Bundeskommission des KB, Gruppe Hamburg an das Komitee „Kampf den Berufsverboten“

3. Offener Brief der Leitung des KB an die Mitglieder und Sympathisanten der „KPD“

zu bestellen bei: J. Reents  
2 Hamburg 13  
Rutschbahn 35

Preis DM 10  
zusätzlich Porto



# „Wahl der Lehrer durch das Volk“?

Die „Wahl der Lehrer durch das Volk“ gehört zu einer bunten Palette von „demokratischen Forderungen“, die der KBW in seinem Programm anbietet.

Jeder „Massenkampf“ soll nach Meinung des KBW in einen Kampf für diese „demokratischen Forderungen“ verwandelt werden.

So beteiligte er sich z.B. am Kampf gegen die Fahrpreiserhöhungen in Frankfurt unter der Parole „Rechenschaftspflicht und jederzeitige Abwählbarkeit aller Volksvertreter“, lehnte dagegen jedoch konkrete Forderungen etwa nach Bezahlung der Fahrzeit als Arbeitszeit oder Nulltarif ausdrücklich ab, denn das „verneinset einen Kampf nur“ (Zitat aus der Ortsbeilage der KVZ).

Ähnlich wollte der KBW in Hamburg den Protest gegen die Ermordung des türkischen Kollegen Nesat Danis in die Forderung nach „Rechenschaftspflicht usw. der Volksvertreter“ einmünden lassen.

Wir wollen hier nicht grundsätzlich auf die Unmöglichkeit einer solchen Politik und der vom KBW damit betriebenen Demagogie eingehen, sondern dazu ausführlich in UNSER WEG schreiben. Hier soll es nur um die spezielle Forderung nach „Wahl der Lehrer durch das Volk“ gehen. Diese Forderung stößt außerhalb des KBW auf allgemeine Ablehnung, aber unseres Erachtens nicht immer mit richtigen politischen Begründungen.

Man kann oft hören, daß die Ablehnung damit begründet wird, daß die Forderung nach „Wahl der Lehrer durch das Volk“ reformistische Illusionen über eine Beseitigung des Kapitalismus durch Wahlen nährt, daß diese Forderung „illusorisch“ sei, da im Kapitalismus nicht zu verwirklichen, und Ähnliches.

Tatsächlich verbreitet der KBW in dieser Frage Müll Konfusion. So etwa, wenn er die Forderung nach „Rechenschaftspflicht und jederzeitiger Abwählbarkeit aller Volksvertreter“ (eine revolutionäre Forderung) in Frankfurt und Hamburg unmittelbar zusammenbrachte mit der Forderung nach dem Rücktritt bürgerlicher Politiker (in Hamburg der Innenminister, in Frankfurt gleich der ganze Magistrat). Denn die Auswechslung bürgerlicher Politiker im Rahmen des kapitalistisch-parlamentarischen Rollenspiels hat mit der revolutionären Forderung nach Rechenschaftspflicht und jederzeitiger Abwählbarkeit aller Volksvertreter ebenso wenig zu tun wie „Mitbestimmung“ mit Sozialismus. — Witzigerweise meinte der KBW in Hamburg sogar, den Innen-

minister durch eine Unterschriftensammlung zu Fall bringen zu können. All das spielt sich ohne irgendeine reale Massenbewegung im Hintergrund ab.

Indem der KBW die Forderung nach „Rechenschaftspflicht usw. der Volksvertreter“ geradezu als Tageslosung, als Aktionslosung hinstellt und sie mit der Forderung nach dem Rücktritt bestimmter bürgerlicher Politiker verbindet — und all das auf der Basis von Kampfparolen wie Unterschriftensammlungen oder allenfalls Demonstrationen einiger Tausend Menschen (oft auch nur wenige Hundert) — knüpft er tatsächlich an bestehende kleinbürgerliche Vorstellungen an, daß „das Volk“ auf dem Boden der kapitalistischen Gesellschaft den „Volkswillen“ durchsetzen kann mit Unterschriftensammlungen, Briefen an Abgeordnete, Protestversammlungen usw.

Andererseits sagt der KBW aber z.B. auch, „daß sich an der schlechten Ausbildung der Jugend solange nichts grundlegend ändern wird, wie der Kapitalismus besteht und die Arbeiterklasse und das Volk die Kontrolle über die Schulen nicht selbst übernommen haben“ (aus einem Bremer Flugblatt).

Wenn dies klar ist — allerdings ist es beim KBW durchaus nicht klar, wie seine Vermischung von revolutionären Forderungen und reformistischen Tageslosungen in der Praxis klar zeigt — so wäre es prinzipiell wohl kaum von Übel, wenn Kommunisten Forderungen propagieren, die im Kapitalismus nicht zu verwirklichen sind, sondern die Forderungen auf eine sozialistische Gesellschaft ausdehnen.

Gerade das aber trifft auf die Forderung nach „Wahl der Lehrer durch das Volk“ nicht zu. Unseres Wissens gibt es so etwas in der vom KBW geforderten Weise in keinem sozialistischen Land, nicht einmal in der VR China.

Dies ist unseres Erachtens nach nicht zufällig, sondern aus gutem Grund. Die „Wahl der Lehrer durch das Volk“ bzw. die „Wahl der Lehrer unmittelbar durch die Bevölkerung selbst“ — wie die präzise Formulierung im KBW-Programm heißt — zusammen mit der Forderung nach „Übernahme des Volksbildungswesens in die Hände demokratischer Organe der örtlichen Selbstverwaltung“ und „Unterbindung aller administrativen Eingriffe der Zentralgewalt in die Festsetzung der Lehrpläne und in die Auswahl des Lehrpersonals“ (KBW-Programm) ist nicht nur unvereinbar mit der Diktatur des Proletariats, sondern stellt in gewisser Weise sogar einen Schritt hinter den vom Kapitalis-

mus im Verlauf einiger Jahrhunderte erreichten Stand des Schulwesens dar.

Es ist völlig eindeutig, daß das Proletariat ein zentralisiertes Schulwesen braucht, und nicht ein dezentralisiertes, wo „die Bevölkerung“ bzw. die örtlichen „Selbstverwaltungsgremien“ darüber entscheiden, was zum Gegenstand des Unterrichts gemacht wird. Die Forderung des KBW ist in diesem Sinne ein Sprung um einige Jahrhunderte zurück, negiert den mit der Entwicklung des Kapitalismus erreichten Stand der Vereinheitlichung des Schulwesens. Im letzten Konsequenz könnte man es dann der persönlichen Entscheidung der „Bevölkerung“ überlassen, ob sie ihre Kinder überhaupt zur Schule schicken will.

Dabei fordert der KBW aber auch eine „gleiche und einheitliche Ausbildung aller Kinder bis zum 18. Lebensjahr“, was im Prinzip nicht unvernünftig erscheint. Aber wie soll das verwirklicht werden, wenn zugleich „alle administrativen Eingriffe der Zentralgewalt in die Festsetzung der Lehrpläne“ abgelehnt werden und das Schulwesen den „Organen der örtlichen Selbstverwaltung“ anvertraut wird? Wenn die gleiche und einheitliche Ausbildung gefordert wird, geht das natürlich nur durch eine noch stärkere Zentralisierung des Schulwesens, und nicht umgekehrt durch Aufhebung des Zentralismus.

Ebenso verhält es sich mit der Forderung nach „Wahl der Lehrer durch das Volk“. Im Sozialismus wird es zwar eine viel engere Teilnahme von Eltern und Schülern bei der Gestaltung des Schulwesens geben, auch bei

der Auswahl der Lehrer. Es wird aber nicht den Eltern und Schülern überlassen bleiben, sich selbst ihren Lehrer zu wählen. Denn offenbar wäre ein zentralisiertes Schulsystem auf dieser Grundlage überhaupt nicht möglich.

Hinter der Forderung nach „Wahl der Lehrer durch das Volk“ steht überdies beim KBW derselbe kleinbürgerliche Liberalismus, der sich auch in der Forderung nach „gleichen, umfassenden Rechten für jedermann in allen Staatsangelegenheiten“ (KBW-Führer J.S.) zeigt.

Damit wird offenbar die Diktatur des Proletariats abgelehnt, denn wenn jedermann in allen Staatsangelegenheiten gleiche Rechte hat, kann von einer Diktatur des Proletariats keine Rede sein. J.S. vollzieht diese Ablehnung der Diktatur des Proletariats ausdrücklich, indem er frech behauptet: „In Bezug auf die Staatsangelegenheiten werden die Kommunisten niemals besondere Rechte für die Arbeiterklasse gegenüber anderen Teilen des Volkes fordern, weder vor noch nach der Eroberung der politischen Macht.“ („Kommunismus und Klassenkampf“ 2/74, S.103). Für den KBW trifft das sicher zu, aber das sollte man nicht mit der Politik der Kommunisten verwechseln.

Das Proletariat wird, aus dem ganz klar zu sehen, nach der Eroberung der Macht auch im Schulwesen seine Diktatur ausüben müssen. Und es wäre naiv, nicht in Rechnung zu stellen, daß sich auch auf diesem Feld ein äußerst scharfer Klassenkampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie abspielen wird.



In der BRD gibt es viele Tausende Lehrer, die im Unterricht reaktionäre und faschistoide Auffassungen verbreiten. Mit diesen Leuten wird das Proletariat nach der Eroberung der politischen Macht natürlich Probleme haben. (Das Proletariat wird zweifellos auch Probleme mit der noch weit größeren Zahl von sozialdemokratischen und liberalen Lehrern haben, von denen sich zunächst viele auf die eine oder andere Art der Diktatur des Proletariats entgegenstellen werden, aber das ist eher eine Frage politischer Überzeugungsarbeit als administrativer Eingriffe).

Was aber die reaktionären Lehrer angeht, so ist klar, daß das Proletariat an der Macht ihnen nicht länger die Erziehung der Jugend anvertrauen wird.

Wenn man naiverweise annehmen will, daß der Aufbau des Sozialismus sofort nach der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat eine Mehrheit der „Bevölkerung“ in jedem Winkel des Landes hinter sich hat, so könnte man weiterhin ebenso naiv annehmen, daß dann die reaktionären Lehrer einfach von den betroffenen Eltern „abgewählt“ werden.

Aber so idyllisch wird sich aller Erfahrung nach auch in der BRD die sozialistische Revolution nicht abspielen. Wahrscheinlich wird es so wie heute auch nach der Eroberung der politischen Macht noch starke Unterschiede im politischen Niveau des Landes geben — zwischen den einzelnen Bundesländern, zwischen Stadt und Land, sogar zwischen einzelnen Wohngebieten derselben Stadt (vor allem zwischen Bourgeois-Wohngebieten und Arbeiterwohngebieten).

Unter solchen Bedingungen wird der sozialistische Staat vor allem in der ersten Zeit in vielen Fällen zugunsten der Kinder und gegen reaktionäre Lehrer eingreifen, auch dann, wenn diese Lehrer von einer Mehrheit der Eltern noch unterstützt werden. Ein Abwarten, bis man in jeden Winkel des Landes die Eltern davon überzeugt hat, die betreffenden Lehrer „abzuwählen“, würde natürlich auf Kosten der Kinder gehen.

Das Übel ist nicht, wie der KBW mit seinen kleinbürgerlichen Vorstellungen weismachen will, die Kontrolle des Staates über das Schulwesen. Sondern das Übel ist, daß dies der Staat der Bourgeoisie ist, die ihn benutzt, um die Lebensdauer der kapitalistischen Gesellschaft zu verlängern.

Was soll man also von einer Forderung wie „Wahl der Lehrer durch das Volk“ halten, die im Kapitalismus nicht zu verwirklichen, im Sozialismus aber reaktionär wäre? Mit einer solchen Parole kann man offenbar weder die Tageskämpfe führen noch die Aufgaben der Zukunft bestimmen.

Wie an jedem Samstagvormittag so bin ich auch am 15. Juni in die Braunschweiger Innenstadt zum Einkauf gefahren.

Am Kohlmarkt (dem zentralen Punkt in der Braunschweiger Innenstadt) waren — wie üblich — wieder alle linken Gruppierungen mit ihren Propagandamaterialien erschienen.

Mein spezielles Interesse galt an diesem Tag dem KBW, der mit einem Verkaufstand vertreten war und über Megaphon die herumstehenden und vorbeiziehenden Menschen auf sich aufmerksam zu machen versuchte.

Knapp 20 Menschen umlagerten den KBW-Stand, darunter waren eine beträchtliche Zahl von Anti-Kommunisten.

Nun, ich kam wohl gerade recht-

## Ein Leser fragt: „Wie find' ich denn das?“

zeitig, denn der KBW-Sprecher hielt sieben eine Vorlesung über das Thema „Wahl der Offiziere, Wahl der Lehrer und Richter durch das Volk“. Der KBW-Genosse hinter dem Megaphon sagte sich redlich, diese „demokratischen Lösungen“ in Verbindung mit dem Kampf gegen politische Entlassungen und Gewerkschaftsausschlüsse zu bringen.

Ich muß ehrlich sagen, daß ich von der Zweckmäßigkeit dieser Parolen nicht überzeugt war. Mir schien, als sei der KBW-Vertreter noch nicht so recht an die Wurzel des Übels ge-

langt. Darum schlug ich vor, doch lieber die Forderung „Wahl der Kapitalisten durch das Volk“ in den Mittelpunkt zu stellen.

Während dieser Vorschlag bei einigen Diskutanten Heiterkeit hervorrief, meagerte der KBW'er ungeprochen sauer und fragte, ob ich ihn verarschen wolle.

Das konnte ich glatt verneinen. Da sich beim KBW die Erfahrung gelaufr ist, daß man die Menschen am besten durch die Praxis von der Richtigkeit kommunistischer Positionen überzeugt, schlug

der KBW-Sprecher seinen Zuhörern vor: „Wir können doch eine Volksstimmung machen!“ und er fragte, als alle etwas ungläubig zu ihm herüberschaute: „Wer ist gegen die Redefreiheit?“

Keine Hand regte sich, kein Widerspruch.

„Also sind alle für die Redefreiheit“, stellte unser KBW'er, sichtlich zufrieden, fest.

Ich ahnte schon, was jetzt kommen würde. „Anders formuliert: Wer ist dagegen, daß wir (die Kommunisten) hier reden?“

Sieben Arme gingen hoch! „Und wer ist dafür?“ Sechs Leute meldeten sich!

Die Stimme am Megaphon nahm Wdhlaugung: „Eins, zwei, drei... mh, mh. Die Mehrheit hat sich somit für uns und daß wir hier reden können, ausgesprochen.“

Wie find' ich denn das? Als entschiedener Demokrat hätte ich vom KBW hier doch etwas mehr Rückgrat erwartet. Im konkreten Fall hätte das doch wohl nur heißen können: Sich der Meinung der Massen beugen, die Propaganda einstellen, Sachen packen und nach Hause gehen!

Oder?

Ein Sympathisant aus Braunschweig

## Leserbrief

Am 9.6., 9.00 Uhr bot sich dem an politische Auseinandersetzungen gewöhnten Zuschauer ein ungewöhnliches Schauspiel: Die „KPD“ und der KB hatten sich zu einer Verlesung der Auseinandersetzung vom PI-Hörsaal auf den Fußballplatz entschlossen und waren zu einem sonntäglichen Clinch angetreten. Erste Schwierigkeiten traten auf, als sich herausstellte, daß es der „Kommunistischen Partei Deutschlands“ nicht gelungen war, elf Spieler zu mobilisieren.

Während der Fußballweltmeisterschaft kam es in Westberlin zu mehreren Protestaktionen von fortschrittlichen Kräften gegen die faschistische Militärjunta in Chile.

Die chilenische Mannschaft sollte in Westberlin drei Spiele zu absolvieren. Bei jedem Spiel waren Linke im Stadion anwesend und protestierten mit Transparenten und Sprechchören gegen die faschistische Militärdiktatur in Chile. Höhepunkt der Aktion war das Spiel Chile-BRD, zu dem mehr als 1.000 Linke im Stadion gekommen waren. Die Polizei, die mit über 1.000 Ordnern und Polizisten im Stadion für „Ruhe“ sorgen sollte,

## „Sportfreundschaft an erster Stelle ...“

Aber man war gewillt, sich solidarisch zu zeigen, und mit einem nachsichtigen, aber vielsagenden Grinsen wurden die bei der „KPD“ fehlenden Spieler aus den Ersatzleuten vom KB inbegriffen, von denen einer dann auch gleich in den ersten Spielminuten das erste Tor für die „KPD“ schoss. Das Ausgleichstor fiel kurz darauf, und nach der 1. Halbzeit war die KB-Mannschaft in Führung.

Inzwischen waren noch einige Spieler für die „KPD“ eingetroffen (man

muß bedenken, es war Sonntag morgen, inzwischen 10.00 Uhr in der Frühe), und die ausgelehnten Spieler wurden ausgewechselt. Zur Art und Weise der sportlichen Auseinandersetzung kann ich nur sagen, daß sie von beiden Seiten einigmaßen hart, aber fair geführt wurde.

Jedenfalls gewann der KB mit 4:2. Ich weiß nicht, ob die „KPD“-Spieler das interne Papier des „Regionalkomitee Wassermark der KPD“ gegen den KB bereits erhalten hatten, aber

soviel ist sicher, daß der Spielverlauf nicht geeignet war, „... in kurzer Zeit auf eine Fraktionierung zwischen den Klassenbewußten, von den KB-Führern getäuschten Arbeitern und der rechtsopportunistischen Führung“ hinzuzulaufen und somit „langfristig die Niederlegung und die Zerstückelung dieses Zirkels“ zu organisieren, wie es dort heißt. In dem Spiel hätte es, vor allem in der 1. Halbzeit, gerade umgekehrt der Fall sein können, aber die KB-Genossen hatten, soviel ich aus dem

ARBEITERKAMPF bisher entnommen habe, nichts von dieser Art der Auseinandersetzung, sondern sind mehr darauf erpicht, die Auseinandersetzung öffentlich unter den Massen zu führen und den Niedergang oder die Zerstückelung irgendeines Zirkels nicht mittels Fraktionierung zu organisieren, sondern mittels politischer Überzeugungsarbeit den Prozeß der Vereinheitlichung voranzutreiben, was, wie mir scheint, für die Massen der gangbare und offenere Weg ist. Eine Genossin

Anm. der Redaktion: Das Spiel war vom KB angezettelt worden. Ein Revanche-Spiel soll demnächst stattfinden.

## Protest gegen die chilenische Militärjunta in Westberlin

Polizeigriff abgelehnt und werden jetzt wegen Haus- und Landfriedensbruch angeklagt.

Eine besonders üble Rolle spielten die Revisionisten. Die DKP und SEW hatten ja schon vor Beginn der Weltmeisterschaft versichert, daß sie alles tun würden, um den „ordnungsgemäßen Verlauf der Spiele“ nicht zu gefährden. Das taten sie dann auch mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln: sie ließen das Flugblattverteilern vor den

Spiele auf dem S-Bahn-Gelände verbieten (die Westberliner S-Bahn gehört zur Reichsbahn und ist somit ein DDR-Betrieb) und hetzten die Bahnpolizei mit Hundst auf die Flugblattverteilern. Das Schlimmste aber leistete sich der Kommentator des DDR-Fernsehens. Als während des Spiels Chile-Australien die große Fahne von Demonstranten auf's Spielfeld getragen wurde, kommentierte er: „Die Ordnungskräfte haben die Sache unter ihrer Gewalt, der weitere Ver-

lauf des Spiels ist nicht gefährdet.“ Damit ließ er die Zuschauer in der DDR in dem Glauben, die chilenische Fahne sei von rechten Junta-Anhängern auf's Spielfeld getragen worden, da man die Aufschrift „socialista“ und die geballten Fäuste der Demonstranten im Fernsehen nicht deutlich erkennen konnte.

Am 15.6. veranstaltete das Chile-Komitee eine große Chile-Demonstration in Westberlin. Mehr als 10.000 Menschen und alle wichtigen politischen Organisationen beteiligten sich daran. Nicht erschienen war die SEW samt Anhang.

KB/Gruppe Westberlin



## ZUM FALL ANDRÉ B.

Vom 13. bis 20. Juni 1974 fand vor einem Hamburger Schöffengericht der Prozess gegen das Ehepaar Wilfried und Maria B. aus Hamburg-Billstedt statt. Das Ehepaar war wegen Körperverletzung und Freiheitsberaubung an ihrem gemeinsamen 16jährigen Sohn André angeklagt worden.

Die schweren Vorwürfe, die Eltern hätten André „monatelang grausam eingekerkert“ und „mißhandelt“, brachten bereits am zweiten Verhandlungstag zusammen. Vielemehr wurde deutlich, welche ungehörte Situation die verschiedenen Behörden leisteten, die den heutigen Entwicklungsstand André (mittelschwer schwachsinig) verschuldeten, und die die Eltern 15 Jahre völlig allein sitzen ließen.

Zudem zeigen die Tatsachen, daß die ungeheure Terrorwelt, die die bürgerliche Presse im Mai 73 gegen die Eltern startete, erstickten und erlösen war und ausschließlich darauf abzielte, die wirklichen Schuldigen, das unmenschenähnliche kapitalistische System – mit all seinen Auswüchsen – zu decken. Am 20. Juni mußten die Eltern freigesprochen werden um nicht noch weitere Beweise der Korruption und Menschenfeindlichkeit unseres Gesellschaftssystems an die Öffentlichkeit zu bringen.

In diesem Artikel wollen wir die Pressekampagne im Mai 73 darstellen und die tatsächlichen Ereignisse seit der Geburt André am 21.4.58, sowie die Bedingungen, unter denen André heute in den Alsterdorfer Anstalten lebt.

### Pressterror gegen hilfloses Ehepaar

Am 7. Mai 1973 erscheint die „Bild“-Zeitung mit der Titelzeile: „Kindesmißhandlung in Hamburg-Billstedt: KINDESPERRUNG 15 JAHRE IN KÄFEN!“

Der Artikel beginnt mit dem fettgedruckten Satz: „Als der 15jährige Junge endlich in die Freiheit zurückgekehrt, hatte er den Verstand verloren.“

Dann beginnt ein gruseliges Schauermärchen, das zwar erstickten und erlösen, aber immerhin geeignet war, eine „dolle Story“ zwecks Auflagensteigerung abzugeben. In übers. er Weise wird das Ehepaar fertig gemacht: „Ein 15jähriger Junge ist in Hamburg-Billstedt von seinen Eltern durchschüttelt wie ein Tier in einem vergitterten Käfig gefangen gehalten worden. Fünf Jahre lang. Als Polizisten den langjährligen Jungen mit dem bleichen Kindergeicht am Wochenende befreiten, machten sie eine schreckliche Entdeckung: Während der Gefangenschaft ist der 15jährige André offenbar wahnsinnig geworden.“ In derselben Ausgabe, auf Seite 3, findet sich zur „Charakterisierung des Vaters“ folgende Stelle: „Die Leute in Billstedt hätten Andre Vater eine ganze Menge zugezogen – das aber nicht... Jeder kennt jeden, natürlich ist der 37jährige Zimmermann Wilfried Behn bekannt. Die Leute hier in diesem ruhigen Winkel der Millionenstadt Hamburg wissen nicht so recht, was sie von Wilfried Behn halten sollen. Er hat den Ruf eines gewalttätigen Mannes, der häufiger in Schlägereien verwickelt ist und schnell mit seinen beiden Kleinkindern herumgewaltet.“ („Bild“, 7. Mai 1973)

Nicht viel anders berichten „Morgenpost“ (SPD) und „Hamburger Abendblatt“ (Springer). „Die Welt“ (ebenfalls Springer) erfand sogar den Grund, „warum die Behn André 5 Jahre in einem Stall hielten“: „Martha Behn schämte sich, zusammen mit einem unehelich geborenen und geistig zurückgebliebenen Kind in der Öffentlichkeit gesehen zu werden.“ („Welt“, 7. Mai 73) und die „Welt am Sonntag“ vom 13. Mai 1973:

„... „Welt“, 7. Mai 73) und die „Welt am Sonntag“ vom 13. Mai 1973: „Wo bleibt das Herz für Kinder?“ – „es gibt unzählige Fälle in denen verlassenen Kindern von Erwachsenen Unrecht angetan wird.“ Das ist die Story der „konzentrierten Aktion“ der bürgerlichen Presse im „Fall André B.“. Verrohte, gewalttätige Eltern, Nachbarn, die sich nicht um einander kümmern bzw. Angst haben, „Mißhandlungen“ bei der Polizei zu melden, und eine gleichgültige Öffentlichkeit, die man für „mitschuldig“ erklärt.

Die Untersuchungen im Fall „André B.“ indes zeigen beispielhaft die grausame Situation „behinderter Menschen“ in einer auf Profit orientierten Gesellschaft. Doch dazu weiter unten.

Obwohl bereits einen Tag nach Bekanntwerden des Falles vom damaligen Hamburger Schulsenator Apel eine fünfköpfige „Untersuchungskommission“ eingesetzt wurde, die „erweiterte Untersuchungen im Behördenapparat“ führen sollte, und die im ihrem internen (!) Bericht zu eindeutigen Mißständen und Versäumnissen kommt, hetzte die Presse bis zum 20. Juni 74 weiter gegen die Familie Behn.

So das „Hamburger Abendblatt“: „Er (André) wurde von seinen Eltern geschlagen und mußte, mit jeweils nur kurzen Unterbrechungen, in einem verschlossenen Verschlag hausen.“ („HA“, 22.5.74). „Wenn das Ehepaar ihren zwölfjährigen schwermütigen Riesenpudel Schnuffi so gehalten hätte (wie angeblich André, AK), wäre es wegen Tierquälerei angeklagt worden.“ („Bild“, 14.6.74)

Die Pressekampagne blieb nicht ohne Folgen. So mußte sich das Ehepaar Behn tagelang in ihrem Hause einschließen. Telefonanrufer beschimpften sie und drohten ihnen den Tod an, Steine und andere harte

Gegenstände flogen gegen ihr Haus in Billstedt. Dem Zimmermann Wilfried Behn wurde von seinem Arbeitgeber gekündigt. Er blieb einige Zeit arbeitslos. Ihre Zwillingstöchter wurden ihnen weggenommen und in ein Heim gesteckt.

### Untersuchung des „Fall André B.“

In den „Informationen des Amtes für Schule Nr. 12/73 vom 24.5.73“ berichtet Senator Apel über einige Ergebnisse der von ihm eingesetzten Untersuchungskommission.

„Die Untersuchungskommission kommt zu dem Ergebnis, daß das Geschehen um André durch Versäumnisse in der Verwaltung mitverantwortlich war.“

Obgleich bereits seit dem Jahr 1959 (!) André Entwicklungsrückstand mehrfach festgestellt worden war, wurden bis zu seiner Einschulung keine gezielten Maßnahmen zum Ausgleich seiner Behinderungen eingeleitet.

Als besonders bedauerlich muß die Tatsache angesehen werden, daß André vom Sonderschulbesuch zurückgestellt werden mußte. (?) Nach anfänglichem regelmäßigem Schulbesuch erkrankte André, ein erneuter Einschulungsversuch scheiterte. (?)

Warum der Einschulungsversuch scheiterte, warum André vom Sonderschulbesuch zurückgestellt worden mußte, wodurch die Verwaltung welche Versäumnisse mitverantwortlich hat – all diese Dinge werden nicht öffentlich dargelegt. Apel nimmt „Mitschuld“ an seine Behörde, um von der „Alleinschuld“ eines menschenfeindlichen Systems abzulenken. In diesem Sinne endet auch sein Artikel: „Aber nicht allein die Behörden sind verantwortlich, sondern jeder einzelne in dieser Gesellschaft.“

In einem internen Bericht des Hamburger Senats, der auszugswiese im „Spiegel“ des Jahres 73 wiederzufinden ist, lassen sich dann folgende erschütternde Entwicklungsetappen des André B. nachvollziehen:

André wurde am 21.4.58 in der Frauenklinik Finkenau, Hamburg, geboren. Die Mutter André nicht in der

André wurde am 21.4.58 in der Frauenklinik Finkenau, Hamburg, geboren. Die Mutter André nicht in der sich nehmen konnte, bat sie gleich nach der Geburt um Heimaufnahme. Sie wollte sich Arbeit suchen, um André, von dem sie sich auf keinen Fall trennen wollte, später zu sich nehmen zu können. (Bericht der Klinikfürsorge vom 24.4.58). Am 5.5.58 kam André von der Frauenklinik Finkenau in das Stützlingsheim Söding (Jugendbehörde). In einem freizeitlichen Gutachten vom 24.2.59 wurde festgestellt, daß André „statisch etwas zurück“ sei – ein erster Hinweis auf eine andere Entwicklung als bei gleichaltrigen Kindern. Bereits 7 Monate später weist der Befund Retardierungsmerkmale („Zurückgebliebenheit“) aus. Ein Bericht 9 Monate später bestätigte den Befund.

Aus Platzmangel im Stützlingsheim Söding wurde André am 20.2.59 in das SCF-Kinderheim Bahnhofsbrücke gebracht. Das Heim wurde von der britischen Kinderhilfe (Save The Children Fund) geleitet und wegen Ermangelung (!) am 1.3.1963 geschlossen.

Während des Aufenthaltes in diesem Heim wurde von mehreren Fachleuten bei André in zunehmendem Maße ein Rückstand in der geistigen Entwicklung festgestellt. Im November 1960 beantragte die Mutter die Entlassung André. Die Familienfürsorge konnte eine Entlassung nicht befürworten, ermöglichte aber zu Weihnachten eine Beurlaubung.

Am 16.12.60 wurde André dem „Arztlichen Dienst der Jugendbehörde“ vorgestellt, „weil die Heilmittel sich um seine Entwicklung in der letzten Zeit sehr große Sorgen macht.“

Der Junge konnte geistig nicht mehr mit, spreche noch gar nicht und sei kaum ansprechbar. Die Ärztin bestätigte die Vermutung:

„Es ist fast mit Bestimmtheit anzunehmen, daß die Mutter mit dem schwierigen Kind nicht fertig werden wird. Falls sie nach dem Weihnachtsurlaub ins zurückbringt, muß er nach Heimdorf (Heim der Lobetalarbeit-Innere Mission – für geistig behinderte Kinder) verlegt werden. In einem Heim für normal entwickelte Kinder ist er nicht mehr tragbar.“

Am 10.1.61 beantragte die Mutter erneut die Entlassung des Kindes. Trotz anfänglicher Bedenken (siehe oben) stimmte die zuständige Familienfürsorge der Entlassung zu, „um dem Kind den... vorgehenden Heimwechsel zu ersparen.“ Die Entlassung wurde daraufhin noch am selben Tage verfügt.

## Brief einer Mutter

Auszüge aus einem an den „Spiegel“ gerichteten Brief der Mutter eines sprachlich behinderten Kindes.

„Schon als Mutter eines gesunden Kleinkindes wünscht man sich nichts sehnlicher, als mal einen Tag und eine Nacht ohne Unterbrechung zu schlafen. Als Mutter eines behinderten Kindes, hat man in diesem einen Kind ständig zehn kleine Kinder... Ich kenne eine Mutter, die seit Jahren jede Nacht ihr behindertes Kind herumdreht, weil sie sich eben gar nicht allein, dreht kann. Eine andere Mutter hat einen blinden Spastiker, der keine Nacht schläft, sondern dauernd rhythmisch in die Hände klatscht. Unser Junge wird nichts immer angebunden, weil er sich sonst im Schlaf schüttelt – und das tut sehr weh. Aber ein häufiges Klopfen auf die Matratze ist nicht zu vermeiden. Ich höre dieses Klopfen, auch wenn unser Kind gar nicht da ist.“

Während des Prozesses stellte der Richter Beyer die Frage, was die Eltern unternehmen hätten. Frau Behn: „Wir wußten uns an die Fürsorge. Die Fürsorge aber sagte: Das gibt sich noch. Die Ärzte in der Mütterberatungsstelle meinten: Geben Sie dem Kind Lieberheit. Das hilft. Für eine heilpädagogische Schule war André nicht tragbar. Im Ortsum fanden wir für unseren Jungen keinen Sachbearbeiter.“ („Morgenpost“, 14.6.74) Der Rektor der Schule Weidemoor, Hintze, erklärte bereits gegenüber der „Bild“ am 8. Mai 1973:

„Nach sechs Monaten wußten wir, daß wir ihn nicht weiterheben konnten... Wenn wir für solche Aufgaben mehr Pflger, Erziehungsheifer und Beschäftigtentherapeuten hätten, dann könnten wir auch Kinder wie André ständig betreuen.“

Die Geschichte des André B. ist die Geschichte einer Gesellschaft, die Millionen in Mord- und Folterinstrumente investiert, aber die elementarsten Grundrechte der Menschen mißachtet. Obwohl die zurückgebliebene Entwicklung André seit 1959 bekannt war, wurden keinerlei Maßnahmen getroffen! André wurde bis heute das Recht auf Schulbesuch verweigert, weil es keine geeigneten Schulen im benötigten Maße gibt. Lt. „Spiegel“ werden in der BRD 6.040 Sonderschulen benötigt. Es gibt allerdings nur 2.015!

Hinzu kommt, daß es jeherlang

Die „Schweinechen“ Methoden der „KPD/ML“ angewendet, um ihren Leuten bei den Kollegen als die großartigste Unterstützung im Kampf gegen die derzeitige Welle der politischen Entlassungen anzupreisen, zeigt folgendes Beispiel:

Mehrere fortschrittliche Kollegen bei Daimler-Benz in Westberlin wurden im Mai gekündigt. Darunter ein Vertrauensmann, der offen aus politischen Gründen rausging und sofort in den Urlaub geschickt wurde. Aus diesem Anlaß rief die „KPD/ML“ zu einer öffentlichen „Arbeiterrunde“ auf. Die schlichte Begründung war:

„Stärkt die KPD/ML!“

Daß die „KPD/ML“ nicht davor zurückschreckt, einen Kollegen zu denunzieren, wenn es nur für die „Stärkung“ der „KPD/ML“ ausgeschaltet werden kann, mußte einer der gekündigten Kollegen am eigenen Leibe erfahren: Er wollte (offenbar politisch schlecht beraten) die „Arbeiterrunde“ nutzen, um sich Unterstützung für seine Wiederentlassung und den Arbeitsprozeß zu holen. Erst nach längerer Diskussion war die „KPD/ML“ bereit, auch über praktische Solidarität zu reden. Bei einer Sammlung kamen dann immerhin 94... DM zusammen. Damit sich die Spende für die „Stärkung der KPD/ML“ herausgebracht, mit der Mitteilung: „94... DM für F...“ (im Flugblatt war der Vorname von F. ausgeschrieben, sein Nachname abge-

kürzt; außerdem war seine Abteilung angegeben).

Dann kommt man gleich zur Sache: „Am letzten Freitag kam F... und zwei Genossen der Gruppe Rote Fahne (genannt ist die „KPD“ – Arbeiterrunde der KPD/ML bei Parkrestaurant Neukölln. F... berichtete, wie er bei Daimler in... und auf der Betriebsversammlung gekündigt hat.“

Die Betriebsräte und einige rechte sozialdemokratische Vertrauensleute, die es bei einigen Kollegen nicht leicht hatten, die Kündigungen zu rechtfertigen, hatten hierdurch unverhofft Schützenhilfe erhalten. Jetzt konnten sie als „Beweis“ für ihr Gerücht, daß hat was mit der KPD zu tun, das Flugblatt der „KPD/ML“ zitieren. Dieser „Beweis“ verfehlte unter den Kollegen nicht seine Wirkung. Der Betriebsrat nutzte die Chance noch weiter aus und leitete das Flugblatt in die Ortsverwaltung weiter. Diese wiederum forderte den Stützling zu nehmen, und zwar bevor es entschieden, ob die ihm Rechtschilfe für den Arbeitsprozeß gewährt oder nicht! Das objektive Zusammenspiel zwischen „KPD/ML“ und Gewerkschaftsführern ist offensichtlich!

Der Kollege F. hat von einer solchen Denunziation sicher keinen Nutzen (darüber können auch die 94 Mark nicht wegtun). Nutzen dagegen haben die Gewerkschaftsführer

lung (!) vom Schulbesuch zurückgestellt.

Er wurde auf eine Warteliste gesetzt. Aus den verschiedenen Akten ist nicht erkennbar, daß vom Schul- oder Jugendamt die Einschulung betrieben wurde. Eine Nachfrage bei der Schularztstelle (Januar 1966) ergab, daß André „unbeschult“ sei. Am 1.1.66 wurde André endlich zur Schule Lohbrügge kommen sollte, fehlte ein Platz im Schulbus! Mittlerweile war André 8 Jahre alt und seit sieben Jahren waren Symptome einer rückständigen Entwicklung bekannt.

Nichts war bisher geschehen! Am 31.8.1967 wurde die elterliche Gewalt der Mutter übertragen. Am selben Tage war vom Jugendamt die Akte des geistigkranken André B. geschlossen worden! Bis 1970 wurde vom Jugendamt weder die Schulaufnahme noch therapeutische Unterweisungen etc. betrieben! Am 13.7.1970 erfolgte ein anonym Anruf bei der Dienststelle Schularzt, daß sich im Hause... ein 11- bis 12jähriger Junge befinde, der nicht zur Schule geht. Doch wiederum verging ein 3/4 Jahr. Erst im April 1971 (André war mittlerweile 13 Jahre) wurde André in die Heilpädagogische Schule probeweise eingeschult. Bis November 71 wurde der Schulbesuch ziemlich regelmäßig. Der Klassenlehrer machte Hausbesuche und hatte einen guten Eindruck von der Familie. Von November 71 bis Mai 72 war André wegen einer Stoffwechselerkrankung nicht in der Schule. Der Lehrer machte einige Hausbesuche. Im Juni 1972 kam die Schule zu dem Ergebnis, daß eine Betreuungsmöglichkeit im Rahmen der Schule zur Zeit nicht mehr gegeben sei. Wiederum wurde André zurückgestellt! André Eltern bemüht sich wiederholt, Hilfe für ihren Sohn zu bekommen.

Während des Prozesses stellte der Richter Beyer die Frage, was die Eltern unternehmen hätten. Frau Behn: „Wir wußten uns an die Fürsorge. Die Fürsorge aber sagte: Das gibt sich noch. Die Ärzte in der Mütterberatungsstelle meinten: Geben Sie dem Kind Lieberheit. Das hilft. Für eine heilpädagogische Schule war André nicht tragbar. Im Ortsum fanden wir für unseren Jungen keinen Sachbearbeiter.“ („Morgenpost“, 14.6.74) Der Rektor der Schule Weidemoor, Hintze, erklärte bereits gegenüber der „Bild“ am 8. Mai 1973:

„Nach sechs Monaten wußten wir, daß wir ihn nicht weiterheben konnten... Wenn wir für solche Aufgaben mehr Pflger, Erziehungsheifer und Beschäftigtentherapeuten hätten, dann könnten wir auch Kinder wie André ständig betreuen.“

Die Geschichte des André B. ist die Geschichte einer Gesellschaft, die Millionen in Mord- und Folterinstrumente investiert, aber die elementarsten Grundrechte der Menschen mißachtet. Obwohl die zurückgebliebene Entwicklung André seit 1959 bekannt war, wurden keinerlei Maßnahmen getroffen! André wurde bis heute das Recht auf Schulbesuch verweigert, weil es keine geeigneten Schulen im benötigten Maße gibt. Lt. „Spiegel“ werden in der BRD 6.040 Sonderschulen benötigt. Es gibt allerdings nur 2.015!

Hinzu kommt, daß es jeherlang

Die „Schweinechen“ Methoden der „KPD/ML“ angewendet, um ihren Leuten bei den Kollegen als die großartigste Unterstützung im Kampf gegen die derzeitige Welle der politischen Entlassungen anzupreisen, zeigt folgendes Beispiel:

Mehrere fortschrittliche Kollegen bei Daimler-Benz in Westberlin wurden im Mai gekündigt. Darunter ein Vertrauensmann, der offen aus politischen Gründen rausging und sofort in den Urlaub geschickt wurde. Aus diesem Anlaß rief die „KPD/ML“ zu einer öffentlichen „Arbeiterrunde“ auf. Die schlichte Begründung war:

„Stärkt die KPD/ML!“

Daß die „KPD/ML“ nicht davor zurückschreckt, einen Kollegen zu denunzieren, wenn es nur für die „Stärkung“ der „KPD/ML“ ausgeschaltet werden kann, mußte einer der gekündigten Kollegen am eigenen Leibe erfahren: Er wollte (offenbar politisch schlecht beraten) die „Arbeiterrunde“ nutzen, um sich Unterstützung für seine Wiederentlassung und den Arbeitsprozeß zu holen. Erst nach längerer Diskussion war die „KPD/ML“ bereit, auch über praktische Solidarität zu reden. Bei einer Sammlung kamen dann immerhin 94... DM zusammen. Damit sich die Spende für die „Stärkung der KPD/ML“ herausgebracht, mit der Mitteilung: „94... DM für F...“ (im Flugblatt war der Vorname von F. ausgeschrieben, sein Nachname abge-

kürzt; außerdem war seine Abteilung angegeben).

Dann kommt man gleich zur Sache: „Am letzten Freitag kam F... und zwei Genossen der Gruppe Rote Fahne (genannt ist die „KPD“ – Arbeiterrunde der KPD/ML bei Parkrestaurant Neukölln. F... berichtete, wie er bei Daimler in... und auf der Betriebsversammlung gekündigt hat.“

Die Betriebsräte und einige rechte sozialdemokratische Vertrauensleute, die es bei einigen Kollegen nicht leicht hatten, die Kündigungen zu rechtfertigen, hatten hierdurch unverhofft Schützenhilfe erhalten. Jetzt konnten sie als „Beweis“ für ihr Gerücht, daß hat was mit der KPD zu tun, das Flugblatt der „KPD/ML“ zitieren. Dieser „Beweis“ verfehlte unter den Kollegen nicht seine Wirkung. Der Betriebsrat nutzte die Chance noch weiter aus und leitete das Flugblatt in die Ortsverwaltung weiter. Diese wiederum forderte den Stützling zu nehmen, und zwar bevor es entschieden, ob die ihm Rechtschilfe für den Arbeitsprozeß gewährt oder nicht! Das objektive Zusammenspiel zwischen „KPD/ML“ und Gewerkschaftsführern ist offensichtlich!

Der Kollege F. hat von einer solchen Denunziation sicher keinen Nutzen (darüber können auch die 94 Mark nicht wegtun). Nutzen dagegen haben die Gewerkschaftsführer

## Üble Provokation der „KPD/ML“ bei Daimler-Benz, Westberlin

in ganz Billstedt keinen Jugendfürsorger gab. Und die Schülerhilfe, in der Psychologen der Schulbehörde arbeiten, an die sich Lehrer wenden können, wenn sie mit sogenannten „schwierigen Fällen“ nicht fertig werden, ist so phantastisch besetzt, daß sie praktisch arbeitsunfähig ist. So kommt auf einen Schulkreis, z.B. auf ganz Hamburg, ein halber Schulpsychologe!

Wie aber schrieb das „Hamburger Abendblatt“ vom 22.5.74 zum „Fall André B.“: „Zwei Menschen sind in erschreckender Weise schuldig geworden.“ !!

### André in den Alsterdorfer Anstalten

Seit dem 5. Mai 1973 ist André in den Alsterdorfer Anstalten untergebracht. Die „Morgenpost“ vom 12.6. berichtet, daß „André von den besten Ärzten nun betreut wird.“

Das „Hamburger Abendblatt“ vom 21.6.:

„André lebt heute in den Alsterdorfer Anstalten, und hat ständig zwei Menschen um sich, die sich rund um die Uhr um ihn kümmern.“

Und die „Welt“ vom 15.6.74 abschließend: „Zwei Erzieher kümmern sich ausschließlich um ihn, eine dritte Hilfspflegerin ist außerdem halbtags für ihn eingesetzt.“ Schön wahr!

André ist seit etwa einem Jahr in der geschlossenen Abteilung „Wachsal“. Derselbe befindet sich dort 45 Patienten. Pro Schicht arbeiten fünf Pfleger, d.h.: neun Patienten kommen auf einen Pfleger!

Für einige Wochen war André Ende 73 auf der Abteilung „Heinrichsdorf“.

Dort leben 37 Patienten und ca. vier Pfleger! Dazu muß gesagt werden, daß die Bandbreite der Patienten enorm groß ist. So sind in „Heinrichsdorf“ z.B. „Selbstbeschädigte“ zusammen mit Patienten, die lesen und schreiben können und regelmäßigen Tätigkeiten nachgehen.

Allerdings kümmern sich zwei „Pachfräcker“, soweit es in ihrer Zeit und ihren Kräften und Möglichkeiten steht, um André. Der eine ist ein Patient, der vor ein paar Jahrzehnte in Alsterdorf ist und nun mit André spazieren geht, der andere ein Zivilistenkleinrentner, der ein bis zwei Stunden pro Tag mit André Spiele und Übungen durchführt. Geschulte und ausgebildete Pachfräcker, die sich Tag und Nacht in ausreichender Zahl um Patienten kümmern? – Bloß ein Traum aller Patienten, der Zeit ihres Lebens in dieser Gesellschaft ein Wunschtraum bleiben wird!

Der Fall André endete mit dem Freispruch für seine Eltern. Doch wie Richter Beyer einleitend sagte: „Es ist nicht Aufgabe dieses Gerichts, mögliche Versäumnisse der Behörden aufzuspüren und die Verantwortlichen unter den geistig Behinderten in unserer Gesellschaft leben, zu untersuchen.“ ... endete der Prozeß vor allem mit dem Freispruch der Behörden und unseres Systems, das tagtäglich viele André B.'s produziert! ●

### Chemiekomitee, KB / Gruppe Hamburg, mit Unterstützung von Pflger und Ersatzdienstleistenden der Alsterdorfer Anstalten

Chemiekomitee, KB / Gruppe Hamburg, mit Unterstützung von Pflger und Ersatzdienstleistenden der Alsterdorfer Anstalten



## Hamburger Senat deckt faschistoiden Polizei-Chef

Einige junge Hamburger Polizisten wollten spaßhaftermaßen testen, was ihr Vorgesetzter, der leitende Polizeidirektor und Kommandeur der Hamburger Schutzpolizei, Georg Pries, zu dem sogenannten „Häresie“ bei der Polizei meint, nach dem uniformierten Beamten, „bis in den Kragen reichendes gepflegtes Langhaar“ tragen dürfen. Sie veranlaßten einen nicht der Polizei angehörenden Bekannten, einen Polizeipräsidenten zu schreiben, um Pries hervorzuheben: „Mir sind ... eine verminderte Zahl echter Polizisten lieber als ein Heer von Schwadelpöckchen.“

Pries verfaßte am 10.12.1973 ein Antwortschreiben, aus dem hervorgeht, daß durch diese „Stimme aus dem Volk“ die „edelsten“ Seiten in ihm zu klingen begannen.

Ich glaube, daß eine modernistische Forderung, existenziellistische Ausdrucksformen und -tendenzen sowie übersteigerte Individualismus in der Polizei weder Raum haben können noch Raum gewinnen dürfen. Innere Haltung, Zuverlässigkeit, Hilfs- und Durchsetzungsbereitschaft in Gefahrenlagen werden im allgemeinen nur von Menschen erwartet, deren äußere Haltung und äußeres Erscheinungsbild einen solchen Vertrauensvorschuß begründet. Das gilt in besonderem Maße für Polizeibeamte in Uniform.“

Nachdem Pries sich dann noch darüber verbreitet hatte, daß ihm die „von spitzfindigen Intellektuellen strapazierte Grundrecht der freien Entfaltung der Persönlichkeit“ schwer auf dem Magen liegt, schrieb er weiter:

„Die Polizei begreift sich – und das ist meine tiefe Überzeugung – nicht als außenstehender Machtapparat, sondern als Teil unseres Volkstums (1), in dem sie als rote Blutkörperchen (gemeint sind vermutlich die weißen Blutkörperchen, Anm. AK) wirkt, mit der Aufgabe, Krankheiten zu verhindern und schädliche Stoffe von diesem Volkstum fernzuhalten.“

Dieses faschistoide Geschreibsel über „Volkstum“, „schädliche Stoffe“ (1), die vom „Volkstum“, „fernzuhalten“ seien „spitzfindige Intellektuelle“, „übersteigerten Individualismus“ usw. bringt den Wunsch nach Anpassung, die Faschisierung von Staat und Gesellschaft willig mittragenden Polizisten zum Ausdruck.

Bei der Veröffentlichung stieß dieser Vorgang auf eine Erörterung. Der Renomier-„Liebhaber“ der Hamburger Bürgerschaft, FDP-Abgeordneter Weber, sah sich zu einer „Anfrage an den Hamburger Senat veranlaßt, in der er u.a. seine staatsbürgerliche Sorge zum Ausdruck brachte, „daß durch derartige Äußerungen... die Polizei in einem demokratischen Rechtsstaat in Miskredit kommt.“

Nein, der Senat meinte das nicht. Die Äußerung von Pries könne zwar „zu Mißverständnissen (1) und Fehldeutungen (2) Anlaß geben“ (dabei war sie doch völlig eindeutig), aber das mache schließlich nichts. Denn der Herr Pries sei doch „jederzeit bereit, für die freiheitliche Grundordnung einzutreten (ein Mann, der offen verfassungsmäßige Rechte verhöhnt, wie aus seinem Brief deutlich wird – Anm. AK), und das verdient Anerkennung, nicht Kritik.“ Und mit den „spitzfindigen Intellektuellen“ habe Herr Pries bestimmt „nur Verfechter“ gemeint, und gegen diese ist ja faschistoide Heiße bekanntlich nicht nur erlaubt, sondern sogar erwünscht.

Abgeordneter Weber zeigte sich über diese Antwort „höchst unbefriedigt“ und äußerte die naive Vermutung, dem Senat habe „der Mut gefehlt“. Aber nicht doch Herr Weber. Der Senat habe durchaus den „Mut“, sich zu einem seiner faschistoiden eingestellten „Staatsdiensten“ zu bekennen. Welchen Mut hatten Sie denn erwartet?

„Wir haben es ja gleich gesagt, daß er ein Chaot ist“, und Nutzen erhofft sich wohl auch die „KPD/ML“ (der P. war bei UNS – ?).

Wollte die letzte „Arbeiterrunde“ so ein voller Erfolg gegen die Kollegen war, tief die KPD/ML gleich zu einer neuen – provokatorisch öffentlichen – auf, um ihr prokathartisches Treiben fortzusetzen.

Nach dem Bericht eines  
Westbörner Metall-Genossen

## Weiterer Abbau demokratischer Rechte an der Universität Frankfurt

Am 24.5.74 untersagte das Verwaltungsgericht Frankfurt dem Allgemeinen Studentenausschuß (Asta) der Frankfurter Universität unter Androhung einer Geldstrafe, sich über Hochschulfragen hinaus allgemein-politisch zu betätigen.

Der Gerichtsbeschluss erfolgte auf Antrag eines Burschenschaftsstudenten und besagt, daß dem Asta „im Wege der einstweiligen Verfügung verboten (wird), sich öffentlich schriftlich oder mündlich zu politischen Fragen, die nicht hochschulpolitische Belange der Studenten betreffen, zu äußern“ (FK vom 25.5.74).

Diese Anordnung steht im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen an der Universität Frankfurt im Januar dieses Jahres und bedeutet einen weiteren Baustein in den gesamten Angriffen auf die demokratischen Rechte der Studenten. Anfang dieses Jahres kam es zu heftigen Auseinandersetzungen an der Frankfurter Uni, die durch die reaktionären Praktiken des Professors Engels provoziert wurden (siehe AK 40). Die Polizei besetzte damals das Universitätsgelände, knüpfte auf die gegen den Reaktions-Engels protestierenden Studenten ein, durchwühlte die Asta-Räume und nahm verschiedene Akten mit. Kurz darauf wurde auch das Konto des Asta durch die Universitätsverwaltung gesperrt.

Die Bourgeoisie und ihre Handlanger hatten den damaligen Konflikt und seine Zuspitzung provoziert, mit dem Ziel, die seit langem geplante Hochschul-„reform“ und Maßnahmen wie das Ordnungsrecht durchzusetzen und als notwendige Reaktion auf „kri-

minelle Handlungen kommunistischer Gruppen“ hinzustellen.

Inzwischen hat die Bourgeoisie einige Schritte auf dem Weg zur Durchsetzung ihrer Ziele getan:

1. Die Vorlage einer „Hausordnung“ für die Universität Frankfurt. Diese „Hausordnung“ sieht Disziplinarmaßnahmen gegen alle Universitätsangehörigen vor, die in irgendeiner Weise „die Funktionsfähigkeit der Universität beeinträchtigen“ (AK 42).

2. Die Planung eines einheitlichen Ordnungsrechts für alle Universitäten der BRD und Westberlins. Dieses soll wesentlich schärfer gefaßt werden, als die Frankfurter „Hausordnung“, und soll sich an die entsprechenden Paragraphen in den Hochschulgesetzen der CDU/CSU-Länder Bayern und Baden-Württemberg anlehnen (AK 42).

Der Gerichtsbeschluss, der die Wahrnehmung eines politischen Mandats des Asta als rechtswidrig bezeichnet, ist also nur ein weiterer Schritt im Abbau demokratischer Rechte der Studenten.

Durch solche Maßnahmen und durch Provokationen wie bei den Auseinandersetzungen im Januar, vermehren die Bourgeoisie und ihre Handlanger an den Universitäten die richtige „Stimmung“, und die „Legitimation“ für die Durchführung ihrer reaktionären Pläne zu erreichen und gleichzeitig unentgeltliche Studenten abzuschrecken und die kämpfenden zu isolieren bzw. ihre Aktivitäten zu rückdrängen, um damit die demokratische Studentenbewegung zu zerschlagen.

KD/Gruppe Frankfurt

## Strahlenunglück in St. Georg Strahlenunglück in St. Georg

Am 2.5.74 wurden in der Strahlenabteilung des AK St. Georg drei Patienten mit einem Röntgenbestrahlungsgerät für die Haut überbestrahlt, wobei es zu einer Rötung und Abhebung der oberen Hautschichten kam, die bei sachgemäßer Bestrahlung sonst nicht auftraten.

Fehler im technischen Bereich sind immer möglich, aber die Ursachen der Strahlenschäden und des viel folgenschwereren Strahlenunglücks im Februar-April 71 in der gleichen Abteilung zeigen, wie wenig Menschenleben gelten in einer Institution, die der Erhaltung und Wiederherstellung der menschlichen Gesundheit dienen sollte.

Vom Mitte Februar bis Mitte April 71 wurde insgesamt 27 krebserkrankte Patienten mit bis zu vierfach überhöhten Strahlenmengen aus einem Betatron bestrahlt, bei dem eine Filterpatte zur Verteilung der Strahlen herausgefallen war. Zwei der Patienten sind unmittelbar an den Folgen der Überbestrahlung verstorben, 13 weitere haben bleibende Schäden davongetragen. Bis zum Abschluß eines Bürger-schaftsberichtes am 3.9.73 und 20 Patienten an ihrem Grundleid oder Herz-Kreislaufversagen gestorben. Der Defekt am Bestrahlungsgerät wurde erst zwei Monate nach seinem vermutlichen Entstehen bemerkt, weitere zwei Monate vergingen, bevor die Gesundheitsbehörde benachrichtigt wurde. Erst am 6.10.73 wurde die Öffentlichkeit informiert, nachdem es der Gesundheitsbehörde gelungen war, informierte Zeitungen zum Stillschweigen zu bewegen, nachdem längst Zivil- und Strafklagen betroffener Patienten liefen und die Verantwortlichen in widerlicher Weise einen Sündenbock suchten. Die Patienten wurden über die Strahlenschäden erst im 4. Quartal 71 unterrichtet, und z. T. auch nur, wenn sich bleibende Schäden bei ihnen gezeigt hatten. Dies geschah angeblich deshalb so spät, „weil im Interesse der einzelnen Patienten abgewartet werden sollte, ob sich überhaupt ein bleibender Schaden herausstellt. Es hätte ja bei jedem einzelnen die Möglichkeit bestanden, daß die Überbestrahlung ohne ersatzbare bleibende Folgen geblieben wäre, und für diesen Fall sollte der Patient nicht unnötig beunruhigt werden. Dies um so mehr, als vorübergehende Maßnahmen gegen evtl. auftretende Strahlenschäden nicht möglich seien.“ Diesen zynischen Kommentar von Prof. Gawurky, dem Leiter der Strahlenabteilung, machte sich der Präses der Gesundheitsbehörde zu eigen, wohl um sein 16-monatiges Schweigen zu begründen.

Bei der Untersuchung der Schuldfrage deckte der am 27.11.72 eingesetzte Untersuchungsausschuß der Bürgerschaft unglückliche Dinge auf. Das Gerät war nicht funktionstüchtig, und das war der Herstellerfirma Siemens bekannt. Denn schon 1968 war in Gießen an einem gleichen Gerät

eine Veränderung an den Streufolien in Hamburg festgestellt und der Firma mitgeteilt worden. Diese hatte es aber erst 1972 für nötig befunden, die Besitzer von immerhin bis jetzt über 70 Geräten auf den Fehler hinzuweisen. Außerdem war für einen halbwegs versierten Fachmann klar, daß der Kiebel für die Folien den Röntgenstrahlen nicht standhielt. Weiterhin hatte Siemens sofort nach Bekanntwerden des Defektes eine Reparatur an der Folienkette vorgenommen, so daß sich der Untersuchungsausschuß bei einem Lokaltermin nicht in der Lage sah, am inzwischen stillgelegten Betatron die genauen Strahlenverhältnisse zu rekonstruieren, und zugeben mußte, „daß nicht mehr in der notwendigen Sicherheit davon ausgegangen werden konnte, als heute die sich heute (am Lokaltermin) noch um dasselbe Gerät.“

Schwere Fehler sind auch bei der Funktionskontrolle des Betatrons aufgetreten. Die physikalisch bedingte Leistungsschwankung der Röntgenröhre hätte einer ständigen automatischen Überwachung bedurft. Diese gab es nicht, da die Gesundheitsbehörde es abgelehnt hatte, das notwendige Kontrollgerät für DM 20.000,- zu beschaffen, und dies auch nicht aus dem Chefärzten des AK St. Georg geschah, der für solche Anschaffungen vorgesehen ist. Wieso die Anschaffung unterblieb, konnte der Untersuchungsausschuß nicht klären. So mußte das Gerät mit der Hand abgeschaltet werden. Die mit der Bedienung betrauten MTA's waren bei mangelnder Ausbildung zu engem und zu lautem Arbeitsplatz schon bei einem einwandfreien Gerät überfordert und hätten einen Fehler nur durch Zufall erkennen können. Die mit der Leistungs-kontrolle beauftragten beiden Physiker führten nur alle halbe Jahre eine Kontrollmessung am Gerät durch – angesichts der ständig schwankenden Leistung der Röntgenröhre ein kriminelles Verhalten, das man allerdings nicht den beiden Personen vorwerfen kann, denn die Bedienungs- und Wartungsanleitung (die letzte sicher datiert aus dem Jahr 59) der Firma Siemens erwies sich hinsichtlich der Kontrollvorschriften als sehr dürftig.

Die Suche nach dem Schuldigen verlief wie eine Groteske. Jeder beschuldigte jeden, die Verantwortung zu haben. Die Gesundheitsbehörde beschuldigte die Ärzte, insbesondere Prof. Gawurky, dieser gab teilweise dem Bedienungspersonal die Schuld. Die Firma Siemens wurde von allen, einschließlich den Patienten, angegriffen, wie nie aber jede Verantwortung von sich und meinte, die Ärzte anzuschuldigen zu können. Die Gesundheitsbehörde wertete es gar als einen Erfolg, daß sie nur an einem Patienten als Alleinanscheider verurteilt wurde, während die anderen acht Kläger gegen mehrere Verantwortliche Klage erhoben. Immerhin schien der Gesund-

## Typhus-Epidemie in Göttingen

In Göttingen sind seit Ende Mai zahlreiche Fälle von Typhuserkrankungen aufgetreten, wobei sich die Zahl inzwischen auf 40 Erkrankte erhöhte. In diesem Zusammenhang ist das Verhalten des hiesigen Gesundheitsamtes sehr bezeichnend. So versuchte es von Anfang an, den Fall herunterzuspielen und die Ursachen zu verschleiern. Auf der Suche nach dem Krankheitsherd, der wahrscheinlich im Bereich der Zentralmensa der zuerst Erkrankten lag, ist ein Fischessen (in der Mensa) wurde keineswegs konsequent untersucht, sondern mit wahnwitziger Leichtgläubigkeit alles vermieden, was einer schnellen Aufklärung gedient hätte, so z.B. sofortige Überprüfung der Zulieferfirmen oder allgemeine Untersuchung aller Mensabesitzer als potentiell Gefährdete. Im Gegenteil: Wohnheime von erkrankten Studenten wurden erst nach einer Woche desinfiziert; Studenten, die sich für gefährdet hielten, wurden vom Gesundheitsamt weggeschickt mit der lapidaren Antwort: „Kommen Sie wieder, wenn Sie Symptome haben.“ Die Unfähigkeit des Gesundheitsamtes wurde von den zuständigen Stellen auf Landesebene entschuldigt und die Ursachen dafür in zynischer Weise sehr offen zugegeben. So der Seuchendirektor im niedersächsischen Sozialministerium Dr. G. Sattelmacher als Antwort auf Kritik aus den Reihen der betroffenen Studenten: „Es ist furchtbar einfach, Vorwürfe zu erheben, es sollte aber berücksichtigt werden, daß kein Gesundheitsamt für den Extremfall aufgebaut, sondern auf den Normalfall eingerichtet ist.“ (aus: „Göttinger Blick“).

Da es also heraus: Es ist gar nicht Aufgabe des Gesundheitsamtes, sich auf solche Fälle einzurichten und dementsprechend ist es auch gar nicht finanziell und personell dafür ausge-

staltet, weil es der „Normalfall“ eben nicht verlangt. Was ist nun der „Normalfall“? Für die Kollegen, die in der Mensa arbeiten, heißt das folgendes: Sie wurden innerhalb weniger Tage mehrmals untersucht und auch in der Presse war zu hören, daß jeder sicherlich der Krankheitsherd zu finden sei. Keine Rede davon, ob nicht die Zulieferfirmen auch zu untersuchen seien, nichts dergleichen. Im allgemeinen heißt „Normalfall“, daß ganz im Sinne seines Auftrages das Gesundheitsamt dafür zu sorgen hat, daß der kapitalistische Produktionsprozeß aufrechterhalten bleiben kann, hat doch dieses Amt gerade die Aufgabe, die „guten“ von den „schlechten“ Arbeitern schon vor Arbeitsantritt zu trennen und so nur „brauchbares Material“ für die Kapitalisten zu schaffen. Keineswegs wird untersucht, ob die Arbeitsbedingungen, Arbeitszeiten etc. Auswirkungen auf die Arbeiter haben, da dieses natürlich nicht im Interesse der Kapitalistenklasse liegt und sie dementsprechend ihr Gesundheitswesen auch nur an Profitstreben und seine Stützung ausgerichtet hat.

In diesem Fall heißt das, daß versucht wird, indirekt den einzelnen Beschäftigten der Mensa die „Schuld“ in die Schuhe zu schieben, indem offensiv (häufiges Untersuchen bei gleichzeitiger Unterstützung durch die Presse) gegen sie vorgegangen wird, um so von den tatsächlichen Ursachen abzulenken und die Zulieferfirmen vor entsprechenden Maßnahmen zu schützen. In diesem Sinn ist also ein anderer Ausspruch von Dr. Sattelmacher zu verstehen: „Das Gesundheitsamt hat alles getan, was möglich war. Das alles ist viel zu sehr aufgebauscht worden, immerhin sind es lediglich 39 Fälle (11) in der gesamten Bundesrepublik.“ (aus: „Göttinger Blick“)

KAG Göttingen

finanziell und personell dafür ausge-

KAG Göttingen

## Ärzte terrorisieren politisch unliebsame Patienten Leserbrief

Wiederholt ist schon im ARBEITER-KAMPF berichtet worden, wie die westdeutsche Bourgeoisie mit allerhand Mitteln gegen politische Gefangenene, insbesondere gegen inhaftierte RAF-Genossen, vorgeht.

Ich möchte hier einen Fall schildern, der deutlich macht, daß man sich nicht „nur“ darauf beschränkt, diese Genossen physisch und psychisch kaputt zu machen. Der staatliche Terror geht sogar soweit, Verwandte dieser Genossen gleichsam in Sippenhaft zu nehmen.

In einem Krankenhaus wurde eine Verwandte eines RAF-Mitgliedes schwer krank erkrankt. Von einigen Ärzten wurde dabei ernsthaft erwägt, ob man „solche Menschen“ überhaupt behandeln sollte. Es könnte doch sein, daß diese, wenn sie tatsächlich gesund werden sollten, uns umbringen würden oder sonst irgend etwas Übles anrichten.

Nachdem man sich „durchgerungen“ hatte, sie zu behandeln, wurde angeordnet, daß diese Patientin keine Behandlungszeit bekommen sollte (je-

der Patient bekommt normalerweise eine Zelle, wann er täglich kommen soll, in dieser Zelle bekommt er dann seine Therapie). Diese Patientin sollte einfach von der Station abgerufen und eingeschoben werden, wenn nichts anderes zu tun sei. Da diese in letzter Konsequenz: Wenn viel zu tun ist und kein Termin frei ist, kommt sie auch nicht dran. Da sie dennoch täglich ihre Therapie bekam und nicht einfach „dazwischen geschoben“ wurde, lag lediglich am übrigen Pflegepersonal, das sich über die Anordnungen der Ärzte hinwegsetzte.

Dieser Leserbrief kann leider nicht ausführlicher werden, da man durch die Schweigepflicht gesetzlich daran gehindert wird (das Berufsverbot droht).

Durch diese Schweigepflicht wird es ermöglicht, daß sehr viele Schweinereien nicht umfassend enthüllt werden können (wie in diesem Fall) bzw. überhaupt gar nicht erst in die Öffentlichkeit kommen.

Ein Krankenhauseskizze

heilsbehörde und Siemens die Angelegenheit – so brandt, daß sie je DM 200.000,- ohne Prädikat vorstreckten, um den Betroffenen „so schnell und umfassend wie möglich“ zu helfen. Daß diese Hilfe erst ein Jahr nach dem Unglück gegeben wurde, und dies auch erst dann, als Versuche, die Betroffenen von Seiten der Behörde mit je DM 1.000,- abzuspeisen, auf die Empörung der Öffentlichkeit gestoßen waren, verschwiegen man diakt. Erst im Abschlußbericht des Untersuchungsausschusses las man wieder darüber.

Zusammenfassend läßt sich sagen: Die Strahlenunglücke in St. Georg sind Musterbeispiele für das Verhalten von Kapitalisten und Staat und ihre Zusammenarbeit in unserer Gesellschaft. Die Firma Siemens, die ohne Schwierigkeiten komplizierte Meß- und Regelelektronikcomputer z.B. für Laser-Bomben und Thermo-Suchergeräte zu Kriegszwecken entwickeln und herstellen kann, spart an den einfachsten Meßapparaturen zur Überwachung eines lebenswichtigen und lebensgefährlichen Therapiegerätes, um den Gewinn nicht zu schmälern. Um den Gesundheitsbehörde versucht erfolgreich, die Aufklärung der Vorfälle zu verhindern und wälzt die Verantwortung von sich. So blüht denn auch der Untersuchungsausschuß Prof. Gawurky die Verantwortung auf. Eine Analyse der Fehler unter dem Aspekt, sie offen zuzugehen, aus ihnen zu ler-

nen und sie in Zukunft zu verhindern, ist selbstverständlich nicht geleistet worden. Im Mai 74 fehlte wieder ein wichtiges Meßinstrument, wieder wurde versucht, die Vorfälle zu verschleiern, wieder hatte man nichts gelernt. Denn die „schonungslose Offenlegung“ sind personelle Konsequenzen im AK St. Georg, so die Gesundheitsbehörde. Ihre eigenen Verhältnisse will sie damit auf eine untere Ebene abschieben: Wie lautete doch die Empfehlung des Untersuchungsausschusses an den Senat? „Der Bedienungspersonal für medizinisch-technische Geräte und die mit der Wartung und Kontrolle solcher Apparaturen beschäftigten Mitarbeiter vor der Aufnahme einer solchen Tätigkeit ausreichend ausbilden und während der Tätigkeit fortlaufend schulen.“

In einer sozialistischen Gesellschaft werden vorhandene Fehler bekämpft. Mao sagt: „Fehler sind bei jeder Partei und bei jedem Menschen nicht immer zu vermeiden. Aber wir müssen uns bemühen, so wenig Fehler wie möglich zu begangen.“

Was oft wie ein technischer Fehler aussieht, ist häufig Fälschung, Mangel an Verantwortung und Ignoranz. Aus Fehlern können wir also lernen. Wir suchen nicht den Schuldigen, um ihn zu bestrafen, sondern um ihm seinen Fehler zu zeigen.

Gruppe Gesundheitswesen  
der Bezirksorganisation  
KAG/Gruppe Hamburg



